33993

Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848

Inaugural-Dissertation

der

hohen philosophischen Fakultät

der

ACAD. HUMBOLDT. BIBL.

Universität Leipzig

zur Erlangung der

philosophischen Doktorwürde

vorgelegt von

Gustav Lüders

aus Hamburg

Berlin und Leipzig
Dr. Walther Rothschild
1909

Diss. Leipzig 1909.

Angenommen von der philosophisch-historischen Sektion auf Grund der Gutachten der Herren

Brandenburg und **Seeliger**

Leipzig, den 27. Juli 1908

Der Prokanzellar
Stieda

Einleitung

Am 31. Oktober des Revolutionsjahres 1848, dem Vorabend der Reaktionsperiode in Deutschland, wurde in der preußischen Nationalversammlung in Übereinstimmung mit der deutschen Demokratie von Waldeck, dem Führer der äußersten Linken in Berlin, ein Antrag zugunsten der Stadt Wien eingebracht, in allgemeiner Erregung und Teilnahme für Wien beraten, jedoch abgelehnt. Dieser Antrag forderte von der preußischen Regierung, alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel aufzubieten zur Unterstützung für die bedrängte Kaiserstadt, die damals nach ihrer erneuten Erhebung gegen ihren Fürsten von kaiserlichen Truppen unter Windischgrätz belagert und bestürmt wurde.

Während der Beratung dieses Antrages tobte vor dem Sitzungsgebäude der Nationalversammlung, dem Königlichen Schauspielhause auf dem Gendarmenmarkte jener Aufruhr, der den unmittelbaren Anlaß zu dem Rücktritt des Ministeriums Pfuel-Eichmann und der Ernennung des Reaktionsministeriums Brandenburg-Manteuffel gab. Der Antrag zugunsten Wiens und zum Teil auch der Aufruhr selbst standen im Zusammenhange mit der demokratischen Bewegung in Berlin im Oktober 1848. Diese Zusammenhänge zu erforschen, die Vorgeschichte und das Schicksal des Antrages Waldeck, die Entstehung des Aufruhrs und seinen Verlauf kritisch darzustellen, soll die Aufgabe der vorliegenden Abhandlung sein. Die demokratische Bewegung in Berlin vom Oktober 1848 hatte jedoch ihren Ursprung wieder in den parteipolitischen Strömungen des revolutionären Deutschlands. Um also die Aufgabe ganz zu erfüllen, ist es erforderlich, soweit auf diese einzugehen, als sie für diese Abhandlung in Betracht kommen. Es handelt sich dabei vor-

nehmlich um die Versuche einer Organisierung der deutschen Demokratie und die Aufstellung eines Programms für die junge Partei. In der demokratischen Bewegung von 1848 zeigen sich eigenartige Zersplitterungen und doch wieder Zusammenhänge so z. B. zwischen der politisch-demokratischen, der rein kommunistischen und der reinen Arbeiterbewegung, so daß es an sich schon interessant ist, einige Seitenblicke auf alle diese Dinge zu werfen. Sie im einzelnen zu verfolgen, würde uns zu weit vom Ziele ablenken; es sei jedoch gestattet, hin und wieder ein wenig vom Wege abzuschweifen und für Augenblicke vom Endpunkte wegzuschauen, zumal von diesen Dingen, soweit der Verfasser übersehen konnte, noch wenig bekannt ist [1]). Der eigentliche Zweck der Arbeit soll dabei natürlich nicht aus den Augen verloren werden.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß zunächst die Bildung der neuen demokratischen Partei zu betrachten und ihr Streben kurz zu charakterisieren ist. In der Entwicklung dieser Partei, die mit dem Einsetzen der Einheitsbestrebungen des Revolutionsjahres den Schwerpunkt ihres Wirkens in Frankfurt finden mußte, bildete der Aufruhr in Frankfurt vom 18. September einen Einschnitt — jene Erhebung gegen die deutsche Nationalversammlung wegen der Genehmigung des Waffenstillstandes von Malmö. Von diesem Tage ab nahm die radikale Partei eine andere Stellung zur deutschen Nationalversammlung und zur Einheitsfrage ein.

Die Frankfurter Versammlung verlor die Sympathie der Demokratie, und diese Partei richtete nunmehr ihr Interesse ganz auf Berlin mit der Absicht, sich hier einen Mittelpunkt ihrer Bestrebungen zu schaffen. Wir müssen also zunächst der Stellung Frankfurts und Berlins im September 1848 kurz ge-

---

1) Eine Schilderung haben diese verschiedenen Strömungen innerhalb der demokratischen Partei von 1848 zum Teil neuerdings erst wieder von Schriftstellern der sozialdemokratischen Partei erfahren, so von E d. B e r n s t e i n in seiner „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung", Bd. I (Berlin 1907) und eingehender von F. M e h r i n g in seiner vom sozialdemokratischen Standpunkt aus geschriebenen „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", Bd. II (3. Auflage 1906).

denken [1]) und uns alsdann den Zuständen in der preußischen Landeshauptstadt und der Stellung ihrer Nationalversammlung im Oktober zuwenden, um das Anschwellen der Erregung in der Berliner Bevölkerung verstehen zu können. Diese Spannung in Berlin erreichte ihren Höhepunkt mit dem Zusammentritt der beiden Demokraten-Versammlungen, des sogenannten Gegenparlaments und des 2. Demokratenkongresses; die Katastrophe selbst trat jedoch erst am Ausgang des Monats mit der Beratung des Antrages Waldeck ein. So schließt sich der zeitlichen Folge gemäß die Darstellung der beiden Demokratenversammlungen an die Schilderung der Berliner Oktoberereignisse, und diese finden ihren Abschluß in den Vorgängen vom 31. Oktober.

Der Verlauf des Aufruhrs auf dem Gendarmenmarkte interessiert insofern noch besonders, als vielfach von demokratischer Seite die Behauptung aufgestellt wurde, es seien konservative agents provocateurs unter den Volksmassen auf dem Platze vor dem Schauspielhause tätig gewesen. Wie weit dieser Vorwurf begründet werden kann, zeigt das letzte Kapitel.

---

1) Der 1. Demokratenkongreß, der im Juni 1848 in Frankfurt a. Main versammelt war und als erster Versuch in der Organisierung der demokratischen Partei gelten muß, wird auch in einem neueren Werke geschildert, in Veit Valentins: Frankfurt am Main und die Revolution von 1848/49 (Stuttgart 1908). In diesem Buche sind die Vorgänge vom 18. September in Frankfurt a. M. eingehender untersucht und dargestellt worden. Wir werden noch darauf zu verweisen haben.

Die Quellen

Als Quellenmaterial für die Darstellung der demokratischen Bewegung in Berlin im Oktober 1848 und der Vorgänge am 31. Oktober bieten sich zunächst die Berichte der Zeitungen, in geringerem Maße die Broschüren und die Plakatsammlungen, und endlich die Memoiren, Autobiographien und Biographien von Parlamentariern und Demokratenführern jener Zeit dar. Für die Vorgänge innerhalb der Berliner Nationalversammlung kommen die stenographischen Berichte der zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufenen Versammlung, die kurz Preußische oder Berliner Nationalversammlung genannt wird, in Betracht.

Von den Berliner Zeitungen des Jahres 1848 konnten aus der Friedländerschen Sammlung der Berliner Stadtbibliothek [1]) benutzt werden: die preußisch-konservative „Kreuzzeitung", die gemäßigt-demokratische „National-Zeitung" und „Vossische Zeitung", die radikal-demokratische „Berliner Zeitungshalle" und „Reform", ferner auch die farblose, bürgerliche „Spenersche Zeitung". Daneben konnten aus der genannten Sammlung noch andere kleinere, mehr oder weniger radikaldemokratische Zeitungen Berlins, deren Dasein jedoch meist nicht über den Eintritt des Belagerungszustandes hinausreichte, durchgesehen werden. Wo diese kleineren Blätter benutzt worden sind, werden sie zitiert und kurz charakterisiert werden. Von Zeitungen außerhalb Berlins sind von Bedeutung die „Deutsche Zeitung" und die „Augsburger Allgemeine Zeitung".

---

1) Verzeichnis der Friedländerschen Sammlung zur Geschichte der Bewegung von 1848, herausgeg. von der Berliner Magistratsbibliothek 1897. (Vergl. „Historische Zeitschr.", Bd. 80, S. 186.)

Da die „Allgemeine", die „Deutsche" und die „Kreuz-Zeitung" schon mehrfach charakterisiert worden sind [1]), so sei hier über diese Blätter nur das allgemeinste angemerkt, zumal sie auch nur knappes Material für unsere Abhandlung liefern konnten. Etwas ausführlicher dagegen wollen wir das Verhalten der demokratischen Blätter, besonders der „National-Zeitung" und der „Reform", zu den Ereignissen des Jahres 1848 bis zum Oktober kennzeichnen.

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" — jenes Blatt, das in der Zeit, da Metternich die Presse noch knebeln konnte, die größte Verbreitung gefunden hatte, weil es für die österreichische Politik eintrat und dafür die größte Freiheit besaß — war durch die revolutionäre Bewegung in eine prekäre Lage geraten. Sie behielt jedoch die österreichische Richtung bei und daher auch ihre mehr absolutistischen Anschauungen. Dadurch mußte sie zur Demokratie in einen schroffen Gegensatz geraten. Einer besonderen Partei gehörte sie jedoch nicht an, da sie das vollkommen unabhängige Unternehmen des Cottaschen Verlages war. Die „Deutsche Zeitung", das Organ der liberalen Partei Badens, schon Juli 1847 gegründet, dagegen wirkte für die Durchbildung einer ganz bestimmten Parteigesinnung. Ihr erster Leiter, der Literarhistoriker Gervinus, betonte, daß durch sie der Süden seinen konstitutionellen Geist von außen her in Preußen einpflanzen sollte. Sie hatte jedoch bald das Schicksal, von den Konservativen angefeindet und von den Demokraten geschmäht zu werden, sie hieß das Professorenblatt, da sich meist liberal denkende Gelehrte um sie gesammelt hatten. In die Masse der Lesewelt drang sie aber nicht ein, und sie mußte in Preußen zumal an Verbreitung verlieren, als 1848 in Berlin die beiden rechts und links von ihr stehenden politischen Gruppen daran gingen, sich eigene Organe zu gründen. Es waren dies die „Kreuz-Zeitung" und die „National-Zeitung". Jene war das Organ der evangelischen Hochkonservativen, die Vertreterin des altpreußischen Adels und der kirchlichen Ortho-

1) Über die „Allgemeine Zeitung" vergl. Ed. Heyck: Die Allg. Ztg. (München 1898). Über die „Deutsche Zeitung" H. v. Treitschke: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert V, S. 688. Ferner vergl. auch L. Salomon: Geschichte des Zeitungswesens (1906) Bd. III.

doxie. Schon bei ihrer Begründung war Bismarck hervorragend beteiligt, wie wir jetzt durch v. Petersdorff wissen [1]). Bismarck wollte durch eine konservative Zeitung den liberalen und demokratischen Blättern Berlins und Süddeutschlands entgegentreten, Die Stellung der „Kreuz-Zeitung" zur Demokratie von 1848 ergibt sich aus ihrem Wesen als Organ der Konservativen. Wie scharf und schlagfertig sie oft jene Partei angriff und sich verteidigte, ist bekannt.

Wie die Konservativen, so gründeten auch die zur gemäßigten Demokratie sich bekennenden Politiker ein Organ: die „National-Zeitung". Wolff, der Begründer des bekannten Telegraphenbureaus, war ihr Verleger; um sie sammelten sich vornehmlich Mitglieder der beiden Zentren der Berliner Nationalversammlung, wie Stadtrat Duncker, Esser u. a. Damit trat die Zeitung jedoch nicht in dauernden Gegensatz zur äußersten Linken, sondern wir finden in ihren Artikeln auch die Anschauungen dieser Fraktion verteidigt. Trotzdem hat sie von ihrem ersten Erscheinen (1. April 1848) an bis zum Oktober 1848 ihren demokratisch-konstitutionellen Standpunkt streng innezuhalten versucht. Sie trat in gleichem Maße gegen die reaktionäre Partei wie gegen die unbesonnen vorwärtsstürmenden Radikalen auf ,obwohl sie programmatisch für die politischen Grundsätze der letzteren eintrat. Dadurch aber, daß sie nach zwei Seiten hin Stellung zu den Tagesfragen nehmen mußte, kam die „National-Zeitung" selbst nicht zu einer festen Haltung gegenüber den Ereignissen und politischen Fragen des Jahres 1848. Wohl war ihr die konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Institutionen die Verfassung, die einzig für Preußen und das einige Deutschland möglich wäre. Die Einheit erschien ihr als eine Zusammenfassung aller deutschen Stämme und der freien in Deutschland vorhandenen Nationalitäten. Es gelang ihr nicht, zugleich das Maß der Freiheit, das den einzelnen Gliedern zustehen sollte, und die Zwangsmittel, mit welchen die Einheit hergestellt werden konnte, genauer anzugeben, obwohl sie gerade Fragen der äußeren und inneren Politik des öfteren erörterte. Die Errichtung der provisorischen Zentral-

1) Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, Bd. 17, Heft 2, S. 240—246.

gewalt begrüßte die „National-Zeitung" als ersten Schritt für die Herstellung einer konstitutionell-monarchischen Spitze. Aber die Annahme des Malmöer Waffenstillstandes brachte auch ihre Stellung zur deutschen Nationalversammlung ins Wanken. Anfangs trat die Zeitung auf die Seite der radikalen Demokratie und billigte die Absicht, neue Wahlen für Frankfurt zu veranstalten. Dann aber, als sie den Plan der Radikalen, Berlin zum Zentrum der Freiheits- und Einheitsbewegung zu machen, erkannt hatte, kehrte sie zu ihrer früheren Auffassung, daß die Frankfurter Versammlung die Einheit zu dekretieren habe, zurück. Später, in den Jahren der Reaktion, blieb die „National-Zeitung" das Blatt der gemäßigten Demokratie, und da sie finanziell gut fundiert war, so konnte sie die Stürme und Angriffe in der Reaktionsperiode gut überstehen. Nach der Begründung des Norddeutschen Bundes und des Reiches wurde und blieb sie bekanntlich ein Organ der Nationalliberalen. Neben die „National-Zeitung" stellte sich als mehr liberales Organ die alte „Vossische Zeitung", die oft wegen ihrer gut bürgerlichen Haltung verhöhnt ward und noch wird. In der Revolutionszeit vertrat sie gemäßigt-konstitutionelle Anschauungen. Von der radikalen Demokratie wurde sie oft angegriffen, da sie dieser nicht konsequent genug war. Die „Vossische Zeitung" war darnach wie jetzt noch das Blatt des gutsituierten, wohlbehäbigen Bürgers.

Die Blätter der radikalen Demokratie waren die „Berliner Zeitungshalle" und die „Reform". Jene [1]) bestand vom Ende 1847 bis in den Anfang 1849, ging dann aber ein, da sie nach der Erklärung des Belagerungszustandes ihre Redaktion nach Neustadt-Eberswalde bei Berlin hatte verlegen müssen und es ihr nicht gelang, sich die nötige Anzahl von Abonnenten zu erhalten. Die „Berliner Zeitungshalle" verdient nicht nur als radikales Demokratenblatt beachtet zu werden, sondern auch weil der „Zentral-Ausschuß der deutschen Demokraten" laut Beschluß des 1. Demokratenkongresses zu seinen Bekanntmachungen sich ihrer bedient hat [2]). Schon gleich nach der

1) Vergl. Wolff: Berliner Revolutionschronik (Berlin 1852), Bd. 2, S. 399 ff.

2) S. Anlage 1, S. 136, Beschluß 7.

Märzrevolution hatte sie die Partei der Arbeiter gegen die Bürger genommen. Sie hatte nämlich den letzteren vorgeworfen, daß sie sich von der revolutionären Bewegung zurückzuziehen begännen, nachdem sie bemerkt hätten, daß gleichzeitig mit ihnen auch der Arbeiterstand in den Kampf um politische Gleichberechtigung eingetreten sei und ihnen die Erfolge streitig zu machen suche. Trotz ihres radikalen Standpunktes war die „Berliner Zeitungshalle" dennoch z. T. partikularistisch, ja preußisch gesinnt. Nach ihrer Auffassung sollte die Lösung der sozialen Frage den Einzelstaaten, die der politischen dem deutschen Parlament zukommen. Dabei sollte die Bundesregierung bei der Konstituierung der Einzelstaatsverfassungen nicht dreinreden dürfen. Das Königtum in Preußen brauchte nach ihrer Auffassung nicht abgeschafft, sondern nur rein demokratisch gestaltet zu werden. Auch glaubte sie von der preußischen Verfassung größere politische Freiheit erwarten zu dürfen als von der Bundesverfassung, und daher brachte sie dann, im Einklang mit der allgemeinen Taktik der radikalen Demokratie, nach dem 18. September den Gedanken der deutschen Föderativrepublik lebhafter zur Erörterung als den der Einheitsrepublik.

Neben der „Berliner Zeitungshalle" vertrat die „Reform" bei weitem konsequenter und mit stärkerem Selbstbewußtsein die Grundsätze der radikalen Demokratie. Die „Reform", 1848 von Arnold Ruge in Leipzig begründet und redigiert, erschien vom 1. Juli ab in Berlin, von wo sie mit dem Belagerungszustand wieder verschwand. Sie ist das eigentliche „Organ der demokratischen Partei" gewesen. Am Kopfe führte sie diese Bezeichnung, und A. Ruge nennt sie selbst einmal so in einem Briefe an seine Gattin[1]). Eine Kopfnotiz der „Reform" [2]) teilt mit, daß sich ein Komitee gebildet habe, um die Richtung und Haltung des Blattes zu überwachen, die Redaktion zu bestellen, nach Bedürfnis zu verändern und zu ergänzen. Als Mitglieder dieses Komitees werden genannt: die Abgeordneten der Berliner Nationalversammlung d'Ester, Stein, Joh. Jakoby und Lipski, das Mitglied des demokratischen Zentral-Ausschusses

1) Brief vom 9. September 1848. A. Ruge: Briefwechsel (herausgeg. v. P. Nerrlich, Berlin 1886), Bd. 1, S. 15.

2) No. 129 vom 22. August 1848.

Dr. Ed. Meyen, der Präsident des Volksklubs, Professor Agathon Benary [1]), der Abgeordnete der Berliner Nationalversammlung und Präsident des demokratischen Klubs Assessor Schramm und der Schriftsetzer Stephan Born, Präsident des Zentral-Komitees der Arbeiter. Die Redaktion bestand aus den Hauptredakteuren: A. Ruge, B. Oppenheim und Ed. Meyen, und den Mitredakteuren A. Hexamer, G. Siegmund, A. Fränkel und A. Semrau.

Das Programm lautete [2]):

„Wir vertreten die humanen Grundsätze der europäischen Demokratie, die Befreiung, das gleiche Recht, die Verbrüderung der Einzelnen und der Völker; wir sind die Feinde der Unterdrücker und der Eroberer, der Länderfresser und der Verächter des Rechts fremder Völker, wir setzen die deutsche Freiheit in die Selbstregierung unseres Volks und finden seine Ehre darin, daß es sich selbst, nicht daß es seine Nachbarn beherrscht. Je schamloser die Grundsätze der demokratischen Revolution von 1848 verleugnet worden sind von der ganzen Ausgeburt des alten Bedienten- und Herrentums, vom Philister, von der Soldateska, von dem Beamtenheer, um so schärfer werden wir diese Prinzipien hervorheben."

---

1) Lehrer am Kölnischen Gymnasium und Privatdozent an der Universität in Berlin. Von seiner Art als Lehrer gibt Rud. Haym in seinen Erinnerungen („Aus meinem Leben", Berlin 1902), S. 73 ff. eine ergötzliche Schilderung. Von diesem Agathon Benary sind zu unterscheiden: Prof. F. Benary und ein Instrumentenmacher H. Benary, die gleichfalls in der revolutionären Bewegung von 1848 in Berlin hervortraten. Letzterer war auch Herausgeber der „Volksblätter", einer ultrademokratischen Wochenschrift Berlins (vergl. a. u. S. 13).

Agathon Benary nahm regen Anteil am Klubleben Berlins. Er war im Vorstand eines freisinnigen Vereins von Dozenten der Universität, dem auch Rud. Gneist angehörte, und Präsident des „Volksklub", der gemäßigt-demokratische Anschauungen vertrat und vor allem die Interessen des mittleren und kleinen Bürgers fördern wollte. Ag. Benary scheint auch am 4. Juni, bei der Feier für die gefallenen Märzkämpfer im Friedrichshain, das Hoch auf das „große, deutsche Vaterland" ausgebracht zu haben (die Berliner Revolutionschronik von Wolff v. 1852 nennt (II, S. 366) leider keinen Vornamen, doch bezeichnet sie Benary als „Redner des Volksklubs").

2) „Reform" ebenda.

Zu diesem Zwecke hatte man auch eine ganze Reihe bekannter Demokraten zu Mitarbeitern gewonnen [1]). Doch nicht durch das Komitee, die Redaktion und die Mitarbeiter gewinnt das Blatt an Bedeutung, sondern mehr durch seine Leitartikel, die jeweilig die Stimmung in der demokratischen Partei wiederspiegelten. Seine tatsächlichen Angaben waren mitunter sehr dürftig, so z. B. in bezug auf das Gegenparlament, d. i. eine Zusammenkunft demokratischer Parlamentarier in Berlin vom 27. und 28. Oktober 1848, von dem es am wenigsten von allen Zeitungen mitteilt. Mehr bietet die „Reform" wieder für den 2. Demokratenkongreß. Über ihren Leiter Arnold Ruge werden wir weiterhin noch zu sprechen haben. Schon in einem Wahlaufruf zum deutschen Parlament, der im April in der „Reform" erschien, forderte Ruge über den einzelstaatlichen Monarchien mit demokratischen Institutionen eine einheitliche republikanische Verfassung für den Bundesstaat mit einer Kammer und einem aus dieser gewählten Ausschusse mit ausübender Gewalt. Einen erblichen Fürsten als Träger deutscher Einheit und Freiheit hielt er für durchaus unmöglich. In bezug auf die soziale Frage äußerte die „Reform", daß ihre Lösung durch die der politischen bedingt sei. Was die Entwicklung der Einzelstaaten und ihr Verhältnis zum Bundesstaat anbetraf, so wollte die „Reform" nur ein Preußen ohne Polen als eine deutsche Macht ansehen. Österreich könnte nach ihrer Auffassung unmöglich deutsch werden, da es sich jeder energischen Bundesreform mit allen Kräften widersetzen würde. Nachdem in der Paulskirche ein deutscher Fürst zum Reichsverweser gewählt worden war, erwartete die Zeitung von dort nichts Gutes mehr für die Entwicklung zur deutschen Einheit. Daß die Politik des Frankfurter Parlaments in den polnischen und schleswigschen Angelegenheiten nicht die Zustimmung der „Reform", die die Freiheit und Selbstbestimmung einer jeden Nation an-

---

1) So die Berliner Abgeordneten Reichenbach und Brill, ferner Bakunin, Jul. Fröbel, Freiligrath, Herwegh, L. Bamberger, K. Heinzen und andere weniger bekannte Persönlichkeiten. Wie weit diese im einzelnen Beiträge geliefert haben, ist schwer festzustellen. Meist waren sie durch ihr persönliches Schicksal derartig in Anspruch genommen, daß sie an die Abfassung größerer Artikel kaum denken konnten.

erkannte, fand, ist selbstverständlich. So nahm auch dieses radikale Blatt mehr und mehr seine Zuflucht zur Idee eines föderalistischen deutschen Staates, den es jedoch in ganz neuer Weise gestaltet sehen wollte. „Da die Einzelstaaten schwerlich zum Nachgeben zugunsten der Föderation zu bewegen sein werden," lautet es in einem Artikel, „so müssen die einzelnen Glieder der Sonderstaaten, die Gemeinden, von ihrem bureaukratischen Mittelpunkt emanzipiert und durch direkte Gliederung in gleichmäßige Beziehung zum Zentrum der Volksvertretung, zur ausübenden Gewalt gebracht werden."

Wie die Haltung des Organs der Demokratie und seiner Partei im September sich änderte, wollen wir im einzelnen noch in der weiteren Darstellung zeigen.

Nachdem wir bisher nur die gleichzeitigen Quellen angeführt haben, die uns namentlich über die Wirksamkeit der parlamentarischen Demokratie unterrichten, müssen wir uns nunmehr jenen zuwenden, die uns von der Organisation und Agitation der klubistischen Demokratie berichten. Diese beiden Gruppen der radikalen Partei von 1848, von welchen wir noch ausführlich zu sprechen haben werden, nämlich die parlamentarische und die klubistische Demokratie, müssen wir in der revolutionären Bewegung scharf unterscheiden. Die Geschichte der Klubisten umfaßt, wie schon der Name andeutet, alle Ereignisse, die sich 1848 in den radikalen Klubs und Vereinen und auf deren Kongressen abgespielt haben.

Für die Entwicklung dieser klubistischen Demokratie vom Sommer bis zum Oktober 1848 sind zunächst die „Beschlüsse des ersten Kongresses der deutschen demokratischen Republikaner" (vom 14.—17. Juni in Frankfurt versammelt), die als Broschüre gedruckt worden sind und wovon sich ein Exemplar in der schon genannten Friedländer-Sammlung befindet, in Betracht zu ziehen [1]). Auch ein Verzeichnis der auf dem Kongreß Versammelten ist den Beschlüssen angehängt [2]). Durch diese ursprünglichen Zeugnisse wird der Bericht der „Berliner Revolutionschronik" (von A. Wolff, Berlin 1852,

1) S. Anlage 1.
2) S. Anlage 1, S. 137.

Bd. III, S. 448 ff.) über diesen 1. Demokratenkongreß überholt. Für die Zeit zwischen dem 1. und 2. Kongresse dienen als Quelle zunächst die Bekanntmachungen des Zentral-Ausschusses der klubistischen Demokratie, der im Juni in Frankfurt gewählt worden war[1]), und der Bericht H. Krieges[2]), den er dem 2. Kongresse über die Tätigkeit des Zentral-Ausschusses erstattete, dann aber auch Julius Fröbels Lebenserinnerungen[3]). Julius Fröbel, der ein höchst interessantes Leben geführt hat, hatte sich schon in den 40er Jahren durch seine Verlagsbuchhandlung, das „Literarische Comptoir" in Zürich, das sich „die Übernahme und Verbreitung zensurflüchtiger Schriften zur Förderung des in Deutschland erwachten politischen Geistes als Aufgabe gestellt hatte"[4]), einen Namen gemacht. 1848 war er Redakteur der demokratischen „Deutschen Volkszeitung" zu Mannheim und zur Zeit des 1. Demokratenkongresses Berichterstatter dieser Zeitung in Frankfurt. Er wurde als leitendes Mitglied in den „Zentral-Ausschuß der deutschen Demokraten" gewählt[5]) und ging als solches nach Berlin. Im August verließ er Berlin für eine lange Reihe von Jahren, und somit können seine Aufzeichnungen als Quelle für den 2. Demokratenkongreß und die Berliner Oktoberereignisse überhaupt leider nicht in Betracht kommen. Die schon oben genannten, hier wieder abgedruckten „Beschlüsse des 1. Demokratenkongresses" bestätigen seine Mitteilungen über diesen und ebenso die Bekanntmachungen des Zentral-Ausschusses in der „Berliner Zeitungshalle" seine Erzählungen über die Tätigkeit des letzteren. Nach seiner eigenen Darstellung scheint Fröbel sogar die eigentliche Triebfeder für die Agitation jenes Ausschusses gewesen zu sein, und das wird bestätigt durch sein Bekenntnis, den Aufruf des Zentral-Ausschusses vom 14. Juli verfaßt zu haben[6]).

Für den 2. Demokratenkongreß besitzen wir als wichtigste Quelle seine „Verhandlungsberichte". Diese sind als Beilage

---

1) S. Anlage 2 und 3.
2) S. Anlage 4.
3) Julius Fröbel: Ein Lebenslauf, (2 Bde., Stuttgart 1890).
4) J. Fröbel, ebenda, I, S. 96.
5) S. Anlage 1, S. 136, Beschluß 8.
6) J. Fröbel: ebenda I, S. 180; den Aufruf s. Anl. 2, S. 143.

zu den „Volksblättern", einer ultrademokratischen Zeitung Berlins, die nur einige Monate existiert hat, von zwei Berliner Klubdemokraten (H. Benary und H. Schönemann) redigiert wurde und mit dem Belagerungszustande wieder verschwand, erschienen und befinden sich in der Friedländer-Sammlung. Diese Berichte sind protokollartige Aufzeichnungen über die Sitzungen des 2. Kongresses und sollen deshalb hier kurz „das Protokoll" genannt werden. Sie lassen uns einen guten Einblick in die Uneinigkeit und den Wirrwarr, die in der klubistischen Demokratie herrschten, gewinnen. Soweit auch die schon zitierten Zeitungen über den Kongreß Berichte geliefert haben, sind diese natürlich mit jenem Protokoll verglichen worden. Vor allem mußte der Bericht der „Reform" über die (3.) Sitzung vom 28. Oktober, in der über den Anschluß an das Gegenparlament verhandelt wurde, herangezogen werden, da er das Protokoll zum Teil ergänzt [1]). An der Glaubwürdigkeit dieses Protokolls ist wohl nicht zu zweifeln, denn es wird in seinen Hauptpunkten durch die Zeitungsberichte bestätigt. Doch mag es für die Verfasser des Protokolls immerhin öfters schwierig gewesen sein, bei großen Lärmszenen, die nicht selten gewesen [2]), den Gang der Verhandlungen genau wiederzugeben. Für den 1. und 2. Demokratenkongreß sind endlich noch Ludwig Bambergers „Erinnerungen" (Berlin 1899) als Quelle zu zitieren. Gerade für den 1. Kongreß geben sie noch interessante Aufschlüsse über das Hervortreten der Kommunisten, der Anhänger Karl Marx'. Über den 2. Kongreß, an welchem Bamberger sogar als Präsident teilnahm, sind seine Mitteilungen nicht so umfangreich.

Nach allen diesen gleichzeitigen Quellen — abgesehen von Fröbels und Bambergers Erinnerungen, die wir ihres besonderen Zusammenhanges mit der Geschichte der Demokratenkongresse vorwegnehmen mußten — haben wir nunmehr alle die späteren Quellen anzuführen, die sowohl für die Ereignisse innerhalb der Demokratie als auch für die sonstigen Vorgänge in Berlin vom Oktober 1848 in Betracht kommen, wollen dabei

1) S. oben S. 10.

2) S. weiter unten Temme, „Erinnerungen" S. 293 ff. ferner auch S. 15 u. S. 84 ff.

jedoch die Memoirenwerke den meist älteren Broschüren voran stellen, da jene für unsere Abhandlung wichtiger und an Material reicher sind als diese.

Allen voran sind die Lebensaufzeichnungen zweier demokratischer Parlamentarier von 1848, Temmes und Simons [1]), zu nennen, die nächst den Zeitungen als wichtigste Quellen für die Untersuchung über die Zusammenkunft der parlamentarischen Demokratie, das sogenannte Gegenparlament, dessen Teilnehmer sie waren, gelten müssen. Wie bei Fröbel, so finden wir auch bei Temme und Simon durchaus das Bestreben, die Ereignisse innerhalb der radikalen Partei in reiner Sachlichkeit darzulegen. Alle persönlichen Reibungen werden vergessen gewesen sein. Das wird um so eher anzunehmen sein, als jene drei Demokraten ihre Erinnerungen erst nach Jahren, Temme und Fröbel erst im hohen Alter, niedergeschrieben haben. Damit soll jedoch eine apologetische Tendenz ihrer Aufzeichnungen nicht gänzlich geleugnet werden. Bei Temme könnte man am ehesten darauf hinweisen. Er giebt die Hauptschuld an dem Niedergang der demokratischen Bewegung den bei den Massen einflußreicheren Stürmern und Drängern, und doch wohl nicht ganz mit Unrecht. Die Aufzeichnungen Temmes und Simons gewinnen noch dadurch an Bedeutung, daß der erstere Mitglied der äußersten Linken in Berlin, der letztere derjenigen in Frankfurt gewesen ist. Beide heben z. B. übereinstimmend die Wirkung, die die Paulskirchenbeschlüsse über den Malmöer Waffenstillstand auf die Haltung der deutschen Demokratie ausgeübt haben, hervor. Auch entnehmen wir aus ihren Berichten, die weiter unten im Wortlaut angeführt werden, wie der Gegensatz zwischen den beiden äußersten Linken Berlins und Frankfurts die parlamentarische Demokratie an einem gemeinsamen, entschiedenen Vorgehen gehindert hat. Doch während Simon diesen Gegensatz als einen inneren erkannt und seinen Ursprung in den gegebenen politischen Verhältnissen gefunden hat, ist im Gedächtnis Temmes nur das Intrigenspiel gewisser Personen haften geblieben, denen er die

---

1) J. D. H. Temme: „Erinnerungen". Leipzig 1883. Ludwig Simon (Trier): „Aus dem Exil". Gießen 1855.

Schuld an dem Krawall vom 31. Oktober zu geben sucht. Wie weit er dieses durchschaut hat und wie weit er zu seinen Vorwürfen berechtigt ist, wird im 2. Teile des Kapitels V erörtert werden.

J. D. H. Temme, von Geburt ein Westfale, war zur Zeit des Zusammentritts der Berliner Nationalversammlung Staatsanwalt in Berlin, später Vizepräsident des Oberlandesgerichts in Münster. Neben Waldeck ist er der bekannteste Führer der äußersten Linken dieser Versammlung gewesen. Auch am Gegenparlament hat er sich beteiligt und in diesem, wie gezeigt werden wird, mit Waldeck seinen Einfluß in ganz bestimmter Richtung geltend gemacht. Nach der Auflösung der preußischen Nationalversammlung ist Temme heftiger Verfolgung von seiten der Regierung ausgesetzt gewesen, sodaß er schließlich sein Amt verlor. In Zürich, wo er dann als Romanschriftsteller gelebt, hat er auch seine Erinnerungen aufgezeichnet, die von seinem Schwiegersohne Stephan Born, einem der bekanntesten Führer der Berliner Arbeiterbewegung von 1848 — später Professor an der Universität Basel —, herausgegeben worden sind. Temme nimmt in seiner Darstellung über die Berliner Oktober-Ereignisse durchaus einen gemäßigten Standpunkt ein, doch verfolgt er die Tendenz, wie schon oben bemerkt wurde, sich an den Vorgängen des 31. Oktobers als ganz unbeteiligt hinzustellen und die Schuld an dem Krawall jenes Abends den radikalen Klubisten zuzuschieben. So gibt er ganz geschickt zunächst eine Schilderung von einer wüsten Lärmszene auf dem Demokratenkongresse, in der unter Stampfen, Stoßen und Donnern mit Stöcken und Knütteln einstimmig beschlossen wurde, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit die Republik wolle [1]). Dann erst erzählt er von dem Gegenparlament und will damit den Eindruck hervorrufen, als ob die demokratischen Parlamentarier unter dem Einflusse der Klubisten beraten hätten und sich unbewußt zur Unbedachtsamkeit hätten fortreißen lassen. Von einer solchen Beeinflussung kann jedoch nicht die Rede sein. Temmes Bericht über das Gegenparlament ist dadurch jedoch nicht wesentlich getrübt. Das wird um so

1) Temme S. 293 ff.

mehr hervortreten, wenn wir den anderen Hauptzeugen und Teilnehmer des Gegenparlaments, Ludwig Simon (Trier) heranziehen und beide, wie geschehen wird, an der Hand der Berichte der schon genannten Zeitungen beurteilen.

Ludwig Simon, nach seinem Wahlort mit dem Beiwort Trier zum Unterschied von zwei anderen gleichnamigen Abgeordneten benannt, ebenfalls Jurist (Advokat), nahm in der deutschen Nationalversammlung seinen Sitz auf der äußersten Linken. Da auch er am Rumpfparlament teilnahm, war er gezwungen, in die Schweiz zu fliehen. Später hat er in Nizza seine Erinnerungen aufgezeichnet, die er 1855 unter dem Titel „Aus dem Exil" veröffentlicht hat.

Für die Vorgänge in Berlin im Oktober, innerhalb und außerhalb der Nationalversammlung, kommen ferner noch in Betracht [1]):

A. Ruge: Die preußische Revolution seit dem 7. September und die Kontrerevolution seit dem 10. November. Ein Tagebuch. Leipzig 1848.

O. v. Corvin (Wiersbitzky): Aus dem Leben eines Volkskämpfers. Bd. III. 1. Auflage. Amsterdam 1861.

H. V. v. Unruh: Skizzen aus Preußens neuester Geschichte. Magdeburg 1849/51 und:

P. Reichensperger: Erlebnisse eines alten Parlamentariers aus dem Revolutionsjahre 1848. Berlin 1882.

Die ersten beiden Autoren sind Demokraten; der erste so gewandt mit der Feder wie der andere mit dem Degen. Arnold Ruge [2]) gehört noch zu jenen Burschenschaftern, die ihr enthusiastisches Auftreten für die deutsche Einheit mit langjähriger Festungshaft büßen mußten. Er ist neben Ludwig Feuerbach der bekannteste Führer der Junghegelianer gewesen. Als Vorkämpfer des radikalsten Liberalismus gab er 1837 die „Hallischen Jahrbücher" heraus, die jedoch bald verboten wurden, und 1843 mit Karl Marx zusammen die „Deutsch-französischen Jahr-

1) Rudolph Gneist: Berliner Zustände (Berlin 1849) bietet für diese Zeit nicht besonders Nennenswertes. Die Schilderung Gneists geht in mehr kritischer Form über die Ereignisse von 1848 hinaus und umfaßt noch die politischen Vorgänge von 1849.

2) S. Allgemeine deutsche Biographie.

bücher", die es aber nur auf 2 Hefte brachten. In dieser Zeit finden wir ihn auch als Teilhaber von J. Fröbels „Literarischem Comptoir" in Zürich[1]). 1848 wurde er als Vertreter der Stadt Breslau in die deutsche Nationalversammlung gewählt und zur selben Zeit begründete er eine neue demokratische Zeitung, die „Reform", die, wie wir schon bemerkt haben, alsbald nach Berlin übersiedelte[2]). Nachdem Ruge nach der Annahme des Malmöer Waffenstillstandes durch die deutsche Nationalversammlung im Anfang Oktober zur Vorbesprechung über das Gegenparlament nach Berlin gereist war, übernahm er wieder die eigentliche Redaktion seiner Zeitung. Sein Tagebuch über die Ereignisse vom September bis November könnte uns als eine gleichzeitige Quelle dienen, da es noch 1848 erschienen ist. Es ist aber nur sekundärer Natur und bietet nichts, das nicht auch durch andere Quellen bekannt ist. Im großen Ganzen gibt es nur Auszüge aus der „Reform" wieder. Über seinen Anteil, den er an den Vorgängen im Gegenparlament, im 2. Kongreß und am 31. Oktober gehabt hat, gibt er nichts Neues an. Seine Notizen können also nur dazu dienen, die Angaben der Zeitungen zu bestätigen. Es hat aber den Anschein, als wenn er in bezug auf seine Person die Vorgänge in der Berliner demokratischen Bewegung am Ende Oktober absichtlich nicht hat aufklären wollen. Die spätere Entwicklung Deutschlands hat Ruge von England aus, wohin er sich zurückgezogen hatte, freudig begrüßt. Er konnte sogar noch die Freude erleben, durch das tatkräftige Eintreten Bismarcks Ende der 70er Jahre einen Ehrensold vom Deutschen Reiche zu erhalten. Seinen Antipoden während der Berliner Oktobertage könnte man Corvin nennen. So begeistert Ruge, so entsetzt ist Corvin über das Wesen der Berliner Demokratie. Er, der Praktikus, der schon im Sommer 1848 die Herweghsche Invasion nach Baden hinein mitgemacht und ihr Scheitern vorausgesehen hatte, der 1849 die Beschießung Ludwigshafens vom Mannheimer Ufer aus gegen die preußischen Truppen geleitet hat, erkannte bald, daß von dieser sich an Phrasen berauschenden Demokratie

1) S. S. 12.
2) S. S. 8.

Berlins nicht viel zu erhoffen war. Corvin findet daher in seiner Darstellung der Oktoberereignisse durchaus den richtigen Ton.

Die beiden anderen genannten Quellen, v. Unruh und P. Reichensperger, sind besonders für die Vorgänge vom 31. Oktober im Sitzungssaale der Nationalversammlung wichtig. Mit der Demokratie konnten diese beiden Parlamentarier ihrer politischen Stellung nach keine Berührung haben. Aber ihre Beobachtungen, die sie am Abend des 31. Oktober machten und die sie in ihren Aufzeichnungen wiedergeben, zeigen uns, wie die äußerste Linke an jenem Abend die Führung über die erregten Massen vor dem Schauspielhause verlor. V. Unruh war 1848 Regierungsbaurat und für Magdeburg in die Berliner Nationalversammlung gewählt worden. Er gehörte zunächst dem linken Zentrum an, trat aber bald, wie er in seinen „Erinnerungen" (1895) erzählt, infolge des herrischen Auftretens Rodbertus' in dieser Partei zum rechten Zentrum über. Am 26. Oktober, also kurz vor der Vertagung, der er sich wie so viele andere Abgeordnete zunächst widersetzt hat, wurde er nach dem plötzlichen Rücktritt Grabows zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt, und nach ihm wurde dann der Teil der Versammlung, der trotz der Vertagung seine Beratungen fortsetzte, „Fraktion Unruh" genannt. In seinen Skizzen gibt von Unruh eine kurze Schilderung über den Verlauf der preußischen Nationalversammlung bis zu ihrer Auflösung. Er steht hier noch durchaus auf einem doktrinär-konstitutionellen Standpunkte. Später, in der Zeit Bismarcks, hat er diesen Standpunkt verlassen und ist einer der Begründer der nationalliberalen Partei geworden.

Wie v. Unruh, so gibt P. Reichensperger in seinem Buche einen kurzen Überblick über den Verlauf der Berliner Nationalversammlung. Reichensperger war Landgerichtsrat in Trier und hatte sich mit seinem Bruder August, dem späteren Führer der Zentrumspartei, der bald seinen Sitz in der Berliner mit dem in der Frankfurter Versammlung vertauschte, der Rechten angeschlossen. Da auch P. Reichensperger seiner Stellung nach außerhalb der Nationalversammlung nicht mit der Demokratie in Berührung kam, so können seine Aufzeichnungen nur für die Vorgänge am 31. Oktober in Betracht kommen.

Zuletzt wären noch Varnhagen von Enses Tagebücher hier zu nennen, die 1862 aus seinem Nachlaß herausgegeben worden sind. Sie bringen jedoch für die Geschichte der Demokratie von 1848 nur das aus den Zeitungen und anderen Quellen Bekannte. Was die agents provocateurs der Konservativen am 31. Oktober anbetrifft, so gibt er eine Mitteilung, die ganz unbewiesen und unkontrollierbar bleibt. Interessant ist es, daß er, wie er angibt (Bd. V., S. 214 und 216), im Oktober 1848 einige Beiträge für die „National-Zeitung" und auch für die radikale „Reform" geliefert hat.

Was sonst noch für die Oktobertage als Quellenmaterial zur Verfügung steht, ist untergeordneter Natur. Es sind entweder Broschüren aus jener Zeit, die für unsere Untersuchung nicht sonderlich wichtiges Material liefern, oder Darstellungen, die fast alle aus den Jahren nach der Revolution stammen, aber auch nur das bringen, was schon durch ursprüngliche Quellen bekannt ist. Die Broschüren sind mit großer Vorsicht zu benutzen, da in ihnen oft manches behauptet, aber nicht bewiesen wird. Das gilt sowohl von denen der reaktionären wie der demokratischen Partei.

Zu nennen sind:

W. Piersig: Mysterien der Berliner Demokratie, (Berlin 1849) [1]). Der Verfasser ist der bekannte Redakteur der „Kreuzzeitung". Das Material hat ihm ein Demokrat, Ohm mit Namen, wie dieser selbst im Waldeckprozeß 1849 ausgesagt hat [2]), geliefert. Ohm war nach den Vorgängen im Oktober und November 1848 in das reaktionäre Lager übergegangen und hat mit dem andern bekannten Kreuzzeitungsredakteur Goedsche eine klägliche Rolle im Waldeckprozeß 1849 gespielt. Die Broschüre erregte bei ihrem Erscheinen im Frühjahr 1849 großes Aufsehen, doch für die geschichtliche Forschung hat

1) Exemplar in der Friedländer-Sammlung.

2) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen vor dem Geschworenengericht zu Berlin in der Anklage gegen Waldeck und Ohm auf hochverräterische Umtriebe, S. 31. (Exemplar in der Friedländer-Sammlung).

sie an Bedeutung und Wert verloren. Sie verfolgte die Tendenz, zu zeigen, daß der Krawall vom 31. Oktober von der Berliner Demokratie wohl vorbereitet gewesen sei. Ohm wußte durch seine früheren Beziehungen zu den Demokraten über Organisation manches, das in der breiteren Öffentlichkeit 1849 noch unbekannt war und das er dem Verfasser mitgeteilt hatte. Dieser hat dann das Material in tendenziöser Weise verarbeitet, um auf einen wohlvorbereiteten Plan der Berliner Demokratie zur Erhebung hindeuten zu können. Seine Absicht muß jedoch als mißlungen gelten. Er hat, wenn auch die Berliner Demokratie für die damaligen Verhältnisse vortrefflich organisiert war, eine bessere Vorbereitung zu einem allseitig geplanten Aufruhr vermutet, als tatsächlich vorhanden gewesen ist. Eine andere Broschüre, aus dem demokratischen Lager, die eine gewisse Bedeutung hat, stammt von dem bekannten Abgeordneten zur Berliner Nationalversammlung Dr. med. Karl d'Ester. Sie ist betitelt: „Der Kampf der Demokratie und des Absolutismus in der preußischen konstituierenden Versammlung von 1848." (Leipzig 1849) [1]). D'Ester bemüht sich in dieser Schrift, vor allem den Anteil der Reaktion an der Auflösung der Nationalversammlung und somit auch an den Vorgängen des 31. Oktober nachzuweisen, ohne jedoch etwas zu bringen, was nicht sonst schon bekannt ist. Einen entgegengesetzten Standpunkt vertritt eine Broschüre aus dem konservativen Lager, deren Verfasser jedoch unbekannt ist. Sie ist betitelt: „Rückblicke auf die preußische Nationalversammlung von 1848 und ihre Koryphäen" (Berlin 1849) [2]).

Zu der Betrachtung über die agents provocateurs mußte noch die Schrift des bekannten früheren Chefredakteurs der „Kreuzzeitung", H. Wageners: Politik Friedrich Wilhelms IV. (Berlin 1883) benutzt werden, da Wagener hier auch die Zustände Berlins im Sommer und Herbst berührt; ferner der „Publizist", d. i. eine „Zeitschrift für Freiheit und Gesetz, für öffentliches Recht und Gesetzgebung". Diese Zeitschrift, in

---

1) Exemplar in der Königl. Bibliothek zu Berlin. (Bibliothek Varnhagen von Ense).

2) Exemplar in der Königl. Bibliothek zu Berlin.

liberalem Sinne von Dr. F. A. Thiele redigiert, erschien seit Januar 1845 einmal wöchentlich zur „Besprechung kriminalistischer und administrativer Gegenstände, gesellschaftlicher und bürgerlicher Zustände". Vom Januar 1848 ab wird sie zweimal in der Woche herausgegeben. Die Erörterungen „rechtlicher, sittlicher und gesellschaftlicher Zustände" sollte auch fernerhin ihre Aufgabe bleiben. Diese Zeitschrift hat sich trotz ihrer freisinnigen Anschauungen bis in die Reaktionsperiode hinein erhalten. Wann sie eingegangen ist, ist mir unbekannt. Die Berliner Stadtbibliothek besitzt noch den Jahrgang von 1851. Der „Publizist" brachte neben Berichten aus dem Berliner Leben — so z. B. im November 1848 auch über den 2. Demokratenkongreß — vornehmlich Referate über Gerichtsverhandlungen, also auch über diejenigen, welche 1849 wegen des Aufruhrs vom 31. Oktober stattgefunden haben.

Als Darstellungen der Oktobertage kämen dann erst die Werke in Betracht, die die ganze Revolutionsperiode umfassen, die dabei aber auf die Vorgänge innerhalb der Berliner Demokratie im Oktober und des 31. Oktober freilich nur wenig eingehen. Es ist zunächst die „Deutsche Chronik von 1848/49" zu nennen, die von einem Anhänger der Konservativen verfaßt ist. Sie bringt, wie schon der Name sagt, eine schlichte Zusammenstellung der Begebenheiten in chronologischer Folge, weist aber dabei z. B. schon ganz richtig auf den Unterschied hin, den man zwischen Gegenparlament und Demokratenkongreß zu machen hat. Die „Berliner Revolutionschronik" von A. Wolff (Berlin 1852), die trefflich alle Ereignisse, ohne Partei zu nehmen, registriert und über die Zustände Berlins im Frühjahr 1848 gut unterrichtet, kann für unsere besonderen Untersuchungen nicht in Betracht kommen, da sie schon mit dem 26. Juni abbricht. Eine geschlossene Erzählung geben:

A. Stahr: Die preußische Revolution 1849,

F. Steinmann: Geschichte der Revolution in Preußen (1850),

Der Artikel: „Berlin in der Bewegung von 1848" in der „Gegenwart". 2. Bd. 1849.

A. Streckfuß (Adolf Carl) [1]: Das freie Preußen (Berlin 1848),

A. Streckfuß: Vom Fischerdorf zur Weltstadt. 500 Jahre Berliner Geschichte (Berlin 1886).

Die beiden Bücher von Streckfuß heben sich gegen die andern Darstellungen insofern hervor, als sie hin und wieder auch Selbsterlebtes wiedergeben. Sie sind daher teilweise auch als Quellenwerke zu bezeichnen, soweit sie nicht das aus den Zeitungen Bekannte wiedergeben. Streckfuß ist jedoch nicht zu den eigentlichen Führern der Demokratie zu zählen. Er war zwar 1848 ein bekannter Demokrat, der besonders in den Berliner Klubs hervortrat; auch am ersten und zweiten Demokratenkongreß hat er teilgenommen und den Krawall vom 31. Oktober miterlebt, von dem er auch einiges erzählt. Was er aber bietet, ist meist auch durch andere unmittelbare Quellen bekannt.

Zum Schluß sei hier noch die Broschüre eines gemäßigt gesinnten Berliner Demokraten genannt, der selbst das Revolutionsjahr in Berlin mit erlebt hat und auch manchmal unter den Demokraten genannt wird, der manch Interessantes über das Leben und Treiben in Berlin, über die Berliner Klubs von 1848 zu erzählen weiß und zwischen durch noch die Vorgänge vom Ende Oktober bespricht. Der Verfasser heißt R. Springer; die Broschüre ist betitelt: „Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahre 1848". (Berlin 1850) [2].

---

1) Exemplar in der Friedländer-Sammlung.
2) Exemplar ebenda.

I

Versuche einer Organisierung der deutschen Demokratie im Sommer 1848

Die Demokratie des Jahres 1848, die sich von der großen liberalen Partei abtrennte, kann man in zwei Gruppen teilen: die revolutionäre, die ihr Prinzip mit den Waffen in der Hand, vor allem im südwestlichen Deutschland, unter der Führung von Hecker und Struve verfochten hat, und die doktrinäre, die, wie es in einem Aufruf an das deutsche Volk vom 14. Juli [1]) heißt, „im Parteikampf die geistigen Kräfte messen und auf dem Gebiete des Gedankens ausmachen will, was in der Wirklichkeit zur Gestaltung kommen soll".

Diese doktrinäre Demokratie verzweigte sich wieder nach zwei Richtungen hin: die parlamentarische, deren erste Ansätze sich schon Ende 1846 in Baden gezeigt hatten [2]), und die klubistische, deren Grundlage die demokratischen Vereine bildeten, die sich als Handwerker-, Arbeiter-, Turn-, Bürger-, vaterländische Bildungsvereine u. a. m. im ganzen Reiche fanden. Die parlamentarische Demokratie trat als äußerste Linke in den Nationalversammlungen von Frankfurt und Berlin und in den Ständeversammlungen der Mittel- und Kleinstaaten auf und verfocht hier die Grundsätze des Republikanismus. Diese Oppositionsparteien bildeten zunächst keine geschlossene Einheit. Ihre Mitglieder standen wohl untereinander in persönlichem und brieflichem Verkehr, und erst spät scheinen sie sich um ein Organ, die „Reform" in Berlin [3]), gesammelt

1) Anlage 2.

2) Vergl. H. v. Treitschke: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert; Bd. V. S. 679.

3) Siehe oben S. 8.

zu haben. Der Versuch, einen unmittelbaren Verkehr aller Linken untereinander, besonders zwischen der Frankfurter und der Berliner herzustellen, wurde zwar schon im Juli in Anregung gebracht [1]), doch der Gedanke, sich nach dem Beispiel der Klubisten zu gemeinsamem und möglichst entschiedenem Handeln zu vereinigen, wurde, wie wir noch eingehender betrachten werden, erst im Oktober verwirklicht, nachdem die deutsche Nationalversammlung am 16. September den Malmöer Waffenstillstand entgegen einem früheren Beschlusse genehmigt und zwei Tage darauf einen Antrag der äußersten Linken, die Entscheidung der Nation durch neue Wahlen herbeizuführen, als nicht dringlich erklärt hatte.

1) In Nr. 97 der „Reform" vom 14. Juli finden wir einen Brief Arnold Ruges aus Frankfurt an die Abgeordneten der Berliner National-Versammlung Stein und Reichenbach (Mitglieder der äußersten Linken) folgenden Inhalts: „Ihre Aufforderung zu einem unmittelbaren Verkehr zwischen der Berliner und der hiesigen Linken kommt hiermit zum Ausdruck. Ich bin beauftragt, Ihnen für Sie und Ihre Freunde im Namen der äußersten Linken einen Bericht über den Stand unserer Partei zu geben, Sie zu bitten, den Bericht in Ihrer Versammlung mitzuteilen und umgekehrt uns ebenfalls einen Bericht zur Mitteilung an die Partei zukommen zu lassen." Im weiteren Verlaufe des Schreibens wird dann eine Charakteristik der Parteien des deutschen Parlaments gegeben; die Zahl der Mitglieder der äußersten Linken wird auf 40 angegeben, deren Austritt — vermutlich wegen der Wahl eines Fürsten zum unverantwortlichen Reichsverweser — geplant, jedoch ohne den gleichzeitigen Austritt einer großen Anzahl von Parlamentsmitgliedern für unwirksam gehalten wird. Eine derartige Sprengung der deutschen Nationalversammlung wurde auch nicht von dem Schreiber dieses Briefes für möglich gehalten, „da die Mehrheit der Versammlung ein Werkzeug des alten Regiments" sei. Am Schlusse heißt es dann: „Nach Aufdeckung der servilen Gesinnung unserer Mehrheit ist die deutsche Entwicklung nicht unmittelbar von dieser Versammlung zu erwarten. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß nur die Durchbildung der freien Institutionen und Grundsätze in den einzelnen Staaten dem Gesamtparlament den nötigen Schwung wieder geben kann, wenn es anders einen solchen je gehabt hat. Der Druck auf diese Versammlung erfolgt von den Preußen und den Österreichern, deren Mehrheit royalistisch und antirevolutionär gesinnt ist." Arnold Ruge. (Am Schlusse werden 39 Mitglieder der äußersten Linken aufgezählt.)

Die beiden Gruppen der Demokratie, die Parlamentarier und die Klubisten, haben nur ihre radikalen Prinzipien gemein gehabt, denn äußerlich traten sie im Sommer und Herbst 1848 völlig getrennt von einander hervor, und in ihrem Handeln waren sie nicht immer einig. Selbst im Oktober, als besonders in ihren Reihen der warnende Ruf vor der drohenden Reaktion erscholl und beide Gruppen gleichzeitig in Berlin ihre Versammlungen abhielten, gelang es nicht, sie zu gemeinsamem Wirken zusammenzubringen und zu verschmelzen.

Früher und auch weit zahlreicher als die Parlamentarier waren die Klubisten zusammengetreten, und diese versuchten zunächst, eine Organisierung ihrer Vereine durchzuführen. Die Anregung zu einem „Kongreß der deutschen demokratischen Republikaner" ging von Marburg, sehr wahrscheinlich von dem dortigen demokratisch gesinnten Professor Bayrhofer aus [1]). Zum Pfingstfeste, im Juni 1848, sollten alle demokratischen Vereine Deutschlands ihre Deputierten zum ersten Demokratenkongresse nach Frankfurt a. M. entsenden. Das Verzeichnis der Zusammengekommenen [2]) zählt 234 Abgeordnete auf, die 89 Vereine aus 66 Städten vertraten [3]). Auch zwei Abgeordnete der äußersten Linken aus der deutschen Nationalversammlung, Zitz und Fr. Kapp, befanden sich unter den Deputierten. Eine Verbindung mit der parlamentarischen Demokratie wurde dadurch jedoch nicht hergestellt, denn diese beiden Abgeordneten waren nicht als Vertreter ihrer Partei, sondern als solche von Vereinen erschienen. Auch vom

---

1) Anlage 1, S. 135. In seinem Werke: Frankfurt a. Main und die Revolution von 1848/49, S. 293 schreibt Veit Valentin dem Frankfurter Demokratischen Verein die Anregung, einen Kongreß der Demokraten berufen zu haben, zu, ohne jedoch diese Behauptung näher zu belegen. Nach dem in Anl. 1, S. 135 mitgeteilten Einladungsschreiben des Marburger Vereins scheint doch wohl von diesem die Initiative für den Kongreß ausgegangen zu sein. War doch auch Bayrhofer 1848 ein sehr bekannter und gerühmter Demokrat, dessen Anregungen durchschlagender wirkten als die eines jeden anderen.

2) Anlage 1, S. 137.

3) Der Internationalismus der Demokratie zeigte sich auch hier, denn es waren auch Demokraten aus New York, Philadelphia, London, Paris und Zürich zugegen und zugelassen worden.

„Bunde der Kommunisten", der im Februar 1848 das bekannte „Kommunistische Manifest" Karl Marx' und Friedrich Engels' erlassen hatte [1]), waren mehrere Mitglieder anwesend [2]). Wir wissen durch Ludwig Bamberger [3]), daß der Grundsatz: „Es gibt nur e i n e für das deutsche Volk haltbare Verfassung, in welcher die Gesamtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und die Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt" [4]), durch einen Dr. Gottschalk [5]), der zur Gruppe der um Karl Marx in Cöln versammelten Kommunisten gehörte, dem Kongresse vorgetragen worden ist.

Über den Verlauf des Kongresses berichtet neben Bamberger noch ausführlicher der Präsident Julius Fröbel [6]), und über die Bedeutung geben uns die Beschlüsse, die gedruckt vorliegen, Auskunft [7]). Das für die Demokratie von 1848 wichtigste Ergebnis des Kongresses war die Organisation der

1) Näheres siehe F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (3. Aufl. 1906) Bd. I, S. 328 ff.

2) Die Mitglieder kamen aus Köln, wo Karl Marx mit seinen Freunden die „Neue Rheinische Zeitung" herausgab. Von diesen nahmen an dem Kongresse teil: J. Moll, K. Schapper, H. Bürgers und Dr. Gottschalk. Vergl. auch F. Mehring: ebenda, Bd. II, S. 84 und Anlage 1, S. 137 ff.

3) L. Bamberger: Erinnerungen (Berlin 1899) S. 109.

4) Anlage 1, S. 135 Beschluß 1.

5) Bamberger: ebenda, schreibt über diesen Gottschalk: „Die Kaltblütigkeit, mit der er seine kommunistischen Ansichten als etwas Selbstverständliches in seine Auseinandersetzungen einflocht, war damals noch etwas Neues und Verblüffendes."

6) J. Fröbel: Ein Lebenslauf (Stuttgart 1890) Bd. I, S. 173 ff. Fröbel war nur zufällig infolge einer privaten Aufforderung zur Eröffnung in den Kongreß gekommen. Als er einmal auf den ungeordneten Gang der Verhandlungen aufmerksam machte, wurde er aufgefordert die Leitung zu übernehmen. Es gelang ihm auch, eine straffere Ordnung durchzuführen und zu erhalten, „so daß selbst Mitglieder der Nationalversammlung als Zuhörer in den Sitzungen erschienen".

7) Anlage 1, S. 135 ff. Bamberger sagt über die Bedeutung S. 109 folgendes: „Die äußerste Rechte des Kongresses fängt da an, wo die äußerste Linke im (deutschen) Parlament aufhört." Ganz anders urteilt F. Mehring in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" Bd. II, S. 84): „Am nächsten kamen Kleinbürgertum und Proletariat in den demokratischen Kongressen zusammen, aber freilich nur, um bald wieder auseinanderzukommen."

demokratischen Vereine Deutschlands unter einem „Zentral-Ausschuß der deutschen Demokraten", dessen Sitz in Berlin sein sollte [1]). Fröbel wurde fast einstimmig erwählt; neben ihm Rau, „ein jugendlicher Demokrat kindlichen Gemüts", und Dr. H. Kriege [2]), „ein aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrter Halbamerikaner", wie Fröbel sagt. Später, am 7. Juli, wurden noch durch die Berliner Klubs [3]) Dr. Hexamer, ein junger badischer Mediziner, und der Berliner Schriftsteller Dr. Meyen zum 4. und 5. Mitglied ernannt [4]).

Als der Zentral-Ausschuß sich in Berlin niedergelassen hatte, war ihm zunächst nicht klar, was er eigentlich sollte. Es scheint, bemerkt Fröbel, demokratische Phantasten gegeben zu haben, welche erwarteten, daß der Zentral-Ausschuß die deutsche Republik gründen und von Berlin aus regieren sollte, da der

---

Es ist natürlich leicht für einen Geschichtsschreiber, der sich der marxistischen Geschichtsauffassung im ganzen unterworfen hat, sich abfällig über alles, was die Entwicklung des „idealen Proletariats" nicht gefördert hat, zu äußern — denn unter der Kapitelüberschrift: Das rebellische Kleinbürgertum, behandelt Mehring die Geschichte der Demokraten-Kongresse. Mehring sollte doch daran denken, daß 1848 das Massenproletariat eines Industriestaates in Deutschland noch nicht vorhanden sein konnte und daß das Kleinbürgertum sich 1848 gewiß redlich bemüht hat, die Geschäfte der Kommunisten zu besorgen. Und daß Karl Marx das Kleinbürgertum als Avantgarde hat benutzen wollen, dafür zeugt doch die erfolgreiche Agitation des Dr. Gottschalk auf diesem Kongresse. Warum also so verächtlich?

1) Mehring teilt mit (Bd. II, S. 84), daß Berlin gegen den lebhaften Widerstand der süddeutschen Partikularisten zum Sitz des Zentralausschusses bestimmt worden sei.

2) Kriege war ein junger Schüler Feuerbachs, hatte sich 1845 in Brüssel Marx und Engels angeschlossen (Mehring: I, S. 329), und ging dann nach Amerika, um dort für den Kommunismus zu werben. Da er sich hier als Prophet des europäischen Kommunismus gebärdete und in phantastischer Gefühlsschwärmerei, einer „Liebessabbelei", wie Marx es nannte, sich erging, entledigten Marx und Engels sich seiner. In der Revolutionszeit kehrte er nach Deutschland zurück, und wir finden ihn auf dem ersten Kongresse wieder. Nach der Beendigung der deutschen Revolution ging er wieder nach Amerika zurück. In New York ist er, wie Fröbel (I, S. 174) berichtet, bald darauf im Irrenhause gestorben.

3) Anlage 1, S. 136; Beschluß 4.

4) S. auch No. 157 d. „Berliner Zeitungshalle" v. 9. Juli 1848.

1. Kongreß schon eine Art Gegenparlament nach ihrer Anschauung hatte sein sollen. Doch bald widmete sich der Zentral-Ausschuß der konkreteren Aufgabe, die demokratisch-republikanische Partei zu einigen und zu verstärken. Schon am 10. Juli verschickte er einen Organisationsplan [1]). Gemäß den Beschlüssen in Frankfurt wurden die Lokalvereine aufgefordert, sich zu Kreisvereinen zusammenzuschließen und die Kreisausschüsse zu wählen. Die Kreishauptorte, die Sitze der Kreisausschüsse, wurden bestimmt und diesen Ausschüssen ihre besonderen Aufgaben zuerteilt. Einigen Erfolg scheint diese Organisationstätigkeit auch gehabt zu haben, denn wir hören später von einem Kreis-Ausschuß der Mark Brandenburg, Westfalens u. a.; auch von Kreiskongressen in Schlesien, Pommern und der Rheinprovinz. Doch das alles stand nicht auf festem Boden. Es waren alles nur Ansätze, die mit dem Einsetzen der Reaktion wieder verschwanden. „Die Organisation hat weiter keine Folgen haben können; die Entwicklung der Dinge ist über uns hinweggegangen", bemerkt Fröbel.

Neben die Organisationstätigkeit trat die Agitation. Bald nach dem Organisationsentwurf verschickte der Zentral-Ausschuß einen „Aufruf an das deutsche Volk" [2]). Auch an das französische Volk, an die Italiener und an die Polen sollten Ansprachen erlassen werden, in denen die auswärtige Politik der deutschen Demokraten erläutert werden sollte [3]). In den beiden Sommermonaten, August und September trennten sich für einige Wochen die Mitglieder des Zentral-Ausschusses, und

1) Anlage 2, S. 141. Fröbel hatte damit die „Disziplinierung der Partei, die Unterordnung aller demokratischen Vereine unter eine gemeinsame Leitung, die Ausbildung eines klaren und allgemeinen Programms und eine auf die Zukunft berechnete Wirksamkeit" vor Augen.

2) S. Anlage 2, S. 143. Es werden daraus nur die charakteristischen Stellen hier wiedergegeben. Fröbel, der sich als Verfasser dieser Proklamation bekennt, nennt sie selbst ein „mit vielem Pathos vorgetragenes und dabei stark theoretisierendes Programm, welches mit praktischeren Zwecken kaum in genauerer Verbindung gestanden hat als ein der ehemaligen spanischen Pronunciamentos für Gott, Freiheit und die unbefleckte Empfängnis."

3) Die Proklamation an die Franzosen, die auf Drängen von Kriege im deutschen Konzept auch von Fröbel entworfen worden war, wurde nicht abgesandt, da sich der französische Gesandte in

seine Tätigkeit ruhte während dieser Zeit. Sie gingen auf Reisen[1]). Erst nach der Genehmigung des Malmöer Waffenstillstandes durch die deutsche Nationalversammlung trat der Zentral-Ausschuß wieder mit neuen Veröffentlichungen hervor. Fröbel kehrte jedoch nicht wieder nach Berlin zurück, da er inzwischen in die deutsche Nationalversammlung gewählt worden war, in die er am 6. Oktober eintrat. Als neues, viertes Mitglied — Rau war gefangen genommen worden — trat Gustav Siegmund, der Schwager des Dichters Georg Herwegh, in den Zentral-Ausschuß ein.

Berlin, dem sie zur Billigung vorgelegt worden war, wegen der Anspielung auf den Pariser Juniaufstand dagegen erklärte. Von den übrigen beabsichtigten Proklamationen erschien nur die an die Polen als ein Protest gegen den Beschluß der deutschen Nationalversammlung über die Einverleibung Polens in den neuen deutschen Staat. Neben diesen Überbleibseln von der Tätigkeit des Zentral-Ausschusses finden sich noch einige weniger bedeutende, die den Bericht Krieges auf dem 2. Kongresse bestätigen. Es ist dies eine Aufforderung, die die chronische Geldverlegenheit des Zentral-Ausschusses dartut, an die demokratischen Vereine gerichtet, durch monatliche Sammlungen Geldbeträge für den Zentral-Ausschuß aufzubringen, um die Zentralisierung durchführen zu können. Wir wissen durch Kriege, daß die Aufforderung fast klanglos verhallte. Ebenso wirkungslos blieben zwei weitere Aufforderungen: Alle, zur demokratischen Partei Gehörigen, die von Verfolgungen von seiten der Regierungen betroffen würden, sollten darüber an den Zentral-Ausschuß berichten; ein Protest gegen die Auflösung der demokratischen Vereine in Baden wurde an die badischen Minister gerichtet. (Proklamation an die Polen: siehe Anlage 3, S. 148). Die Aufforderung zu Geldbeiträgen findet sich in Nr. 164 d. „Berliner Zeitungshalle" v. 18. Juli, die Aufforderung an die Verfolgten in Nr. 168 vom 22. Juli und der Protest an die badischen Minister in Nr. 176 derselben Zeitung vom 1. August.)

1) Fröbel, durch den Gedanken veranlaßt, daß es nicht nur für die Autorität des Zentral-Ausschusses innerhalb der Partei wie nach außen förderlich, sondern auch von Einfluß auf die künftige Gestaltung Deutschlands werden könnte, wenn die demokratischen Vereine Österreichs, zunächst Wiens, zur Organisation mit herangezogen werden würden, ging nach Wien, Rau nach Württemberg. Sein Schicksal erzählt Kriege. Dieser reiste im Norden. Wie ein Handwerksbursche mußte er sich durchschlagen. (Vergl. Krieges Bericht: Anlage 4, S. 154.)

II

Frankfurt und Berlin im September 1848

Für die Demokratie von 1848 war der Kampf um die deutsche Einheit in der deutschen Nationalversammlung zugleich ein Kampf um die Durchführung republikanischer Grundsätze [1]). Das erste Zeugnis dafür gibt uns das Verhalten der äußersten Linken in der Paulskirche bei der Errichtung der provisorischen Zentralgewalt [2]). Die radikaldemokratische Partei Frankfurts, die damals 25 Mitglieder zählte und sich geschlossen der Abstimmung enthielt, war im höchsten Grade unbefriedigt, daß ein unverantwortlicher Reichsverweser, der an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht gebunden und der noch dazu ein Fürst war, ernannt wurde, und diese Partei unterließ es nicht, in einem Manifeste (vom 1. Juli 1848) [3]) ihrer Entrüstung darüber Ausdruck zu verleihen. Auch von Berlin aus glaubte die Demokratie in diesen Kampf zur Unterstützung der Frankfurter eingreifen zu müssen. Am 7. Juli brachte der Abgeordnete Johann Jakoby von der äußersten Linken einen Antrag ein [4]), nach welchem die preußische konstituierende Versammlung den Beschluß der deutschen Nationalversammlung über die Ernennung eines unverantwortlichen Reichsverwesers nicht billigen sollte. Zugleich aber müßte, so lautete der Antrag des weiteren, einem

1) Eine kurze Skizzierung der Taktik der parlamentarischen Demokratie von 1848 findet man in F. Meineckes: Weltbürgertum und Nationalstaat (München 1908) S. 354 ff.

2) 28. Juni 1848.

3) No. 155 der „Berliner Zeitungshalle" vom 7. Juli 1848.

4) Stenographische Berichte der preußischen Nationalversammlung, I, S. 367. (27. Sitzung.)

von der preußischen Regierung geäußerten Vorbehalte gegenüber ausgesprochen werden, daß die deutsche Nationalversammlung vollkommen befugt gewesen sei, jenen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen einzuholen, und daß es daher der preußischen Regierung nicht zugestanden habe, Vorbehalte irgendwelcher Art zu machen. Der Antrag fand keine Zustimmung. Er zeigt uns aber, wie um diese Zeit die Souveränität der deutschen Nationalversammlung noch vollkommen von der Demokratie anerkannt wurde [1]).

Darin trat aber im September ein völliger Umschwung ein, und zwar durch die Verhandlungen über den Malmöer Waffenstillstand [2]). Daß zunächst auf Dahlmanns Antrag die deutsche Nationalversammlung den Waffenstillstand nicht billigte [3]), fand den jubelnden Beifall der Demokraten. Als dann aber die Nationalversammlung einlenken mußte und, um aus der Ministerkrisis herauszukommen und nicht die gewonnene Machtstellung zu verlieren, dennoch am 16. September dem Waffenstillstande zustimmte, da war mit einem Schlage die Sympathie der Demokraten für die Frankfurter Versammlung vernichtet.

---

1) Daß die Frankfurter äußerste Linke schon bald nach diesem Antrag Jakoby keinen Fortschritt in ihrem Sinne vom deutschen Parlament erwartete, ersehen wir aus ihrem Schreiben an die Berliner äußerste Linke vom 14. Juni (vergl. Anm. 1, S. 24. Zugleich entnehmen wir aber auch aus diesem Briefe, daß die Frankfurter Demokratie noch immer die Souveränität der deutschen Nationalversammlung anerkannte, der man jedoch „einen neuen Schwung" geben müßte.

2) Am 26. August von Preußen zugleich im Namen der Reichsgewalt mit Dänemark vereinbart; man bedurfte daher der Genehmigung der Frankfurter Versammlung. Der Vertrag war höchst ungünstig für Preußen und Deutschland. Den Dänen wurde für die ihnen ungünstigen Wintermonate Waffenruhe zugesagt. Die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins und die von ihr erlassenen Gesetze mußten aufgehoben werden und die Freischaren sich auflösen. Die Annahme eines solchen Vertrages erschien daher besonders den Demokraten als durchaus schimpflich.

3) Am 5. September.

Wie weit die Linke des Frankfurter Parlaments zu dem Aufstande am 18. September in Frankfurt, der die Nationalversammlung gewaltsam beseitigen sollte, Anlaß gegeben hat, möge hier unerörtert bleiben [1]). Jedenfalls steht fest, daß diese Partei schon am 17. September in eine gegen früher weit schroffere Oppositionsstellung zur Frankfurter Versammlung gerückt ist und eine neue Taktik zur Durchführung ihrer Grundsätze ergriffen hat. Sie wollte eine neue Nationalversammlung, von der sie erhoffte, daß sie den demokratischen Prinzipien weit eher Rechnung tragen würde. An diesem Tage, dem 17. September, stellte die äußerste Linke auf einer Parteiversammlung der gesamten Linken den Antrag, die gesamte Linke möge austreten und sich als besondere Reichsversammlung erklären [2]). Dieser Antrag erlangte jedoch nicht die Mehrheit, und es wurde beschlossen, in einem Aufrufe an das deutsche Volk [3]) gegen den Beschluß der deutschen Nationalversammlung vom 16. September zu protestieren und in der nächsten Sitzung einen Antrag auf neue Wahlen zu stellen, „da die Zusammensetzung der deutschen Nationalversammlung nicht mehr dem rasch fortgeschrittenen Bewußtsein der Nation entspreche". Dieser Antrag, am 18. September von Rühl gestellt [4]), forderte neue Wahlen in der Art, daß die Tagung der Nationalversammlung nicht unterbrochen werden, sondern der Neugewählte alsbald an die Stelle des bisherigen Abgeordneten treten sollte. Der Antrag erlangte nicht die Dringlichkeit, und

1) Nach der Darstellung Veit Valentins (Frankfurt a. Main u. d. Revolution v. 1848/49) S. 318 ff. ist bei diesem Aufruhr kein direkter Zusammenhang zwischen der äußersten Linken und der Straßendemokratie nachzuweisen, sondern nur eine Gesinnungsgemeinschaft. Die demokratischen Parlamentarier haben also offenbar auch bei diesem Aufstand, wie später am 31. Oktober in Berlin — wie wir noch sehen werden — die Führung der revolutionären Volksmassen völlig aus den Händen verloren. In beiden Fällen suchten sie zu vermitteln und die Straßendemokratie von Gewalttaten abzuhalten, aber beide Male vergeblich.

2) Nr. 179 der „National-Zeitung" vom 2. Okt. 1848 und Nr. 155 der „Reform" vom 21. September 1848.

3) Nr. 229 der „Berliner Zeitungshalle" v. 4. Oktober 1848.

4) Stenograph. Berichte der deutschen Nat.-Vers. (Sitzung v. 18. September) p. 2164.

das scheint das Signal für den Aufstand gewesen zu sein. Mit der Ablehnung dieses Antrages wurde zunächst die Hoffnung auf ein neues Parlament, das ein Zentrum der Demokratie werden sollte, zerstört. Ja, der Gegensatz der Demokratie zur deutschen Nationalversammlung mußte sich um so mehr verschärfen, als nach den Vorgängen vom 18. September in Frankfurt die Zentralgewalt sich entschloß, schärfer gegen die Umsturzpartei vorzugehen. Frankfurt wurde, um einen neuen Aufstand unmöglich zu machen, in den Belagerungszustand erklärt. Am 24. September verschickte der Reichsjustizminister Mohl einen Erlaß an die Einzelstaaten [1]), in welchem er ersuchte, die Behörden mit strengeren Anweisungen gegen den Mißbrauch der Presse und Versammlungsfreiheit zu versehen [2]). Bald brachte er auch einen Entwurf für ein Gesetz zum Schutze der deutschen Nationalversammlung ein, das am 10. Oktober Reichsgesetz wurde [3]). Darnach sollte jeder Angriff auf die Nationalversammlung und deren Mitglieder, Bedrohung und Beleidigung der Beamten der Zentralgewalt schwer bestraft werden. Volksversammlungen unter freiem Himmel waren, während die Nationalversammlung tagte, innerhalb eines fünfmeiligen Umkreises von ihrem Sitze verboten. Diesem Vorgehen der bestehenden Gewalten entgegenzutreten und zugleich ihrer heftigen Opposition gegen die Reichsversammlung einen Sammel- und Ausgangspunkt zu schaffen, mußte fortan das Streben der radikalen Partei sein, und das mußte der demokratischen Bewegung eine besondere Richtung geben. Der Kampf der Demokratie in der deutschen Nationalversammlung wurde zu einem Kampfe gegen diese Versammlung und ihre ausführende Gewalt. Und durch die weitere Entwicklung wurde die Demokratie dahingeführt, den Schwerpunkt ihres Wirkens nach Berlin zu verlegen.

---

1) Nr. 225 der „Berl. Zeitungshalle“ v. 29. Sept. 1848.

2) Diesem Ersuchen leistete der preußische Minister des Innern, Eichmann, bald Folge, indem er am 4. Oktober einen ähnlichen Erlaß an die ihm untergebenen Beamten weitergab. (Nr. 184 der „National-Zeitung“ vom 7. Okt. 1848.)

3) Stenogr. Berichte d. deutschen Nat.-Vers. p. 2529.

Die Zentren der deutschen Verfassungskämpfe waren in jener Zeit neben Frankfurt Wien und Berlin. In Frankfurt war, wie wir gesehen haben, die äußerste Linke unterlegen. Die Stadt selbst befand sich im Belagerungszustand. Der Wiener Hof hatte der revolutionären Bewegung anfangs halt- und planlos gegenübergestanden. Es hatte nicht den Anschein, als ob man irgendwie daran dachte, den einmal hergestellten konstitutionellen Einrichtungen entgegenzutreten oder sie gar wieder rückgängig zu machen. Mit den Siegen Radetzkys in Italien und der Niederwerfung des Aufruhrs der Tschechen in Prag durch Windischgrätz gewann die Regierung jedoch wieder festen Boden unter den Füßen, und ihre Haltung änderte sich alsbald. Sie versuchte zunächst ihre Zugeständnisse in Ungarn zu verleugnen. Das brachte die Wiener Bevölkerung in Erregung, und als gar gegen die Ungarn ein Teil der Besatzungstruppen mobil gemacht werden sollte, kam auch hier die revolutionäre Bewegung wieder zum Ausbruch. Dieses Ereignis, das das Interesse der gesamten deutschen Demokratie so lebhaft in Anspruch nahm, trat jedoch erst am 6. Oktober ein.

Etwas anders hatte sich der Kampf um die Verfassung in Berlin gestaltet. Am 7. September hatte nämlich in dem Streite um den bekannten Armeeerlaß [1]), durch welchen die Offiziere aufgefordert werden sollten, reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben, und diejenigen ihre Entlassung nehmen sollten, mit deren politischen Überzeugungen dies nicht vereinbar wäre, das Ministerium Hansemann-Auerswald infolge der Annahme des Antrages der äußersten Linken [2]) seine Entlassung genommen. Dieses Ereignis bedeutete für die Demokratie einen

---

1) Stenograph. Berichte der preuß. Nat.-Vers. I, 672; 37. Sitzung vom 9. August (Antrag Stein).

2) Am 4. September stellte die äußerste Linke durch Stein den Antrag: Die Nat.-Vers. wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staatsministeriums sei, denjenigen Erlaß an die Armee, welchen die Nat.-Vers. am 9. August beschlossen hat, ohne weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens wie zur Vermeidung eines Bruches mit der Nat.-Vers. ergehen zu lassen. (Stenogr. Ber. d. preuß. Nat.-Vers. II, S. 214). Dieser Antrag wurde am 7. September mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen (St. B. II, S. 279) und hatte den Rücktritt des Ministeriums zur Folge.

großen Sieg. „Berlin ist jetzt der Anker der Freiheit, Berlin ist der Dorn im Auge der Reaktion, es ist das deutsche Paris", heißt es in einem Artikel der „Reform" vom 13. September. Aber die Ernennung Pfuels und vor allem Eichmanns, der als ehemaliges Mitglied der Mainzer Untersuchungskommission den Demokraten verhaßt war, brachte ihnen eine arge Enttäuschung. Am 22. September erschien Pfuel mit seinem Programm vor der preußischen Nationalversammlung. Am 25. wollte er sich über den Armeerlaß äußern. Erinnern wir uns, daß am 18. September die Demokratie in Frankfurt im Partei- und Straßenkampf unterlegen war, und wir werden verstehen, daß nach dieser Niederlage und bei der seit dem 7. September so siegesgewissen Stimmung der Berliner Demokratie die Demokraten des Kontinents mit Spannung auf Preußens Hauptstadt blickten. Von hier mußte die Entscheidung zu ihren Gunsten kommen [1]). Die Straßendemokraten planten sogar für den 25. September, im Falle Pfuel sich der Ausführung des Steinschen Antrages widersetzen würde, einen Aufstand [2]). Da aber Pfuel sich nachgiebig erzeigte und selbst die äußerste Linke seinen Maßnahmen in bezug auf den Armeeerlaß zustimmte, wurde ihnen die Erregung eines Aufstandes unmöglich gemacht.

Nach dem 25. September schien es zunächst, als wenn die demokratische Bewegung für einige Zeit zum Stillstand kommen würde. Doch schon im Anfange des Monats Oktober wurden von beiden Gruppen der Demokratie, von den Parlamentariern

---

1) So schreibt Ruge am 22. September von Frankfurt aus an seine Gattin: „Übrigens ist es ganz gut, daß die Bewegung von Berlin ausgeht und nicht von hier. Berlin ist im Siege. Die Berliner Versammlung ist die wirkliche National-Versammlung. Sie muß sich durchsetzen, und sie wird souverän sein. Ihr Sieg ist ein Sieg der Revolution, während der Sieg der hiesigen Versammlung ein Sieg der Reaktion ist. Hier ist alles in Grund und Boden hinein verdorben, daß nichts mehr getan werden kann." (A. Ruge: Briefwechsel. Hsg. v. P. Nerrlich, Berlin 1886. Bd. I, S, 18.)

2) So A. Ruges Tagebuch S. 8; ferner Krieges Bericht, Anlage 4, S. 155 und A. Streckfuß: Das freie Preußen II, S. 356; auch Plakate vom 22. und 24. September (Friedländer-Sammlung). Varnhagen v. Ense: Tagebücher Bd. V, S. 205.

sowohl wie von den Klubisten, vorbereitende Schritte zu einem Kampfe von Berlin aus unternommen, durch welchen sicherlich ein großer Teil von ihnen eine für die Verwirklichung ihrer Grundsätze günstige Wendung erhoffte. Am 5. Oktober wurde das sogenannte Gegenparlament auf den 27. und am 7. Oktober[1]) der zweite Demokratenkongreß auf den 26. nach Berlin berufen, und demnach haben wir diese beiden Erscheinungen innerhalb der demokratischen Bewegung in Berlin vom Oktober 1848 zu unterscheiden. Der 2. Demokratenkongreß ist die zweite Zusammenkunft von Deputierten der demokratischen Vereine, vornehmlich des mittleren und nördlichen Deutschlands. Sie erfolgte auf Grund des Beschlusses des 1. Kongresses in Frankfurt, im Oktober einen zweiten Kongreß abzuhalten[2]). Die Berufung nach Berlin geschah sicher in Anbetracht der für die Entwicklung der Demokratie günstigen politischen Verhältnisse in dieser Stadt. Das Gegenparlament ist eine Zusammenkunft von Abgeordneten der äußersten Linken verschiedener konstituierender Versammlungen, vornehmlich des Berliner und des Frankfurter Parlaments[3]). Wie weit ein Zusammenhang zwischen beiden Versammlungen bei ihrem gleichzeitigen Auftreten im Oktober bestanden hat, wird später untersucht und dargestellt werden. Es ist beachtenswert, daß die Demokraten der Parlamente von 1848 erst dann das Bedürfnis fühlten, sich zu gemeinsamem Handeln enger zusammenzuschließen, nachdem ein Teil von ihnen sich in der deutschen Nationalversammlung keine Anerkennung hatte verschaffen können. Daß man sich dann nach Berlin wandte, ergab sich aus der erfolgreicheren Wirksamkeit der Demokratie in der preußischen Nationalversammlung.

---

1) Nr. 233 der „Berliner Zeitungshalle" vom 8. Oktober. (Berufung des 2. Kongresses) und Anm. 1, S. 46. (Berufung des Gegenparlaments.)

2) Anlage 1, S. 136. Beschluß 5.

3) Die Bezeichnung „Gegenparlament" ist von den demokratischen Parteiführern nicht gebraucht worden, sondern sie stammt aus Nr. 288 der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" v. 14. Okt. 1848. Dieser Ausdruck ist, wie der Verlauf dieser Oppositionsversammlung gezeigt hat, nicht ganz gerechtfertigt, doch darf er hier seiner Kürze wegen gebraucht werden.

Mit der Berufung dieser beiden Demokratenzusammenkünfte trat in dem Kampfe der Demokratie um ihre Prinzipien und in ihrer Stellung zur Lösung der deutschen Frage eine Änderung ein. Bei dem Versuche, diese neue Taktik der Demokratie zu charakterisieren, stößt man auf Schwierigkeiten, da feste Anhaltspunkte in dem Quellenmaterial fehlen. Das Ziel der Demokratie von 1848 war nach wie vor die Demokratisierung Deutschlands. Es fragt sich, ob sie es gleichzeitig mit der Herstellung der deutschen Einheit, vor oder nach dieser erreichen wollte. Anfangs, mit dem Einsetzen der revolutionären Bewegung, ist das erstere der Fall gewesen, denn wir wissen, wie eifrig sich zunächst die äußerste Linke der deutschen Nationalversammlung an der Konstituierung einer provisorischen Zentralgewalt beteiligt hat und wie sie in ihrem Kampfe von derjenigen der preußischen Nationalversammlung, wenn auch zu spät, durch den bekannten Antrag Jakoby (vom 7. Juli) unterstützt worden ist. Doch nach dem ungünstigen Ausgange dieses Kampfes änderte sich die bisherige Auffassung der Demokraten von der Lösung der deutschen Frage, besonders bei den Frankfurter Radikalen[1]). Aber erst nach der Annahme des Malmöer Vertrages wandte sich die Demokratie endgültig von der deutschen Nationalversammlung ab, um offenbar mit Hilfe des Partikularismus, d. h. von den Einzelstaaten und vor allem von dem größten, von Preußen und dessen Hauptstadt aus, Deutschland zu demokratisieren[2]). Ihr Streben ging nun dahin, Berlin zu einem

1) Vergl. Anm. 1, S. 24. Ferner Artikel der „Reform“ (Nr. 140 v. 3. September); es heißt dort: „Wollt Ihr die Einheit, so kann das nur eine despotische unter e i n e m Herrn oder eine republikanische o h n e alle Herren sein. Gebt Ihr die Einheit auf, so behaltet jeder seinen kleinen Herrn. Die Verlegenheit ist also jetzt nicht, daß Preußen existiert. Im Gegenteil, das ist ein wahres Glück, kommt in Preußen durch die demokratische Gewalt eine revolutionäre Tyrannei auf, dann verschlingt diese mit den gleichartigen Elementen im übrigen Deutschland alle Dynastien; kommt in Preußen die Demokratie ohne Tyrannei auf, so kommt sie ebenso in allen kleinen Staatsgebieten auf und dann vereinigen sich alle deutschen Demokraten zur deutschen Einheit“ .....

2) Als Beleg dafür mag auch der Brief Ruges (s. Anm. 1, S. 35) gelten.

Zentrum der Demokratie zu erheben, von welchem aus ihr Kampf möglichst einheitlich geführt werden sollte. Die Frage, wie weit die Demokratie dabei in dieser Zeit (September und Oktober) noch an die Herstellung der deutschen Einheit, d. h. an die „eine unteilbare Republik" oder nur an eine etwaige, erst spätere Föderation der Einzeldemokratien gedacht hat, wird kaum genügend zu beantworten sein. Wir können Symptome anführen, die zeigen, daß in dieser Frage noch keine Einstimmigkeit herrschte. Für Karl Marx, den konsequentesten aller Demokraten, und viele andere Demokraten gab es nur eine Lösung dieser Frage [1]): sogleich die Einheitsrepublik herzustellen. Julius Fröbel, eine mehr aristokratische Natur und ein mehr praktischer Politiker, glaubte, daß der Anschluß Österreichs an den deutschen Bundesstaat nur durch eine Föderativrepublik zu erreichen sei [2]): Und selbst in bezug auf das engere Deutschland hören wir noch auf dem 2. Demokratenkongreß besonders von Demokraten Schlesiens Äußerungen, die der Anschauung Karl Marx' gerade entgegengesetzt waren [3]). Auch die Geschichte des Gegenparlaments wird uns zeigen, daß keine klare und einheitliche, von allen anerkannte Anschauung über die Lösung des Einheitsproblems in dieser Versammlung geherrscht haben kann und deshalb über den Schlachtplan, nach welchem die parlamentarische Demokratie den Kampf g e g e n die deutsche Nationalversammlung hätte führen können, keine innere Übereinstimmung erreicht werden konnte. Die Demokratie von 1848 durfte die deutsche Einheit bei der Durchführung ihrer Grundsätze nicht ganz aus den Augen verlieren. Aber nachdem sich schon die Entwicklung in der Verfassungsfrage in Frankfurt, dem Sitze der neuen

---

1) Anlage 5, S. 158. Vergl. dazu die Beschlüsse über dieses Manifest der kommunistischen Partei auf dem 2. Kongreß (S. 89.)

2) Anlage 4, S. 154.

3) So äußerte sich Dr. Asch aus Schlesien in der Vormittagssitzung vom 28. Oktober als man über die Beibehaltung oder Abschaffung des Zentral-Ausschusses beriet: „An eine einige deutsche Republik ist nicht zu denken, nur eine Föderativ-Republik ist möglich." Ferner Breinersdorf (Schlesien): „Die künftige Föderativrepublik muß auch einen Mittelpunkt haben." S. Protokoll S. 13 u. 14.

Zentralgewalt, für jene Partei ungünstig gestaltet hatte, mochten ihre Führer die Überzeugung gewonnen haben, auch die Einheit leichter herstellen zu können, wenn man zunächst in den Einzelstaaten demokratische Verfassungen erkämpfen würde. Sie mochten daher die Lösung des Einheitsproblems zunächst lieber zurückgestellt wissen und beabsichtigen, das allgemeine Streben der Nation nach Einheit, wie wir es in Artikeln von ihnen aus dieser Zeit noch stark betont finden [1]), nur mehr taktisch zu benutzen. So besitzen wir wohl noch Äußerungen aus dem Oktober, in denen deutsche Einheit und deutsche Freiheit, d. h. die Herstellung demokratischer Verfassungen, als voneinander untrennbar hingestellt wurden. Dennoch fiel der Ton jetzt mehr auf die „deutsche Freiheit" [2]). Es ist also

---

1) So heißt es in einem Artikel der „Reform" (Nr. 167 v. 5. Oktober): „Das Volk wird in Berlin den Schwerpunkt deutscher Einheit suchen. Die Rettung unserer Freiheit ist die Hoffnung unserer Brüder in den kleinen Staaten Deutschlands, die sich jetzt durch Militärexekutionen gefährdet sehen. Berlin und die nordische Demokratie, sie haben jene glänzende Rolle geerbt, die ein Fürst, den sein Schicksal so sehr bevorzugte, zu übernehmen verschmäht hat, sie übernehmen die Aufgabe, die deutsche Freiheit zu retten und in ihr alle Deutschen, die Frankfurt in den Bürgerkrieg treibt, zu vereinigen." Vergl. auch Anm. 1, S. 37).

2) Noch deutlicher als der eben zitierte Artikel der „Reform" gibt uns ein Aufsatz von H. B. Oppenheim, Redakteur der „Reform" (s. S. 9), ein Bild von den Anschauungen, die um jene Zeit in den Kreisen der Demokratie herrschten. Dieser Aufsatz, überschrieben „Ein Vorschlag an die deutschen Demokraten" findet sich in Nr. 169 der „Reform" vom 7. Oktober. Die bemerkenswertesten Absätze seien daraus hier wiedergegeben,... „Soviel also steht fest; der Frankfurter Zentralstaat schwebt in der Luft, der Boden unrerer Wirklichkeit, der Wahlplatz unserer Kämpfe liegt ganz wo anders. So gewiß als die deutsche Einheit nur in der Freiheit und durch die Freiheit zu begründen ist, so gewiß wird der Sieg oder Untergang der Demokratie in den Einzelstaaten entschieden werden, und zwar — auch das haben die jüngsten Ereignisse deutlich genug herausgestellt, in den deutschen Ländern ersten Ranges, in den Hauptstädten derselben, in Wien oder Berlin. Die Dynastien fallen nicht von den papiernen Blitzen, welche zu Frankfurt geschleudert werden, — aber sie wanken vor den ehernen Hammerschlägen der sozialen Demokratie in Berlin und Wien. Geht Preußen rückwärts, so ist die deutsche Freiheit verloren, siegt die Demokratie in Berlin, so siegt

nicht unwahrscheinlich, daß der Plan des größten Teiles der Demokraten, als sie gesehen hatten, auf welche Schwierigkeiten sie bei der Lösung der deutschen Frage gestoßen waren, nun folgender wurde: zunächst von der Lösung des Einheitsproblems abzusehen, um später mit Hilfe der Einzeldemokratien wieder an sie heranzutreten, jedoch in der Agitation für den neuen Plan, die Hauptstadt Preußens zu einem Zentrum der Demokratie zu machen, den Wunsch nach deutscher Einheit weiter zu betonen, also für die Taktik beizubehalten. Hierbei muß jedoch nochmals betont werden, daß ein solcher Schlachtplan der Demokratie mit Sicherheit sich aus den Quellen nicht begründen läßt, doch wird die Annahme eines solchen gestützt durch die Entwicklung, die die demokratische Bewegung im Oktober nahm, durch den Umschwung, den die Agitation der Demokraten in dem Augenblicke erlebte, in welchem der

---

sie für ganz Deutschland; ganz Deutschland würde diesen Triumph freudejubelnd feiern .... Berlin aber kann nur die Hauptstadt des vereinigten demokratischen Deutschlands sein. Einen Dualismus der Großmächte kennen wir nicht mehr. Die Demokratie kennt keine Suprematie; sie will nicht erobern, nicht beherrschen. Aber sie kennt nur noch einen Mittelpunkt, ein Zentrum des Kampfes, und das ist für Deutschland — B e r l i n. .... Werdet endlich praktisch, fallt nicht in die alten Fehler zurück, gebt, um den letzten Rest der Freiheit, von deutscher Freiheit, zu retten, alles auf, was mit der Frankfurter Wirtschaft zusammenhängt, verleugnet sie, wie sie die Freiheit verleugnet. Entzieht dem Parlamente und der Zentralgewalt nach Euren Kräften alle moralische Autorität, löst sie auf durch die unterwühlende Kraft des freien Gedankens, nehmt Eure Wählermandate zurück und sendet ein neues, aber wirklich k o n s t i t u i e r e n d e s V o r p a r l a m e n t aus freien, eigenen Wahlen nach B e r l i n. So werdet Ihr der preußischen Politik wider den Willen der preußischen Staatsmänner eine neue und freiere Richtung geben, aber die Eroberungen, welche Ihr derselben bereitet, wird nur die Demokratie ernten. Da die deutsche Einheit einzig in der Freiheit wurzelt und die deutsche Freiheit nur durch die Einheit der Volksstämme gesichert ist — so seid Ihr verpflichtet, diesem hohen Ziele Eure Vorurteile und den bisherigen Schlendrian aufzuopfern.“ Im Sinne dieses Artikels notiert Varnhagen von Ense unterm 9. Oktober (Tagebücher V, S. 187) eine Äußerung von demselben Oppenheim: „.. Dr. Oppenheim sagt, wie Macchiavelli müsse man jetzt die Einheit als Hauptsache hinstellen, die Freiheit erst folgen lassen“ .. Vergl. auch ferner den Aufruf des Zentral-Ausschusses v. 3. Oktober, Anlage 3 S. 149

Wiederausbruch der Revolution in Wien [1]) bekannt wurde. Die deutsche Einheit, nach der zu streben sie sich den Anschein gegeben hatten, wurde vergessen, und die deutsche Freiheit wurde ausschließlich Schlagwort. Und mit der deutschen Freiheit wurde Wien identifiziert. „In Wien ist die deutsche Freiheit durch barbarische Kroatenhorden bedroht", hieß es sogleich, als man hörte, daß Jellacic auf Wien losrückte.

In dem Waldeckschen Antrage vom 31. Oktober [2]) hieß es, daß „das Staatsministerium für die in Wien gefährdete Volksfreiheit eintreten solle." Überhaupt bekam mit dem Wiederausbruch der revolutionären Bewegung in Wien das unklare Wollen der Demokratie erst wieder eine bestimmte Richtung. Die Demokratie erkannte sogleich, daß mit dem Schicksale Wiens das ihrige unbedingt verknüpft sein mußte, daß sie am Vorabend einer Reaktion stand. Der Sieg Wiens und des österreichischen Reichstages mußte einen Sieg ihrer Ideen, die Niederlage Wiens einen Niedergang ihrer Partei zur Folge haben. Wir werden daher sehen können, daß die beiden Oktoberversammlungen der Demokratie in Berlin, das Gegenparlament und der 2. Demokratenkongreß, eng zusammenhängen mit der Wiener Angelegenheit.

1) Am 6. Oktober; am 8. ungefähr in Berlin bekannt.
2) Stenogr. Bericht der preuß. Nat.-Vers. S. 290.

III

Die Berliner Oktober-Ereignisse bis zum Zusammentritt der beiden Demokratenversammlungen

a) Berufung der beiden Versammlungen

Die Berufung der beiden Demokratenversammlungen vom Ende Oktober 1848 fiel, wie schon einmal kurz angedeutet wurde, in den Anfang desselben Monats. Daß der 2. Demokratenkongreß eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der Demokratie spielen würde, durfte man nach ihrem Umschwung in der Stellung zur deutschen Nationalversammlung erwarten. Die Spannung, mit der man seinem Zusammentritt und Verlauf entgegensah, mußte sich um so mehr erhöhen, als, ganz geschickt, der Zentral-Ausschuß der deutschen Demokraten durch einen längeren Aufruf [1]) die Stimmung der Nation für den neuen Plan der Demokratie zu beeinflussen suchte. Wir ersehen aus diesem Schriftstück, daß in dem gleichen Maße, wie ihre Achtung vor der deutschen Nationalversammlung fiel, ihre Kampflust gegen diese stieg und daß diese Stimmung in der gesamten Demokratie, der parlamentarischen wie der klubistischen, allgemein war. Wie am 18. September in Frankfurt die äußerste Linke, so forderte nun auch der Zentral-Ausschuß neue Wahlen, um ein neues Parlament erstehen zu sehen. So kann man sich wohl denken, daß es unter den Klubisten Phantasten gegeben haben mag, die von dem 2. Demokratenkongresse erwarteten, daß er sich zu einem Gegen- und neuen Reichsparlament ent-

1) Anlage 3, S. 149 ff.

wickeln würde. Man denke daran, daß einige politische Schwärmer schon den 1. Kongreß für etwas Ähnliches angesehen hatten. Wie begierig mögen diese selben Schwärmer bei ihrer in dieser Zeit so sehr gegen Frankfurt gerichteten Stimmung und weit mehr gesteigerten Erregung nun erst von dem 2. Kongresse gehofft haben, daß er sich als Gegen- und eigentliches Reichsparlament konstituieren würde.

Der Aufruf des Zentral-Ausschusses und die Berufung eines 2. Demokratenkongresses wirkten sogar bis in die Reihen der Rechten der deutschen Nationalversammlung hinein und rief hier einige Erregung hervor. Es war der alte Turnvater Jahn, der von der Gefahr, die eine solche Demokratenversammlung in dem Kampf um die deutsche Einheit mit sich bringen konnte, überzeugt war, und er ließ es sich daher nicht nehmen, in einer dringenden Interpellation an den Präsidenten des Reichsministeriums, v. Schmerling, dieser, seiner Überzeugung Ausdruck zu geben und diesen aufzufordern, energische Maßregeln gegen diese „Meutererversammlung" zu ergreifen [1]).

---

1) Diese Interpellation Jahns, am 13. Oktober, in der 96. Sitzung der deutschen Nationalversammlung (Stenogr. Berichte p. 2589) eingebracht, lautet:

1. Ist dem Ministerium bekannt, daß eine große Verschwörung der berüchtigsten Wühler wider den Verfassungsreichstag und die Reichsgewalt eingeleitet und im vollen Gange ist? (Heiterkeit links.)
2. Weiß das Reichsministerium, daß die Wühler mit mancherlei linkischen Leuten noch am Ende dieses Monats in Berlin eine große Meutererversammlung anberaumt haben, woraus überall der helle lichterlohe Aufruhr hervorgehen soll? (Große Heiterkeit, Bravo auf der Linken.)
3. Hat das Reichsministerium bereits Schritte getan, den Lauf der Verschwörung zu hemmen und den Ausbruch des offenen Aufruhrs zuvorzukommen?
4. Sind Abmahnungsschreiben erlassen?
5. Sind die einzelnen Landesregierungen zum reichsgemäßen Aufsehen aufgefordert?
6. Sind die gegenwärtig versammelten einzelnen Landtage des deutschen Bundesreichs aufgefordert, ihren Mitgliedern die Beteiligung an obiger Aufrührerversammlung zu versagen?
7. Sind dieselben Landesversammlungen unterrichtet, daß gegen Anteilnehmer bei der Verschwörung wie gegen Einen verfahren werden muß, der auf frischer Tat ergriffen worden?

Schmerling begnügte sich jedoch damit, in der Paulskirche den jüngsten Aufruf des Zentral-Ausschusses vom 3. Oktober zu verlesen und die preußische Regierung unter Hinweis auf das Reichsgesetz vom 10. Oktober (S. 33) zu ersuchen, ein wachsames Auge für den bevorstehenden Kongreß zu haben [1]). Die äußerste Linke begleitete die Interpellation Jahns mit Gelächter. Dieser glaubte damit das umstürzlerische Treiben

---

1) Schmerling antwortete in der nächsten Sitzung vom 16. Oktober (Stenogr. Bericht p. 2621). Die Zuschrift an die preußische Regierung lautet: „Öffentlichen Blättern zufolge ist auf den 26 ds. Mts. ein allgemeiner Kongreß der Demokraten nach Berlin berufen. Da es nach den bisherigen Vorgängen wahrscheinlich ist, daß die Tätigkeit dieses Kongresses sich gegen die gesetzlich bestehenden Gewalten und gegen die allein gesetzlichen Vertreter des deutschen Volkes, d. h. gegen die deutschen Regierungen und die deutsche Nationalversammlung richtet, so will der unterzeichnete Reichsminister des Innern, angesichts des § 2 des Reichsgesetzes vom 28. Juni d. J., wonach der provisorischen Zentralgewalt die Obsorge für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates übertragen ist, nicht verfehlen, die kgl. preußische Regierung durch sie auf gedachten Kongreß besonders aufmerksam zu machen, und die Erwartung auszusprechen, daß die kgl. preußische Regierung diese Zusammenkunft genau überwachen und die umfassendsten Mittel anwenden werde, um jeder Ungesetzlichkeit vorzubeugen, oder, wenn eine solche begangen, sie mit gesetzlicher Strenge zur Strafe zu ziehen, damit das in manchen Teilen Deutschlands so vielfach gebeugte Gesetz durch sichtliche Anwendung wieder zu der ihm gebührenden Geltung komme. Der Unterzeichnete beehrt sich noch besonders auf das Reichsgesetz vom 10. ds. Mts. (zum Schutze der deutschen Nationalversammlung und der Beamten der provisorischen Zentralgewalt, s. S. 33) hinzuweisen, das neben den preußischen Gesetzen für den Fall in Anwendung kommen kann, daß die erwähnte Zusammenkunft sich über den 30. ds. Mts. ausdehnen sollte."

Frankfurt a. M., am 15. Oktober 1848.

In bezug auf die Abmahnungsschreiben, die Jahn verlangt hatte, erwiderte Schmerling, daß derartige Schreiben bei der Publizität, die seine Maßnahmen nunmehr durch die Beantwortung der Interpellation erfahren hätten, kaum notwendig sein dürften und er überhaupt hoffe, daß sich die Abgeordneten der demokratischen Vereine die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Oktober, sofern ihre Bemühungen gegen die deutsche Nationalversammlung gerichtet seien, gegenwärtig halten würden.

der Demokratie aufgedeckt zu haben. In Wirklichkeit traf er aber nur die eine Gruppe der Demokraten, die Klubisten. Die tatsächlichen geheimen Umtriebe der andern Gruppe, der parlamentarischen Demokratie, waren jedoch dem guten, alten Vater Jahn gar nicht zur Kenntnis gelangt.

Diese Demokraten der Parlamente waren inzwischen, durch die Entwicklung in Frankfurt und durch das Bedürfnis, sich gegen die drohende Reaktion zu gemeinsamem Handeln zusammenzuschließen, angetrieben, zu Vorberatungen zusammengekommen. Wir können diese Vorverhandlungen über den Zusammentritt des sogenannten Gegenparlaments etwas genauer verfolgen, da sich einige ganz interessante Quellenzeugnisse darüber vorfinden. Hören wir zunächst zwei Teilnehmer des Gegenparlaments, J. D. H. Temme und Ludwig Simon (Trier), die uns Nachrichten über das Gegenparlament in ihren biographischen Aufzeichnungen hinterlassen haben. Temme schreibt in seinen „Erinnerungen" S. 298: „Im Anfang Oktober kamen vertraute Männer der Linken des Frankfurter Parlaments und der zweiten Kammer in Dresdsn zu dem Vorstande der Linken der Berliner Nationalversammlung, um gemeinsam zu beraten, was gegenüber der immer mehr drohenden Reaktion zur Rettung des Vaterlandes zu tun sei. Das Frankfurter Parlament hatte damals durch die Genehmigung des Malmöer Waffenstillstandes alles Vertrauen verscherzt. Von Wien war noch weniger zu erwarten. Da hatten sich denn die Blicke nach Berlin gewandt; nur noch in Berlin könne etwas geschehen. Wir forderten die Herren auf, Vorschläge zu machen. Sie hatten nur einen: den einer Versammlung von Deputierten der Linken des deutschen Parlaments, der Berliner Nationalversammlung, der einzelnen deutschen Kammern und Landtage. Die Versammlung solle das weitere beschließen. Wir stimmten zu und nahmen den Auftrag an, zu der Versammlung nach Berlin einzuladen; sie wurde auf den 28. Oktober festgesetzt."

Und Ludwig Simon äußert sich in seinem Memoirenwerke, „Aus dem Exil" S. 95, über die Veranlassung zu dem Gegenparlament, wie folgt: „Nachdem das Frankfurter Parlament den Waffenstillstand von Malmö genehmigt und bald darauf sämtliche Anträge auf Schutz der hart bedrängten Stadt Wien

zurückgewiesen hatte, begab sich ein großer Teil der Mitglieder des Donnersbergs, gleichzeitig mit Abordnungen sämtlicher deutscher Kammerlinken, mit denen man sich zu diesem Zwecke ins Einvernehmen gesetzt hatte, nach Berlin, um der dortigen Linken ein gemeinschaftliches Hinwirken auf die Entsetzung Wiens vorzuschlagen."

Beide Zeugnisse heben übereinstimmend hervor, was für eine Wirkung, wie wir schon früher erwähnten, die Annahme des Malmöer Vertrages in Frankfurt auf die Haltung der Demokratie gehabt hat. Weiterhin gehen jedoch Temmes und Simons Beobachtungen auseinander. Dieser spricht, was die Aufgabe des Gegenparlaments anbetrifft, nur von der Befreiung des belagerten Wiens. Temme dagegen führt ganz allgemein die „immer drohende Reaktion" an, der man entgegenwirken wollte. Er ist hier genauer als Simon, denn in dem Einladungsschreiben zum Gegenparlament heißt es auch, daß eine gemeinschaftliche Besprechung über die gegenwärtigen deutschen Zustände gewünscht werde [1]), aber die Wiener Revolution wird

---

1) Einladungsschreiben zum Gegenparlament.

(Nr. 246 d. „Berliner Zeitungshalle" v. 24 Okt. 1848.)

Auf Anregung der demokratischen Abgeordneten mehrerer kleiner Staaten Deutschlands ist vielseitig eine gemeinschaftliche Besprechung über die gegenwärtigen deutschen Zustände gewünscht und als Ort derselben die Stadt Berlin bezeichnet worden. Die unterzeichneten Abgeordneten (der preußischen, sächsischen und Frankfurter Versammlungen (nach A. Streckfuß: Das freie Preußen II, S. 482 und Nr. 182 der „Reform" vom 22. Oktober 1848)) haben eine Zusammenkunft auf Freitag, den 27. Okt. d. J. veranlaßt, bei welcher es wünschenswert ist, alle entschiedenen Abgordneten der konstituierenden und gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands vereinigt zu sehen. Sie beehren sich infolgedessen, Sie hiermit dazu einzuladen und zugleich zu ersuchen, die entschiedensten Männer Ihrer Partei, welche solchen Versammlungen angehören, zur Teilnahme aufzufordern.

Einer gefl. baldigen Antwort an einen der hiesigen Unterzeichneten nebst Angabe, auf wessen Teilnahme zu rechnen ist, entgegensehend

Berlin, den 5. Okt. 1848. zeichnen

(Unterschriften).

(Weder hier, noch in der „Reform", noch bei Streckfuß sind irgendwelche Namen von Abgeordneten genannt).

hier noch gar nicht erwähnt. Das konnte auch nicht möglich sein, denn aus dem Datum dieses Schreibens entnehmen wir, daß die Verhandlungen über die Zusammenkunft noch vor dem Wiederausbruch jener Revolution gelegen haben. Aber — wie schon bemerkt — bekam die demokratische Bewegung im Oktober erst durch die Erhebung Wiens wieder eine bestimmte Richtung, und das tritt aus Simons Erinnerungen deutlich hervor. Alles, was vor jener Revolution in den demokratischen Kreisen vorgegangen ist, scheint ihm nicht von Bedeutung und der Erwähnung wert gewesen zu sein. Aber auch im übrigen sind die Angaben Temmes, besonders was die Vorverhandlungen zum Gegenparlament angeht, ausführlicher und zutreffender als die Simons. Dieser erwähnt eine solche Vorbesprechung überhaupt nicht, sondern sagt ganz kurz, daß die Frankfurter Demokraten nach Berlin gereist wären, nachdem die Anträge zum Schutze Wiens in Frankfurt abgelehnt worden waren, sich vorher aber mit sämtlichen deutschen Kammerlinken ins Einvernehmen gesetzt hätten. Temme dagegen liefert eingehenderen Bericht über jene Vorbesprechung, die zwischen Abgeordneten der Frankfurter und Dresdener Linken und dem Vorstande der Berliner Linken Anfang Oktober stattgefunden hat. Nach seiner Angabe endete diese Vorverhandlung mit dem Beschluß, eine Konferenz von Männern aus den linksstehenden Parteien aller deutschen Parlamente und Landtage (das Gegenparlament) nach Berlin auf den 27. Oktober [1]) zu berufen, die das weitere über die Stellungnahme der parlamentarischen Demokratie in den deutschen Angelegenheiten beschließen sollte. Damit klärt sich auch die scheinbare Differenz zwischen den Angaben Temmes und Simons über die Teilnehmer auf. Beide haben recht, denn sie sprechen beide von zwei zeitlich verschiedenen Versammlungen. Temme spricht von der Vorverhandlung und nennt hier ganz richtig nur Frankfurter, Dresdener und Berliner als Anteilnehmer, in Übereinstimmung mit dem Einladungsschreiben, der „Vossischen" und der „Augsburger Allgemeinen Zeitung". Simon

1) Temme gibt seine Daten immer um einen Tag zu früh an (s. S. 45); nicht auf den 28. sondern auf den 27. Oktober wurde das Gegenparlament berufen (vergl. auch Anm. 1 S. 46.)

dagegen erzählt sogleich von der Hauptverhandlung, dem eigentlichen Gegenparlament, und bezeichnet Abordnungen sämtlicher deutscher Kammerlinken als seine hauptsächlichsten Mitglieder. Er steht somit nicht in Widerspruch mit Temme, und daß er nichts direkt Falsches sagt, werden wir bei der späteren Darstellung des Gegenparlaments sehen. Was nun in jener Vorverhandlung zu Anfang Oktober, von der wir aus Temme erfahren, im einzelnen beraten worden und was für besondere Beschlüsse, die man dem Gegenparlament am Ende Oktober nur zur Annahme etwa hat vorlegen wollen, man in jener Zeit schon gefaßt hat, darüber werden wir sichere Aufklärung kaum erlangen können.

Es hat den Anschein, als wenn nach zwei Zeitungsberichten, der „Vossischen" und der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", die erste Konferenz der demokratischen Parteiführer im Anfang Oktober nicht so harmlos gewesen sei, als man nach Temme und dem Einladungsschreiben annehmen könnte. Man muß aber im Auge behalten, daß diese beiden Zeitungen einen der radikalen Demokratie entgegengesetzten Standpunkt einnahmen und ihre Nachrichten über diese Partei demgemäß färbten. Die „Vossische Zeitung" schreibt in ihrem Leitartikel der Nr. 234 vom 7. Oktober: „Eine bemerkenswerte Konferenz soll hier unlängst zwischen einigen Oppositionsmitgliedern der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen und einigen Mitgliedern der Linken der hiesigen Nationalversammlung stattgefunden haben. Es ist — wie es heißt — nach längerer Debatte der Beschluß gefaßt worden, sich mit den oppositionellen Fraktionen aller übrigen deutschen Ständeversammlungen zu vereinigen und in einem gemeinschaftlichen Manifest die Nichtanerkennung des Frankfurter Parlaments auszusprechen." Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" ist schon ausführlicher. In einem Bericht aus Sachsen finden wir in ihrer Ausgabe vom 14. Oktober (Beilage) folgende Angaben [1]):

„Drei Abgeordnete zur sächsischen 2. Kammer, Helbig, Evans und Tzschirner sind in diesen Tagen in Berlin gewesen,

---

1) Nr. 288 der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 14. Oktober 1848 (Beilage) Bericht aus Sachsen vom 10. Oktober.

um in Gemeinschaft mit Ruge und anderen Verbündeten die Einleitung zu einem Parlament aus Mitgliedern der Linken von unserm Reichstage in Frankfurt und von den einzelnen Landtagen zu treffen, das gegen Ende dieses Monats in Berlin zusammentreten soll. Tzschirner und andere sind alsdann nach Frankfurt gereist, um dort bei den Parteigenossen das weitere zu beraten. Kommen sie so zahlreich zusammen, wie sie berechnen, so werden sie als Vorparlament sich in Permanenz erklären, den Reichstag in Frankfurt und die durch den Willen der Nation dort versammelten Abgeordneten in die Acht tun und auf ihre Faust allgemeine Wahlen ausschreiben mit der Bestimmung, daß die Gewählten sofort ihre Stelle in dem Vorparlament einnehmen sollen. Sobald die Versammlung sich stark genug hält, wird sie als Nationalkonvent sich konstituieren, einen Vollziehungsausschuß einsetzen, jede Regierung und jede Abgeordnetenkammer, welche dessen Souveränität nicht anerkennt, absetzen und auflösen, jeden Widerstand als Hochverrat ahnden und den Schrecken walten lassen. Und das werden sie tun im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und damit es einen guten Klang habe, wollen sie es Republik nennen."

Wir können nicht mit Bestimmtheit sagen, ob und wieweit diese Nachrichten übertreiben — vielleicht nur zu dem Zwecke das umstürzlerische Treiben der Demokratie recht kraß vor Augen zu führen. Die „Voss. Ztg." trägt deutlich das Zeichen der Vermutung an sich. Ihren Angaben über die spätere Zusammenkunft, über ein Manifest und die Desavouierung der deutschen Nationalversammlung fügt sie die einschränkende Bemerkung: „wie es heißt" ein. Andererseits können wir aber nicht ohne weiteres der „Voss." und der „Allgemeinen Zeitung" gegenüber leugnen, daß die Parteiführer sich zu Anfang Oktober schon über derartige Pläne im einzelnen verständigt hätten. Die Möglichkeit, daß eine solche Einigung an sich in dieser kleinen Vorversammlung eher gegeben war als in der großen am Ende des Monats, ist schlechterdings nicht zu bestreiten. Auch bleibt es nicht ausgeschlossen, daß bei der Vorverhandlung mehr vorgegangen ist, als Temme erfahren oder gar in seinen Erinnerungen wiedergegeben hat. Seine Schreibweise: „die Versammlung

(das Gegenparlament) solle das weitere beschließen" — nicht erst beraten —, fällt auf. Dagegen könnte man aber auch einwenden, daß eine Verständigung über ein Manifest, das die „Vossische Zeitung" ankündigt, und über derartige Pläne, wie sie die „Augsburger Allgemeine Zeitung" angibt, schon zu Anfang Oktober schwerlich hergestellt worden sein kann, da eine Einigung darüber noch nicht einmal bei der schließlichen Zusammenkunft vom 27. und 28. Oktober erreicht wurde, wie die Geschichte des Gegenparlaments zeigen wird. Von einem Manifeste kann um diese Zeit noch nicht die Rede gewesen sein, denn wir würden dann wohl aus irgendeiner andern Quelle davon erfahren. Eine Gegenbemerkung gegen die Notiz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" in Nr. 246 der „Berliner Zeitungshalle" vom 24. Oktober [1]), die diese der Veröffentlichung des Einladungsschreibens voranstellt, versucht daher auch die Wirkung der Angaben des Augsburger Blattes abzuschwächen. Wie weit ihr dieses gelungen ist, können wir nicht genau feststellen, denn es bleibt dieser Antwort gegenüber doch bestehen, daß wir zurzeit an der Hand der vorliegenden Quellenzeugnisse noch nicht wissen können, wie weit man sich über feste Pläne und Vorschläge schon in jener Vorberatung geeinigt hatte.

Eine Zusammenkunft der gesamten parlamentarischen Demokratie war geplant, und diese sollte jedenfalls erst alles weitere, wie Temme sagt, beschließen — also auch wohl vorher noch beraten.

---

1) Es heißt dort: „Mehrere Zeitungen haben bereits eines seit längerer Zeit beabsichtigten Planes Erwähnung getan, dem zufolge diejenigen Abgeordneten sämtlicher deutschen Landtage, welche zur entschiedenen Linken gehören, sich in Berlin zur Beratung gemeinsamer deutscher Angelegenheiten versammeln sollten. Die „Allgemeine Zeitung", welche sogar schon enthüllt, daß die sächsischen Abgeordneten Hellbig, Tzschirner u. a. zu diesem Zwecke mit Arnold Ruge eine Konferenz gehabt, weiß nicht genug Schreckliches über den möglichen Erfolg der beabsichtigten Versammlung zu berichten. Da jedoch die „Allg. Ztg." sich nie als Hellseherin gezeigt, so geben wir nicht viel auf ihre Prophezeiungen und begnügen uns, vorläufig das Einladungsschreiben der Oppositionsmänner zu jener Versammlung mitzuteilen (folgt selbiges).

Der Bericht der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" mag Wünsche und Pläne, die vielleicht einige der Radikalsten in ihrem Innersten gehegt, wiedergegeben haben. Die Stürmer und Dränger mögen vielleicht im stillen gehofft haben, daß die verabredete Zusammenkunft sich zu einem energisch auftretenden Gegenparlament entwickeln und der Nation ein wirklich tatkräftiger Führer bei ihrer Demokratisierung werden würde, und sich vielleicht in Augenblicken der Erregung dementsprechend geäußert haben, so daß auch der Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung" davon erfuhr und alsbald als tatsächliche Pläne der Demokratie veröffentlichte. Daß diese Hoffnung den Frankfurtern nicht so fern gelegen haben mag, könnte man vielleicht aus ihrem Antrag vom 18. September [1]) und aus ihrem späteren Vorschlag im Gegenparlament [2]), auf ihre Sitze in der Paulskirche zu verzichten, schließen.

Von dem neuen Plan der demokratischen Volksvertreter, von Berlin aus den Kampf geschlossen gegen die deutsche Nationalversammlung weiter zu führen und von Berlin aus gegebenenfalls Deutschland zu einer Demokratie zu machen, konnte selbst das Organ der der Demokratie schroff gegenüberstehenden Partei, die „Kreuz-Zeitung", schon am 7. Oktober berichten. Es konnte dem Verfasser dieser Notiz trotz seiner offenbar nur allgemeinen und nicht sehr genauen Information, nicht schwer fallen, aus seinem Gegensatze zur Demokratie heraus, das neue Wesen der Demokratie treffend zu charakterisieren und eine der bekannten knappen, aber schlagenden Antworten darauf zu geben [3]).

---

1) S. oben S. 32. Es ist auch nicht unmöglich, daß umgekehrt aus diesem Antrage die Erzählung der „Augsb. Allg. Ztg." konstruiert worden ist.

2) S. unten S. 76 (Simon).

3) Nr. 85 der „Kreuz-Zeitung" vom 7. Oktober 1848: „Da die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt nicht im Sinne der Demokraten Beschlüsse faßt und die Linke dort nur eine kleine Minorität bildet, so haben die Mitglieder der Linken hier, in Dresden und noch einigen anderen deutschen Volksversammlungen beschlossen, sich in Berlin als eine wahrhaft deutsche Volksvertretung zu versammeln, und von Berlin aus ganz Deutschland zu demokratisieren. Preußen sei der einzige deutsche Staat, der in der vollen Entwicklung

Bevor wir nun in die Geschichte der beiden Demokratenversammlungen, des Gegenparlaments und des 2. Demokratenkongresses, eintreten, ihre Beratungen verfolgen, ihr Verhältnis zueinander und ihre Bedeutung für die Vorgänge am 31. Oktober innerhalb und außerhalb der Berliner Nationalversammlung erörtern, wird es notwendig sein, zuvor in aller Kürze die Ereignisse in Berlin vom Beginn des Monats Oktober bis zum Zusammentritt dieser beiden Kongresse, die Haltung der Nationalversammlung und die Stimmung in der Bevölkerung Berlins, soweit dies alles für das Verständnis der Ereignisse am Ende des Monats erforderlich ist, zu schildern.

---

b) Ereignisse bis zum Zusammentritt der beiden Demokratenversammlungen

Mit der Ausführung des Steinschen Antrages über den Armeeerlaß durch den Ministerpräsidenten Pfuel, war zunächst wieder für einige Zeit eine Beruhigung in dem gährenden Zustande Berlins und seiner Nationalversammlung eingetreten. Zwar setzte die äußerste Linke, ihrem Charakter getreu, die Opposition gegen das ihr verhaßte Ministerium fort. Sie versuchte dabei aber zugleich, ihrem neuen Plane gemäß, ausschließlich Berlin zu einem Zentrum, von dem aus die Neuordnung der politischen Verhältnisse im Sinne der Demokratie zu erwarten sei, zu machen und die preußische Nationalversammlung in den Dienst ihrer neuen Taktik zu stellen, d. h. sie in schroffen Gegensatz zur deutschen zu bringen. Die äußerste Linke hat damit keinen Erfolg gehabt, denn sie konnte mit ihren Anträgen nur durchdringen, wenn sie die Zustimmung des linken Zentrums, dessen Führer Rodbertus, Kaplan v. Berg, Schultze-Delitzsch, Lothar Bucher, Kämpf u. A. waren,

---

seiner Freiheit ungehindert fortschreiten kann, deshalb sollen sich alle deutschen Staaten an Preußen anschließen. Berlin soll an der Spitze der deutschen Bewegung stehen und das Parlament in Frankfurt muß sich auflösen. Wir hoffen, der immer mehr sich Bahn brechende gesunde Menschenverstand und nötigenfalls General Wrangel werden uns vor dieser Vorortschaft bewahren."

erlangte. Da aber das linke Zentrum einen gemäßigten Standpunkt einnahm und, wie wir besonders in den Verhandlungen vom 31. Oktober noch sehen werden, die deutsche Nationalversammlung durchaus als diejenige souveräne Gewalt ansah [1]), die die deutsche Einheit zu schaffen habe, so konnte die äußerste Linke in ihrer neuen Stellungnahme gegen Frankfurt auf eine Unterstützung durch das linke Zentrum nicht rechnen. Doch zugleich wirkten, teils von außen, teils durch die innerhalb der preußischen Nationalversammlung gegebenen Verhältnisse, Ereignisse auf diese ein, durch die sie mehr und mehr zur Opposition gegen die Regierung getrieben wurde. Daher war zeitweilig zu fürchten, daß die Versammlung bald ganz unter den Einfluß und die Führung ihrer äußersten Linken geraten würde. Diese Partei schien denn auch anfangs geschickt genug operieren und die ihr günstige Entwicklung benutzen zu wollen, um schließlich die Leitung an sich zu reißen, aber das überstürzte und planlose Handeln der Stürmer und Dränger und die energisch einsetzende Reaktion führte einen entgegengesetzten Ausgang herbei.

Zunächst hatte sich schon die Anzahl der Stimmen der äußersten Linken ziemlich vermehrt. Man kann sie nach den Abstimmungen im Oktober auf ungefähr 100 Mitglieder schätzen [2]), zu denen sich immer noch eine ganze Anzahl von Mitläufern gesellten. Ferner muß beachtet werden, daß fast dauernd 60—70 Mitglieder, oft noch mehr, abwesend waren. Aber auch die Nationalversammlung insgesamt trat, was die Fragen der inneren Politik betraf, mehr und mehr in Gegensatz zur regierenden Gewalt. Die Beschlüsse nahmen eine radikalere Färbung an. Diese bedenkliche Entwicklung zeigte sich besonders vom 12. Oktober an, als die Versammlung endlich an ihre eigentliche Aufgabe, die Beratung der Verfassung, herantrat. Mit diesem Tage, der 73. Sitzung [3]), begannen die Plenar-

1) Vergl. hiermit auch den Antrag vom 22. September, s. Anm. 2, S. 60 und S. 119.

2) Temme gibt in seinen „Erinnerungen", S. 306, die Stimmen seiner Partei am 10. November, also nach der Vertagung und Verlegung, auf 127 an.

3) Stenogr. Berichte der preuß. Nat.-Vers. II, S. 686.

verhandlungen über den Verfassungsentwurf. Dieser war zunächst in einer besonderen, der Verfassungs-Kommission [1]), dann in den Einzelabteilungen, in welche die Nationalversammlung sich nach der Geschäftsordnung gleichmäßig geteilt hatte, und schließlich durch die Zentral-Abteilung, deren Mitglieder aus den Einzelabteilungen gewählt wurden, also offenbar bis ins einzelne beraten worden. Der Versammlung war damit die Gelegenheit gegeben, die liberalen Anschauungen ihrer Zeit zur Anerkennung zu bringen und mit den Überlieferungen vergangener Jahrhunderte gründlich aufzuräumen. Ihr Gegensatz gegen das absolute Königtum trat schon in den Fragen formeller Art schroff hervor, und ihr Radikalismus machte rasche Fortschritte. Die Worte „von Gottes Gnaden" wurden aus dem Titel des Königs gestrichen [2]). Am 31. Oktober wurde beschlossen [3]), daß alle Standesunterschiede und -vorrechte aufgehoben, der Adel abgeschafft sein sollten, Titel, soweit sie nicht ein Amt bezeichneten, und Orden nicht mehr erteilt werden dürften. — Wichtig ist es auch, daß die Berliner Versammlung mit ihren Beschlüssen über die polnische Frage denjenigen der Frankfurter zur Freude der Demokratie entgegentrat. Die preußische Nationalversammlung war demokratischer gesinnt als die deutsche. Das demokratische Prinzip, die Souveränität jeder Nation, sei es auch zum Schaden der eigenen, zu achten, wurde von der preußischen Nationalver-

---

1) 16. Sitzung vom 15. Juni. Stenogr. Ber. d. pr. Nat.-Vers I, S. 205. Der Antrag Waldeck-Wachsmuth, durch welchen die Verfassungskommission ernannt wurde, lautete: „eine Kommission, bestehend aus 3 zu wählenden Mitgliedern jeder (der acht) Abteilungen, also aus 24 Personen zu ernennen und dieser unter Zufertigung des Regierungsentwurfes und Mitteilung aller auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Anträge, dessen Beratung eventualiter dessen Umarbeitung oder die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs aufzutragen; den solchergestalt ausgearbeiten Entwurf dann in den Einzelabteilungen zu beraten und durch die Zentralabteilung vor das Plenum der Versammlung zu bringen." Trotzdem sich der Ministerpräsident gegen den Antrag erklärt hatte (S. 203), wurde letzterer mit 188 gegen 142 Stimmen angenommen.

2) St. B. d. preuß. Nat.-Vers. II, S. 686 (73. Sitzung.)

3) Ebenda III, S. 279/80 und S. 289 (90. Sitzung).

sammlung anerkannt. Den Polen sollten die ihnen bei der Verbindung mit Preußen eingeräumten besonderen Rechte durch ein gleichzeitig mit der Verfassungsurkunde zu erlassendes organisches Gesetz gewährleistet werden [1]).

Aber auch die Haltung des Königs Friedrich Wilhelm IV. der Nationalversammlung gegenüber konnte dazu beitragen, daß sich die Stimmung der preußischen Volksvertreter gegen ihn verschlechterte. An seinem Geburtstage, dem 15. Oktober, erwiderte [2]) der König der Deputation, die den Glückwunsch der Nationalversammlung übermitteln sollte, in Hinblick auf den jüngsten Beschluß [3]), daß es noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden gäbe, die mit großer Macht bekleide. Seine Worte konnten nur Mißfallen bei den leicht erregbaren Volksvertretern hervorrufen. Grabow, der Prä-

1) 83. Sitzung. Ebenda III, 146. Das Zustandekommen dieses Beschlusses über die polnische Frage (Amendement Philipps vom linken Zentrum) ist sehr merkwürdig. Das Amendement wurde zunächst in namentlicher Abstimmung mit 164 gegen 157 verworfen, wie der Präsident bekannt gab. Während der Stimmzählung war der Abgeordnete Riebe, der anfangs für das Amendement gestimmt hatte, mit einem deutsch-posener Abgeordneten an den Schriftführertisch herangetreten und hatte erklärt, er stimme gegen den Antrag. Es entstand ein Streit, wie seine Stimme zu zählen sei. Der Streit wurde heftiger, als die Schriftführer mitteilten, sich verzählt zu haben und das Resultat nunmehr laute: 172 für und 173 gegen das Amendement — das linke Zentrum hatte fast gänzlich dafür gestimmt—; es handle sich um die Stimme Riebes, die als dagegen gezählt worden sei. Auf Befragen erklärte Riebe, zuerst mit „ja" gestimmt zu haben. Präsident: „Dann ist das Resultat 173 mit „ja", 172 mit „nein". Das Amendement Philipps ist somit angenommen". In der deutschen Nationalversammlung war in der Sitzung vom 28. Juli beschlossen worden (Stenogr. Ber. p. 124), die im Großherzogtum Posen (zu Preußen gehörig) gewählten 12 Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, unter Anerkennung der derzeitig im Bundesrat beschlossenen Aufnahme dieser Landesteile in den deutschen Bund, zuzulassen. Mit diesem Beschlusse war die deutsche Nationalversammlung mit dem Vorparlamente, das den Polen die Wiederherstellung ihres Staates bekanntlich versprochen hatte, in Widerspruch geraten.

2) Die Worte des Königs finden sich in „Friedr. Wilhelm IV. Reden, Proklamationen etc. v. 1848/50" (Berlin 1855).

3) Streichung des Titels „von Gottes Gnaden"; s. S. 54.

sident und Führer der Deputation, unterließ es denn auch, die Antwort des Königs in seinem Bericht über die Audienz der Nationalversammlung mitzuteilen [1]).

Neben der Beratung der eigentlichen Verfassung kamen weitere Beschlüsse über neue Gesetze hinzu, die zeigten, daß die Nationalversammlung mehr und mehr in eine opponierende Stellung rückte. Zwar konnte das Bürgerwehrgesetz [2]), das eine strenge Regelung der Bürgerwehrverhältnisse bringen sollte, nicht den Beifall der äußersten Linken [3]) und der Demokraten finden, da nach diesem Gesetze jeder unbescholtene Staatsbürger erst mit 24 Jahren zum Bürgerwehrdienst berechtigt sein sollte. Infolgedessen hätten dann die sogenannten „fliegenden Korps" der Studenten, Künstler, Handwerker und Arbeiter Berlins, die für die Demokratie eine nicht unbedeutende Stütze bildeten, ihre Waffen abgeben und sich auflösen müssen [4]). Eine mehr demokratische Haltung nahm dagegen die Nationalversammlung bei der Neuordnung der Jagdverhältnisse ein. Ein neues Jagdgesetz, das jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ohne jede Entschädigung aufhob und die Jagd jedem auf seinem Grundeigentum zugestand, wurde mit großer

---

1) Der Bericht Grabows lautet (Stenogr. Ber. d. preuß. Nat · Vers. II, S. 46, 78. Sitzung vom 17. Oktober): „Des Königs Majestät antworteten auf diese Aussprache (der Deputation) in freier Rede. Da jedoch bei einem solchen Akte jede von der Worttreue abweichende Mitteilung ihre Bedenken hat, eine wortgetreue Mitteilung mir aber nicht möglich ist, weil mir von der Regierung ein Konzept der Erwiderung weder vorher noch nachher zugegangen ist, so nehme ich billig Anstand, den Inhalt der Antwort S. M des Königs der hohen Versammlung mitzuteilen."

2) Angenommen in der 74. Sitzung v 13. Oktober. St. B. II, S. 706.

3) Begründet wurde die Opposition gegen dieses Gesetz dadurch, daß damit das Versprechen einer allgemeinen Volkswehr nicht erfüllt sei. Sten. Ber. II, 720. 75. Sitzung.

4) Die Aufhebung dieser infolge der Märzereignisse spontan geschaffenen allgemeinen Volksbewaffnung gelang nicht durch dieses Bürgerwehrgesetz; sie scheiterte an dem Widerstand der Massen, erfolgte dann aber schnell mit der Erklärung des Belagerungszustandes (am 12. November).

Majorität angenommen [1]). Die ungeheuren Umwälzungen, die eintreten mußten, sobald dieses Gesetz Rechtskraft erlangen würde, haben wohl die Regierung veranlaßt, die Sanktionierung dieses Gesetzes durch den König hinauszuschieben. Aber die Nationalversammlung bestand auf baldige Einführung des Gesetzes, und schon am 25. Oktober interpellierte das linke Zentrum das Ministerium, ob es das Gesetz der Krone zur Bestätigung vorgelegt habe und wann diese Bestätigung zu erwarten sei [2]). Der Minister Eichmann erklärte, die Interpellation erst in 8 Tagen beantworten zu können. Daraufhin nahm die Versammlung einen unmittelbar darnach gestellten Antrag der äußersten Linken an [3]), wonach es dem Ministerium zur dringendsten Pflicht gemacht wurde, die Sanktion auf das Schleunigste zu vermitteln. Die Genehmigung des Jagdgesetzes durch den König konnte Pfuel dann erst zu Beginn der denkwürdigen Abendsitzung vom 31. Oktober der Versammlung mitteilen [4]), und es scheint fast so, als ob man mit dieser Mitteilung die Erregung für Wien ein wenig habe beschwichtigen wollen.

Die Haltung der Nationalversammlung im Oktober wurde auch noch durch einen äußeren Umstand wesentlich beeinflußt. Nach dem Waffenstillstand von Malmö wurden zurückkehrende Truppen in der Umgegend der Landeshauptstadt zusammengezogen, was die Nationalversammlung in nicht geringe Besorgnis versetzte. Die Furcht vor der Reaktion bekam dadurch wieder neue Nahrung. Wrangel, der nach der Ratifizierung des Malmöer Waffenstillstands aus Schleswig zurückgekehrt war, wurde am 15. September zum Oberbefehlshaber der Truppen in der Mark Brandenburg ernannt [5]). Bei der Parade der Truppen in Berlin vom 20. September ließ dieser in Hinblick auf die mehrfach in Berlin vorgekommenen Unruhen die bekannten Ausdrücke fallen: die Schwerter sind haarscharf

---

1) Am 13. Oktober (74. Sitzung) mit 285 gegen 41 Stimmen (76 fehlen). St. B. d. preuß. Nat.-Vers. II, S. 711.
2) 85. Sitzung. St. B. III, S. 182.
3) Ebenda III, S. 186.
4) Ebenda III, S. 291.
5) Deutsche Chronik: 15. September.

geschliffen, die Kugeln im Gewehr [1]). Seit dieser Zeit wurde das Ministerium Pfuel von den Demokraten nicht anders als ein „Ministerium der bewaffneten Reaktion“ bezeichnet [2]). Pfuel wurde bei seinem Antritt sogleich mit einer Interpellation des linken Zentrums [3]) empfangen, in der gefragt wurde, welche Gründe und Absichten zu der Ernennung Wrangels und der Konzentrierung einer bedeutenden Militärmacht um Berlin Anlaß gegeben hätten. Pfuel antwortete beschwichtigend: die Ernennung Wrangels sei eine rein administrative, praktische Maßregel, und der gährende Zustand in einzelnen Teilen des Landes und der Hauptstadt mache eine Zusammenziehung der Truppen am Knotenpunkte der Eisenbahn notwendig. Da während des Monats Oktober weitere aufregende Notizen über die Truppen um Berlin in den Zeitungen erschienen [4]), brachte das linke Zentrum am 28. Oktober einen Antrag ein, durch welchen das Ministerium aufgefordert werden sollte, schleunige Mitteilung über die Stärke der in der Mark versammelten Truppen zu machen [5]). Pfuel erklärte, im Augenblick außer stande zu sein, über die Stärke Auskunft geben zu können, da er nur periodisch Berichte erhalte, wiederholte aber, daß die Truppen nur in Rücksicht auf die Gährung in Berlin herangezogen worden seien, jedoch einzig und allein zum Schutze des Eigentums und zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung verwendet werden sollten. Inzwischen bemühten sich aber die Klubdemokraten, die Soldaten zu sich herüberzuziehen. Während man die Soldaten nach den Märztagen geschmäht hatte, suchte man sie jetzt durch Versprechungen zu gewinnen [6]). Volksversammlungen zur Ver-

---

1) Nr. 81 der „Neuen Berliner Zeitung“ vom 21. Sept.

2) Plakat vom 22. September (Friedländer-Sammlung).

3) Interpellation Kirchmann. 58. Sitzung vom 22. September. St. B. II, S. 366. Antwort Pfuels: II, S. 368.

4) Nr. 194 vom 17. Oktober und Nr. 203 vom 26. Oktober der „National-Zeitung“, Nr. 291 der „Deutschen Zeitung“ vom 31. Oktober (Berlin, den 28. Oktober).

5) 88. Sitzung. Stenogr. Ber. III, S. 238.

6) Plakat vom 16. September (Friedländer-Sammlung).

brüderung des Militärs mit dem Volke wurden abgehalten [1]). Ein Militärreformverein wurde Ende Oktober von den Demokraten gegründet [2]), der, wie sie sagten, für zeitgemäße Reformen im Militärwesen wirken sollte. Dieser Verein scheint die Besorgnis der Militärbehörden erregt zu haben, denn ein Gouvernementsbefehl soll, wie die Quellen [3]) berichten, den Besuch für die Soldaten verboten haben. Der jähe Umschwung im November ließ auch diese Schöpfung der Berliner Demokratie schnell verschwinden.

Während sich so die Gegensätze von allen Seiten her zuspitzten und man die Krisis mit verhaltener Erregung kommen sah, ließ es sich die äußerste Linke jedoch nicht nehmen, inzwischen Vorstöße gegen die deutsche Nationalversammlung zu wagen und im Sinne der neuen Taktik der Demokratie die Souveränität der Berliner Versammlung der Frankfurter entgegenzustellen, wodurch dann schließlich, am 31. Oktober, die Katastrophe herbeigeführt wurde. Man kann drei Versuche dieser Art feststellen, die zugleich gegen die preußische Regierung gerichtet waren. Alle drei blieben erfolglos. Sie datieren vom 5., 24. und 31. Oktober. Die ersten beiden unternahm die äußerste Linke aus eigener Initiative, den letzten — es war der bekannte Antrag Waldeck für Wien, wie wir noch sehen werden [4]) — in Übereinstimmung mit der gesamten parlamentarischen Demokratie.

Am 5. Oktober [5]) interpellierte Waldeck das preußische Ministerium, ob es auf den Erlaß des Reichsjustizministers gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit und des Versammlungsrechtes vom 24. September [6]) schon eine Erklärung abgegeben habe oder in welcher Art es eine solche abzugeben gedenke.

---

1) Nr. 165 der „Reform" vom 3. Oktober. A. Ruge: Tagebuch, S. 8.

2) Am 23. Oktober. Nr. 247 der „Berliner Zeitungshalle" vom 25. Oktober. A. Streckfuß: Das freie Preußen. II, S. 479. Streckfuß war Vorsitzender dieses Vereins.

3) Ebenda.

4) S. Temme: Erinnerungen, S. 300 (vergl. auch unten S. 80.)

5) 67. Sitzung. Stenogr. Ber. d. pr. Nat.-Vers. II, S. 541.

6) S. S. 33.

Diese Interpellation erhielt jedoch nicht den Vorrang vor der Tagesordnung und ist in dieser Form nicht mehr vorgebracht worden. Man kann sie aber als einen Vorläufer zu dem Antrage Waldeck vom 24. Oktober ansehen. Die äußere Veranlassung zu diesem Antrage gab die Publizierung des Reichsgesetzes zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Zentralgewalt [1]) für Preußen in der Landesgesetzsammlung, worauf Pfuel noch besonders am 18. Oktober in der Berliner Versammlung aufmerksam gemacht hatte [2]). Durch eine derartige Bekanntgabe erlangte dieses Reichsgesetz Rechtskraft für Preußen. Das trieb die äußerste Linke dazu, durch Waldeck am 24. Oktober folgenden dringlichen Antrag, den sie jedoch nicht als solchen, sondern nach Art der englischen Resolutionen angesehen und angenommen wissen wollte, zu stellen [3]): „Die hohe Versammlung wolle beschließen: 1. Kein Erlaß kann als Gesetz gelten und als solches durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht werden, welcher nicht von der konstituierenden Versammlung in Berlin beschlossen, angenommen oder genehmigt worden ist. 2. Diejenigen Erlasse der Frankfurter Zentralgewalt oder verfassungsgebenden Versammlung, welche innere Angelegenheiten der einzelnen Länder, namentlich Polizeiwesen und Strafgesetzgebung zum Gegenstande haben, können für Preußen erst durch die Genehmigung der preußischen Volksvertreter gesetzliche Geltung erlangen.

1) Vom 10. Oktober, s. S. 33

2) 79. Sitzung. Sten. Ber. III. S. 47. Pfuel konnte bei der Publikation dieses Gesetzes durch die preußische Gesetzsammlung wohl auf die Zustimmung der Berliner Nationalversammlung rechnen, denn am 22. September (55. Sitzung, Sten. Ber. II, 371 ff.) hatte die Versammlung einen Antrag des linken Zentrums mit großer Majorität (gegen die Stimmen der äußersten Linken) angenommen, wonach die Versammlung, ihren höchsten Unwillen über die jüngsten Ereignisse zu Frankfurt a. M. (v. 18. September) bekundend, erklärte, daß sie jede Störung der deutschen Nationalversammlung in der völligen Freiheit ihrer Beratungen, jede rohe Gewalt gegen dieselbe tief beklage und die Regierung ersuche, die deutsche Zentralgewalt zur Unterdrückung solcher Angriffe überall kräftig zu unterstützen. — Vergl. diesen Antrag des l. Zentrums auch mit dem auf S. 53 Gesagten.

3) 84. Sitzung. Stenogr. Ber. III, 149 ff.

Motiviert wurde dieser Antrag zunächst durch Bedenken juristischer Art, dadurch nämlich, daß die preußischen Gerichte irrtümlicherweise Frankfurter Gesetze, wenn sie in der preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht worden seien, zur Anwendung bringen könnten und daher den Preußen ein ganz neues Strafrecht oder eine Beschränkung ihrer gesetzlichen Freiheiten gebracht werden könnte. Inzwischen hatte jedoch die Wiener Revolution auch in Berlin neue Erregung hervorgebracht, und das laue Verhalten der deutschen Nationalversammlung dieser neuen Erhebung Wiens gegenüber hatte die Mißstimmung gegen Frankfurt verstärkt, da man allgemein für die bedrängte Stadt Partei nahm. Diesen Umstand ließ sich Waldeck nicht entgehen, um in seiner Rede [1]), die er zur Begründung des Antrages hielt, anzudeuten, daß dessen Annahme etwaigen künftigen Maßnahmen der Frankfurter Gewalt gegen Wien vorbeugen würde. Diese Rede liefert uns daher auch zugleich einen Beleg für die neue Haltung, die die Demokratie seit Ende September der deutschen Nationalversammlung gegenüber eingenommen hat. Der Fall, meinte Waldeck, könnte eintreten, daß die Frankfurter Versammlung Reichstruppen zur Unterdrückung der Revolution in Wien abschicke; demgegenüber müsse deshalb festgestellt werden, daß sie nicht die deutsche Nation vertrete und man in Berlin gesonnen sei, solchen etwaigen Maßregeln entgegenzutreten. Allerdings betonte Waldeck, daß durch diesen Antrag ein Konflikt mit Frankfurt nicht erhoben werden solle, und er begründete sein Verhalten gegen früher [2]) damit, daß die Zentralgewalt wohl in allen auswärtigen Angelegenheiten des Bundesstaats, nicht aber in den inneren der einzelnen Staaten kompetent sei. Aber die wahre Absicht der äußersten Linken, die Souveränität der Frankfurter Versammlung zu untergraben, wurde doch durchschaut [3]) und die Dringlichkeit des Antrages mit 174 gegen

1) Stenogr. Ber. III, S. 151.

2) Sein Eintreten für den Antrag Jakoby vom 7. Juli, s. S. 30

3) P. Reichensperger: Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848, schreibt S. 150: „Am 24. Oktober brachte der Abgeordnete Waldeck aus einer ganz untergeordneten Veranlassung einen dringlichen Antrag zur Verhandlung, welcher im Falle

173 Stimmen verworfen [1]). Merkwürdigerweise stimmte fast das gesamte linke Zentrum für die Dringlichkeit des Antrages, sei es, daß die meisten Mitglieder dieser Partei die partikulare Sonderstellung Preußens beeinträchtigt sahen, sei es, daß sie sich doch durch die Verfassungs- und Rechtsfragen bei der Abstimmung haben beeinflussen lassen. Die Beweggründe für das Verhalten dieser Partei in diesem Falle zu ermitteln, würde uns jedoch zu weit von unserer eigentlichen Aufgabe ablenken. Jedenfalls zeigt uns jene Abstimmung, wie sich die Parteiverhältnisse in der preußischen Nationalversammlung allmählich gestaltet hatten und wie die gesamte Linke (äußerste Linke und linkes Zentrum) der Majorität nicht mehr fern war [2]), wenn sie einig blieb. Somit gründete sich die Ansicht, die Waldeck und Temme, wie wir noch sehen werden, im Gegenparlament aussprachen [3]), daß die Berliner Linke bald die Majorität besitzen werde, im ganzen nicht auf eine falsche Beobachtung der Parteiverschiebungen, die fast unmerklich vor sich gingen. Allerdings mußten sich diese beiden Führer der Berliner Opposition in bezug auf ihren parlamentarischen Kampf für Wien in ihren Erwartungen getäuscht sehen, da das linke Zentrum, in der Sache wohl mit der äußersten Linken in Übereinstimmung, nicht gesonnen war, in diesem Kampfe für Wien sich dem neuen Schlachtplan der Demokratie gegen die deutsche Nationalversammlung anzuschließen.

Bevor wir uns dem dritten Vorstoß der Demokratie gegen Frankfurt, dem Waldeckschen Antrage für Wien, seinem Zusammenhange mit den Beratungen im Gegenparlament und dem Krawalle vom 31. Oktober auf dem Gendarmenmarkte

---

seiner Annahme die tiefste Kluft zwischen der preußischen Nationalversammlung und dem deutschen Reichstage öffnen und die Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens aufs Ernsteste gefährden mußte."

1) Stenogr. Ber. II, S. 161. 55 Stimmen fehlen. Der Antrag ging dann gemäß der Geschäftsordnung an die Petitionskommission zur Vorberatung. Aus dieser ist er aber infolge der Verlegung und Auflösung der Versammlung nicht mehr herausgekommen.

2) Vergl. mit dieser Abstimmung auch die über die polnische Frage, Anm. 1, S. 55.

3) S. L. Simon: Aus dem Exil, S. 95 ff; ferner unten S. 76 und 81.

zuwenden, müssen wir noch einen Blick auf die Stimmung der Volksmassen und die Zustände in Berlin werfen, um die Entstehung des Krawalls verstehen zu können.

Wie schon bemerkt wurde [1]), hatte Pfuels Nachgiebigkeit am 25. September den Ausbruch eines Aufruhrs verhindert. Die Klubdemokraten waren darob sehr enttäuscht, und das rief für einen Augenblick einen Zwiespalt zwischen den Klubisten und der äußersten Linken hervor, indem jene dieser Inkonsequenz vorwarfen, da sie nicht auf strikte Durchführung des Steinschen Antrages bestanden habe [2]). Doch schon die Annahme des Bürgerwehrgesetzes [3]) stellte die Einigung zwischen der parlamentarischen Opposition und den Straßendemokraten wieder her. Diese gaben ihren Unwillen durch eine Demonstration zu erkennen, indem sie einen Esel, dem sie einen Abdruck des Gesetzes umgehängt hatten, durch die Stadt führten und zuletzt den Abdruck des Gesetzes auf einem Scheiterhaufen vor dem Schauspielhaus verbrannten. Als bald nach dieser Demonstration die Revolution in Wien wieder ausgebrochen war, geriet aber das Klubleben Berlins, wie im vergangenen März, wieder in fieberhafte Erregung, und das Leben in den Straßen wurde, wie immer bei wichtigen politischen Ereignissen, sehr bewegt. Wien bildete das Tagesgespräch auf den Straßen wie in den Klubs. Die neuesten Nachrichten über Wien wurden mit Spannung erwartet und mit lebhaftem Interesse verfolgt, wenn sie von Einzelnen in zusammengelaufenen Volkshaufen mit erregtem Tone verlesen wurden. In den Klubs wurden Proklamationen und Beifallsadressen an die Wiener erlassen [4]). Aber auch die konstitutionell gesinnten Bürger

1) S. S. 35.

2) Nr. 162 der „Reform“ vom 29. September.

3) S. S. 56. Am 4. Oktober waren die Einzelberatungen des Gesetzes beendet. Die Annahme des Gesetzes im ganzen geschah am 13. Oktober.

4) Nr. 188 vom 11. Oktober und Nr. 192 vom 15. Oktober der „National-Zeitung“. Nr. 175 vom 14. Oktober und Nr. 176 vom 15. Oktober der „Reform“. In diesen Adressen drückten die Berliner Klubs den Wienern ihre Sympathie aus; es heißt dort fast immer, daß sich die Wiener „durch ihre glorreiche Revolution wohlverdient um die Freiheit des Vaterlandes“ gemacht hätten und daß die Berliner „die Sache Wiens zur ihrigen“ machen würden.

verkannten nicht die Bedeutung der Wiener Ereignisse für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Sie nahmen an dem Schicksal Wiens [1]) regen Anteil [2]), und das erklärt uns, daß in der Sitzung vom 31. Oktober auch die andere Parteien für Wien eintraten, zumal das neutrale Verhalten der deutschen Nationalversammlung wenig befriedigt hatte [3]).

In der Parteinahme für die österreichische Reichshauptstadt herrschte Einstimmigkeit im größten Teile der Berliner Bevölkerung, und die Demokratie war geschickt genug, diese Stimmung zu nähren und für ihre Opposition gegen Frankfurt zu benutzen.

Die Demokraten mußten sich daher um so mehr beunruhigt fühlen, als diese einmütige Stimmung unerwartet getrübt wurde. Am 16. Oktober brach nämlich auf dem Köpenicker Felde ein Aufruhr unter den Arbeitern, die hier bei einem

---

1) Am 6. Oktober war die Revolution in Wien wieder ausgebrochen. Am 16. Oktober ernannte der Kaiser von Österreich den Fürsten von Windischgrätz zum Oberbefehlshaber, um den Aufruhr in Wien mit Waffengewalt niederzudrücken. Am 23. Oktober begannen die Feindseligkeiten vor Wien, am 29. unterwarf sich die Stadt. (Deutsche Chronik.)

2) So erließ auch der Bürgerwehrverein, ein durchaus liberaler Verein, eine Sympathiekundgebung für Wien (Plakat vom 24. Oktober). Der konstitutionelle Klub erklärte am 27. Oktober, „daß die deutsche Zentralgewalt dem deutschen Volke und der Nationalversammlung dafür verantwortlich sei, wenn sie ein Bombardement Wiens durch Windischgrätz oder gar eine Aufhebung der im März und Mai von den Österreichern errungenen Rechte dulde.“ (Nr. 253 der „Voss. Ztg.“ vom 29. Oktober).

3) Am 12. Oktober stellte der österreichische Abgeordnete Berger von der Linken in der deutschen Nationalversammlung (Stenogr. Ber. p. 2557) den Antrag, die Nationalversammlung möge erklären, daß der österreichische Reichstag und die heldenmütige demokratische Bevölkerung Wiens sich durch ihre letzte Erhebung um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Dieser Antrag wurde als nicht dringlich abgewiesen. Am selben Tage sandte die Zentralgewalt zwei Reichskommissare, Welcker und Mosle, nach Wien, um den Frieden zwischen Krone und Volk zu vermitteln; diese gingen jedoch bald von Wien nach Olmütz in das kaiserliche Hoflager, wo sie aber nichts erreichten.

Kanalbau beschäftigt wurden, aus, in dessen Verlaufe diese mit der Bürgerwehr in Kampf gerieten und es zum Barrikadenbau in einigen Straßen kam.

Die Veranlassung dazu war folgende gewesen: die Regierung hatte in dem Kanalbette eine Maschine aufstellen lassen, um das Wasser auszupumpen und den Arbeitern für den Winter die Beschäftigung zu sichern. Von irgendeiner Seite war nun den Arbeitern eingeredet worden, die Maschine sei aufgestellt, um ihnen die Arbeit zu entziehen. Dadurch ließen sie sich aufhetzen und dazu hinreißen, die Maschine zu zerstören, und es mußten Schutzmannschaften und Bürgerwehr in die Nähe des Feldes gelegt werden, um Unruhen vorzubeugen. Dadurch gerieten aber die Arbeiter noch mehr in Erregung, und bald waren sie, ohne daß sie es vielleicht beabsichtigt hatten, im Streit mit jenen Mannschaften. Schnell breitete sich der Kampf über die nördlichen Teile der Stadt aus, der erst durch Vermittlung von angeseheneren Demokraten beigelegt werden konnte. Von demokratischer Seite ist behauptet worden, daß der Aufstand von den Reaktionären geschürt und benutzt worden sei [1]); auch liberale Zeitungen ließen ähnliche An-

---

1) So schrieb die „Reform" (Nr. 178 vom 18. Oktober): „Die Demokraten überschauten alsbald die ganze Gefährlichkeit der Lage. Das Ganze konnte ja angelegt sein, um Berlin in Belagerungszustand zu erklären, den Demokratenkongreß und die hier bevorstehende Vereinigung der deutschen Oppositionen unmöglich zu machen, die bewaffnete Kontrerevolution zu vollenden. Hierüber waren alle Demokraten einig; es war nur eine Stimme, daß zur Beruhigung und zur Versöhnung geschritten werden müsse. Vielleicht gibt es einige gewissenlose Tollköpfe in Berlin, welche selbst aus prinziplosen Emeuten um jeden Preis eine große Bewegung erkünsteln möchten, allein diese besitzen keine Popularität, keinen Anhang, und sie müssen sich deshalb in jedem großen Moment hinter den echten Demokraten verstecken. Nur die wirklich reaktionären Wühler, die Wölfe in Schafskleidern können auf Augenblicke gefährlich werden. Jeder weiß, wen und was ich hier meine, jeder Vernünftige versteht mich." — Deutlicher aber wird sie erst 2 Tage später (No. 180 vom 20. Oktober). In dem Leitartikel: Der Zwiespalt im Volke und die Reaktion, heißt es: „Wir würden den Vorwurf verdienen, nicht bloß Partei zu nehmen, sondern auch parteilich im Urteil zu sein, wollten wir ohne Beweis behaupten, die traurigen Konflikte vom

deutungen fallen [1]), sogar die „Kreuzzeitung" erwähnte jene Behauptung [2]). Ob aber die Veranlassung zu diesen Unruhen

16. Oktober seien von der Reaktion angestiftet worden. Aber soviel ist gewiß und tritt täglich durch Aufdeckung neuer Tatsachen hervor, daß sie gleich nach dem ersten Ausbruch von der Partei unserer Gegner benutzt worden sind; es ist uns von glaubwürdigen Zeugen erzählt worden, daß durch vornehme Leute mit militärischer Haltung, aber in Zivilkleidern, Geld und Munition unter den Arbeitern verteilt, daß diese verhetzt worden sind, daß notorische Polizeispione, in Blusen versteckt, unter den Arbeitern gestanden, das Feuer geschürt und selbst nach Akten der Versöhnung wieder auf die Bürgerwehr geschossen haben. Man durfte auch nur an die Orte gehen, wo unsere Feinde verkehrten; dieses vergnügte Lächeln, dieses heimliche Geflüster, diese unverhohlenen Ausbrüche adeliger Roheiten; sie freuten sich wie kleine Könige von Neapel. Auch unter der Bürgerwehr waren Hetzer aus dieser Partei." — Zu dieser letzteren Bemerkung interessiert noch eine Notiz der „Neuen Rheinischen Zeitung" (von Karl Marx) vom 20. Oktober. Ihr Berliner Korrespondent schreibt am 16. Oktober: „Man erzählt, daß die beiden Offiziere der Bürgerwehr, welche heute zuerst Feuer kommandierten, die reaktionärsten der Bürgerwehr seien, und dadurch gewinnt das Gerücht, daß die heutigen Ereignisse von der Reaktion provoziert worden, vollständig Glauben."

1) So die „National-Ztg." (Nr. 195 vom 18. Okt.): „Man konnte es allerorten hören, in der Bürgerwehr, unter den Arbeitern selbst, in der übrigen Bevölkerung, daß man sich vor allen Dingen vor den reaktionären Bestrebungen hüten müsse, denen nichts erwünschter sein würde, als die Truppen, welche rings um Berlin lagern, in die Stadt zu gewaltsamem Einschreiten hereinzuführen. Diese Ansicht hat so tiefe Wurzel gefaßt, daß man schon gestern überall hören konnte, es seien reaktionäre Hände bei diesem Konflikte im Spiele." Ferner „Voss. Ztg." (Nr. 243 vom 18. Okt).: „Dem ganzen Ereignisse fehlt jede politische Bedeutsamkeit; es ist ein Exzeß, eine Emeute, herbeigeführt, wie es scheint durch Unvorsichtigkeiten und Übertreibungen von beiden Seiten. — Daß es eine Partei gibt, die an der Hand ihrer Militärherrschaft ihre reaktionären Zwecke verfolgen möchte, daß diese Partei nichts sehnlicher wünscht als die Beseitigung der Bürgerwehr, daß ihr daher jeder Augenblick ersehnt ist, wo die Bürgerwehr ihre Unfähigkeit erklärt und den Truppen den Platz räumt, — das alles wissen wir."

2) Nr. 94 vom 18. Oktober: „Daß man aber gar die ganze Revolte der sogenannten Reaktion, d. h. nach der jetzigen Bedeutung, den Leuten, die Ruhe und Ordnung wollen, wieder in die Schuhe zu schieben versucht, ist wirklich — man weiß nicht, ob gemeiner oder lächerlicher."

in der Tat von den Reaktionären ausgegangen ist, ist nicht zu ermitteln.

Die Demokratie hatte aus Besorgnis vor einer Reaktion und dem etwaigen Einzug von Truppen ein großes Interesse daran, daß die Ruhe in der Stadt und die Einigkeit des Berliner Volkes schnell wieder hergestellt würde, zumal die beiden angekündigten Zusammenkünfte, das Gegenparlament und der Demokratenkongreß, noch bevorstanden. Die Demokraten waren es denn auch, die sich eifrig bemühten, eine Aussöhnung zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr herbeizuführen. Vornehmlich beteiligte sich daran die äußerste Linke, indem sie die Petition der Arbeiter an die Nationalversammlung: Bestattung der Gefallenen und ausreichende Versorgung der Verwundeten und Hinterbliebenen auf Staatskosten, schon am 18. Oktober [1]) zu einem Antrage machte. Waldeck selbst übernahm die Begründung des Antrages. Seine Rede [2]) gibt uns ein Abbild von der Stimmung innerhalb der Demokratie und kann auch zugleich als ein Beleg für ihre neue Taktik, Berlin und die preußische Nationalversammlung an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen, gelten. Es müsse verhindert werden, führte er aus, daß eine Scheidung zwischen Bürger und Volk in Berlin hervortrete wie im Juni in Paris [3]). Die Hauptstadt müsse in der Einigkeit ihrer Einwohnerschaft ihre Sicherheit finden gegen die Bedrohung durch die Reaktion. 50 000 Soldaten seien um Berlin versammelt. Die Annahme des Antrages werde die erregten Arbeiter beruhigen, und bei der einigen Stimmung des Volkes werde die Reaktion nicht wagen, anzugreifen. Seit der Wiener Revolution blicke die ganze Welt auf die preußische Nationalversammlung; sie solle den Standpunkt festhalten, auf welchen sie berufen sei: die Freiheit Deutschlands, den Ruhm dieses großen Landes zur Sicherheit der Zivilisation in Europa aufrecht zu erhalten. Trotz des Beifalls, den diese Rede fand, wurde der Antrag der

---

1) 79. Sitzung. Petition der Arbeiter. Stenogr. Ber. III, 58 ff. Antrag der äußersten Linken. III, S. 61 ff.

2) Ebenda, III, S. 61.

3) Durch den bekannten Pariser Arbeiteraufstand im Juni, der durch die bürgerliche Nationalgarde niedergeworfen wurde.

äußersten Linken abgelehnt. Diesem Mißerfolg gegenüber aber die wiederhergestellte Einigkeit des Berliner Volkes weithin erkennbar zu machen, veranstaltete die Berliner Demokratie eine große Demonstration. Sie benutzte dazu die Beerdigung der gefallenen Arbeiter, indem die bekanntesten Mitglieder der äußersten Linken, der Zentral-Ausschuß der deutschen Demokraten, sämtliche Vereine und Gewerke Berlins den Särgen das Geleit zum Grabe gaben, wo dann, ähnlich wie im März und Juni im Friedrichshain, versöhnende Ansprachen gehalten wurden [1]).

Der Zwischenfall vom 16. Oktober hatte die Anteilnahme der Berliner Bevölkerung an der Wiener Revolution ein wenig sinken lassen, doch nach dem großen Aufzuge vom 20. Oktober war das Interesse für Österreichs Hauptstadt wieder um so stärker geworden. Die Spannung wuchs mehr und mehr, da die Nachrichten aus Wien immer seltener wurden und immer ungünstiger lauteten [2]). Mit dem Beginn der beiden Zusammenkünfte der Demokraten, des Gegenparlaments und des 2. Demokratenkongresses [3]), kam dann der Augenblick, in welchem sie ihren bedrängten Gesinnungsgenossen in Wien mit Taten zu Hilfe kommen konnten und ihren lauten Reden nach mußten.

---

1) Die Beerdigung fand am 20. Oktober statt. S. „Berliner Zeitungshalle."

2) Noch ehe der Antrag Waldeck für Wien (31. Oktober) zur Verhandlung kam, hatte sich die Stadt unterworfen (am 29. Oktober); die Kunde davon gelangte aber erst am 31. Oktober spät abends nach Berlin.

3) Am 27. und 26. Oktober, s. S. 70.

IV

Das Gegenparlament

Um den Verlauf des Gegenparlaments im einzelnen verfolgen zu können, wird es vorteilhaft sein, zunächst sämtliche gleichzeitigen Berichte aus den Zeitungen, sowie die Ausführungen der beiden Teilnehmer J. D. H. Temme und L. Simon (Trier) darüber nacheinander in ihrer ganzen Breite wiederzugeben, sie gegeneinander sich spiegeln zu lassen und darnach erst eine Kritik von ihnen allen zu geben. Durch dieses Verfahren wird der Leser selbst jede einzelne Quelle als Ganzes überschauen, ihren Charakter und ihren Wert für die geschichtliche Untersuchung über das Gegenparlament schneller und besser erkennen können.

Am ausführlichsten sind die Referate der „Nationalzeitung" und der „Vossischen Zeitung". Sie zeigen eine auffallende Ähnlichkeit, so daß man ein und denselben Berichterstatter vermuten kann, und sie werden deshalb zum Vergleich nebeneinander gestellt werden:

Nr. 254 der „Vossischen Zeitung" v. 31. Oktober 1848.

Die schon vor längerer Zeit berichtete Proklamation einiger Oppositionsmitglieder der Berliner und Dresdener Nationalvertretungen an sämtliche linken Seiten der konstituierenden Versammlungen Deutschlands, sich hier behufs

Nr. 207 der „National-Zeitung" v. 30. Oktober 1848.

Bekanntlich sollte am 27. Oktober hier ein Kongreß der Linken der verschiedenen deutschen National- und gesetzgebenden Versammlungen eröffnet werden; wie man indessen vernimmt, ist die Zahl der verschiedenen Mitglieder

Desavouierung des Frankfurter Parlaments, dessen Sitz in Berlin sein solle, zusammenzufinden, hat in den letzten Tagen geringe praktische Früchte getragen. Die Beratungen haben den Aufforderungen zufolge am 27. begonnen. Die Zahl der eingetroffenen Mitglieder war außerordentlich schwach. Man beabsichtigte ein sogenanntes Vorparlament, um den angegebenen Zweck zu verfolgen, zählte aber am ersten Abend nur acht fremde Mitglieder, darunter aus Frankfurt Schlöffel, Simon für Trier, Zitz und v. Trützschler; auch später sind nicht viel mehr erschienen. Hierdurch scheint der Gang der Verhandlungen wesentlich modifiziert worden zu sein. Die Wirksamkeit der Zentralgewalt in Deutschland und die derselben entgegenzusetzenden Maßregeln mochten als der ursprüngliche Zweck der Zusammenkunft angesehen worden sein. Auf Grund dessen faßte man am Sonnabend den Beschluß:

1. Die Versammlung macht die Sache Wiens zu der ihrigen;
2. Es wird sofort im Namen der Vorversammlung ein Aufruf an das deutsche Volk erlassen mit der Aufforde-

nicht eben bedeutend. Von Frankfurtern sind Schlöffel, Zitz, Simon aus Trier u. a. m. gekommen. Schon am Freitag nachmittag haben Besprechungen stattgefunden. Es fragte sich, ob öffentliche Verhandlungen sein sollten oder nicht. Wegen der geringen Zahl der Erschienenen konnte aber der Charakter dieses sogenannten Kongresses nicht der Art sein, wie man es von manchen Seiten her erwartet und teilweise auch gefürchtet haben mag. Die Lage Deutschlands im allgemeinen und die Wirksamkeit der Zentralgewalt im besonderen mußten der Gegenstand der Verhandlungen sein, und es konnte nach der Absicht des Komitees, welches die Einladung bewirkt hatte, sich nur darum handeln, daß man einig wurde über die Maßregeln, die man in den einzelnen Staaten und Ständekammern den Übergriffen der Zentralgewalt entgegensetzen sollte. Bei dem Charakter und der bisherigen Wirksamkeit mehrerer der von außerhalb Eingetroffenen konnte man freilich erwarten, daß sie darauf ausgehen würden, durch diese Vereinigung sogleich einen Mittelpunkt des tatsächlichen Widerstandes und einer tätlichen

rung, zur Rettung Wiens tätlich einzuschreiten.

Simon, Jakoby, d'Ester wurden mit der Entwerfung des Aufrufs beauftragt. Da jedoch der Beschluß in Abwesenheit mehrerer Mitglieder gefaßt war, so erhoben sich am Abend, als der von d'Ester verfaßte Entwurf der vollzähligen Versammlung vorgelesen wurde, lebhafte Bedenken.

Es sollte nicht bloß zu Geldbeiträgen, sondern auch zu bewaffnetem Zuge aufgefordert werden. Hiergegen erhoben sich namentlich Mitglieder der BerlinerNationalversammlung, indem sie zeigten, daß eine bewaffnete Hilfe von Berlin aus völlig unmöglich sei und sowohl an Geldnot wie an offenem Widerstande scheitern würde. Außerdem halte die Berliner Linke es für ihre Aufgabe, in der Nationalversammlung für die deutsche Sache zu streiten, und wolle jetzt, wo sich die Parteien in der Nationalversammlung strenger abschließen, ihre parlamentarische Wirksamkeit nicht gegen die neue, sehr zweifelhafte Tätigkeit vertauschen. Hierüber entstand von andern Seiten ein gewaltiger Sturm, an dem sich namentlich Herr Ruge beteiligte, Reformierung der Zentralgewalt zu gründen. Daraus scheint die Idee entsprungen zu sein, welche gestern der Gegenstand der Verhandlung war, nämlich eine Proklamation von den vereinigten Linken ans Volk mit der Aufforderung, zur Rettung Wiens tätig beizutragen. In dem demokratischen Kongreß wurde diese Idee als Beschluß durch Ruge verkündet. Am Abend aber entspann sich nochmals eine lebhafte Diskussion über diese Proklamation; es sollte nicht bloß zu Geldbeiträgen, sondern zu bewaffnetem Zuzug aufgefordert werden. Dies letztere wurde besonders von Mitgliedern der Berliner Nationalversammlung bekämpft, nicht bloß weil eine nachdrückliche Hilfe unmöglich und unausführbar von Berlin aus sei, sondern weil die Berliner Linke es für ihre Aufgabe erklärte, in der Nationalversammlung zu kämpfen für die deutsche Sache, und gerade jetzt, wo sich die Parteien in der Versammlung zu sondern im Begriffe ständen, den parlamentarischen Kampf nicht mit einer Tätigkeit nach außen vertauschen zu dürfen glaubte. Die vernünftige Ansicht der

der dem Demokraten-Kongreß schon vorher die Idee der Adresse als Beschluß mitgeteilt hatte.

Indes, da die Berliner Abgeordneten in der Mehrheit waren, so siegte ihre jedenfalls besonnenere Ansicht und wird jene gemeinsame Kundgebung der Versammlung unterbleiben, was auch dem Demokratenkongreß bereits mitgeteilt worden ist. Die Versammlung löste sich in der heftigsten Aufregung auf, und es scheint, als ob die meisten der fremden Abgeordneten die Stadt bereits verlassen hätten, freilich, wie es scheint, ohne die Absicht aufgegeben zu haben. Dagegen heißt es, daß die Linke der hiesigen Nationalversammlung ein Manifest erlassen wolle.

Berliner Abgeordneten, die übrigens auch der Zahl nach die Mehrheit bildeten, siegte, und die Proklamation wird unterbleiben, wenn es nach den hiesigen Abgeordneten geht, und es ist dies auch der Deputation des demokratischen Kongresses mitgeteilt worden. Die Revolutionäre à tout prix freilich scheinen ihre Absicht noch nicht aufgegeben zu haben und schieden mit Entrüstung. Den Mitgliedern der hiesigen Linken kann man indessen nur Glück wünschen, daß sie entschieden gegen jene aufgetreten sind.

Ähnlich, jedoch knapper, finden wir auch den Gang der Verhandlungen in der Berliner Korrespondenz der „Deutschen Zeitung" und in der „Kreuz-Zeitung" geschildert, und somit die Berichte Simons, der „National-" und der „Vossischen Zeitung" nochmals bestätigt. Die „Deutsche Zeitung" schreibt in Nr. 291 vom 31. Oktober 1848 (Berlin, am 28. Oktober): „Die Beratungen der hiesigen Linken mit Oppositionsmitgliedern anderer konstituierender Versammlungen Deutschlands haben gestern abend begonnen. Die Zahl der bis jetzt eingetroffenen Mitglieder ist nur gering. Bis gestern betrug dieselbe nicht mehr als acht." Und ausführlicher in Nr. 292 vom 1. November 1848 (Berlin, am 29. Oktober): „Die Zahl der zur Konferenz der demokratischen Partei in den deutschen konstituierenden Ver-

sammlungen eingetroffenen Mitglieder ist nicht viel größer geworden, als wir gestern angaben.

Abends wurde der Beschluß gefaßt:

1. die Versammlung macht die Sache Wiens zu der ihrigen,
2. es wird sofort ein Aufruf im Namen der Versammlung erlassen.

Simon (Trier), Jakoby und d'Ester wurden beauftragt, den Aufruf zu entwerfen. Der Beschluß war in Abwesenheit mehrerer Mitglieder gefaßt worden. Als der vollzähligen Versammlung der von d'Ester verfaßte Entwurf vorgelegt wurde, erhoben sich Bedenken gegen dessen Annahme. Wie wir hören, wird jede weitere gemeinsame Kundgebung der versammelten Mitglieder unterbleiben. Von der hiesigen Linken hingegen wird ein Manifest erlassen werden. Die fremden Deputierten verlassen Berlin wahrscheinlich noch heute oder morgen. Die Stimmung in der demokratischen Partei entspricht den Resultaten der beiden Versammlungen, welchen die Partei mit so sanguinischen Hoffnungen entgegengesehen hatte."

Mit dieser Darstellung fast übereinstimmend lautet ferner der Bericht der „Kreuz-Zeitung" (Nr. 105 vom 31. Oktober 1848): „Zu der Versammlung der Oppositionsmitglieder aller deutschen konstituierenden Versammlungen, die zum 27. hierher berufen war, um die Frankfurter Versammlung in die Luft zu sprengen, hatten sich bis gestern acht auswärtige Mitglieder eingefunden. Diese so vollständige Vertretung deutscher Nation hat nunmehr den Beschluß gefaßt:

1. Die Versammlung macht die Sache Wiens zu der ihrigen (also die Rebellion und Latours Mord)
2. Es wird sofort ein Aufruf im Namen der Versammlung erlassen. Eine Kommission wird ernannt, diesen Aufruf und Vorschläge über die Mittel einzubringen.

Gewählt werden Simon, Jakoby und d'Ester, die sich zurückziehen, um den Aufruf zu erlassen."

„Wir haben oben bereits den Beschluß des neuen Vorparlaments über die Wiener Angelegenheiten mitgeteilt.

Da jedoch verschiedene Mitglieder der Linken bei Fassung dieses Beschlusses nicht zugegen gewesen, so legten sie gegen den von Herrn d'Ester entworfenen Aufruf Protest ein, und es wurde beschlossen, daß jede g e m e i n s a m e Kundgebung der versammelten Mitglieder unterbleiben soll.

Auf eigene Hand kann dagegen jeder fortwühlen. Unsere äußere Linke will ein besonderes Manifest erlassen. Die acht oder zehn fremden Deputierten haben meistens gestern schon wieder Berlin geräumt.

Viel Lärm um nichts."

Zuletzt führen wir die uns erhaltenen Berichte der beiden Teilnehmer, Temme und Simon, an.

Temme fährt in seinen Erinnerungen über das Gegenparlament, nachdem er von der Verabredung, es zum 27. Oktober einzuladen, gesprochen hat, folgendermaßen fort (S. 298 ff.) [1]:

.... „Einzelne Herren waren mit Hintergedanken zu uns gekommen. Sobald wir die Einladung zum 28. Oktober erlassen hatten, wurden auch die demokratischen Vereine in ganz Deutschland zu jenem demokratischen Kongresse auf denselben Tag in Berlin entboten.

Wir sollten unter dem Einflusse, unter dem Drucke des demokratischen Kongresses beraten und beschließen. Die eine unteilbare, rote, deutsche Republik sollte in Berlin durchaus proklamiert werden, durch die Straßen Berlins sollte sich blutig die Revolution wälzen. Der Kongreß mit der Majorität von Narren und Wahnsinnigen sollte die Geschicke Deutschlands entscheiden. Die Herren hatten sich verrechnet. Sie traten sofort am 28. Oktober mit ihrem hinterhaltigen Plane hervor. Zum Beraten seien sie nicht hergekommen, es sei jetzt auch keine Zeit mehr dazu. Es müsse endlich gehandelt werden, noch heute. Wir Berliner waren entrüstet über die Hinterlist, mit der man uns in eine Falle hatte locken wollen, in einen unsinnigen, tollen Streich noch jetzt uns hineinreißen wollte; in einen jämmerlichen Straßenputsch. Sogar d'Ester, dem es doch wahrhaftig auf einen selbst extemporierten revolutionären

---

1) „Erinnerungen", Leipzig 1883. Der Auszug aus Temme schließt sich hier an den auf S. 45 gegebenen an.

Streich nicht ankam, war betreten. Ich gab unserem Unwillen zuerst und entschiedenen Ausdruck. Es kam zu heftigen Entgegnungen auf beiden Seiten. Wir trennten uns erst in der ersten Stunde, unter großer Aufregung. Am folgenden Tage traten wir jedoch wieder zusammen. Der brave, liebenswürdige Ludwig Simon (aus Trier) war unter den Frankfurtern. Er war der offenste, der redlichste Charakter, der keines Hinterhalts fähig war. Er kannte nur die Zustände und Verhältnisse in Berlin nicht und war selbst getäuscht worden. Er brachte eine Wiederaussöhnung zustande, und es erfolgte eine zweite Zusammenkunft. Von keiner Seite wurde in dieser ein Aufstand in Berlin wieder angeregt; es wurde nur an uns Berliner die Anforderung gerichtet, in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung die preußische Regierung zu einem kräftigen Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit aufzufordern. Der Antrag wurde von uns angenommen, auch am 31. Oktober in der Nationalversammlung gestellt. Ein weiterer Antrag, eine Proklamation an das deutsche Volk zu erlassen, wurde von uns verworfen. Er war eine neue Falle, durch welche der Putsch in Berlin erreicht werden sollte. Wir hatten sogar die ausdrückliche Bedingung gestellt, daß der Beschluß jener Aufforderung an die Regierung vor der Zeit in keiner Weise veröffentlicht werden sollte. Die Herren versprachen es. Der Beschluß war (am 29. abends) kaum gefaßt, als mehrere Herren sich sofort in die verschiedenen Berliner Volksklubs begaben, ihn bekannt machten und zu einer Beteiligung des Volkes an einer großartigen Demonstration aufforderten, die am zweiten Tage nachher (31.) vor dem Sitzungslokale der Nationalversammlung stattfinden sollte, zur Einschüchterung der Versammlung wie der Regierung.

Die Klubs veranstalteten sofort zum andern Tage (30. Okt.) eine allgemeine Volksversammlung. In dieser wurde zwar nur zu einer großartigen Sturmpetition an die Nationalversammlung zugunsten Wiens aufgefordert; aber der Zweck war erreicht, das Volk war einmal aufgeregt; aufgeregte Massen kann eine geschickte und versteckte Leitung zu allem treiben, und an Leitung fehlte es nicht, besonders nicht an aufwühlender, aufstachelnder."

Und Ludwig Simon schreibt, nachdem er den Zusammentritt des Gegenparlaments erwähnt hat, S. 95 ff.[1]): „Es handelte sich um einen Aufruf an das gesamte Deutschland um Geldbeiträge und bewaffneten Zuzug. Das leitende Komitee, welches unmittelbar für die erforderlichen Offizierscadres zu sorgen habe, sollte in Berlin seinen Sitz haben. Kam die Maßregel für Wien zu spät, so konnte sie doch den bald darauf folgenden Berliner Ereignissen eine andere Wendung geben. Mit Hinweis darauf erklärten wir uns sämtlich bereit, auf unsere Sitze in Frankfurt zu verzichten und unsere Kräfte mit denen der Berliner Linken zu gemeinsamem Zwecke zu vereinigen. Es gelang uns wirklich, von der zahlreich versammelten Berliner Linken einen unseren Vorschlägen entsprechenden Beschluß zu erwirken. Die Versammlung ernannte sofort eine Kommission, bestehend aus ....., d'Ester und mir, um den gedachten Aufruf zu entwerfen, und erklärte sich in Permanenz, bis wir unseren Entwurf vorgelegt hätten. Wir zogen uns zurück und kehrten alsbald mit unserem Entwurfe in die Versammlung zurück. Unterdessen aber waren Waldeck und Temme, welche der bisherigen Beratung nicht beigewohnt hatten, eingetroffen und machten ihren Einfluß gegen unsern Entwurf, sowie überhaupt gegen jeden Aufruf ähnlicher Art mit solchem Nachdruck geltend, daß die Versammlung von ihrem ersten Beschlusse gänzlich zurückkam. Der Hauptgrund, welchen sie gegen die von uns beantragten Maßregeln anführten, bestand in der zuverlässigen Aussicht, demnächst die parlamentarische Majorität zu erringen, der man schon ganz nahe stehe und ohne welche auf einen Schutz durch Volk und Bürgerwehr Berlins nicht zu rechnen sei. Darauf machte Schlöffel sich über die erhoffte parlamentarische Majorität lustig und sagte der Versammlung so derbe Artigkeiten, daß ich mich ins Mittel legen mußte, um wenigstens ein erträgliches Scheiden zu vermitteln. Wir kehrten darauf nach Frankfurt zurück. In Berlin aber trafen Schlöffels Prophezeiungen bald darauf buchstäblich ein. Ich will hier natürlich nicht untersuchen, inwieweit Waldeck und Temme mit ihren Anführungen recht hatten und was die

1) „Aus dem Exil", Gießen 1855. Der Auszug aus Simon schließt sich hier an den auf S. 45 gegebenen an.

Durchführung unseres Planes an dem Gange der bald darauf folgenden Ereignisse etwa zu ändern vermocht hätte, — aber sämtliche Mitglieder der Berliner Linken werden sich unserer damaligen Bereitwilligkeit erinnern, Frankfurt im Stiche zu lassen und mit ihnen gemeinschaftlich der Zukunft die Stirne zu bieten. Jedenfalls lag zu keiner Zeit auch nur der geringste Grund dazu vor, die Fahne der Berliner Versammlung uns als eine entschiedenere entgegen zu setzen. Auch das demokratisch-republikanische Prinzip haben wir Donnersberger reiner vertreten als die Berliner Linken, ja überhaupt als irgendeine Linke in ganz Deutschland [1]) . . . ."

Über die Zahl der teilnehmenden Parlamentarier erhalten wir einigermaßen sichere Angaben nur in den Zeitungen, und zwar nur, was die von auswärts gekommenen betrifft, nicht dagegen in bezug auf die Berliner Abgeordneten. Sicher ist der Besuch des Gegenparlaments hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Selbst A. Ruge mußte schreiben, daß die Versammlung nicht zahlreich genug gewesen sei, um ein moralisches Gewicht auszuüben [2]). Nach der „Vossischen Zei-

---

1) Simon setzt im weiteren noch seine Erörterung über den Gegensatz der beiden äußersten Linken fort und geht auf die tieferliegenden Gründe ein. Es wird deshalb angebracht sein, den Schluß hier noch mitzuteilen. Er schreibt weiter: „Freilich war unsere Stellung durch die bereits im Sommer 1848 erfolgte Selbstauflösung des Bundestags wesentlich erleichtert. Wir hatten nichts vor uns, als die durch das Parlament selbst geschaffene Zentralgewalt, während die einzelnen Landesvertretungen sich ihren angestammten Obrigkeiten gegenüber befanden, die zum Teil noch mit großer Gewalt ausgerüstet waren. Daraus ist zu erklären, daß selbst die äußerste Linke Berlins nicht aus der „demokratischen Monarchie" herauskam. In der Tat war es schwieriger, gegen tatsächliche Gewalten wirksam anzukämpfen, als bloße Theorien in ihrer Reinheit geltend zu machen. Dafür standen aber auch den Linken der großen Hauptstädte mehr Kräfte zu Gebote als uns in Frankfurt, und immerhin haben wir im Parlamente getan, was in unseren Kräften stand. Auf staatsmännisches Wesen machten wir im Donnersberg keinen Anspruch, aber von der scharfen Linie der reinen Prinzipien sind wir auch nicht um eines Haares Breite abgewichen, weder in der Verfassung noch in den Grundrechten."

2) A. Ruge: Tagebuch, S. 35.

tung“ [1]), der „Deutschen Zeitung“ [2]) und der „Kreuz-Zeitung“[3]) waren überhaupt nicht mehr als acht auswärtige Mitglieder zugegen. Besonders genannt werden die Frankfurter Abgeordneten L. Simon (Trier), Zitz, Schlöffel, v. Trützschler [4]), Wesendonck [5]) und Voigt (Gießen) [6]). Die „Reform“ [7]) berichtet, daß auch aus Sachsen, aus Altenburg und aus Mecklenburg-Schwerin und Strelitz Abgeordnete eingetroffen seien, doch werden diese nicht genannt [8]). Von den Berliner Abgeordneten nahm eine größere Anzahl teil; wieviel, wird nirgends gesagt, sondern nur, daß sie in der Überzahl gewesen seien [9]).

Was die Zeitangaben betrifft, so ist zunächst bei Temme — worauf schon aufmerksam gemacht wurde — eine kleine Ungenauigkeit zu bemerken. Er setzt die Ereignisse immer um einen Tag später an; nicht auf den 28., sondern auf den 27. Oktober wurde das Gegenparlament berufen, und an diesem Tage ist es auch zusammengetreten. Ferner befinden sich Temme und Simon insofern nicht im Einklang, als dieser nur von einem Tag, dem zweiten des Gegenparlaments (dem 28. Oktober), jener jedoch deutlich von zwei Tagen (dem 27. und 28. Oktober) spricht. Auch aus der „Vossischen Zeitung“ und der „National-Zeitung“ ersehen wir, daß die Verhandlungen am 27. Oktober („Voss. Ztg.“), einem Freitage („Nat.-Ztg.“), begonnen haben und am folgenden Tage, Sonnabend, den 28. Oktober, fortgesetzt wurden, was sich aus den weiteren Berichten dieser beiden Blätter ergibt. Denn das Auftreten Ruges im Demokratenkongreß, auf das sie beide hinweisen und das wir noch genauer zu erörtern haben werden, datiert vom 28. Oktober, an welchem Tage das Gegenparlament wieder auseinanderging. Die Volks-

1) Nr. 254 vom 31. Oktober, s. o.
2) Nr. 291 vom 31. Oktober, s. o.
3) Nr. 105 vom 31. Oktober, s. o.
4) „Voss. Ztg.“ Nr. 254 vom 31. Oktober, s. o.
5) „Kreuz-Ztg.“ Nr. 103 vom 28. Oktober, s. o.
6) W. Piersig: Mysterien der Berliner Demokratie (s. S. 19).
7) Nr. 187 vom 28. Oktober.
8) Aus Dresden und Altenburg sagt auch die „Constitutionelle Clubzeitung“ (Friedländer-Sammlung) in Nr. 63 vom 1. November.
9) „National-Zeitung“ Nr. 207 vom 30. Oktober und „Voss. Zeitung“ Nr. 254 vom 31. Oktober, s. o.

versammlung, die Temme erwähnt und auf die wir ebenfalls noch näher einzugehen haben werden, hat am Sonntag, den 29. Oktober, stattgefunden. Von einer Vorversammlung, d. h. also von der ersten Beratung am 27. Oktober, spricht auch die „Reform“ [1]), die merkwürdigerweise von allen Zeitungen am allerwenigsten von dem Gegenparlament mitteilt.

Indem wir uns nunmehr den Vorgängen innerhalb des Gegenparlaments zuwenden, müssen wir bemerken, daß die Quellen im großen und ganzen in ihren Darstellungen übereinstimmen. Der Gegensatz zwischen den Frankfurter und Berliner Demokraten, wie ihn L. Simon und Temme zeigen, wird durch die Zeitungsberichte vollkommen bestätigt. Die Frankfurter treten als die radikaleren Oppositionsmänner hervor. Allerdings muß hierbei auf einen Punkt hingewiesen werden, in welchem Temme sich nicht ganz im Einklang mit den übrigen Zeugnissen befindet. Er erweckt mit seiner Darstellung den Anschein, als ob die Berliner vom Beginn der Beratungen an geschlossen den unbedacht vorwärtsdrängenden Frankfurtern gegenübergestanden hätten. Dem war jedoch nicht so. Wie wir aus den übrigen Quellen entnehmen, war der größte Teil der Berliner anfangs auch für die radikalen Beschlüsse. Schon die Tatsache, daß die Berliner Jakoby und d'Ester die Wahl in die Kommission, die den Aufruf für Wien entwarf, annahmen, weist darauf hin. Erst nachdem Waldeck und Temme gegen jedes aggressive Auftreten der Demokratie außerhalb der preußischen Nationalversammlung gesprochen und ihren Einfluß bei ihren Fraktionsgenossen in diesem Sinne geltend gemacht hatten, wurden diese wankend und stimmten gegen die Frankfurter und deren Anträge. Von diesen Vorgängen berichtet Temme nichts. Zwar könnte man vermuten, daß sich seine Schilderung über den durchgängigen Zwiespalt im Gegenparlament nur auf einen von den Frankfurtern angeregten Aufstand in Berlin und nicht auf den geforderten Aufruf bezöge. Denn er bemerkt ausdrücklich (s. S. 74):

„Wir Berliner waren entrüstet über die Hinterlist, mit der man uns in eine Falle hatte locken wollen, in einen unsinnigen,

1) Nr. 187 vom 28. Oktober.

tollen Streich noch jetzt uns hineinreißen wollte, in einen jämmerlichen Straßenputsch". Aber er sagt selbst gleich darauf (s. S. 75): „Ein weiterer Antrag, eine Proklamation wurde von uns verworfen", und erwähnt also nichts wie die übrigen Quellen davon, daß der größere Teil der Berliner anfangs den radikaleren Frankfurtern zugestimmt hatte.

Nur eins hat Temmes Schilderung des Gegenparlaments vor den übrigen voraus. Er gibt, wie wir sahen, auch ganz kurz den Ursprung des Antrages an, den Waldeck am 31. Oktober [1]) in der preußischen Nationalversammlung zur Unterstützung Wiens gestellt hat. Temme erzählt [2]), daß die Berliner im Gegenparlament aufgefordert worden seien, einen Antrag in jener Versammlung zu stellen, und daß sie es auch übernahmen, diesen Auftrag auszuführen. Aber auch in diesem Punkte seines Berichtes ist Temme nicht ganz exakt. Mit Hilfe der Zeitungsberichte können wir jedenfalls den Ursprung des Waldeckschen Antrages noch etwas deutlicher aufklären. Durch jenen ersten Antrag im Gegenparlament, die Rettung der österreichischen Hauptstadt als seine eigentliche Aufgabe anzusehen, wurden die Wiener Ereignisse zum Ausgangspunkt der Beratungen des Gegenparlaments. Durch den zweiten Antrag, einen Aufruf zur bewaffneten Hilfeleistung für Wien zu erlassen, sollten die praktischen Folgerungen gezogen werden. Da sich aber über diese erst ganz zuletzt unter dem Einflusse von Waldeck und Temme der Zwiespalt zwischen den Berlinern und den Frankfurtern erhob, die Berliner jedoch die Oberhand behielten und nur für einen parlamentarischen Kampf waren, so konnte nichts übrig bleiben als ein derartiger Antrag, wie ihn Waldeck in die Nationalversammlung einbrachte. Die Frankfurter blieben schließlich allein, und da sie in der Minderheit waren, mußten sie von ihren Plänen abstehen. Temmes

1) Am 30. Oktober in die Berliner Nat.-Vers. eingebracht. S. Stenogr. Ber. d. preuß. Nat.-Vers. III, S. 258. Der Antrag lautete: „Die Versammlung wolle beschließen, daß das Staatsministerium aufgefordert werde, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten."

2) S. S. 75.

Angabe also, daß zunächst im Gegenparlament an die Berliner Linke die Aufforderung, jenen Antrag für Wien in der Nationalversammlung zu stellen, gerichtet, von ihr angenommen und darauf erst über die Proklamation verhandelt wurde [1]), scheint den Zeitungen und Simon gegenüber nicht ganz zutreffend zu sein.

Diese erwähnen einen Antrag für Wien, den die Berliner in der preußischen Nationalversammlung stellen sollten, nicht — weder vor noch nach den Beratungen über den Aufruf —, sondern sie berichten dafür nur ausführlich über die Verhandlungen, die über diesen Aufruf stattgefunden haben, über seine anfängliche Annahme, seine Entwerfung durch die Kommission von Jakoby, d'Ester und Ludwig Simon und die schließliche Ablehnung dieses wie irgendeines andern Aufrufes überhaupt. Die Zeitungen geben mehr oder weniger die Argumentation, die Waldeck und Temme (nach Simons Bericht — die Zeitungen nennen keine Namen, doch ihre Darlegungen decken sich dem Sinne nach mit der Simons) gegen jeden Aufruf irgendwelcher Art vorbrachten. Es sei, sagten sie, die Aufgabe der Berliner Demokratie, nicht außerhalb, sondern innerhalb der preußischen Nationalversammlung zu kämpfen, wo die Parteien sich mehr und mehr abzutrennen begännen und die Linke der Majorität nicht mehr fern sei. Deshalb — so schließen wir weiter — sei es besser, auch für Wien in derselben Versammlung zu kämpfen. So mag — das dürfen wir nach der Darstellung der Zeitungen und Simons annehmen — der Plan, einen Antrag für Wien in der preußischen Nationalversammlung zu stellen, erst während der Beratungen über den Aufruf, wahrscheinlich erst durch Waldeck und Temme, im Gegenparlament angeregt, schließlich als Kompromißantrag zwischen den sich streitenden Berliner Führern und den radikalen Frankfurtern gestellt und zuletzt durch den Einfluß der ersteren und gegen den Wunsch und Willen der letzteren angenommen worden sein [2]).

---

1) S. S. 75.

2) Varnhagen von Ense notiert in seinem Tagebuch (V, S. 265) unterm 5. November, also schon etwas spät über das Gegenparlament: „... Hier sind Abgeordnete aus mehreren kleinen Ländern, die mit den Mitgliedern unsrer Linken in tiefstem Geheim beraten;

Es fällt auf, daß in der „Vossischen", „Deutschen" und „Kreuz-Zeitung" von einem besonderen Manifest, das die Berliner Linke erlassen würde, die Rede ist [1]). Worauf sich diese Angabe stützt, ist nicht zu ermitteln, da in den beiden Quellen, Temme und Simon, davon nichts angedeutet wird und irgendein Manifest der Berliner Linken aus dieser Zeit nicht bekannt ist. Sollte sich gar diese Angabe eben auf den Antrag Waldeck der Berliner äußersten Linken beziehen? Man müßte dann allerdings bei einer solchen etwas willkürlichen Vermutung annehmen, daß die Berichterstatter der drei genannten Zeitungen sich in gleicher Weise schlecht informiert hätten und deshalb anstatt von einem besonderen Antrag von einem besonderen Manifest der Berliner gesprochen haben. Bei dieser unserer Annahme würden wir dann wenigstens eine Anspielung auf den Antrag Waldeck auch in den drei Zeitungen wiedergefunden haben. Ob aber mit Recht?

Schließlich finden wir in den Zeitungen auch schon Andeutungen über ein Zusammengehen des Gegenparlaments mit dem gleichzeitig tagenden 2. Demokratenkongreß [2]). Wir gelangen damit zu der Frage, welche Beziehungen zwischen Gegenparlament und Demokratenkongreß bestanden haben, und werden dabei insbesondere das merkwürdige Verhalten des

---

sie haben den Vorschlag, ihre Fürsten auf Pension zu setzen und Land und Leute mit Preußen zu verbinden, sofern ihnen verbürgt würde, daß ein demokratischer Staat wirklich zustande kommt und bestehen wird, denn sonst wollen sie freilich nicht ihre Selbständigkeit und ihre jetzige Freiheit opfern." Dies sind Angaben, die sich mit unseren übrigen Zeugnissen nicht decken, ihnen aber auch nicht widersprechen. Sie spiegeln offenbar noch einmal den ursprünglichen schon früher von uns als wahrscheinlich angegebenen Plan der parlamentarischen Demokratie, eine deutsche Föderativrepublik von Preußen aus zu begründen, unklar wieder. Im übrigen sind Varnhagens Notizen den andern Quellen gegenüber ganz unzulänglich. Schon die Angabe, daß die Demokraten in tiefstem Geheim beraten hätten, trifft nicht zu, denn die Zeitungen berichteten, wie wir gesehen haben, ganz ausführlich darüber. Auch von den besonderen Einzelvorgängen hat V. offenbar nichts erfahren und daher auch nichts mitteilen können.

1) S. S. 72, 73 und 74.

2) S. S. 71.

Frankfurter Abgeordneten Arnold Ruge und des Berliner Abgeordneten Schramm [1]) zu untersuchen haben. Bevor wir jedoch mit der Darstellung jener Beziehungen beginnen, ist es nötig, zunächst einen Blick auf den Demokratenkongreß überhaupt zu werfen, seinen Verlauf und seinen Ausgang, seine Ziele und seine schließlich nur geringen Erfolge kurz zu skizzieren und den Zusammenhang mit den sozialistischen Ideen und Strömungen seiner Zeit zu betrachten. Schon in der Einleitung nahmen wir Bedacht auf eine derartige Abschweifung von unserer eigentlichen Aufgabe. Nunmehr beziehen wir uns darauf und wollen alles das, was nicht unmittelbar für unsere Untersuchung in Betracht kommt, aber des Interessanten wegen, das es an sich für die Geschichte der Berliner Demokratie und des modernen Sozialismus überhaupt bietet, in einem besonderen Abschnitt zusammenfassen. Zuletzt werden uns dann doch einige Vorgänge im Demokratenkongreß, eben seine Beziehungen zum Gegenparlament, wieder in Zusammenhang mit unserer besonderen Untersuchung bringen.

1) Mitglied des leitenden Komitees der „Reform", s. S. 9.

V

Der zweite Demokratenkongreß und seine Beziehungen zum Gegenparlament

a) Überblick über die Beratungen des zweiten Demokratenkongresses

Einen Tag früher als das Gegenparlament war der 2. Demokratenkongreß in Berlin zusammengetreten, dessen besondere Aufgabe sein sollte, die Organisation und Zentralisation der klubistischen Demokratie weiter auszubauen. Es versammelten sich an 230 Deputierte [1]). Die demokratische Bewegung muß in der Zeit zwischen dem 1. und 2. Kongresse Fortschritte gemacht haben, denn es waren auf dem 2. Kongresse schon an 260 Vereine aus ungefähr 140 Städten vertreten, gegen 89 Vereine aus 66 Städten auf dem 1. Kongresse. Auch eine örtliche Verschiebung der demokratischen Bewegung mag stattgefunden haben [2]). Während auf dem 1. Kongresse in Frankfurt die meisten Deputierten aus dem südlichen und mittleren Deutschland stammten, kamen sie im Oktober fast nur aus nördlichen Gegenden. Doch läßt sich immerhin auch aus der Verlegung des Kongreßortes von Frankfurt nach Berlin schon schließen, daß, bei den damaligen schlechten Verkehrsverhältnissen und der oft finanziell ungünstigen Lage der Demokratenvereine, im Oktober die Deputierten fast nur aus den Gebieten herzureisten, die mit Berlin in guter Verkehrsverbindung standen.

1) S. Verzeichnis der Deputierten; Anl. 6, S. 164—167.

2) Ob eine solche Verschiebung in der Tat 1848 stattgefunden hat, muß einer besonderen Nachforschung überlassen bleiben.

Von bekannteren Demokraten waren auf dem 2. Kongresse anwesend: die Kommunisten Wilhelm Weitling und Ewerbeck (aus Paris), Georg Fein, ein ehemaliger Burschenschafter, der wegen Teilnahme an den Einheitsbestrebungen verurteilt worden, dann nach Amerika gegangen und im Sommer 1848 wieder zurückgekehrt war, Arnold Ruge, der sich schon seit der Vorbesprechung für das Gegenparlament in Berlin aufhielt und sein Mandat in Frankfurt niedergelegt hatte, ferner Gottfried Kinkel aus Bonn, der „Lichtfreund" Wislicenus aus Halberstadt, Ludwig Bamberger aus Mainz, Stephan Born, ein bekannter Führer in der Arbeiterbewegung von 1848, Prof. Bayrhofer aus Marburg, der uns schon vom 1. Kongreß her bekannt ist, u. A. m. Wenn Fröbel bemerkt hatte, daß z. T. schon von dem Zentral-Ausschusse erwartet worden war, die deutsche Republik von Berlin aus zu begründen, wie sehr mußten nun, im Oktober, als die Erregung bedenklich gestiegen war und die gesamte Demokratie von Preußens Hauptstadt aus eine Wendung der Dinge herbeiführen wollte, die Phantasten von dem 2. Kongresse das Zeichen zur Revolution erwarten. Doch in dieser Hinsicht blieb der Kongreß ohne Wirkung. „Vielfache Zersplitterungen und Spaltungen störten die Einigkeit des Kongresses", sagte selbst der bekannte Kommunist, der Schneidergeselle Wilhelm Weitling am Schlusse der Beratungen. Aber auch die innere Kraft der Überzeugung fehlte den meisten. Die Phrase herrschte.

Die Beratungen fanden in einem der damals größten Versammlungshäuser, im „Englischen Hause" in der Mohrenstraße, statt. Der Saal war mit den Nationalfahnen der Republiken Schweiz, Nord-Amerika und Frankreich geschmückt; „an den Tribünen wehten", wie das Protokoll sagt, „die deutschen Fahnen, in welchen die rote Farbe natürlich vorherrschte" [1]).

---

1) Zur Charakterisierung des Kongresses ist es interessant zu bemerken, daß die Anrede „Bürger" einstimmig angenommen wurde. Auch sollte das Rauchen im Sitzungssaale unterbleiben, „da es der Würde der Versammlung nicht angemessen sei". Als gleich in der ersten Sitzung ein großer Lärm entstand, bemerkte der Präsident: „Wenn wir so fortfahren, wird das Publikum sagen, es ginge hier zu wie in der Paulskirche."

Der erste Tag verging mit der Konstituierung der Versammlung. Die Mandate wurden geprüft; Ludwig Bamberger zum Präsidenten gewählt. Am nächsten Tage erstattete Kriege seinen Bericht über die Tätigkeit des Zentral-Ausschusses [1]). Aus diesem Berichte ersehen wir, daß 1848 die sozialdemokratischen Anschauungen noch wenig Verbreitung gefunden haben, die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands ihrer Verbreitung noch nicht günstig waren. Es war zweifellos richtig, wenn Kriege bemerkte, das „ideale Proletariat" sei noch gar nicht vorhanden, und es war durchaus nicht unpolitisch, wenn der Zentral-Ausschuß es für seine Pflicht gehalten hatte — wie Kriege äußerte [2]) —, auch die kleine Bourgeoisie in die Bewegung mit hinein zu ziehen. Die Zeit der unausbleiblichen Spaltung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die Zeit der sozialen Revolution sei noch nicht gekommen, führte jener aus. Es sei notwendig, die demokratische Republik zu erringen, und dies sei nur mit

1) S. Anl. 4, S. 152 ff.

2) Gegen die Äußerung Krieges über das Proletariat, (s. Anl. 4, S. 153), das seine Stellung nicht so gut begriffen habe, hatte eine Gruppe eifriger Sozialisten protestiert. Kriege erwiderte darauf am Nachmittage folgendes (Nr. 251 der „Berliner Zeitungshalle" vom 29. Oktober): „Ich berufe mich auf meine ganze bisherige Wirksamkeit in den Reihen der äußersten sozialistischen Partei; ich glaube, daß ich bisher hinlänglich gezeigt habe, daß das Proletariat und dessen Wohl mir vor allem am Herzen liegen und daß ich, wo es die Sache des Proletariats gilt, rücksichtslos und mit allen Mitteln zu wirken gedenke. Daher glaube ich gegen den Vorwurf verwahrt zu sein, als wollte ich auf Kosten des Proletariats mit der Bourgeoisie schön tun. Aber der Zentral-Ausschuß glaubte, noch sei die Zeit der unausbleiblichen Spaltung zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht gekommen und es müsse daher noch alles versucht werden, damit sie überhaupt nicht komme. Die soziale Revolution schien uns noch nicht an der Zeit; vor allem dünkte es uns nötig, die demokratische Republik zu erringen, und dies hielten wir nur durch die Mithilfe der kleinen Bourgeoisie für möglich. Der Zentral-Ausschuß erachtete es für seine Pflicht, diesen Teil der Bourgeoisie in die Bewegung hineinzuziehen; es war dadurch nicht eine Bevorzugung derselben beabsichtigt, sondern uns leitete nur der Grundsatz, daß die Einigkeit unser Hauptbedürfnis sei. Übrigens schien unsere Pflicht gegen die Demokratie uns zu gebieten, jedenfalls die unleugbare Tatsache hervorzuheben, daß noch lange nicht a l l e Arbeiter bis zur richtigen Einsicht in die Sachlage gelangt sind.

Hilfe der kleinen Bourgeoisie möglich. Nach dem Vortrage Krieges wurden die Berichte der verschiedenen Deputierten über die Entwicklung der Demokratie in den Provinzen entgegengenommen. Während Kriege die Lage der klubistischen Demokratie noch verhältnismäßig ruhig besprochen und im wesentlichen richtig beurteilt hatte, ließen sich die Redner aus den Provinzen jedoch zum größten Teile durch ihre maßlose Überhebung zu inhaltlosen Phrasen, zur Übertreibung fortreißen.

Nur vereinzelt hören wir zutreffende Bemerkungen, so z. B. von Kinkel, daß die Demokratie in der Rheinprovinz heftig mit der katholischen Kirche zu kämpfen habe und auch künftig haben werde. Der Bericht aus Schlesien zeigte, wie die Bewegung dort am weitesten fortgeschritten war.

Erst am 28. Oktober, in der 5. Sitzung, trat der Kongreß an seine eigentliche Aufgabe heran. Man teilte den ganzen Stoff in vier Kategorien, von denen aber nur die drei ersten zur Beratung kamen: 1. Organisation; 2. Soziale Frage; 3. Innere und 4. Äußere Politik.

Bei den Organisationsfragen handelte es sich zunächst um die Beibehaltung des Zentral-Ausschusses. Es wurde besonders von den schlesischen Abgeordneten gegen die Zentralisation gesprochen. Man behielt jedoch die bisherige Organisation bei, und in den neuen Zentral-Ausschuß wurden zwei Mitglieder der Berliner äußersten Linken, d'Ester und Graf Reichenbach, sowie Hexamer gewählt. Die weiteren Beschlüsse[1]) brachten die Organisation um keinen Schritt weiter; sie sind im wesentlichen eine Wiederholung der Frankfurter Bestimmungen. Neu war ein Entwurf, durch den die finanzielle Lage der Kreisausschüsse und vornehmlich des Zentral-Ausschusses gebessert werden sollte. Dieser „Finanzplan“ [2]) schlug die Erhebung der Geldmittel nach dem Modus vor, nach welchem der Brandenburgische Kreisausschuß seine Beiträge bisher eingezogen hatte. Dieser gab allmonatlich Karten gegen Entgelt aus, zu deren Abnahme die Klubs ihre Mitglieder anhalten mußten. Diese Art der Finanzierung sollte nunmehr vom Zentral-Ausschuß ausgeführt, auf alle Kreisausschüsse aus-

1) S. Anlage 6, S. 167.
2) S. Anl. 6, S. 168.

gedehnt und die Einkünfte aus den Karten an die Kreisausschüsse abgeliefert werden, die ein Drittel davon dem Zentral-Ausschuß überlassen sollten. Ob dieser Entwurf angenommen wurde, darüber sagt das Protokoll nichts.

Es kamen dann zunächst die Fragen der inneren Politik, vornehmlich die Verfassungsfragen, zur Beratung. Hexamer legte als Berichterstatter eine Reihe von Grundsätzen [1]), die bei der Annahme einer jeden Verfassung in Deutschland innezuhalten seien, der Versammlung vor. Diese Grundsätze fanden schnell allseitige Anerkennung, nur bei dem dritten, durch den ausgesprochen werden sollte, daß nur in der demokratischen Republik die Lösung der sozialen Frage möglich sei, stritt man des längeren ganz unfruchtbarerweise über den Ausdruck „demokratische Republik". Schließlich wurde auf Kinkels Antrag der Ausdruck „demokratisch-soziale" Republik allgemein gebilligt, offenbar in der Überzeugung, damit das soziale Problem gelöst zu haben.

Die von Dr. H. B. Oppenheim, dem Redakteur der „Reform", verfaßte und, wie er selbst sagte [2]), mit geringer Modifikation von Robespierre entlehnte Erklärung der Menschenrechte [3]) wurde zusammen mit einem Antrage [4]) Hexamers und einem Amendement von London [5]) mit großer Majorität angenommen.

Während dieser Beschlußfassungen hatte sich das Aussehen des Kongresses merklich verändert. Schon am 28. Oktober nachmittags hatten sich mehrere Deputierte gegen die langen und unfruchtbaren Debatten erklärt und gedroht, abreisen zu wollen. Während der Beratungen über den Anschluß an das Gegenparlament und über die Volksversammlung — wir werden diese Frage noch besonders erörtern — trat dann der Zwiespalt zwischen den gemäßigten Auswärtigen und den radikalen Berlinern hervor; die Spaltung des Kongresses aber erfolgte schon

1) S. Anl. 7, S. 169.
2) Protokoll S. 21.
3) S. Anl. 7, S. 169 ff. Dort geben wir auch einen kurzen Vergleich mit der Robespierreschen Erklärung der Menschenrechte.
4) S. Anl. 7, S. 173.
5) Daselbst S. 174.

am nächsten Tage. Nach und nach schieden nach Reibungen mehr oder weniger persönlicher Art 40 Deputierte aus. Von diesen sind zu nennen: Bamberger, Wislicenus, die Berliner: Oppenheim, Meyen und Siegmund, und die Schlesier: Asch, Breinersdorf, Hoyoll und A. Schmidt [1]). Durch diese Spaltung mußte der Kongreß noch mehr als durch seine endlosen Debatten an Wirkung verlieren. Die Verwirrung wurde immer größer. In den letzten Sitzungen fehlte bei der Eröffnung meist der Präsident, so daß immer schnell durch Akklamation ein neuer gewählt werden mußte. Kinkel, der über die Arbeiterfrage berichten wollte, war abgereist und Oppenheim, der über die äußere Politik berichten sollte, ausgetreten. Da man nicht auseinandergehen wollte, ohne auch über die soziale Frage beraten und Beschlüsse gefaßt zu haben, der Berichterstatter der betreffenden Kommission aber auch schon abgereist war, so wurde schnell eine neue Kommission gewählt. Und diese legte am nächsten Morgen (d. 30. Oktober) ein Programm vor [2]), dessen geistige Herkunft aus der Schule Karl Marx' unverkennbar ist. Ja, die Kommission scheute sich nicht, die praktischen Folgerungen [3]), die sie aus ihrem Programm zog, von einem Manifest des Kommunistenbundes, das dieser am 1. April 1848 von Paris aus erlassen hatte, einfach abzuschreiben [4]), ohne auch nur mit einem Worte dessen Erwähnung zu tun. Wir bemerken auch nicht, daß von irgendeinem Deputierten auf diese wortgetreue Entlehnung aufmerksam gemacht wurde [5]).

Wie wenig sich der Kongreß trotz dieses theoretisierenden Programms und seiner „praktischen Folgerungen" bemühte,

---

1) Protokoll S. 34.
2) S. Anlage 5, S. 160 ff.
3) S. Anlage 5, S. 161.
4) Vergl. Anlage 5, S. 161 ff mit S. 158 ff.
5) Dabei ist es interessant, daß der Berichterstatter dieser Kommission, die ihren Bericht so schnell fertigstellte, wiederum aus Köln stammte. Sein Name war Beust. Es scheint sich hier ein ähnlicher Vorgang wie auf dem ersten Kongresse abgespielt zu haben. Auch auf diesem war ein Kölner aus der Gruppe der um Karl Marx Versammelten, jener Dr. Gottschalk, der unbeirrt die neuen Ideen des marxistischen Kommunismus vortrug (s. S. 26). Ob auch Beust mit Karl Marx in so enger Verbindung gewesen, ist mir nicht bekannt.

durch Taten nach außen hin wirksam zu werden, zeigt sein Verhalten gegenüber einem Organisationsversuche der deutschen Arbeiterschaft, der sogenannten „Arbeiterverbrüderung", die in Fühlung mit dem Demokratenkongreß treten wollte. Dieser Versuch, auf den wir hier wenigstens einen kurzen Seitenblick werfen wollen, ging aus von dem ersten Arbeiterkongresse, der vom 26. August bis zum 1. September 1848 in Berlin getagt hatte [1]). Die Organisation der Arbeiterschaft, die hier be-

1) Näheres vergl. darüber in Stephan Borns „Erinnerungen eines 48 ers" (Leipzig 1898, S. 162 ff); ferner in F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (3. Aufl. 1906), Bd. II, S. 95 ff. und Ed. Bernstein: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1907, Bd. I, S. 58 ff. Der Kongreß war von 40 Delegierten aus 25 Orten besucht worden. Sein Präsident war der Abgeordnete der Berliner Nationalversammlung, der Breslauer Professor Nees v. Esenbeck gewesen. Das Ergebnis dieses Kongresses, der speziell über die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiter der größeren Betriebe im Gegensatz zu den Meister- und Gesellen-Kongressen, die einige Wochen vorher in Hamburg und Frankfurt a. M. stattgefunden hatten, beraten sollte, wurde in einer Broschüre veröffentlicht. Die Organisation war derjenigen der klubistischen Demokratie sehr ähnlich. Wie die demokratischen Vereine, so sollten sich nun auch die Gewerke eines Ortes um ein Lokalkomitee sammeln, diese sich unter einem Bezirkskomitee gruppieren. Für die Leitung aller Arbeiterangelegenheiten wurde ein Zentral-Komitee mit dem Sitze in Leipzig ernannt, zu dessen Führer Stephan Born erwählt wurde. Die Assoziationskassen sollten in folgender Weise gegründet werden: Die Lohnsummen sollten insgesamt von den Unternehmern an die Lokal-Komitees und von diesen an die Arbeiter gezahlt, 7—10% jedoch davon abgezogen werden und dieser Abzug in die genannten Kassen fließen. Dem Arbeiter sollten die abgezogenen Beträge gutgeschrieben werden, diese unverzinst bleiben und innerhalb zehn Jahren nicht zurückforderbar sein. Am Gewinn der Kasse, die eine Art Kreditbank für die arbeitenden Klassen bilden und zum Ankauf und zur Parzellierung von Landgütern dienen sollte, blieb jeder im Verhältnis seines Beitrages beteiligt. In einem besonderen Abschnitt der Kongreßbeschlüsse wurden auch schon Forderungen über das Erziehungswesen aufgestellt, ferner ein Organ „Die Verbrüderung" gegründet, dessen Redakteur ebenfalls Born war, und das vom 1. Oktober 1848 bis zu seiner Unterdrückung im Dezember 1849 erschien. In einem Manifeste war die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt aufgefordert worden, die Beschlüsse des Kongresses unter die Grundrechte des deutschen Volkes aufzunehmen und auf Staatskosten ein

schlossen wurde, sollte etwa nach Art der klubistischen Demokratie erfolgen und war auch mittlerweile teilweise durchgeführt worden. Stephan Born, jener bekannte Führer der Berliner Arbeiterbewegung von 1848, leitete das „Zentral-Komitee der deutschen Arbeiterverbrüderung". Weiterhin hatte dieser Kongreß auch schon wirtschaftliche und soziale Forderungen der Arbeiterklasse aufgestellt, so z. B. Bestimmungen über Meisterrecht, für das der Befähigungsnachweis verlangt wurde, über Assoziationskassen, in die ein Teil des Arbeitslohnes gezahlt werden, die zugleich als Kreditbank für die Arbeiter dienen und an deren Gewinn diese beteiligt sein sollten.

Born machte nun dem 2. Demokratenkongresse den praktischen Vorschlag, dieser möge die Arbeiter auffordern, sich an die demokratische Partei anzuschließen. Er höre, so führte Born aus, so viel von der Lösung der sozialen Frage sprechen. Dafür gäbe es nur ein Mittel: Die Assoziation der Arbeiter gegen die Macht des Kapitals. Man möge sich daher, um schneller und möglichst überall in der Assoziation fortschreiten zu können,

---

Parlament nach Frankfurt zu berufen, das ihrem volkswirtschaftlichen Ausschusse beratend zur Seite stehen sollte. (Mehring, II, S. 96). Born urteilt über diesen Arbeiter-Kongreß in seinen Erinnerungen (S. 164) folgendermaßen: „Das Ergebnis der Arbeiten dieses Kongresses umfaßt eine Broschüre, die unter den aus jener Zeit erhaltenen Dokumenten ohne Zweifel noch in einigen Exemplaren sich vorfindet. Sie enthält die Statuten der vom Kongresse gegründeten Arbeiter-Verbrüderung, zugleich die Forderungen jenes Kongresses, sein Programm. Es kann nicht auffallen, daß in diesem ersten Kongresse einige Gedanken, die vor einer strengen Kritik nicht bestehen können, trotz lebendigster Redekämpfe schließlich um des lieben Friedens willen in dem Aktenstück stehen geblieben sind, das dennoch, alles in allem, für jene Zeit einen großen Sieg über säkuläre, von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzte Vorurteile bedeutet. Schon der einzige Abschnitt über Volkserziehung und Schule zeigt, wie sehr der Horizont des März geklärt hat. Gar manche der in diesem Abschnitte damals aufgestellten Forderungen warten in dem einen oder anderen deutschen Staat noch heute ihrer Verwirklichung. Wirtschaftlich weist das Programm mit Nachdruck auf die Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften und auf Beteiligung des Arbeiters am Gewinn des Unternehmens hin" .... „Das wichtigste Resultat des Kongresses war jedenfalls die aus ihm hervorgegangene, sich ziemlich rasch aufbauende Organisation des vierten Standes."

mit den Arbeitern vereinigen und deshalb zunächst die Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses annehmen. Born vermochte aber mit seinen Anschauungen nicht durchzudringen, und der Kongreß begnügte sich mit dem Beschlusse, „daß ihn die Association der Arbeiter lebhaft interessiere“ [1]). Als in einer späteren Sitzung nochmals die Frage der Organisation der Arbeiter aufgeworfen wurde, wurde beschlossen, diese spezielle Tätigkeit den einzelnen Vereinen zu überlassen [2]).

Man sieht hier die beiden Strömungen in den Massen deutlich erscheinen, die in der Revolution von 1848 hervortraten, sich zwar oft stark zu berühren schienen, aber im Grunde doch nebeneinander liefen: eine mehr politische Bewegung doktrinärer Art (die Demokratenkongresse) und eine mehr wirtschaftliche Bewegung praktischer Art (der Arbeiter-Kongreß, die Organisation des „idealen Proletariats“). Erst in den sechziger und siebziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts trat darin durch das Wirken Ferdinand Lassalles und Karl Marx' eine Änderung ein, und erst in dieser Zeit verschmolzen die demokratische und die Arbeiterbewegung enger und wirksamer miteinander.

Die letzten Sitzungen des Demokraten-Kongresses waren fast nur durch das Interesse für die drei Mitglieder erfüllt, die, wie wir noch zu erzählen haben werden, sich als Redner an der vom Kongresse am 29. Oktober für Wien abgehaltenen Volksversammlung beteiligt hatten und wegen ihrer Reden verhaftet worden waren. Zwischendurch wurden noch Beschlüsse über die deutsche und die Wiener Frage gefaßt, die aber, wie fast alle anderen bei der allmählichen Selbstauflösung des Kongresses, ohne Bedeutung und Wirkung geblieben sind. Sie geben indes eine Anschauung von jener grenzenlosen, nicht zu verstehenden Überhebung, die diese radikalen Schwärmer erfaßt hatte. Den Frankfurter Abgeordneten sollten die Mandate und die Diäten entzogen und ein neues deutsches Parlament nach Berlin berufen werden. So schien es fast, als wenn nunmehr der Kongreß den ursprünglich geplanten Schlag der demokratischen Parlamentarier gegen die deutsche Nationalversammlung ausführen

1) Protokoll S. 12.
2) Protokoll S. 22.

wollte; doch es blieb nur bei diesen Worten. Auch Sympathiekundgebungen auswärtiger Demokraten wurden dem Kongresse zu teil und von dem Kommunisten Ewerbeck überbracht und verlesen: so von den deutschen Demokraten in Paris, den polnischen und italienischen Demokraten. Zu allerletzt wurde noch beschlossen, an die preußischen Volksvertreter eine Aufforderung zu richten, die Regierung zu interpellieren, was sie in der Angelegenheit Wiens zu tun gedenke. Wir können hierbei beobachten, wie wenig einheitlich das Handeln der demokratischen Partei, wie lose der Zusammenhang zwischen der klubistischen und der parlamentarischen Demokratie in dieser kritischen Zeit gewesen ist [1]). Nachdem das Gegenparlament,

1) Zwar schien es, als wenn mit dem Schlusse dieses Kongresses die Kluft zwischen der parlamentarischen und der klubistischen Demokratie überbrückt werden sollte, denn d'Ester und Graf Reichenbach, Mitglieder der Berliner äußersten Linken, wollten die Wahl annehmen und an die Spitze des neuen Zentral-Ausschusses treten. Doch die Reaktion der folgenden Jahre verhinderte eine weitere Entwicklung der klubistischen Demokratie. Um die Bedeutung dieses 2. Kongresses der deutschen Demokraten zu kennzeichnen, wird es interessant sein, noch die Urteile einiger der ernsteren, nüchterneren Teilnehmer zu hören. J. Fröbel zitiert in seinem Buche, I, S. 181 einen Brief des Zentral-Ausschußmitgliedes Dr. Meyen, der ihm geschrieben hatte: „Ich war indigniert über die Jungenhaftigkeit der roten Republikaner, die aus der Bauerschen Schule und den Kommunisten bestanden. Er habe einsehen gelernt, daß die demokratische Partei sich nicht allein auf die Klubisten stützen könne, und bereue es nicht, im Ausschusse durch eine andere Person ersetzt worden zu sein." Dann Corvin: Aus dem Leben eines Volkskämpfers (Amsterdam 1861) III, S. 196. „Die demokratischen Vereine aus ganz Deutschland hatten ihre Abgeordneten nach Berlin geschickt, und dieser Kongreß hatte demnach die Prätension, die demokratische Partei unseres Vaterlandes zu repräsentieren — allein dagegen muß ich im Interesse eben dieser Partei wie des gesunden Menschenverstandes protestieren. Es waren ohne Zweifel viele unserer ausgezeichnetsten, talentvollsten und geachtetsten Demokraten anwesend, allein die Zahl der frechen, talentlosen Mittelmäßigkeit war überwiegend. Dieser Umstand ist sehr erklärlich. Die Massen hatten noch nicht genugsam die Erbärmlichkeit dieser sich breit machenden Mittelmäßigkeit kennen gelernt, was erst geschehen konnte, wenn diese „helltönenden Redner" sich handelnd zeigten, bis dahin nahm man Worte für Taten, die hohle Phrase herrschte fast überall, und die-

wenn auch dem ursprünglichen Wunsche der Frankfurter Radikalen entgegen, beschlossen hatte, einen Antrag für Wien in die preußische Nationalversammlung einzubringen, hinkte jetzt zwei Tage später der übrig gebliebene Teil des Demokraten-Kongresses mit jener „Aufforderung zu einer Interpellation" nach. Damit blieb dieser Teil der Klubisten nicht nur hinter den Schritten der demokratischen Parlamentarier weit zurück, sondern er schien in diesem Augenblicke auch die Vorgänge, die Verhandlungen über denselben Gegenstand, nämlich für die Unterstützung Wiens zu agitieren, und über den Anschluß an das Gegenparlament, die sich zwei Tage vorher abgespielt hatten, gänzlich vergessen zu haben. Das führt uns nunmehr hinüber zu der besonderen Frage nach den Beziehungen zwischen Gegenparlament und Kongreß, zu den Versuchen Ruges und Schramms, ein gemeinsames Auftreten und Handeln dieser beiden Demokratenversammlungen herbeizuführen. Damit werden wir auch im weiteren den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Ereignissen von Ende des Monats gewinnen.

---

jenigen, welche den demokratischen Jargon am besten in ihrer Gewalt hatten, erschienen in überwiegender Mehrzahl auf dem Kongresse. Je weniger ich von demselben sage, um so besser ist es." — Etwas milder urteilt L. Bamberger in seinen „Erinnerungen" S. 138: „Der demokratische Kongreß war in seinem ganzen Verlauf für andere als die Teilnehmer und ihre nächsten Freunde kaum bemerkt vorübergegangen. Die theoretischen Katzbalgereien, wenn auch als obskures Vorspiel künftiger Entwicklung interessant, traten zurück hinter den großen Schlägen, welche gleichzeitig den Todeskampf der ganzen 48er Episode eröffneten." Auch Varnhagen von Ense findet bei dieser Gelegenheit einmal eine zutreffende Bemerkung über die demokratische Bewegung. Er notiert am 8. Oktober (V, S. 226): „Die Demokraten wollen hier zusammenkommen — (er meint offenbar die Klubisten), — man lasse sie doch. Von den ärgsten Reden — hier ist sicher der 2. Demokratenkongreß gemeint — die sie halten werden, wird übers Jahr nichts mehr übrig sein." Am 28. Oktober schreibt er (V, S. 253): „Der Demokratenkongreß hat ein dürftiges Aussehen." Zuletzt vergl. noch das Urteil der „Deutschen Zeitung" (s. Anm. 1 S. 117).

b) Das Gegenparlament und der zweite Demokratenkongreß

Aus den Quellen über das Gegenparlament, vornehmlich Temmes Erinnerungen und den Zeitungen, kann man nicht entnehmen, daß vom Gegenparlament insgesamt Anregungen ausgegangen sind, eine Verschmelzung mit dem gleichzeitig tagenden Demokratenkongreß herbeizuführen. Dagegen finden wir bei Temme die Behauptung, einzelne Herren wären mit Hintergedanken nach Berlin gekommen [1]); der Demokraten-Kongreß wäre unmittelbar nach der Einladung zum Gegenparlament berufen worden; dieses sollte unter dem Einflusse und dem Drucke des Kongresses beraten und beschließen. Wie weit dieser Vorwurf begründet ist, läßt sich nicht feststellen. Tatsache ist, daß die Einladung zum Gegenparlament am 5.[2]), die Berufung des Kongresses am 7. Oktober [3]) erfolgte, und das spräche für Temmes Behauptung. Aber demgegenüber steht fest, daß auf dem 1. Demokraten-Kongresse schon ein zweiter für den Monat Oktober angesetzt worden war [4]). Möglich bleibt es dennoch immerhin, daß einige demokratische Parlamentarier heimlich dahin Vorkehrungen getroffen haben, um Gegenparlament und Demokraten-Kongreß zunächst einmal gleichzeitig tagen zu lassen und sie dann zur Vereinigung zu bringen. Der Radikalismus der Frankfurter und das Verhalten Ruges und seines Anhanges auf dem Gegenparlament und im Kongresse lassen vermuten, daß derartige Absichten besonders bei den Frankfurtern bestanden haben mögen, doch läßt sich Genaueres darüber nicht ermitteln.

Aber auch auf dem Kongresse war das Interesse für das Gegenparlament anfangs nicht groß. Es wurde erst sehr lebhaft, als durch Ruge, Schramm und Hexamer in der Nachmittagssitzung vom 28. Oktober, die im folgenden noch eingehender behandelt werden wird, die Wiener Angelegenheit damit in Verbindung gebracht wurde. In der ersten Sitzung

---

1) S. S. 74.
2) S. Anmerkung 1, S. 46.
3) S. S. 36.
4) S. Anlage 1, S. 136, Beschluß 5.

des Kongresses wurde zwar ein Antrag angenommen, wonach den Mitgliedern des Gegenparlaments Sitz und Stimme im Kongresse zugestanden wurde [1]), aber im Protokoll finden wir nicht ein Mitglied des Gegenparlaments genannt, das irgendwie an den Beratungen des Kongresses teilgenommen hätte. Ausgenommen sind A. Ruge und Schramm, die aber als Deputierte erschienen sind, da dieser dem demokratischen Kreisausschuß [2]) der Mark Brandenburg angehörte und jener einen demokratischen Klub (in Baldenburg) auf dem Kongresse vertrat. Es fällt auf, daß dann am nächsten Tage im Kongresse zwar ein Antrag, das Gegenparlament offiziell einzuladen [3]), gestellt, jedoch nur mit dem Zusatze angenommen wurde, daß es in den Zeitungen geschehen solle [4]). Der Anlaß zu diesem Antrage scheint die Beobachtung gewesen zu sein, daß noch niemand vom Gegenparlament im Kongresse erschienen war. Dieser Beschluß ist anscheinend nicht ausgeführt worden [5]), und jedenfalls hat kein Mitglied des Gegenparlaments außer den beiden schon genannten an den Kongreßberatungen teilgenommen.

Deshalb scheinen diese beiden, A. Ruge und Schramm, es für ihre besondere Aufgabe angesehen zu haben, zugunsten Wiens ein gemeinsames Auftreten des Gegenparlaments und des Demokratenkongresses in die Wege zu leiten. Sie haben dabei ganz eigenmächtig und ohne Auftrag gehandelt, denn nirgends finden wir darüber eine Angabe, daß es mit Zustimmung einer der beiden Versammlungen geschehen sei. Aus den Berichten der „National-Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“ konnten wir bereits entnehmen, daß Ruge den Beschluß des Gegenparlaments, einen Aufruf für Wien zu erlassen, schon im Kongreß mitgeteilt hatte, bevor diese Proklamation in jener Versammlung überhaupt gebilligt und angenommen worden war (s. S. 71). Als dann aber das Gegenparlament

1) S. Protokoll S. 2.
2) Über Kreisausschüsse siehe Anlage 1, S. 136.
3) Protokoll S. 3.
4) Protokoll der „Reform“, Nr. 188 vom 29. Oktober.
5) In den Zeitungen jener Tage findet sich eine derartige Einladung nicht.

infolge des Eingreifens Waldecks und Temmes von der Ausführung seines früheren Beschlusses Abstand genommen hatte, ließ es auch dem Kongreß mitteilen, daß jede Kundgebung, namentlich auch jede gemeinsame, unterbleiben würde. Gegen diese Zurücknahme des ersten Beschlusses des Gegenparlaments, ganz Deutschland in einem Aufrufe zur Unterstützung Wiens aufzufordern, protestierte in derselben Versammlung vor allem Ruge (s. S. 71), der dabei schon ein etwaiges Zusammengehen der beiden Demokratenversammlungen im Kampfe für Wien angedeutet haben mag. Da aber jene beiden Berliner Führer gegen jeden Kampf der Demokratie außerhalb der preußischen Nationalversammlung waren, sie mit ihrer Ansicht durchdrangen und durch ihren Einfluß obsiegten, so mußte Ruges etwaige Absicht, das Gegenparlament zum Anschluß an den Kongreß zu bewegen, ohne Erfolg bleiben.

Somit sind Ruge und wohl auch Schramm in jener Versammlung mit ihren Bestrebungen, die nicht ganz deutlich aufzudecken sind, nicht durchgedrungen; anders dagegen auf dem Kongresse! Hier brachten ihre Bemühungen, ihr Auftreten, eine förmliche Revolution hervor.

Der Kongreß hatte sich in seinen ersten Sitzungen nicht mit der Wiener Angelegenheit beschäftigt und auch darüber für seine Beratungen nichts Bestimmtes festgesetzt. Man befand sich am Nachmittage des 28. Oktober in der Diskussion über die Organisationsfragen, als Ruge und Schramm auf dem Kongresse erschienen und unvermittelt die Wiener Ereignisse in die Erörterung hereinzogen, so daß mit einem Male Wien und der Anschluß an das Gegenparlament den alleinigen Gegenstand der Beratung bildeten [1]). Schramm trat auf die Tribüne

1) Um den Verlauf dieser Verhandlungen, soweit es nach den protokollarischen Berichten möglich ist, im einzelnen verfolgen zu können, werden die beiden Protokolle der „Reform" (Nr. 191 vom 2. November und Nr. 192 vom 3. November) und der Volksblätter (s. S. 12, Bericht daselbst S. 17 ff.), die einzigen, die wir über diese Sitzung haben, in einer besonderen Anlage (8) nebeneinander gestellt werden. Sie ergänzen einander und geben zugleich ein Bild von dem wüsten Durcheinander dieser Demokratenversammlung. In der obigen Darstellung wird der Verlauf der Debatten nur kurz skizziert werden.

und entrüstete sich darüber, daß noch nichts vom Kongresse zur Unterstützung des bedrängten Wiens getan worden sei. Er kündigte eine große Volksversammlung für den nächsten Tag, einen Sonntag (den 29. Oktober), an; eine solche sei für die Sache Wiens notwendig. Ruge teilte den Beschluß des Gegenparlaments, einen Aufruf zu einer tatkräftigen Hilfeleistung für Wien zu erlassen, mit und forderte den Kongreß auf, auch seinerseits die Sache Wiens zur seinigen zu machen, damit das Volk von Berlin und ganz Deutschland sich für Wien erkläre. Im Anschluß daran beantragte Hexamer, der Kongreß solle sich den Beschlüssen des Gegenparlaments in betreff Wiens anschließen und dieser Versammlung die ganzen Kräfte der demokratischen Partei zur Verfügung stellen. Dieser Beschluß des Kongresses möge dem Gegenparlament durch eine Deputation mitgeteilt werden. An diese drei Anträge: die Unterstützung Wiens zur Sache des Kongresses zu machen, eine Volksversammlung zu berufen und abzuhalten und endlich sich dem Gegenparlamente anzuschließen, knüpfte eine erregte Debatte an. Der Gegensatz zwischen den gemäßigten, vornehmlich auswärtigen (schlesischen) und den radikalen, meist Berliner Deputierten trat in einer stürmischen Verhandlung hervor. Sie war das Vorspiel zu der Spaltung des Kongresses, die am nächsten Tage eintrat [1]).

Gleich nachdem die verschiedenen Anträge gestellt worden waren, wurde die Mitteilung gemacht — vielleicht um die Erregung noch zu steigern —, daß die preußische Regierung Truppen gegen Wien mobil gemacht habe. Doch stellte sich diese Nachricht bald als falsch heraus und wurde berichtigt. Darauf folgte von neuem ein Antrag dem andern: so wurde z. B. ein Antrag gestellt, das Verhalten der Zentralgewalt und der deutschen Nationalversammlung dem bedrängten Wien gegenüber als Verrat zu erklären. Ein anderer Redner beantragte, sogleich fünf Redner als Deputierte für die Volksversammlung zu erwählen. Zuletzt fand nur der folgende Antrag Unterstützung: der Kongreß möge solange zusammenbleiben, bis die Beschlüsse des Gegenparlaments ihm bekannt würden, und alsdann auch darüber beschließen. Demgegenüber

1) S. S. 88.

betonte aber Ruge, daß es sich nicht um Beschlüsse des Gegenparlaments, sondern um einen Aufruf handle, den der Kongreß nicht abzuwarten brauche, sondern selbständig erlassen müsse. Es scheint nach diesen Worten, daß der Aufruf kurz vorher im Gegenparlament abgelehnt worden war und Ruge nunmehr versuchte, ihn im Kongreß zur Annahme zu bringen. Wie Ruge, wollte auch Schramm den Kongreß zu Taten antreiben, indem er nochmals auf seine bereits angekündigte Volksversammlung hinwies. Man müsse handeln, meinte er. Jetzt sei der rechte Zeitpunkt dafür da. Der Geist der Revolution müsse geweckt werden. Dann wandte er sich aber gegen das Gegenparlament: es bestehe aus Leuten, denen man nicht unbedingt folgen könne. Hier trat ihm aber Ruge entgegen. Es sei nicht nötig, sich vom Gegenparlament loszusagen. Eine Volksversammlung sei wohl notwendig, aber auch der Aufruf müsse erörtert werden. Die Absichten Ruges und Schramms treten sich offenbar hier gegenüber. Dieser dachte nur an seine Volksversammlung, die er vom Kongresse einberufen wissen wollte, jener dagegen noch an ein Zusammengehen des Kongresses mit dem Gegenparlament und den Aufruf des letzteren, den er nicht fallen lassen wollte. Leider sind die beiden Protokolle bei den Äußerungen gerade dieser beiden Redner so ungenügend, daß wir keinen klaren Einblick in die Pläne dieser beiden Demokraten gewinnen können (vergl. Anlage 8). Nachdem die Versammelten in die höchste Erregung gebracht worden waren, traten die Schlesier Engelmann und Asch auf und mahnten zu vorsichtigem Handeln. Gewiß müsse der Kongreß sich mit dem Gegenparlament zu gemeinsamem Handeln vereinigen und nichts ohne dessen Zustimmung unternehmen. Deshalb dürfe auch der Kongreß die Volksversammlung nicht offiziell berufen; er müsse sie nur besuchen, um die Massen vor jeder unnützen Handlung zu warnen. Durch Schramms vorhergegangene Äußerung, daß man dem Gegenparlament nicht unbedingt folgen könne, waren nun auch die Berliner Deputierten in ihren Meinungen auseinandergekommen. Ein Teil von ihnen, darunter Hexamer, schloß sich den Schlesiern an und wollte gemäß dessen Antrag nichts ohne Übereinstimmung mit dem Kongresse der Linken unternehmen und die große bevorstehende

Erhebung ausführen. Hexamer brachte wieder seine Deputation an das Gegenparlament in Erinnerung. Darauf trat aber noch eine Gruppe von entschiedenen Demokraten auf, die sehr skeptisch und gegen jedes Revolutionieren überhaupt waren, so Stein — nicht der bekannte Abgeordnete —, Eichler und Oppenheim. Jede Erklärung, jede Volksversammlung, alle solche Schritte, wenn auch wirklich in Übereinstimmung mit dem Gegenparlament getroffen, seien bei der gegenwärtigen Lage der Dinge unnütz, sagten sie. Alles das würde nur Aufregung hervorbringen, jedoch ohne Erfolg bleiben. So ging der Streit der Meinungen noch eine ganze Weile hin und her, bis er schließlich ins Persönliche hinübergriff. Daher vermochte dann auch ein Antrag des Kölner Beust, am nächsten Tage gemeinsam mit dem Gegenparlament über die Wiener Angelegenheit zu beraten, in diesem Wirrwarr nicht durchzudringen und die nötige Unterstützung zu finden. Immer traten wieder neue Ansichten hervor; man hörte sogar schon den ganz unverständlichen Vorschlag, Freischaren für Wien zu bilden. In diesem Augenblicke trat Schramm, um seine Volksversammlung nicht kläglich scheitern zu sehen, mit der Mitteilung auf, er habe sie dem Kongresse im Auftrage des Gegenparlaments angezeigt, und er forderte nochmals zum zahlreichen Besuch auf. In dieser Weise das Gegenparlament für seine besonderen Absichten zu benutzen, war ein ganz unberechtigter, eigenmächtiger Schritt Schramms, denn er hatte von diesem keinen derartigen Auftrag erhalten. Doch auch diese Nachricht wurde übertönt von den persönlichen Vorwürfen, mit welchen man sich gegenseitig überschüttete, und brachte nicht die offenbar erhoffte Wirkung hervor. Ein Protest von einigen Berliner und den schlesischen Abgeordneten gegen die Unterdrückung der Redefreiheit, das erste Zeichen für die Spaltung des Kongresses, wurde verlesen. Endlich gegen 9 Uhr abends, nachdem schon an 120 Deputierte den Saal verlassen hatten und man noch lange darüber gestritten hatte, ob man die Abstimmung über die verschiedenen Anträge nicht erst am nächsten Morgen vornehmen wollte, ging man doch noch zur Abstimmung über die von Schramm angezeigte Volksversammlung über. Das Resultat dieser langen und stürmischen Beratung war, daß

man in der Tat zu dem alten, bei den Berliner Demokraten so beliebten, mittlerweile jedoch schon so wirkungslos gewordenen Mittel der Demonstration, eine Volksversammlung zugunsten Wiens in den Zelten abzuhalten, wieder seine Zuflucht nahm.

Über diese eben geschilderte Nachmittagssitzung vom 28. Oktober haben wir außer den beiden Protokollen noch zwei Berichte: in der „Constitutionellen Clubzeitung“ [1]), deren liberale Tendenz schon durch ihren Namen angedeutet wird, und in der „Kreuz-Zeitung“ [2]), die in einem Rückblick auf die Ereignisse vom 31. Oktober die Vorgänge der vorhergehenden Tage streift und dabei auch auf die Beratungen des Kongresses zurückkommt. Unbedingte Klarheit über das Treiben Ruges und Schramms erhalten wir auch aus diesen Quellen [3]) nicht. Man muß sich den Zusammenhang ihres

1) Nr. 63 vom 1. November. Es heißt dort: „Als Abgesandter dieses Winkelparlaments (Gegenparlaments) erschien Ruge während der Debatte über die Organisationsfragen im Kongreß. Er brachte die Nachricht, Wien werde bombardiert, die Mitglieder der Linken hätten die Sache Wiens zu der ihrigen gemacht und würden eine Proklamation an das deutsche Volk erlassen. Jakoby, d'Ester und Simon von Trier seien mit der Abfassung beauftragt. Ungeheurer Applaus folgte dieser Mitteilung. Es fragte sich, was der Kongreß in dieser Frage zu tun habe ... Die Ansichten darüber, was der Kongreß Positives tun könne und müsse, waren verschieden. Hexamer schlug vor, der Kongreß sollte sich der Versammlung der Linken anschließen und ihr die ganze Kraft der Demokratie zur Verfügung stellen. Schramm beantragte eine Volksversammlung ... Ruge deutete an, man könne ja die Linken erst benutzen und sie dann fallen lassen, wenn sie nicht mehr vorwärts wollten.“

2) Nr. 107 vom 2. November. Es heißt dort: „Der Republikaner Ruge erscheint in der Versammlung und teilt mit großer Bestimmtheit und Ausführlichkeit die damals erlogene Nachricht mit, daß Wien in Flammen stände. Man beantragt, die Wiener Rebellion als eine deutsche Ehrensache zur Sache des Kongresses zu machen. Der Abgeordnete Schramm erklärt, er sei beauftragt, den Kongreß aufzufordern, sich für die Sache Wiens zu erklären. Auf die energische Einsprache des Dr. Asch zeigt sich, daß der vorgespiegelte Antrag eine Unwahrheit ist.“ ....

3) Auch aus Ludwig Bambergers „Erinnerungen“ nicht. Er schreibt zwar S. 136: „Da erschienen in unserer Versammlung (Demokraten-Kongreß) Delegierte der Linken des preußischen Abgeordnetenhauses, Ruge und Schramm an der Spitze, mit der Auf-

Treibens und ihre Absicht, eine große Aktion der Demokratie hervorzurufen, durch Vermutung konstruieren. Sie mochten wohl glauben, eine für die Demokratie günstige Wendung in der revolutionären Bewegung herbeiführen zu können, wenn die beiden Demokratenversammlungen sich vereinigen und eine Art „Nationalkonvent" bilden würden. Allerdings müssen sie sich, wenn derartige Wünsche und Absichten in ihnen rege gewesen sind, sehr über den Charakter und die Bedeutung dieser beiden Kongresse, vornehmlich des der Klubisten, getäuscht haben. Daß sie aber aus eigener Initiative und ohne Übereinstimmung mit den andern demokratischen Parlamentariern gehandelt haben, bleibt unzweifelhaft.

Doch mit dem 28. Oktober hatte Ruges Agitation für Wien noch nicht ihr Ende erreicht. Am nächsten Tage, den 29., wurde in der Vormittagssitzung des Kongresses zunächst dem Präsidenten Bamberger der Vorwurf gemacht, daß er aus Parteirücksichten die Berufung der beschlossenen Volksversammlung unterlassen habe. Bamberger legte darauf den Vorsitz nieder. Die schlesischen Deputierten versuchten noch einmal, den Beschluß, eine Volksversammlung abzuhalten, rückgängig zu machen; jedoch vergebens [1]). Noch am selben Vormittage wurde von dem Demokratenkongresse durch Anschlagzettel [2]) zu der Volksversammlung, die am Nachmittage stattfinden sollte, eingeladen; zu Rednern wurden Bayrhofer aus Marburg, Berlepsch aus Thüringen, Silberstein aus Wien, Bracklow aus Holstein, Brausewetter aus Königsberg, Sennin aus Dresden und Arnold Ruge, also nur auswärtige Deputierte, erwählt [3]). Die Volksversammlung selbst wird uns in den demokratischen Zeitungen als von hoher Begeisterung erfüllt geschildert; die Zahl der Erschienenen auf 4—5000 angegeben. Wesentlich

forderung, daß wir eine große Demonstration zugunsten Wiens machen sollten. Der Vorschlag konnte auf keinen vernünftigen Grund hinweisen." Bamberger nennt hier fälschlich Ruge und Schramm Delegierte der Linken der Berliner Nationalversammlung und meint offenbar das Gegenparlament. Oder sollte er von diesem überhaupt nichts gehört haben, als er in jenen Tagen in Berlin war?

1) Protokoll S. 19 und No. 196 der „Reform" vom 8. November.
2) S. Plakat vom 29. Oktober (Friedl.-Sammlung).
3) Protokoll S. 19.

anders klingt dagegen Corvins Bericht [1]). Die Reden der genannten Deputierten brachten meist nur die üblichen Phrasen von der Volkssouveränität, indem dabei des öfteren auf Wien hingewiesen wurde. Eine Bedeutung gewann die Versammlung erst durch die Rede Arnold Ruges. Er sprach [2]):

Bürger von Berlin!

„Ich heiße Arnold Ruge und bin jetzt Euer Mitbürger. Ich finde hier den Herd der Freiheit, nicht auf den Bänken der Paulskirche in Frankfurt. Ich habe noch nie das Wort an dieser Stelle ergriffen; der große Moment aber, in dem wir stehen, der entschiedenste vielleicht, der je über die deutsche Erde gekommen ist, drängt mich jetzt dazu. Wien und die Revolution, Wien und Berlin, beide sind in Gefahr. Ich wende mich an Euch, an das versammelte Volk, da unsere Deputierten und unsere Regierung Wien verlassen haben. Als der Notschrei der Wiener vom deutschen Parlament Hilfe gegen die Räuberbanden der Kroaten suchte, welche im Dienste des Kaisers Wien brandschatzten, hat das Parlament mit Hohngelächter geantwortet. Das ist nicht unsere Empfindung, Männer von Berlin, und so soll denn das Volk sein Schicksal selbst bestimmen und seinen Willen deutlich an den Tag legen. Der Untergang Wiens wäre der Untergang Berlins. Wenn dort die Reaktion und die Barbaren siegen, wenn der Stadtverwüster Windischgrätz Wien zu einem Aschenhaufen macht, dann werden dieselben Scheußlichkeiten bei uns beginnen.

Bedenkt es wohl! Aber die Siegesnachrichten unserer Feinde, sind falsch; noch ist es nicht „zu spät"! Aber es ist nötig, daß wir einmütig Partei ergreifen. Erklärt Euch in dieser großen Versammlung alle für Wien! Ich schlage Euch vor, daß wir

1) Corvin: Aus dem Leben eines Volkskämpfers III, S. 199 schreibt: „Die „Volksversammlung" war meistens nur von Neugierigen besucht und bestand — Weiber, Kinder, Dienstmädchen und Verkäufer mit eingerechnet — nicht aus tausend Personen." Ruge selbst gibt in seinem Tagebuch S. 36, 4—5000 an; ebenso seine „Reform", und das Protokoll S. 22 sogar 12—15 000, welche Angabe sicher übertrieben ist.

2) Wortlaut nach Ruges Tagebuch S. 36 und Nr. 189 der „Reform" vom 31. Oktober, deren Texte genau übereinstimmen.

beschließen, was geschehen soll. Zunächst also: will das Volk von Berlin, welches zu vielen Tausenden aus allen Klassen hier versammelt ist, die Sache Wiens zu der seinigen machen? Diejenigen unter Euch, Bürger, welche den Sieg der Freiheit und Humanität in Wien gegen die Barbaren wünschen, werden diesen Beschluß fassen und mögen die Hand aufheben. (Es erhoben alle Versammelten, an 4—5000 Bürger und selbst die Damen in den Equipagen, die Hände.)

Nun, so will ich Euch sagen, was wir weiter tun müssen. Wir müssen die Bürgerwehr und die gesamte Bevölkerung Berlins auffordern, in einer Monstrepetition vor unsere Nationalvertretung zu treten, und einen Beschluß für Wien von ihr verlangen, damit die Regierung sich genötigt sieht, ihre Politik zu ändern und für die Rettung eines deutschen Volksstammes, deutscher Bildung und deutscher Freiheit die ganze Macht unseres Staates in die Wagschale zu werfen."

(Auch dieser zweite Punkt wird von der großen Versammlung einstimmig begeistert zum Beschluß erhoben.)

Durch Ruges Anregung entstand nun plötzlich der Gedanke einer „Sturmpetition" der gesamten Bevölkerung an die Nationalversammlung, um einen Beschluß für Wien zu erzwingen. Doch war diese Art der Demonstration nichts Neues. Ansammlungen vor dem Schauspielhause waren nichts Seltenes. Ein geschlossener Aufzug, eine sogenannte „Sturmpetition", hatte zum erstenmal am 17. Oktober stattgefunden, als die gesamte Arbeiterschaft ihre Petition [1]) überbracht hatte, um ihr mehr Nachdruck zu geben. Jetzt sollte diese Art, den Willen des Volkes zu erkennen zu geben, wiederholt werden. Damals, am 17. Oktober, war die Demonstration ohne einen Zwischenfall ungestört verlaufen. Am 31. Oktober — denn an diesem Tage fand die Sturmpetition statt — sollte es anders kommen. Aus ihr entwickelte sich der Krawall, der sich gegen die preußische Nationalversammlung richtete. Wie dieser an jenem Abend entstanden, ist, wie oft bei solchen Vorgängen, nicht genau zu sagen. Aber die Sturmpetition, von Ruge angeregt und geführt, hat, wie wir noch sehen werden, bei der Aufregung, die in Berlin herrschte, die Möglichkeit zu einem Krawall ge-

1) S. S. 67.

schaffen. Die Absicht, einen Putsch zu machen, mag den Demokraten, wie Ruge und seinen Anhängern, vielleicht ferngelegen haben, aber sie haben durch diese Demonstration, deren Führung sie schließlich ganz aus den Händen verloren, den Ausbruch der Katastrophe gefördert. Es ist klar, daß die Sturmpetition dann die beste Wirkung haben konnte, wenn sie gleichzeitig mit der Beratung des Antrages für Wien, den die äußerste Linke in der Nationalversammlung voraussichtlich stellen würde, erfolgte. Obwohl die Berliner Abgeordneten im Gegenparlament zur Bedingung gemacht hatten, daß sein Beschluß, einen Antrag zur tatkräftigen Unterstützung Wiens in die preußische Nationalversammlung einzubringen, der Antrag Waldeck in keiner Weise vorher veröffentlicht werden sollte, wie Temme angibt [1]), machten ihn Ruge und andere dennoch alsbald in den Klubs bekannt [2]), um eine möglichst allgemeine und einheitliche Beteiligung an der Sturmpetition zu erzielen.

Doch auch mit seinem Auftreten auf der Volksversammlung war Ruges Agitation für Wien noch nicht beendet. Er scheint die Proklamation, die im Gegenparlament auf den Widerspruch Waldecks und Temmes abgelehnt worden war, in den Kongreß und hier zur Annahme gebracht zu haben. Indem wir uns seinem hierauf gerichteten Treiben zuwenden, kommen wir auf den einen letzten Punkt, in welchem ein freilich nur wenig bedeutungsvoller Zusammenhang zwischen den beiden Demokratenversammlungen bestanden haben mag.

Im Demokratenkongreß hatte man schon am Vormittage vor der Volksversammlung beschlossen, noch lauter für Wien aufzutreten, indem ein Aufruf für diese Stadt, ein „Manifest an das deutsche Volk" erlassen und in die Provinzen verschickt

---

1) Temme „Erinnerungen" S. 300, s. S. 75.

2) S. A. Ruge: Tagebuch S. 37; R. schreibt dort unterm 31. Oktober: „Wir, die wir uns keine Täuschungen machten über den Untergang der Freiheit, wenn nicht alle Kräfte angespannt würden, eilten täglich und nächtlich von Klub zu Klub, von den Arbeitern zu den Bürgern, von den Soldaten zu den Abgeordneten, von der Bürgerwehr zu den harmlosen Bildungsvereinen der Handwerker, wir setzten Himmel und Erde in Bewegung, um es dahin zu bringen, daß eine Berliner, eine preußische Frage aus dieser Sache (Wiens) gemacht würde.

werden sollte. Dieses sollte von einer Kommission von sechs Mitgliedern, unter denen auch Ruge war, entworfen werden [1]). Während der Volksversammlung, die nachmittags um 3 Uhr stattfand, war die Sitzung ausgesetzt worden. In der Abendsitzung, die bereits um 6 Uhr begann, wurde das Manifest sodann durch Ruge vorgelegt und vorgelesen. Er hatte es, wie er selbst sagte [2]), schon drucken lassen. Es lautet [3]):

Aufruf des demokratischen Kongresses:

An das deutsche Volk!

Lange schmachvolle Jahre hindurch seufzte das deutsche Volk unter dem Joche der Gewaltherrschaft. Die blutigen Taten Wiens und Berlins berechtigten zu der Hoffnung, daß seine Freiheit und Einheit mit einem Schlage zur Wahrheit werden würden. Teuflische Künste einer fluchwürdigen Reaktion traten dieser Entwicklung entgegen, das heldenmütige Volk um die Früchte seiner großartigen Erhebung zu betrügen.

Wien, ein Hauptbollwerk deutscher Freiheit, steht augenblicklich in höchster Gefahr. Aufgeopfert durch die Ränke einer noch immer mächtigen Kamarilla sollte es aufs neue den Fesseln einer Zwingherrschaft überliefert werden. Aber seine edle Bevölkerung erhob sich wie ein Mann und steht den bewaffneten Horden seiner Unterdrücker todesmutig entgegen. Die Sache Wiens ist die Sache Deutschlands, ist die Sache der Freiheit. Mit dem Falle Wiens wird die alte Willkürherrschaft mehr wie je ihr Banner erheben, mit seinem Siege wird sie vernichtet sein.

An uns ist es, deutsche Mitbrüder, Wiens Freiheit nicht untergehen zu lassen, sie nicht dem Waffenglücke barbarischer Horden preiszugeben. Es ist die heiligste Pflicht der deutschen Regierungen, mit allem ihren Einflusse der bedrängten Schwesterstadt zu Hilfe zu eilen, es ist zugleich

---

1) Protokoll und „Reform“ ebenda.

2) Protokoll S. 23. Auch Corvin: Aus dem Leben eines Volkskämpfers, III, S. 198 sagt, daß Ruge das Manifest bereits gedruckt bei sich gehabt habe.

3) Nach Protokoll S. 23 und Ruges Tagebuch S. 35, die beide übereinstimmen.

aber die heiligste Pflicht des deutschen V o l k e s , im Interesse seiner Freiheit, im Interesse seiner Selbsterhaltung zur Rettung Wiens jedes Opfer zu bringen. Nimmer darf es die Schmach stumpfer Gleichgültigkeit auf sich laden, wo das Höchste, wo alles auf dem Spiele steht.

Wir fordern Euch daher auf, Mitbrüder, daß Ihr jeder nach seinen Kräften beitragt, Wien vor dem Untergange zu retten! Was wir für Wien tun, tun wir für Deutschland.

Helfet selbst! Die Männer, die Ihr nach Frankfurt gesendet, um die Freiheit zu gründen, haben die Aufforderung, Wien zu helfen, mit Hohngelächter zurückgewiesen. An Euch ist es, zu handeln.

Fordert Ihr es mit dem kräftigen und unwandelbaren Willen von euren Regierungen, daß sie sich Eurer Majorität unterwerfen und die deutsche Sache und die Sache der Freiheit in Wien retten. Eilt! Ihr seid die Macht, Euer Wille ist Gesetz.

Auf! Ihr Männer der Freiheit, auf! in allen deutschen Landen und wo sonst der Glaube der Freiheit und der Humanität edle Herzen durchglüht!

Auf! ehe es zu spät ist! Rettet die Freiheit Wiens, rettet die Freiheit Deutschlands. Die Gegenwart wird Euch bewundern, die Nachwelt mit unsterblichem Ruhm belohnen.

Am 29. Oktober 1848.

Der demokratische Kongreß in Berlin.

Wir wissen, daß ein Aufruf mit derselben Tendenz, dessen Wortlaut aber nicht bekannt ist, schon am 28. Oktober im Gegenparlament entworfen, zur Annahme vorgeschlagen, aber schließlich abgelehnt worden war. Am folgenden Tage wurde nun ein ähnlicher Aufruf, ohne irgendwie vorher angeregt worden zu sein, durch Ruge, ein Mitglied des Gegenparlaments, dem Demokratenkongreß gedruckt vorgelegt. Da liegt denn die Annahme nahe, daß wir es hier überall mit einem und demselben Aufruf zu tun haben [1]). Doch noch mehr be-

1) Interessant ist, daß die „Kreuz-Zeitung" (in Nr. 107 vom 2. November), wenn auch falsch, meldet, d'Ester habe den von ihm verfaßten Entwurf (aus dem Gegenparlament) in den Kongreß eingeschmuggelt.

stärkt uns in der Annahme, daß der Aufruf des Kongresses aus dem Gegenparlament stammt, Ruges Verhalten selbst. Erinnern wir uns, daß er auch am Tage vorher, also ebenfalls schon am 28. Oktober, für den in Aussicht genommenen Aufruf des Gegenparlaments im Kongresse Stimmung zu machen gesucht hat. Und ferner schreibt er selbst in bezug auf diesen Aufruf in seinem Tagebuche folgendes[1]):

„Es kam indessen zum Vorschlage (im Gegenparlament), er (der Kongreß der Linken) möge die Sache Wiens zu der seinigen machen und einen Aufruf für Wien an Berlin, an die preußische und deutsche Nation erlassen. Der einstimmige Beschluß wurde indes zurückgenommen, als der Aufruf zum Vortrag kam. Der demokratische Kongreß, der gerade in Berlin versammelt war, hielt es nun für seine Pflicht, sich der Sache Wiens anzunehmen. Er erließ den Aufruf „An das deutsche Volk". Klingt es nicht so, als wenn, nachdem das Gegenparlament den Aufruf fallen gelassen hatte, sich darauf der Kongreß seiner annahm? Und der Aufruf selbst: Paßt er nicht sehr gut mit seiner Aufforderung an die einzelnen deutschen Regierungen, Wien zu Hilfe zu eilen, in jene neue Taktik der demokratischen Parlamentarier, ihre Prinzipien mit Hilfe des Partikularismus zur Anerkennung zu bringen? Andererseits soll jedoch nicht die Möglichkeit bestritten werden, daß dieser Aufruf des Kongresses trotz alledem mit dem für das Gegenparlament entworfenen nicht identisch und der Appell an die einzelnen Regierungen auch nur eine agitatorische façon de parler der Klubisten gewesen ist[2]).

1) S. 35.

2) Noch eines sonderbaren Zwischenspiels, durch das offenbar versucht werden sollte, die mißlungene Vereinigung des Demokratenkongresses mit dem Gegenparlament nach außen hin als Tatsache hinzustellen, muß gedacht werden. Wer die führende Person in diesem Spiel gewesen ist, ist nicht festzustellen, doch läßt es sich vermuten. In Nr. 188 der „Reform" vom 29. Oktober, die am 28. Oktober, da der Kongreß noch über den Anschluß an das Gegenparlament verhandelte, gedruckt worden ist und am 29. morgens erschien, fand sich eine Notiz, die die beiden Beschlüsse des Gegenparlaments (s. S. 70), die Sache Wiens zu dessen besonderen Angelegenheit zu machen und einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, mitteilte und dann hinzufügte: „Der Demokratenkongreß beschließt, sich den

Wir haben also gesehen, daß keine Verschmelzung der beiden Demokratenversammlungen erreicht wurde, daß im Gegenparlamente die gemäßigten Berliner Parlamentarier durch eine starke Konzession an den Radikalismus der Frankfurter schließlich die Führung behalten konnten, indem man zuletzt übereinkam, in der preußischen Nationalversammlung für Wien in die Schranken zu treten, daß dagegen auf dem 2. Demokratenkongresse die radikalen Berliner Klubdemokraten die Oberhand gewonnen haben und zu der alten Art der Demonstration, eine Volksversammlung für Wien abzuhalten, zurückkehrten, die dann die Sturmpetition der Berliner Bevölkerung zur Folge hatte. Nunmehr haben wir die letzten Glieder in der Kette der Ereignisse in Berlin, die wir untersuchen wollten, ins Auge zu fassen: die Vorgänge des 31. Oktober, das Schicksal des Antrages Waldeck, die Entstehung und den Verlauf des Krawalls auf dem Gendarmenmarkte.

Bestrebungen und Beschlüssen der hier versammelten Mitglieder der äußersten Linken deutscher konstituierender Versammlungen in betreff des Schicksals von Wien anzuschließen. Er stellt dieser Versammlung die ganze Kraft der demokratischen Partei zur Disposition. Hexamer.“ Es war dieses der Antrag, den Hexamer auf dem Demokratenkongreß gestellt hatte (s. S. 98), der aber nicht angenommen worden war. Hexamer, im Kongreß am 30. Oktober nachmittags ob dieser Fälschung zur Rede gestellt, versicherte, daß er an dieser Notiz keinen Anteil gehabt habe (Protokoll S. 35.) Da A. Ruge in dieser Zeit verantwortlicher Redakteur der „Reform“ gewesen ist und seine ganze Kraft daran gesetzt hat, die Vereinigung der beiden Versammlungen herzustellen, so ist anzunehmen, daß er auch durch seine Zeitung in dieser eigenartigen Weise seine Bestrebungen zu unterstützen versucht hat.

VI

Der 31. Oktober

Diese Kette der Ereignisse ist in sich nicht so fest geschlossen, wie es zunächst scheinen könnte und schon damals vielfach geglaubt wurde. Denn die beiden Demokratenversammlungen hängen nur lose mit dem Aufruhr vom 31. Oktober zusammen: sie haben nur indirekt Veranlassung dazu gegeben; das Gegenparlament durch seinen Antrag für Wien und der Demokratenkongreß durch seine Volksversammlung, in welcher Ruge zu der Sturmpetition auffordern konnte. Aus dieser Sturmpetition ist dann ohne Wunsch und Willen der beiden Versammlungen der Aufruhr entstanden. Sie hängen auch zeitlich nicht mehr mit dem Aufruhr zusammen. Das Gegenparlament war schon am 28. beendet, der Kongreß löste sich am 30. Oktober auf. Schon während der Kongreßsitzungen waren Mitglieder abgereist [1]). Einige der heißblütigsten und ungestümsten, meist sehr junge Demokraten, die „Roten", waren allerdings zurückgeblieben, und sie scheinen das agitatorische Auftreten Ruges nach ihrer Absicht ausgenutzt zu haben. Aber die Berliner Klubdemokraten selbst waren die eigentlichen Stürmer und Dränger. Die Argumentation einiger Zeitungen,

1) Schon in der Nachmittagssitzung vom 28. Oktober erwähnte Bayrhofer, daß am nächsten Tage viele Mitglieder abreisen würden. (Protokoll S. 17.) Auch die „National-Zeitung" bemerkt am 1. November (Nr. 209), daß viele Mitglieder des demokratischen Kongresses, welche ihre Verhaftung befürchteten, bereits in ihre Heimat abgereist seien. (Drei Redner von der Volksversammlung vom 29. Oktober waren ihrer Reden wegen verhaftet worden). Auch die Spaltung des Kongresses verhinderte ein einmütiges Auftreten dieser Versammlung für den 31. Oktober.

wie der „Vossischen Zeitung“ [1]), daß der Exzeß als ein Stoß des demokratischen Kongresses anzusehen sei, oder gar der „Kreuz-Zeitung“ [2]), die den Krawall als vom Gegenparlament und Demokraten-Kongreß mit Vorbedacht angezettelt darstellen will, beruhen auf ungenauer, von Parteipolitik getrübter Beobachtung. Wir finden neben Temme [3]) auch Zeugnisse aus anderen Zeitungen, die gegen eine solche Auffassung, gegen eine von den beiden Demokratenversammlungen geplante und wohl vorbereitete Erhebung sprechen. So gibt die „National-Zeitung“ [4]) der Fraktion der anarchischen Demokratie, die auf dem 2. Demokratenkongreß die Mehrheit — aber erst gegen Ende der Sitzungen, müssen wir hinzufügen — gebildet habe, die Hauptschuld an der Umlagerung des Schauspielhauses. Auch die „Deutsche Zeitung“ [5]) schreibt in ihrer Berliner Korrespondenz vom 2. November, daß die äußerste Linke aufs tiefste über die durch Leute des sogenannten (zweiten) Demokratenkongresses verursachte Mißleitung des Volkes, namentlich über Ruges empörendes Treiben entrüstet gewesen sei. Diese beiden Zeugnisse legen also nicht dem Kongresse als solchen, sondern nur einer mehr oder minder großen Zahl seiner Teilnehmer die Schuld an dem Krawall vom 31. Oktober bei.

Und der Verlauf des Aufruhrs selbst zeigt, daß ein wohlvorbereiteter Plan dazu, wie er doch im Falle, daß von der gesamten Demokratie ein Aufstand oder gar eine Revolution beabsichtigt gewesen wäre, sich hätte zeigen müssen, nicht vorgelegen hat. Da die Beratung des Waldeckschen Antrages für Wien, der am 30. Oktober [6]) eingebracht worden war, von der Nationalversammlung für den 31. Oktober nachmittags festgesetzt wurde, so wurde von Ruge und seinem Anhange die Sturmpetition ganz geschickt auf diesen Tag angesetzt, um eine um so bedeutendere Wirkung auf die Versammlung

---

1) Nr. 256 vom 2. November.
2) Nr. 107 vom 2. November.
3) S. oben S. 74 ff.
4) Nr. 210 vom 2. November.
5) Nr. 295 vom 4. November.
6) Stenogr. Berichte d. Preuß. National-Versammlung III, S. 258.

hervorzubringen. Auffallenderweise gab der demokratische Bürgerwehrverein seinen Namen dazu her, indem er durch zwei Plakate [1]) zu einem „feierlichen Zuge" vor die Nationalversammlung einlud, der am 31. Oktober mittags 12 Uhr vom Alexanderplatz aus stattfinden sollte und folgende Petition überreichen würde:

„Hohe Nationalversammlung!

Die Bevölkerung der Stadt Berlin in allen ihren Teilen macht die Sache Wiens zu der ihrigen; sie hat sich daher zu der Aufforderung an die Vertreter des Volkes vereinigt, daß sie den Beschluß fassen:

‚Das preußische Volk und die Regierung unseres Staates stehen ein für die Sache Wiens und der deutschen Brüder in Österreich und erhebt sich mit aller Macht gegen die barbarischen Feinde unserer Schwesterstadt Wien.'

Die Bevölkerung der Stadt Berlin hegt das Vertrauen zu den Vertretern des Volkes, daß ihr einmütiger Wille, dem jeder

---

1) Vom 30. und 31. Oktober, siehe Friedländer-Sammlung; Petition ebenda. — Daß dieser Verein die demokratischen Elemente der Bürgerwehr in sich vereinigte, ist ohne Zweifel. So schreibt R. Springer zu seinem Buche: (s. S. 22): Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahre 1848 (Berlin 1849) S. 37: „In der neuen Friedrichsstraße Nr. 27 hielt der demokratische Bürgerwehrverein, von Meyer gegründet, seine Sitzungen. Bei Tageswirren, wo man durch Plakate im entgegengesetzten Sinne auf das Volk zu wirken suchte, trat dieser Verein in der Verkündigung seiner Beschlüsse immer zur entschiedensten demokratischen Seite." Auch der Bürgerwehr-Kommandant Rimpler schreibt in seinem Buche: Die Berliner Bürgerwehr 1848, daß Ende August ein aus Mitgliedern der Bürgerwehr bestehender „demokratischer Bürgerwehrverein" begründet wurde, „der den (der Ruhe, Ordnung und Mannszucht) widerstrebendsten politischen und sozialen Ansichten in der Bürgerwehr Geltung zu verschaffen suchte, alle Verwaltungsmaßregeln kritisierte und damit Anklang fand." (S. auch H. Blum: Die deutsche Revolution 1848/49, S. 340). Vergl. auch Ed. Bernstein in seiner „Geschichte der Berliner Arbeiter Bewegung" (Berlin 1907), I, S. 65: „Dagegen hatte (im September) wenigstens bei einem Teile der Bürgerwehr ein demokratischer Geist die Oberhand gewonnen, so daß unter anderm auch ein demokratischer Bürgerwehrverein ins Leben getreten war."

Deutsche und jedes freie Herz im ganzen Lande zujauchzen wird, nicht ohne Eindruck auf ihre Beschlüsse bleiben und zur Rettung der deutschen Freiheit in Wien und zur Wiederherstellung der Ehre deutscher Nation führen wird."

Hinzugefügt wurde in beiden Plakaten noch, daß die Angelegenheit in der Abendsitzung der Nationalversammlung zur Sprache kommen würde, da der Abgeordnete Waldeck einen dringlichen Antrag für Wien eingebracht hätte.

Um die angegebene Zeit setzte sich der Zug, der von mehreren Klubs gebildet wurde und aus ungefähr 1000 Menschen bestand, zwei rote Fahnen in der Mitte, in Bewegung. An seiner Spitze marschierte Ruge mit zwei Volksführern niedrigster Gattung, Vater Karbe und Lindenmüller [1]). Vor dem Schauspielhause angelangt, begab sich Ruge als Führer einer Deputation in den Sitzungssaal und überreichte die Petition dem bekannten Abgeordneten d'Ester, der sie zur Unterstützung des Waldeckschen Antrages dem Präsidenten überreichte [2]). Ruge erhielt alsdann die Mitteilung, daß die Angelegenheit erst am Nachmittage zur Verhandlung kommen würde. Diese Nachricht gab er von der großen Freitreppe des Theaters herab an die auf dem Platze harrende Menge weiter, und zugleich lud er zu einer Volksversammlung ein, die am nächsten Tage unter den Zelten stattfinden und in welcher das Resultat über die Nachmittagssitzung der Nationalversammlung mitgeteilt werden sollte. Alsdann forderte er die Menge auf, sich in ebenso geordneter Weise, wie sie gekommen, wieder zu entfernen [3]). Doch

---

1) Karbe und Lindenmüller sind zwei in der revolutionären Bewegung Berlins bekannte Gestalten. Sie zeichneten sich dadurch aus, möglichst bei jeder Gelegenheit sich als Volksredner und -führer schlechtester Art hervorzutun. Karbe, ein ehemaliger Konditor mit langem, grauem Bart wurde gewöhnlich „Vater Karbe" genannt. Lindenmüller war Präsident des sogenannten „souveränen Lindenklubs", der allabendlich vor Kranzler, an der Ecke Friedrichstraße und Unter den Linden „tagte", sobald sich mehrere politisierende Kannegießer dort zusammenfanden. Lindenmüller gab gewöhnlich das Gesprächsthema an.

2) A. Ruge: Tagebuch S. 39.

3) Nr. 255 d. „Voss. Ztg." v. 1. November. No. 210 der „Nat.-Ztg." vom 2. November. A. Streckfuß: Das freie Preußen II, S. 502.

damit war die Menge, die nun unter dem Einfluß der Straßendemokraten, der „Philosophen der Straße“ geriet, nicht einverstanden. Man forderte unter wüstem Geschrei, die Nationalversammlung solle sogleich beraten. Von Vernünftigeren wurde darauf hingewiesen, daß dies unmöglich, da die Vormittagssitzung inzwischen beendet worden sei. Mit großem Jubel wurde die Mitteilung eines Redners aufgenommen, daß der Adel, die Titel und Orden [1]) soeben abgeschafft worden seien [2]). Von da ab verlor Ruge die Führung der Demonstration aus den Händen. Er geriet in die Lage des Zauberlehrlings, der die Geister, die er heraufbeschworen, nicht wieder los werden konnte [3]). Zwar vertrieb ein eintretender Regen den größten Teil der Menge, doch der Rest verharrte auf der Treppe und erwartete die Wiedereröffnung der Sitzung. Am Nachmittage, mit dem Beginn der Beratung über den Antrag für Wien scharten sich nach und nach trotz des regnerischen Wetters die Volksmassen wieder um das Schauspielhaus zusammen, da sich auch das Gerücht, daß es zu unruhigen Auftritten kommen werde, verbreitet zu haben schien, und die „Bassermannschen Gestalten“ [4]) in ihren Blusen und Kalabresern gewannen jetzt völlig die Oberhand. Schon am Vormittage sollen sich unter der Menge Betrunkene befunden haben [5]), die natürlich jedem Einfluß zugänglich waren. Die „National-Zeitung“ [6]) spricht von trunkenen Taugenichtsen und roh-

1) S. S. 54.

2) S. A. Ruge: Tagebuch S. 39 und A. Streckfuß ebenda.

3) S. Corvin: Aus dem Leben eines Volkskämpfers (1861) III, S. 200.

4) Die durch ihre Tracht gekennzeichneten Revolutionsmänner haben ihren Namen bekanntlich durch einen Ausspruch des Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, A. Bassermann, erhalten, der als Abgesandter seiner Versammlung nach dem 31. Oktober nach Berlin geschickt worden war, um in dem Konflikte zwischen Friedrich Wilhelm IV. und der preußischen Nationalversammlung zu vermitteln. In seinem Bericht an die Frankfurter Versammlung über seine Mission nach Berlin und das Aussehen dieser Stadt gebrauchte er die Worte: „Gestalten habe ich dort gesehen!“ Seitdem wurde es üblich, von „Bassermann'schen Gestalten“ zu sprechen.

5) Nr. 255 der „Voss. Ztg.“ vom 1. November.

6) Nr. 211 vom 3. November.

lärmenden Buben, und auch die „Vossische Zeitung“ [1]) berichtet, daß die Menge meist aus Burschen von 16—18 Jahren und älteren Arbeitslosen bestand und man eine große Anzahl von Betrunkenen oder doch durch Branntwein Erhitzten, unter denen noch häufig die Flasche kreiste, bemerken konnte. Aus den nahen Spritzenhäusern entwendete man Fackeln, von deren Scheine der große Platz erleuchtet wurde. Der Ansturm auf das Schauspielhaus begann erst, als sich das Gerücht verbreitete, d'Ester hätte dem Volke sagen lassen, man möchte das Schauspielhaus besetzen und niemanden hinein- noch herauslassen [2]). Alsbald sammelten sich die Volksmassen vor den Türen an, die z. T. vernagelt wurden. Träger mit Fackeln stellten sich vor den Türen auf, damit alle genau sehen konnten, ob jemand heraus wollte. Die Abgeordneten waren bis zum Schluß der Sitzung, um 10 Uhr, völlig eingeschlossen. Niemand, nicht einmal die Journalisten von der Tribüne konnten hinausgelangen.

Inzwischen hatte drinnen die Sitzung begonnen.

Dem Antrage Waldeck [3]):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen: daß das Staatsministerium aufzufordern sei, zum Schutze der in Wien

---

1) Nr. 257 vom 3. November.

2) A. Streckfuß: II, S. 504 bezeichnet Hain als den Urheber dieser gänzlich unberechtigten Bekanntmachung. Varnhagen von Ense gibt Bd. V, S. 257 eine in sein Tagebuch nachgetragene Erzählung A. Streckfuß' vom 9. November 1857 wieder: „Wahr ist es, daß der Abgeordnete d'Ester einmal aus der Versammlung herauskam, sich an die Gruppen wandte, die umherstanden, und ihnen zurief, sie sollten diese und diese Ausgänge bewachen und keinen Abgeordneten hinauslassen, der sich der Abstimmung feig entziehen wolle.“ Durch diese Angabe würde Streckfuß seiner früheren, in seinem Buche gegebenen Darstellung selbst entgegentreten. Die Wirkung dieser soi-disant d'Esterschen Worte auf die Volksmassen bleibt, wie oben geschildert, dennoch bestehen, mögen jene Worte nun ursprünglich nur Gerücht oder eine tatsächliche Äußerung jenes Abgeordneten gewesen sein. Vergl. auch R. Springer: Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahre 1848, S. 225; ferner Nr. 212 d. „Nat.-Ztg.“ vom 4. November.

3) Stenogr. Ber. d. preuß. Nat.-Vers. III, 290 ff.

gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten,"

waren folgende Motive beigefügt:

„In Österreich wird gegen den erklärten Willen der Volksvertreter durch die Kamarilla ein Heer, teils aus barbarischen Kroatenhorden, teils aus deutschen Kriegern bestehend, gegen die eigene Hauptstadt geführt, diese wie ein feindlicher Ort belagert und so zugunsten der Herrschergelüste weniger für die Gegenwart namenloses Elend, für die Zukunft unabweisliche Gefährdung der Volksfreiheit und der davon unzertrennlichen Nationalität eines deutschen Volksstammes bereitet. Dringend erwartet das zivilisierte Europa von dem größten deutschen Volke, dem preußischen, daß es das Gewicht seines Wortes, seiner Geld- und Waffenkräfte in die Wagschale legt, dem Reichstage in Wien [1]) zur Verfügung stellt und dadurch die Ränke und Gewaltstreiche einer unverbesserlichen Partei vereitelt."

Wir können in dem Waldeckschen Antrage deutlich den Einfluß des Gegenparlaments bemerken. Den Kern des im Gegenparlament verworfenen Aufrufs, das gesamte Deutschland zu Geldbeiträgen und bewaffnetem Zuzuge für das bedrängte Wien zu veranlassen [2]), finden wir hier wieder, indem diese Aufforderung nunmehr an die preußische Regierung gerichtet wurde. Wir wissen, daß die Berliner äußerste Linke entgegen dem ursprünglichen Wunsche der radikalen Frankfurter [3]) den Kampf für Wien in das preußische Parlament getragen hat und beobachten nun in diesem Antrage auch die neue Taktik der Demokratie wieder, im Kampfe gegen die deutsche Nationalversammlung von den Einzelstaaten und natürlicher- und gegebenerweise besonders von Berlin aus eine für

---

1) Der österreichische Reichstag hatte die Führung in dem neuen revolutionären Kampfe Wiens übernommen. Entgegen einem Erlasse des Kaisers, der die Verlegung des Reichstages befahl, hatte dieser am 7. Oktober erklärt, daß er nicht verlegt noch aufgelöst werden könnte und als konstituierende Versammlung bis zur Beendigung der Verfassung zusammenbleiben würde. (Deutsche Chronik.)

2) S. S. 71 u. 76.

3) S. S. 80.

diese Partei günstige Entscheidung herbeizuführen. Der Kampf der Demokratie stand jetzt auf einem Höhe- und im selben Augenblicke auch an einem Wendepunkte. Zwar handelte es sich in diesem Kampfe vorerst unmittelbar nur um die Unterstützung Wiens; aber es ist verständlich, daß die radikale Partei, ihrem allgemeinen Ziele, der Demokratisierung Deutschlands, in den Augenblicken solcher bedeutsamer Entscheidungen, wie sie jetzt in Wien bevorstanden, eben dadurch näher zu kommen glaubte, daß sie zunächst ihren bedrängten Gesinnungsgenossen Hilfe zu verschaffen suchte. Und es unterliegt nach ihrem bisherigen Verhalten und den politischen Zuständen in Berlin keinem Zweifel, daß die Demokratie, wenn sie mit ihrem Antrage für Wien durchgedrungen, alsbald mit ihren wahren Absichten offen hervorgetreten wäre und den Kampf gegen Frankfurt, den Kampf für ihre Grundsätze weit heftiger und stürmischer von Berlin aus geführt haben würde. Sie empfand jedoch dabei auch ganz richtig, daß mit der Niederlage Wiens eine allgemeine Reaktion einsetzen würde, und das erklärt uns, daß sie ihren ganzen Einfluß, soweit sie konnte, für die Unterstützung, für den Sieg dieser Stadt geltend zu machen suchte [1]).

---

1) Unter diesem Gesichtspunkte hat die „Deutsche Zeitung" den Antrag Waldeck am treffendsten gekennzeichnet. Wir lesen in Nr. 295 vom 4. November: „Der Antrag Waldeck und seiner 36 Genossen findet seine Erklärung in den Begebenheiten der letzten Tage, in dem Demokratenkongreß und dem fehlgeschlagenen Vorparlament. Beide Unternehmungen sind ohne äußeren Anlaß, ohne Beschränkung und Behinderung an ihrer eigenen Haltlosigkeit und Zerfahrenheit zu Wasser geworden und namentlich der Kongreß hat, wie Mitglieder selbst laut aussprechen, die Partei der demokratischen Republikaner auf das höchste kompromittiert. Der Strohhalm, woran beide Unternehmungen sich klammerten, war die Agitation für Wien. In dem sterbenden Republikanerkongreß brachte diese Angelegenheit einiges Leben, sie wirkte auf ihn wie ein ätherisches Öl. Der Antrag der äußersten Linken in betreff Wiens war weniger gegen Olmütz als gegen Frankfurt gerichtet. Seine Schneide war die Opposition gegen Reichsgewalt und Reichsversammlung, eine Opposition, welche das Anti-Parlament, das gescheiterte, hatte führen sollen und welche der republikanische Kongreß in seiner schülerhaften und schlaffen Manier noch mehr herabgesetzt."

Zu seinem Antrage hielt Waldeck eine Rede, die, wie Reichensperger bemerkt [1]), sichtlich von Freiheitsliebe, wie Waldeck sie verstand, eingegeben war, aber den Stempel höchster politischer Leidenschaft und Verblendung zeigte. Waldeck wandte sich nicht, wie er auch früher nicht getan, schroff gegen die deutsche Nationalversammlung und Zentralgewalt, sondern er suchte mehr an das Gefühl des Partikularisten zu appellieren. Er und seine Parteigenossen seien nicht der Meinung, so führte er aus, daß, wenn das Haus des Nachbarn brenne, erst an ein drittes angeklopft werde, um vielleicht zu sehen, ob Hilfe komme. Man möge hoffen, daß die Zentralgewalt helfen werde. Komme von dieser schleunige Hilfe, so müsse man sie annehmen im Interesse der großen Sache. Aber es gelte selbst und rasch zu handeln. „Und, m. H.," rief er aus, „eine erhebende Hoffnung wäre es, wenn w i r durch u n s e r Wort, durch die Kraft u n s e r e r Regierung erwirkten, daß es dahin käme, ein Blutbad zu verhindern."

Zu dem Antrage Waldecks wurden zwei Amendements eingebracht, eins vom linken Zentrum durch Rodbertus [2]) und eins von der Rechten [3]). Daß auch von der Rechten ein Amendement, das in der Sache der äußersten Linken zustimmte, aber in der praktischen Forderung sehr abgeschwächt und harmlos war, eingebracht wurde, könnte einerseits zeigen, daß auch jene sich von der allgemeinen Erregung mit hat fortreißen lassen. Andererseits könnte dieser Antrag der Rechten aber auch die taktische Absicht gehabt haben, für ihren harmlosen Antrag möglichst viele solcher Stimmen, die den Gegnern

---

1) P. Reichensperger: Erlebnisse etc., (s. S. 16), S. 158.

2) Stenogr. Ber. III, 292. Es lautet: „Die Regierung S. M. aufzufordern, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu tun, damit die in den deutschen Ländern Österreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde."

3) Durch Duncker, vom rechten Zentrum; es lautet: „Die Regierung Seiner Majestät aufzufordern, bei der deutschen Zentralgewalt mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß nicht infolge der neuesten Wiener Ereignisse die Freiheit und Nationalität eines deutschen Bruderstammes gefährdet wird."

zufallen konnten, zu gewinnen. Und psychologisch gar nicht ausgeschlossen ist es, daß beide Vermutungen zugleich zutreffen. Das Amendement des linken Zentrums bestätigt das schon früher Gesagte [1]), daß diese Partei nicht gewillt war, sich der Taktik der radikalen Demokratie gegen die deutsche Nationalversammlung anzuschließen. Die provisorische Zentralgewalt galt ihr nach wie vor als diejenige Gewalt, durch die und von der aus die Regelung der politischen Verhältnisse, auch in den Einzelstaaten, zu geschehen habe. Die Souveränität der deutschen Nationalversammlung sollte unberührt bleiben. „Die Zentralgewalt als Zentralbehörde der deutschen Freiheit wollen wir halten um jeden Preis", sagte von Berg in seiner Rede für den Antrag Rodbertus, und Rodbertus selbst bemerkte, daß er nicht die deutsche Freiheit ohne Einheit wolle. Da das linke Zentrum diesen Standpunkt festhielt, so war die Niederlage der äußersten Linken gewiß, wenn auch d'Ester noch durch verfassungsrechtliche Argumentationen, daß in Frankfurt kein verantwortlicher Minister sei, zu wirken suchte und der Abgeordnete Grün sogar mit einer zweiten Revolution drohte. Der Kampf der Demokratie, durch welchen die deutsche Nationalversammlung zur Seite geschoben und die preußische an die Spitze gestellt werden sollte, war damit zurückgeschlagen. Die äußerste Linke, mit der allein die Polen stimmten, brachte es nur auf 113 Stimmen für ihren Antrag [2]).

Währenddessen war draußen die Aufregung unter den Volksmassen bedenklich gestiegen. Das Geheul und Geschrei der Massen drang bis in den Sitzungssaal. Man vernahm Drohungen, daß alle Mitglieder der Rechten aufgehängt werden sollten, und man holte zu diesem Zwecke Stricke aus den Seilerläden der

---

1) Vergl. S. 53.

2) Stenogr. Ber. III, 305. Daß der Sieg der äußersten Linken diesmal sicher war, wenn das linke Zentrum für ihren Antrag stimmte, ist unzweifelhaft; das zeigt die Abstimmung über den Antrag der Rechten; dieser wurde mit 181 gegen 164 abgelehnt, wobei äußerste Linke, Polen und linkes Zentrum geschlossen dagegen stimmten; sie hatten also hier die Mehrheit. Der Antrag Waldeck wurde mit 229 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

anliegenden Straßen [1]). Als man drinnen zur Abstimmung schritt, teilte ein Volksredner draußen mit, daß auf namentliche Abstimmung angetragen worden sei, „damit das Volk seine Feinde kennen lerne“ [2]). Die Volksmenge tobte gegen die Nationalversammlung, als sie von der Abstimmung über den Waldeckschen Antrag hörte [3]), so daß sogar die Führer der äußersten Linken ganz entmutigt wurden. Schon zu Beginn der Sitzung hatte der Präsident von Unruh mehrere der beim Volke bekannten Mitglieder der äußersten Linken ersucht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten nicht am Aus- und Eintritt gehindert würden, da sonst Proteste gegen die Abstimmungen eingehen könnten [4]). Aber jene scheinen ihren Zweck nicht erreicht zu haben; ebensowenig wie am Schluß der Sitzung [5]). Sie haben dem Präsidenten versichert, „daß die

1) Nr. 256 der „Voss. Ztg.“ vom 2. November. In der oben (Anmerkung 2, S. 115) aus Varnhagen von Ense zitierten Erzählung A. Streckfuß' heißt es bezüglich der Stricke: „Das Geschrei wegen der Vernagelung der Nationalversammlung war offenbar absichtlich, erkünstelt, betrügerisch. Niemand ist aufgefunden worden, der die Nägel und Stricke wirklich g e s e h e n hätte, alle wußten nur durch Hörensagen davon, die Sache ist eine Fabel.“ Diese Bemerkung würde dem gleichzeitigen Berichte der „Voss. Ztg.“ widersprechen. Auch Streckfuß war am 31. Oktober auf dem Gendarmenmarkt. Aber die Frage, ob in der Tat a l l e Türen vernagelt gewesen und Stricke gezeigt worden sind, bleibt dem revolutionären Charakter des Krawalls und seiner Nachwirkung gegenüber müßig.

2) „Voss. Ztg.“ ebenda.

3) Nr. 254 der „Berliner Zeitunghalle“ vom 2. November.

4) v. Unruh: Skizzen S. 102.

5) Nr. 210 der „Nat.-Ztg.“ vom 2. November; es heißt dort an einer Stelle: „Die Abgeordneten der linken Seite, namentlich sind uns genannt die Herren Waldeck, Behrends, d'Ester, Brill, Schornbaum, Krackrügge, Schramm haben bei Beginn der Sitzung und während der Beratung alles versucht, die Menge über den Gegenstand der Beratung, von dem die Dränger gar nichts gewußt haben, aufzuklären, sie von allen Ungesetzlichkeiten und Ungehörigkeiten abzumahnen, was ihnen leider nicht hat gelingen wollen,“ und an anderer Stelle: „Von seiten einzelner Abgeordneten der Linken ist mehrfach versucht worden, die Andrängenden zu beruhigen und zur Einsicht zu bringen, namentlich sie zu bewegen, am Schlusse der Sitzung den Abgeordneten freien, ungehemmten Durchgang zu verschaffen.“

Menge sie wenig beachte und unter dem Einflusse ganz unbekannter Personen stehen müsse“ [1]). Noch ausführlicher erzählt Reichensperger [2]) von der sonderbaren Haltung der Volksmassen. D'Ester hatte ihm zu Beginn der Sitzung eine Legitimationskarte angeboten, da es schlimm stände und böse Dinge sich ereignen könnten. Reichensperger wies das Anerbieten zurück, da es nur ihm allein gemacht wurde. Im Laufe der Sitzung, als die Erregung draußen bedenklich gestiegen, war er für einen Augenblick in das Foyer getreten, wo er Waldeck und Jakoby, ganz bleich und verstört umhergehend, antraf. Im Laufe einer Unterhaltung hörte er, daß unter den Volksmassen eine allgemeine Verwilderung eingetreten sei, die Legitimationskarten nicht mehr anerkannt würden und die Menge alle Abgeordneten für Verräter erkläre und deren Blut fordere. Man hatte als letzten Versuch der Rettung Behrends, den beim Volke Beliebtesten, hinausgeschickt, damit er beruhigend wirken möge [3]). Während man noch von ihm sprach, wurde die Tür aufgerissen und Behrends hereingestoßen, der schreiend zu Boden fiel. Man hatte ihm, als er kaum den Mund geöffnet und von Mäßigung gesprochen hatte, eine brennende Fackel ins Gesicht gestoßen, und er hatte sich bei dem wütenden Geheul nur durch die Flucht retten können [4]).

Bald nach 10 Uhr war die Sitzung beendet. Mit dem Antrag Waldeck war auch der bedeutungslose Antrag der Rechten gefallen, und der Antrag Rodbertus wurde nun als letzter Ausweg auch von der äußersten Linken unterstützt und mit großer Majorität gegen 52 Stimmen von der Rechten angenommen [5]). Als die Abstimmung beendet war, wurde von mehreren Mitgliedern der Rechten beantragt, die Sitzung fortzusetzen, da

---

1) v. Unruh, Skizzen S. 102.

2) P. Reichensperger: Erlebnisse usw. S. 160. Bei der Wiedergabe dieser Ereignisse ist darauf aufmerksam zu machen, daß Reichensperger seine Erlebnisse aus dem Jahre 1848 erst über 30 Jahre später niedergeschrieben hat. Sein Buch ist 1882 erschienen.

3) Vergl. auch Nr. 210 der „Nat.-Ztg.“ vom 2. November und Nr. 108 der „Kreuz-Zeitung“ vom 3. November.

4) Vergl. auch Nr. 295 der „Deutschen Zeitung“ vom 4. November.

5) Stenogr. Ber. III, S. 309; mit 261 gegen 52 Stimmen.

man nicht aus dem Hause könne, denn die Türen würden von den Volksmassen belagert gehalten. Mit den Abgeordneten waren auch eine Abteilung Bürgerwehr und der Kommandeur der Berliner Bürgerwehr, Rimpler, im Theater eingeschlossen, so daß die Bürgerwehrabteilungen, die sich in den anliegenden Straßen, zum Schutze der Nationalversammlung bereit, aufgestellt hatten, für längere Zeit ohne Oberbefehl waren. Schließlich war es dem Kommandeur doch gelungen, den Befehl zum Vorrücken an diese Abteilungen durch eine List gelangen zu lassen [1]). Die Bürgerwehr rückte alsbald von der Charlottenstraße her vor und vermochte eine kleine Seitentür des Theaters nach dieser Straße hin freizumachen. Über Treppen und Böden, durch Keller und Gänge konnten sich schließlich die meisten Abgeordneten durch diesen Ausgang aus dem Hause entfernen [2]), indem sie, auch die Mitglieder der äußersten Linken, draußen mehr oder weniger Bedrohungen und Belästigungen von seiten der Volksmenge ausgesetzt waren. Bei den weiteren Versuchen der Bürgerwehr, das Schauspielhaus freizumachen, kam es zu ernsteren Reibungen mit den Volkshaufen, wobei aus der Menge der „obligate" Schuß fiel [3]). Die Bürgerwehr mußte sich der Kolben bedienen, und in der Volksmenge verteidigte man sich mit den Fackeln. Als der Konflikt ernsthaft zu werden drohte, zog plötzlich eine neue Erscheinung die Aufmerksamkeit der sich drängenden und stoßenden Menge auf sich. Ein großer Trupp der Maschinenbauarbeiter erschien mit einer weißen Fahne. Diese wollten nach einer früheren Erklärung [4]), bei einem Konflikte zwischen Volk und Bürgerwehr zu vermitteln, jetzt unbewaffnet zwischen die beiden Gruppen rücken und den Frieden herstellen. Es gelang den Maschinenbauarbeitern auch, für eine kurze Zeit die Ordnung wieder her-

1) W. Piersig: Mysterien usw. S. 91; und P. Reichensperger: Erlebnisse usw. S. 161.

2) P. Reichensperger: daselbst, ferner Temme: Erinnerungen S. 301.

3) Nr. 210 der „Nat.-Ztg." vom 2. November, Nr. 108 der „Kreuz-Zeitung" vom 3. November.

4) Aus Anlaß der Arbeiterunruhen vom 16. Oktober bekanntgegeben. Siehe Plakat vom 17. Oktober (Friedl.-Sammlung).

zustellen, aber die Bürgerwehr erkannte die gute Absicht nicht und ging ebenfalls gegen die Neuangekommenen vor. Da fiel ein zweiter Schuß von der reformierten Kirche her. Man glaubte, die Bürgerwehr habe geschossen. Es kam zum Handgemenge. Bei dem Bajonettangriff der Bürgerwehr wurden einige Maschinenbauarbeiter verwundet; doch auch unter den Bürgerwehrleuten wurden einige verletzt [1]). Jene zogen sich unter Drohungen zurück, kündigten an, daß sie ihre Waffen holen würden, und es war zu fürchten, daß ein regelrechter Kampf jetzt erst beginnen würde. Der Kommandeur Rimpler eilte jedoch in ihr Versammlungslokal, versprach ihnen vollständige Genugtuung, und so gelang es ihm, sie von einem weiteren Kampfe abzuhalten [2]).

Nachdem drinnen die Sitzung endgültig um $10^1/_4$ Uhr geschlossen worden war und der Ministerpräsident von Pfuel sein Votum, da er zugleich Abgeordneter war, für den Antrag Rodbertus abgegeben hatte — er stimmte damit den Anschauungen der linksstehenden Parteien, daß der Kampf des österreichischen Reichstages gegen den Kaiser unbedingt zu unterstützen sei, zu — wollte er sich mit mehreren Abgeordneten der Linken nach Hause begeben [3]). Auf der Treppe im Hausflur erfuhr man, daß das Hinauskommen unmöglich sei, da die Türen zugenagelt wären. Behrends berichtete, daß ein Schuß gefallen, Schramm unterhandelte durch ein Loch der Tür hindurch mit den Draußenstehenden. Er ließ die Tür öffnen, und auf seine Ansprache sicherte man ihm zu, breites Spalier zu bilden und den greisen Ministerpräsidenten an der Seite der Abgeordneten hindurch zu lassen. Pfuel hatte sich auch schon bereit erklärt, diesen Weg zu nehmen, als man vernahm, daß die Tür nach der Charlottenstraße freigeworden wäre, und so wurde auf vielseitiges Andringen Anderer Pfuel von Jakoby,

1) Dieser Bericht vornehmlich nach der „Voss. Ztg." (Nr. 256 vom 2. November).

2) Vornehmlich nach Nr. 4 der „Republik" vom 4. November, einem ultrademokratischen Blatt, das vom 14. Oktober an alle Sonnabend erschien, es aber nur auf 5 Nummern brachte. (Friedl.-Sammlung.)

3) Dies und das folgende nach Nr. 255 der „Berliner Zeitungshalle" vom 3. November.

Jung und Schramm durch diesen Ausgang hindurch in die Wohnung des Abgeordneten Jung geleitet, ohne irgendwie belästigt zu werden. Bei Jung verweilte Pfuel bis gegen Mitternacht, zu welcher Zeit die Ruhe schon wieder hergestellt war, und alsdann begleiteten ihn Jung und Jakoby in seine Wohnung [1]).

Was allgemein gefürchtet wurde, der Kampf zwischen Volk und Bürgerwehr, er blieb aus. Gegen Mitternacht war es der Bürgerwehr gelungen, den Platz vor dem Schauspielhause zu säubern. Die ermüdeten Tumultanten zogen sich zurück, und die Maschinenbauarbeiter wurden durch Rimplers Versprechungen zunächst beruhigt.

Es steht fest, daß die Hauptbeteiligten an diesem Aufruhr vor dem Schauspielhause aus einer Volksschicht stammten, die sich aus jungen, gewissenlosen Burschen und aus Arbeitslosen zusammensetzte, die der Demokratie das Material für Aufstände liefern und die ohne Führerschaft leicht zwecklose Krawalle hervorrufen konnte. Das Wesen dieser Schicht war jedoch so beschaffen, daß eine Beeinflussung auch aus dem der Demokratie feindlichen Lager sehr leicht möglich war. So erhebt sich denn die Frage, ob und wie weit etwa konservative agents provocateurs an dem Aufruhr vom 31. Oktober Anteil gehabt haben. Wir können sie nicht lösen, aber doch einige Indizien anführen, die auf provokatorische Umtriebe der konservativen Partei wenigstens hinweisen.

Als wichtigste Quelle für die Nachforschung über die agents provocateurs am 31. Oktober dient uns ein kleiner Absatz aus H. Wageners: „Die Politik Friedrich Wilhelms IV" (Berlin 1883). Er schreibt dort Seite 49:

„In der Pause — Zeit zwischen dem Zurücktritt des Ministeriums Auerswald-Hansemann und dem Antritt des Ministeriums Pfuel — verlegte die Volksvertretung ihren Sitz aus der Singakademie in das Schauspielhaus und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil der große Platz des Gendarmenmarktes besonders geeignet war, größere Volksaufläufe in Szene

1) Dieses Ereignis wird im wesentlichen von der „Kreuz-Ztg." (Nr. 108 vom 3. November) bestätigt, aber in einer den Ministerpräsidenten herabsetzenden Weise.

zu setzen und so von außen her auf die Versammlung einzuwirken. Es war dies, wie wir uns damals überzeugten, ein billiges Vergnügen und kostete genau hundert Taler und drei Fässer Schnaps, je einen Taler an hundert Vertrauensmänner, welche an verschiedenen Punkten des Platzes verteilt waren, um die jedesmalige Parole zu rufen, und der Schnaps zur Anfeuerung des Enthusiasmus."

Die Konservativen, zum ersten Male in Berlin im August 1848 auf dem sogenannten Junkerparlament [1]) zur Wahrung ihrer Interessen vereinigt, hatten sogleich ihr parteipolitisches Ziel darin erkannt, die Macht des neugeschaffenen parlamentarischen Systems, das anscheinend ganz unter den Einfluß demokratischer Prinzipien geriet, nicht zu groß werden zu lassen. Deswegen war es in ihrem Interesse, zu zeigen, daß die Berliner Nationalversammlung in Abhängigkeit von der radikal-demokratischen Bevölkerung der Hauptstadt geraten müsse, wenn die Entwicklung daselbst ungehindert ihren Fortgang nehmen würde. Und an Anzeichen dafür hatte es die Nationalversammlung nicht fehlen lassen [2]). Um eine solche Abhängigkeit der National-

1) Dieser Name stammt von demokratischer Seite, da sich die Versammlung fast nur aus Gutsbesitzern der preußischen Provinzen zusammensetzte. Die genaue Bezeichnung ist: Generalversammlung des Vereins zum Schutze des Eigentums und der Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen. (Siehe Nr. 45 der „Kreuz Ztg." vom 22. August u. ff.) Den Vorsitz führte Herr v. Kleist-Retzow. Auch Bismarck nahm an dieser Versammlung teil. Vergl. v. Petersdorff: H. v. Kleist-Retzow, S. 128 ff.

2) Schon am 15. Juni wurde trotz der Vorgänge vor dem Sitzungsgebäude und dem Zeughause entgegen einem Antrage der Rechten ein Antrag Uhlich angenommen, wonach die Nationalversammlung erklärte, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle. (16. Sitzung; Stenogr. Ber. I, S. 196.) — Im Oktober, besonders nach den Arbeiterunruhen vom 16. Oktober und der Ablehnung der Petition der Arbeiter, mehrten sich wieder die Belästigungen und Bedrohungen der Abgeordneten von der Rechten. Das Volk beliebte vor dem Schauspielhaus Spalier zu bilden, durch welches die Abgeordneten, um in den Sitzungssaal zu gelangen, hindurch mußten; dabei zeigte man ihnen Stricke, woran man sie aufzuhängen drohte; der Volkswitz nannte das nicht ganz unzutreffend, sagt Reichensperger (S. 159), „Spießrutenlaufen". Auch ein symbolisches Spiel

versammlung nachzuweisen, lag es den Konservativen ebenso nahe, auch die Gelegenheiten zu benutzen, bei welchen die Straßendemokratie durch Aufstände die Herrschaft an sich zu reißen drohte, indem sie derartige Aufstände zu schüren versuchten. Dabei mußten sie jedoch im voraus versichert sein, daß die Regierung entschlossen genug war, nach solchen Aufständen energisch und mit strengen Maßregeln gegen die revolutionierenden Volksmassen vorzugehen. So mußte es den Konservativen auf jeden Fall darum zu tun sein, zunächst das Ansehen der regierenden Gewalt wieder herzustellen, und dazu konnte nur dienen, daß eine gewisse Truppenmacht in der Hauptstadt für alle Fälle bereit gehalten würde. Wir wissen, daß seit September Truppen um Berlin konzentriert wurden. Bei der seit den Märztagen allgemeinen Abneigung gegen das Militär und bei dem leicht erregbaren Wesen der Berliner Bevölkerung konnte das Einrücken von größeren Truppenmengen nicht ohne weiteres, nicht ohne äußeren Anlaß geschehen. Eine derartige Maßnahme, wenn nicht durch besondere Ursachen, wie Aufruhr oder Zwiespalt in der Bevölkerung, gegeben, hätte einen neuen über ganz Berlin verbreiteten Aufstand wieder hervorrufen können. Nur das allgemeine Gefühl der Unsicherheit unter den Bürgern gegenüber der immer schnell zur Revolte bereiten Straßendemokratie konnte den Wunsch nach Wiedereinzug der Truppen von neuem rege werden lassen.

In beiden Fällen, was die Schwäche und Nachgiebigkeit der Nationalversammlung gegenüber der Berliner Bevölkerung und was die Stimmung innerhalb der letzteren, d. h. der Bürger, anbetrifft, war die Entwicklung der revolutionären Bewegung

---

liebten die Freiheitsmänner in den charakteristischen Kalabresern, Blusen und roten Halstüchern zu treiben, indem sie Strohpuppen, nach derselben typischen Art wie die besonders verhaßten Abgeordneten angekleidet, vor den Türen des Schauspielhauses erhängten oder verbrannten (siehe z. B. Nr. 175 der „Reform“ vom 14. Oktober). Ein Antrag der Rechten, daß infolge dieser die Würde der Versammlung verletzenden Exzesse das Ministerium aufgefordert werde, Sorge zu tragen, damit die öffentliche Ordnung auf dem freien Platze vor dem Schauspielhause mit gebührender Strenge gehandhabt werde, wurde als nicht dringlich anerkannt (82. Sitzung, Stenogr. Ber. III, S. 110).

Berlins den Wünschen der Reaktionspartei entgegengekommen. Durch das unbesonnene Auftreten der radikalen Stürmer und Dränger in Berlin, besonders seit Ende September, hatte eine allgemeine Beunruhigung doch mehr und mehr unter den immer noch königstreuen Bürgern Platz gegriffen und sich das Bedürfnis nach der früheren Ruhe wieder eingestellt. Daher brauchten die Reaktionären, um den Einzug der um Berlin konzentrierten Truppen von der Regierung zu fordern, nicht zu dem sehr gewagten Mittel, selbst einen Aufruhr zu provozieren, Zuflucht zu nehmen, sondern sie durften nur in den Unruhen, die zumeist auf unerklärliche Art oder aus Demonstrationen der Straßendemokratie entstanden sind, zu schüren, um schließlich die Katastrophe, die Reaktion, herbeizuführen.

Zuvörderst muß bemerkt werden, daß an jenem 25. September, an welchem Tage die Demokratie in Berlin einen Aufstand geplant hatte, ein damals bekanntes Mitglied des Junkerparlaments, Graf Breßler, verhaftet wurde in dem Augenblicke, in welchem er Arbeiter zum Aufruhr und Barrikadenbau hatte anfeuern wollen, und später auch wegen Aufreizung zum Tumulte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde [1]). Über die Motive, die den Angeklagten zu dieser Handlung getrieben, wurden von

---

1) „Der Publizist" (s. S. 20) Nr. 108 vom 14. November 1848. In der Prozeßverhandlung erklärte Graf Breßler auf Befragen des Vorsitzenden, er sei Vizepräsident des Vereins, der sich in Berlin unter dem Vorsitze des Herrn von Bülow-Cummerow zum Schutze des Eigentums gebildet hatte, zugleich Mitglied des Ausschusses dieses Vereins („Publizist" daselbst). Es hat aber trotz seiner Zugehörigkeit zur Junkerpartei den Anschein, als ob Graf Breßler weniger in Übereinstimmung mit seinen Standesgenossen als auf eigene Faust zu provozieren versucht hat, denn in der „Berliner Zeitungshalle" (Nr. 250 vom 5. Oktober) lesen wir folgende Notiz, die diese Zeitung der „Weser-Zeitung" entnommen hatte: „Graf Breßler, der seitdem hier ununterbrochen in dem so viel besprochenen Grundbesitzer-Ausschuß gewirkt hat, trennte sich aber vor einiger Zeit von demselben, weil ihm derselbe seiner Meinung nach nicht energisch genug zur Förderung der vorgesetzten Zwecke wirkte und weil er dem Vereine eine vorwiegend politische Tendenz geben wollte, während dieser zunächst an der Vertretung der materiellen Interessen festhielt."

dem Gerichte keine Untersuchungen angestellt [1]). Seit dieser Verhaftung, die allgemein Aufsehen erregt hatte, mehrten sich im demokratischen Lager begreiflicherweise die Äußerungen, daß Reaktionäre aufreizend zu wirken versucht hätten. Wir haben schon gesehen, daß nach dem Arbeiterkrawall am 16. Oktober behauptet wurde, diese Unruhen seien, wenn auch nicht von den Reaktionären veranlaßt, so doch benutzt und von ihnen geschürt worden [2]).

An Behauptungen von demokratischer Seite, daß auch am Abend des 31. Oktober Emissäre der reaktionären Partei die Volksmenge gegen die Nationalversammlung aufgehetzt hätten, fehlt es ebenfalls nicht [3]). Sogar v. Unruh faßt die

---

1) Das Gericht sagte in seiner Urteilsbegründung nur: es müsse auffallen, daß ein Mann solchen Standes, wie bewiesen sei, fortwährend unter Leuten — und zwar in kritischen Augenblicken — sich bewege, die weit entfernt von seinem Lebenskreise lägen, und soviel sei wenigstens anzunehmen, daß es nicht gekränkter Nationalstolz gewesen, der ihn zu solchem Benehmen veranlaßt. („Publizist" daselbst.)

2) S. S. 65.

3) Zunächst Carl d'Ester in seiner Broschüre „Der Kampf der Demokratie und des Absolutismus in der preußischen konstituierenden Versammlung" (S. 55): „Sie (die Reaktion) ließ sogar durch alle nur möglichen Mittel Aufläufe in Berlin veranlassen, sogenannte „Putsche", um dadurch klar zu machen, Berlin sei in ewiger Gährung. Der bekannte Graf Breßler, eines der Hauptmitglieder des Preußenvereins und des Junkerparlaments, ward vom Volke verhaftet, als er zum Barrikadenbau aufforderte, und vom Kriminalgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Desgleichen sind auch an dem verhängnisvollen Abend des 31. Oktober Leute entdeckt worden, welche die Arbeiter gegen die Mitglieder der Nationalversammlung aufhetzten und offenbar ihrer ganzen Haltung nach für Emissäre der Reaktion gehalten werden mußten." Dann Streckfuß (der selbst am 31. Oktober unter der Menge war): Das freie Preußen II, S. 505: „Die Menge war einmal fanatisiert, sie wollte sich nicht mehr beruhigen lassen, die Aufreizungen der extremen Partei, der sogenannten Roten, hatten sie zu einem Mut angestachelt wie nie zuvor. Die verblendeten Führer jener Fraktion hatten Hand in Hand mit der Reaktion gearbeitet, ohne es zu wissen, denn auch die Emissäre dieser Partei waren sehr tätig und bemühten sich, das Volk zu allen möglichen Gewalttätigkeiten anzutreiben; sie fanden leider nur zu williges Gehör. Fremde Leute trieben sich unter der Volksmenge umher und ermunterten sie, bei dem begonnenen Werke zu verharren und sich nicht durch

auffallende Erscheinung, daß die Abgeordneten der äußersten Linken an jenem Abend jeglichen Einfluß auf die Menge verloren, mit der früheren Verhaftung des Grafen Breßler zusammen und hält die Vermutung, daß einzelne zur reaktionären Partei gehörige Personen auf irgendeine Weise die Bewegung gefördert hätten, nicht für unbegründet [1]). Er fügt jedoch hinzu, daß ein derartiges provokatorisches Auftreten in irgendeinem konservativen Verein sicher nicht beschlossen worden sei; aber es gäbe, sagt er, fast in jeder Partei Fanatiker, welche kein Mittel scheuen, und es läge nahe, daß Tumulte und Unordnungen, womöglich Gefährdung von Personen und Eigen-

---

die Worte der „Blauen" zureden zu lassen. Heut sei der Tag, wo das Volk von Berlin sich zeigen könne, die Deputierten der Rechten und die Minister müßten alle aufgehängt werden. Diese guten Ratschläge hatten denn auch zur Folge, daß einige der fanatisiertesten Arbeiter sich in der Tat mit Stricken bewaffneten, um sobald als möglich zum Aufhängen zu schreiten. Mit solchen Ratschlägen gingen die Emissäre der Reaktion von einer Gruppe zur andern und entfernten sich immer schnell, wenn sie bemerkten, daß ihre Worte Boden gefunden hatten. In einem Artikel gibt die „Nat.-Ztg." (Nr. 216 vom 8. November) die Schuld an der Unruhe und Aufregung in Berlin zum Teil der Reaktionspartei, hauptsächlich aber der Umlagerung durch die Truppen. Die Zeitung kommt dabei auch auf den 31. Oktober zu sprechen. Es heißt dort: „Seit aber am 31. Oktober die Nationalversammlung Adel, Titel und Orden abschaffte und am 1. November Wien unter das Säbelregiment des Fürsten Windischgrätz gefallen ist, brennt die Reaktion vor Verlangen, endlich der „Jakobinerwirtschaft" ein Ende zu machen. Nichts hofft sie sehnlicher als einen Volksaufstand in Berlin, der den Vorwand gäbe, die Militärmacht einzumischen, nichts ist ihr ärgerlicher, als daß es der Bürgerwehr immer gelingt, die Ruhe herzustellen. Wir wissen, welche Mittel man schon angewendet hat, um die Arbeiter aufzuhetzen, wissen, wie die Reaktion Geld ausstreute, um Barrikaden bauen zu lassen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die empörenden Szenen vor dem Schauspielhause ebenfalls durch reaktionäre Umtriebe bewirkt wurden. Ferner R. Springer: Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahre 1848; (s. S. 22) schreibt Seite 226: „Daß diese Exzesse, welche zwar aus der Aufgeregtheit des Volkes erklärlich sind, dennoch auch von einer versteckten Locofocopartei oder, wie die Demokraten behaupteten, von der Reaktion genährt wurden, unterliegt keinem Zweifel."

1) v. Unruh: Skizzen S. 102.

tum der Reaktion förderlich sein konnten. Natürlich können alle derartigen Zeugnisse und Behauptungen auch aus dem Parteiinteresse heraus entstanden sein. Es diente zur Entlastung der Demokratie, zur Belastung der Reaktion, wenn derartiges geglaubt wurde. Wir haben hier deswegen vor allem zu fragen, ob diese Behauptungen, soweit sie den 31. Oktober betreffen, einen tatsächlichen, greifbaren Kern enthalten.

Das einzig Greifbare nun an ihnen bezieht sich auf die Person des Lehrers Erdmann, der auf Betreiben mehrerer Demokraten an jenem Abend verhaftet wurde [1]). Erdmann hat

1) So vor allem A. Streckfuß: ebenda S. 505. „Mehrere der ruhigen Demokraten, welche sich vergeblich bemühten, Vernunft zu predigen, wurden aufmerksam auf dies Treiben (der Emissäre siehe Anm. 3 S. 128) und paßten nun scharf auf, um einen dieser Emissäre zu entlarven und der gerichtlichen Bestrafung zu übergeben. Lange war alle Mühe vergeblich, denn diese Männer entfernten sich immer schnell wieder, nachdem sie ihren Unkrautsamen ausgestreut hatten, endlich aber gelang es dem Herrn v. Hochstetter einen Menschen, welcher sich für einen Polen ausgab und überall laut Hängen und Skandal predigte, auf frischer Tat zu ertappen und zu verhaften." (In einer Fußnote bemerkt Str. auch, daß durch die Gerichtsverhandlung seine Zugehörigkeit zur reaktionären Partei nicht festgestellt wurde.) — Ferner R. Springer ebenda, S. 226 (Anm. 3 S. 128): „Die vom Demokratischen Klub Anwesenden suchten die Gewalttätigkeiten zu verhindern und beförderten auch die Verhaftung des Lehrers Erdmann, welchen sie, weil er zum Angriff aufforderte, als ein Werkzeug der Reaktion ansahen." Vergl. ferner Nr. 258 der „Voss. Ztg." vom 4. November und Nr. 191 der „Reform" vom 2. November. Zuletzt müssen wir noch eine Bemerkung Varnhagen v. Enses aus der Erzählung A. Streckfuß vom 9. November 1857 (s. Anm. 2 S. 115) anführen: „Bald aber fanden sich andere Leute, die das Volk aufhetzten, man müsse alle die „Kerls, die nicht gut stimmten, gleich totschlagen, neue Barrikaden errichten usw.", lauter Dinge, die den Truppen Anlaß und Berechtigung sein sollten, einzurücken und die Stadt zu besetzen. Da diese reaktionäre Absicht unverkennbar, so faßten Streckfuß, v. Hochstetter und August Braß einen solchen Aufwiegler und brachten ihn auf die Wache. Anfangs gab er sich einen falschen Namen, aber bald mußte er sich als ein Adeliger bekennen, der als Reaktionär bekannt war. Er wurde an die Polizei abgeliefert und sollte vor Gericht gestellt werden, bekam aber in der Stille seine Freiheit, und von ihm war nie mehr die Rede." Es scheint, daß es sich auch bei dieser Erzählung

sich bei seiner Verhaftung als Mecklenburger ausgegeben und befand sich am 31. Oktober in Berlin auf der Durchreise von Wien nach seinem Heimatsorte in Mecklenburg, wie die Gerichtsverhandlung am 10. März 1849 [1]) ergeben hat. Seinem Äußeren und seiner Aussprache nach scheint er aber ein Pole gewesen zu sein. Er hat an jenem Abend des 31. Oktober das Volk in fremdem Dialekt zum Angriff auf die Bürgerwehr und die Volksvertreter aufgefordert, wie mehrere Quellen und die Zeugenaussagen der Gerichtsverhandlung bestätigen [2]). Ein bekannter junger Berliner Klubdemokrat und Student Ottensoser, der die Verhaftung mit veranlaßt hat, hat als Zeuge ausgesagt, daß der demokratische Klub Berlins beschlossen hätte, an jenem Abend alles aufzubieten, um einen Zusammenstoß des Volks mit der bewaffneten Macht zu vermeiden und der Reaktion nicht in die Hände zu arbeiten. Der Klub hätte dazu mehrere seiner Mitglieder, darunter auch ihn, ernannt. Als diese nun den Unbekannten, Erdmann, in fremdem Dialekt gerade gegen den Willen der Demokratie das Volk hätten aufreizen hören, hätten sie ihn für einen Reaktionär gehalten, ihrer Verabredung gemäß verfahren [3]) und ihn verhaften lassen.

Die Anklage wegen Aufreizung zum Aufruhr wurde vom Gericht als erwiesen angesehen und der Lehrer Erdmann zu einem Jahre Festungshaft verurteilt. Ein Nachweis, daß man es mit einem Reaktionär oder gar einem agent provocateur zu tun hatte, ist nicht erbracht worden; darin stimmen die Quellen überein [4]). Wichtig ist es, daß die radikal-demokratische „Berliner Zeitungshalle" Erdmann als einen durchaus ehrenwerten Demokraten bezeichnet hat [5]), der nur das Unglück

---

um den Lehrer Erdmann handelt, denn hier wie bei Streckfuß (siehe oben) finden wir die Angabe, der Aufwiegler sei durch Hochstetter verhaftet worden. Die Bemerkung aber, der Verhaftete sei in der Stille wieder entlassen worden, würde, wenn es sich um einen anderen Fall handeln sollte, unkontrollierbar bleiben.

1) Nr. 60 der „Voss. Ztg." vom 11. März 1849.
2) S. Anm. 1 S. 130.
3) Nr. 21 des „Publizisten" vom 15. März 1849.
4) A. Streckfuß, s. Anm. 1 S. 130, ferner Anm. 1 und 3.
5) Nr. 35 der „Berliner Zeitungshalle" vom 10. Februar 1849.

hatte, von einigen sogleich Spione oder Reaktionäre riechenden Jünglingen einem Konstabler als verdächtig angegeben zu werden. Dagegen bezeichnet die „Vossische Zeitung“ in ihrem Bericht über die Gerichtsverhandlung [1]) den Umstand, daß es Erdmann an jedem Motiv zu seiner so auffälligen Handlungsweise gefehlt habe und daß er andrerseits eine Verbindung mit demokratischen Bestrebungen weder behaupten noch nachweisen konnte, als verdächtig. Schließlich sei noch bemerkt, daß ein anonym erschienener „Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands des Jahres 1848“ [2]), der alle Demokraten, Republikaner und Oppositionsmitglieder der konstituierenden Versammlungen, sogar alle, z. T. recht unbedeutenden und ungefährlichen Deputierten zum 2. Demokratenkongreß aufzählt, einen Lehrer Erdmann als Demokraten und Volksredner nicht verzeichnet hat. Doch das Zeugnis der „Berliner Zeitungshalle“ und die anscheinend polnische Nationalität — man halte sich gegenwärtig, daß 1848 fast bei allen größeren revolutionären Krawallen und Aufständen Polen ihre Hände im Spiel hatten — sprechen für eine revolutionäre Gesinnung des Verurteilten, und die Frage, ob konservative agents provocateurs am Abend des 31. unter den Volksmassen gewirkt haben, kann auf Grund dieses Falles überhaupt nicht der Beantwortung nähergeführt werden. So ist man in Anbetracht der, sei es freimütigen, sei es unvorsichtigen Auslassung H. Wageners und des allgemeinen Strebens der konservativen Partei lediglich auf Vermutungen angewiesen.

Eine nicht uninteressante Ergänzung und Illustration zu Wageners Bemerkung gibt eine witzige Notiz des „Kladderadatsch“ [3]), der 1848 als demokratisches Witzblatt begründet

---

1) Nr. 63 der Voss. Ztg.“ vom 15. März 1849.

2) Der ganze Titel lautet: Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart. Ein Handbuch für jeden deutschen Polizeibeamten; herausgegeben von ....r; Dresden. (Exemplar in der Berliner Stadtbibliothek.)

3) In Nr. 27 vom 5. November 1848. Es heißt dort:

Rezept zu einem fetten Volksauflauf!

(Gefunden am 31. Oktober in der Brieftasche eines verhafteten agent provocateur der Reaktion.)

worden war. Wenn man mit jener Bemerkung die Auslassung H. Wageners und den Fall des Grafen Breßler zusammenhält und sich dazu den planlosen und leicht verführbaren Charakter der Volksmenge vergegenwärtigt, so möchte man wohl annehmen, daß konservative agents provocateurs in diesen Wochen überhaupt ein oder mehrere Male tätig gewesen sind. Doch das beweist noch nichts für den 31. Oktober insbesondere. Auch die Angabe der „Vossischen Zeitung“ [1]), daß man am Abend des 31. auf dem Gendarmenmarkte eine ganze Anzahl von Betrunkenen und durch Branntwein Erhitzten, unter denen noch häufig die Flasche kreiste, beobachten konnte, und jene witzige Auslassung des „Kladderadatsch“ sprechen wiederum nur für die Möglichkeit, aber noch nicht für die Wahrscheinlichkeit der Vermutung, daß gerade an diesem Tage agents provocateurs gewirkt haben. Man muß doch bedenken, daß es für die Konservativen ein sehr gefährliches Spielen mit dem Feuer war, wenn sie auch noch an diesem Abend, wo die Erregung der krawallierenden Volksmassen aufs bedenklichste gestiegen war und sehr leicht in Tätlichkeiten ausarten konnte, zu schüren versucht hätten. Hätte Pfuel dann nicht sehr leicht das Schicksal Latours erleben können?

Man nehme: 20 Erdarbeiter,
4 Quart Kümmel,
etwas Karbe,
2—3 Pechfackeln,
6 Ellen 1/4 Zoll starker Stricke,
1 1/2 Berliner Straßenjungen,
2 Stangen mit blutroter Leinwand,
1 obligaten Pistolenschuß.

Man rühre das Ganze tüchtig durcheinander, bis sich drei bis viertausend Neugieriger sammeln, werfe dann noch einiges an „Reaktion — Verrat — Bürgerblut“ hinein, lasse Alarm blasen, und — probatum est — wenn's nämlich nicht regnet. Dr. Putsch.

1) S. S. 114 ff.

Schlußbemerkung

Unsere Untersuchung wollte es verständlich machen, wie es kam, daß die demokratische Bewegung vom Herbste 1848 in Berlin — ebenso wie kurz vorher in Frankfurt a. M. und in Wien — mit einem Mißerfolge geendet hat. Die Reaktion hatte es leicht, dann zu siegen. Die Organisation der Demokratie hat sich uns im ganzen als sehr mangelhaft und zerfahren gezeigt. Ihre Taten und Leistungen sind das Werk einzelner, auf eigene Faust handelnder Agitatoren gewesen, die die Gährung der Massen benutzt, sie bis zu gewissem Grade auch gelenkt haben, aber zuletzt doch zur Seite gedrängt worden sind. Aber trotz der großen Zerfahrenheit und Zuchtlosigkeit in den Massen blieb das Gefühl für eine Gemeinschaft im Kampfe herrschend, und eine gewisse Einheitlichkeit in der ganzen Aktion der Demokratie ist immerhin erkennbar. In der Rettung Wiens sah sie schließlich ihre wichtigste Aufgabe, und in diesem Kampfe für Wien zeigen sich ihre, wenn auch nur geringen und momentanen Erfolge. Wenn sie auch vergeblich versucht hat, der preußischen Nationalversammlung und der Regierung die Führerrolle in diesem Kampfe aufzuzwingen, so hat die Demokratie es doch immerhin vermocht, eben z u g u n s t e n Wiens einen Beschluß jener Versammlung herbeizuführen. Und den Radikalen und Entschlossenen, wie Arnold Ruge namentlich, war es gleichfalls gelungen, trotz der Mißerfolge, die die beiden Kongresse der Demokratie im ganzen bedeuten, die Agitation unter den Massen im Flusse zu erhalten.

Anlage 1

Einladung zu einer Konferenz der demokratischen Vereine Deutschlands.

(Nr. 128 der „Berliner Zeitungshalle" vom 4. Juni 1848.)

Der unterzeichnete Verein hat bereits an die ihm bekannten demokratischen Vereine Deutschlands Rundschreiben erlassen, in welchen unter anderem auch zu einer Konferenz der sämtlichen demokratischen Vereine aufgefordert wird.

Zur Beschleunigung der Sache schlagen wir hiermit eine Zusammenkunft zu Frankfurt a. M. an dem 14.—16. Juni vor und fordern daher alle demokratischen Vereine auf, für diese Tage Abgeordnete nach Frankfurt a. M. zu senden. Letztere Stadt dürfte in mehr als einer Beziehung als der geeignetste Ort der Konferenz erscheinen.

Die verschiedenen Redaktionen werden gebeten, vorstehende Einladung in ihre Blätter aufzunehmen.

Marburg, 25. Mai 1848.

Der demokratische Verein zu Marburg:
Präsident Bayrhofer.

Beschlüsse des ersten Kongresses der deutschen demokratischen Republikaner zu Frankfurt a. M. (14.—17. Juni 1848).

Vorsitz: Julius Fröbel.

1. Es gibt nur eine für das deutsche Volk haltbare Verfassung, die demokratische Republik, d. h. eine Verfassung, in welcher die Gesamtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt.

2. Zur Zentralisation aller bestehenden und noch entstehenden demokratischen Vereine Deutschlands einen Zentral-Ausschuß zu ernennen, dessen Geschäft es sein soll, die demokratisch-republikanische Partei in Deutschland zu einigen und zu verstärken, zu diesem Zwecke sofort für die Entstehung von Kreisausschüssen zu sorgen, welche eine regelmäßige Verbindung unter den Lokalvereinen jedes Kreises zu unterhalten haben, zu veranlassen, daß innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen die sämtlichen Lokalvereine Kreiskongresse beschicken, durch Vermittlung der Kreisausschüsse eine rege Korrespondenz mit allen demokratischen Vereinen Deutschlands zu unterhalten, regelmäßige Berichte über den Stand der Demokratie von den Kreisausschüssen einzufordern, und alles Wichtige den Vereinen auf geeignetem Wege mitzuteilen.

3. Der Zentralausschuß soll bis auf weiteres seinen Sitz in Berlin haben.

4. Er soll aus fünf Mitgliedern bestehen, von denen drei vom Kongresse und zwei von der Kommission der demokratischen Vereine Berlins erwählt werden.

5. Der Zentralausschuß ist berechtigt, den demokratischen Kongreß im kommenden Oktober, im Falle außerordentlicher Entwicklungen aber zu jeder Zeit zu berufen.

6. Dem Zentralausschuß bis auf weiteres 500 Taler zur Verfügung zu stellen, welche durch freiwillige Zeichnungen der Vereine gedeckt werden sollen.

7. Der Zentralausschuß soll sich zu seinen Bekanntmachungen der „Berliner Zeitungshalle", der in Köln erscheinenden „Neuen Rheinischen Zeitung" und, bis zum Wiedererscheinen der „Deutschen Volkszeitung" in Mannheim, der „Mannheimer Abendzeitung" bedienen.

8. Zu Mitgliedern des Zentralausschusses werden ernannt:

Julius Fröbel,
G. Rau aus Stuttgart,
Hermann Kriege.

Zu Ersatzmännern:

C. Th. Bayrhofer,
L. Schütte,
Fr. Anneke.

9. Eine Kommission zu ernennen, welche solange in Frankfurt zu tagen, und bei außerordentlichen Ereignissen den Kongreß zu berufen hat, bis der Zentralausschuß in Berlin konstituiert ist.

Zu Mitgliedern werden ernannt: Zitz, Bayrhofer, Ronge, Metternich, Mohr.

10. Aufforderung an die deutsche Nationalversammlung, daß sie als eine Achtungsbezeugung gegen den Willen des Volkes und als Zeichen des Zutrauens zu sich selber den Abg. Fr. Hecker von Mannheim unverzüglich einlade, in ihrer Mitte Platz zu nehmen.

11. Ferner die deutsche Nationalversammlung aufzufordern, daß sie an die badische Regierung das Verlangen richte, die infolge der Volkserhebung verhafteten Männer sofort auf freien Fuß zu stellen und die Geflüchteten zurückzurufen.

12. Dem Bürger Gustav Struve die Sympathie der Versammlung durch Akklamation zu erkennen zu geben.

13. Der französischen Nation und allen Völkern, welche die demokratische Republik errungen haben oder zu erringen streben, die Verbrüderung der deutschen Demokraten durch Akklamation auszusprechen.

1. Präs.: J. Fröbel,
2. Präs.: C. Th. Bayrhofer,
1. Sekretär: Friedr. Kapp.

Mitglieder des ersten Demokratenkongresses.

1. J. Fröbel (Frankfurt), 1. Präsident,
2. C. Th. Bayrhofer (Marburg), 2. Präsident,
3. Fr. Kapp (Hamm), Schriftführer,
4. G. Hörfel (Frankfurt), Schriftführer,
5. Th. Herzberg (Pr. Minden), Schriftführer,
6. Ad. Berger (Heidelberg), Schriftführer.

7. Abt (Eßlingen),
8. A. Adler (Worms),
9. D. H. Adler (Frankfurt a. M.),
10. Th. Althaus (Detmold),
11. Andriano (Heidelberg),
12. Fr. Anneke (Köln),
13. A. Ascher (Potsdam),
14. Bacharach (Mainz)
15. Bade (Mecklenburg),
16. L. Bamberger (Mainz)
17. Baumann (Idstein),
18. Beck (Darmstadt),
19. Becker (Gießen),
20. Beckhausen (Köln),

21. Behlen (Arnsheim),
22. J. Bernstein (Odernheim),
23. C. Bezzenberger (Marburg),
24. G. Bleibtreu (Bonn),
25. Bopp (Gießen),
26. Bötzelberger (Wien),
27. M. Brandt (Odernheim),
28. Breidenbach (Darmstadt),
29. Brust (Wenings),
30. H. Bürgers (Köln),
31. C. Buß (Offenbach),
32. M. Carriére (Gießen),
33. Cluß (Mainz),
34. C. Cramer (Köln),
35. H. Cron (Trier).
36. Dänzer (Karlsruhe),
37. J. Dang (Bretzenheim),
38. Dehnsmann (Wiesbaden),
39. Deiß (Offstein),
40. Dietz (Wiesbaden),
41. Dietzel (Nürnberg),
42. Dilger (Idstein),
43. Dittel (Heilbronn),
44. Dittmar (Darmstadt),
45. Dressel (Geisenheim),
46. Dronke (Marburg),
47. Dupret (Darmstadt),
48. Eberhard (Oppenheim),
49. Eckhard (Frankenberg),
50. Eucke (Frankfurt a. M.),
51. Ernens (Frankfurt a. M.),
52. Esselen (Frankfurt a. M.),
53. Feder (Darmstadt),
54. L. Feuerbach (Bruckberg),
55. Frank (Darmstadt),
56. F. Freiligrath (Düsseldorf),
57. Friedensburg (Breslau),
58. Fuchs (Neustadt a. d. H.)
59. Gamb (Budingen),
60. Gossen (Berlin),
61. Gottschalk (Köln),
62. Gräfe (Wiesbaden),
63. Frost (Frankfurt a. M.),
64. Graf (Frankfurt a. M.),
65. Großmann (Höchst),
66. Grün (Trier),
67. Gutsmann (Nürnberg),
68. Haas (Cincinnati),
69. Habicht (Marburg),
70. Hagen (Köln),
71. Hagen (Heidelberg),
72. Hahn (Höchst),
73. Hain (Schweidnitz),
74. Happel (Mannheim),
75. Heinklmann (Bamberg),
76. Heise (Kassel),
77. Hembes (Oberalm),
78. Hermann (Hanau),
79. Heß (Beerfelden),
80. Hexamer (Berlin),
81. Hillebrand (Gießen),
82. F. Hinkel (Marburg),
84. Hirsch (Offenbach),
85. Hitzfeld (Mainz),
86. G. Hoffmann (Hochheim),
87. L. Hoffmann (Hochheim),
88. Hoyoll (Breslau),
89. F. Ihrig (Beerfelden),
90. Jost (Oppenheim),
91. Jung (Waldsdorf),
92. Kämmerer (Hanau),
93. Kamm (Bonn),
94. Kalmann (Heilbronn),
95. Kammerer (Zürich),
96. Kellner (Kassel),
97. Kaßmann (Marburg),

98. Keck (Leipzig),
99. H. Klein (Bingen),
100. Klein (Neustadt a. d. H.),
101. L. Knorr (München),
102. J. Knorr (München),
103. Koch (Dortmund),
104. Körber (Wertheim),
105. Körner (Wüllstein),
106. Krintzel (Worms),
107. Kräutler (Frankfurt a. M.),
108. Krauß (Stuttgart),
109. H. Kriege (Newyork),
110. Krug (Philadelphia),
111. Kühl (Düsseldorf),
112. Kumberger (Frankfurt a. M.),
113. Kuhn (Bretzenheim),
114. Kunz (Höchst),
115. Lachmann (London),
116. Ladomes (Mainz),
117. Lafaurie (Jena),
118. Lampmann (Marburg),
119. Lanzano (Karlsruhe),
120. Lacke (Mainz),
121. Lautenschläger (Hanau),
122. Lehmann (Bonn),
123. Lesaulnier (Breisig),
124. Levita (Heidelberg),
125. Letzeifer (Heidelberg),
126. Lindeck (Darmstadt),
127. Lindner (Breslau),
128. Löwenstein (Frankfurt a.M.),
129. Ludolph (Marburg),
130. Luening (Bielefeld),
131. Lunckenbein (Nürnberg),
132. Lüttke (Berlin),
133. Mangold (Eßlingen),
134. De Marle (Hamm),
135. Martell (Darmstadt),
136. Mathy (Wüllstein),
137. Alfred Meißner (Paris),
138. Metternich (Mainz),
139. J. Meyer (Bielefeld),
140. Mohr (Weinheim),
141. Mohl (Oberingelheim),
142. Montigny (Paris),
143. Morstadt (Heidelberg),
144. Moll (Frankfurt a M.),
145. Müller (Rothenburg),
146. Nefflen (Heilbronn),
147. Ohly (Darmstadt),
148. Orb (Westhofen),
149. Orth (Michelstadt),
150. Osterhaus (Mannheim),
151. Pellissier (Hanau),
152. Pelz (Frankfurt a. M.),
153. Pöhler (Stuttgart),
154. Port (Frankfurt a. M.),
155. Preen (Dassel i. Hann.),
156. Raab (Frankfurt a. M.),
157. Rakow (Schleswig-Holstein),
158. G. Rau (Stuttgart),
159. Rauh (Hanau),
160. Rawald (Halle),
161. Reichardt (Mannheim),
162. Reichert (Nagold),
163. Reinach (Frankfurt a. M.),
164. Rempel (Bielefeld),
165. Rerroth (Michelstadt),
166. Riedling (Heilbronn),
167. Römer (Gießen),
168. Rös (Mannheim),
169. Joh. Ronge (Breslau),
170. Rothe (Jena),
171. Rullmann (Friedberg),
172. Rupprecht (Kirchheimbolanden),

173. Sauerländer (Mannheim),
174. Scharff (Heidelberg),
175. Schäfer (Frankfurt a. M.),
176. Schäffer (Frankfurt a. M.),
177. Schärtner (Hanau),
178. Schapper (Wiesbaden),
179. Schenck (Gießen),
180. Scherr (Bingen),
181. Scheuermann (Heilbronn),
182. Schiff (Frankfurt a. M.),
183. Schifterling (Ulm),
184. Schlenger (Bretzenheim),
185. Schmidt (Offenbach),
186. Schmidt (Marburg),
187. Schmidtmann (Frankenberg),
188. Schnake (Düsseldorf),
189. Schneider (Neustadt a. d. H.),
190. Schöppler (Mainz),
191. Scholl (Heidelberg),
192. Schütte (Wien),
193. Schulz (Bingen),
194. Schwalbach (Bretzenheim),
195. Schwarz (Mainz),
196. Senning (Leipzig),
197. Siebert (Darmstadt),
198. Siegfrieden (Darmstadt),
199. Snell (Braubach),
200. Sommer (Heidelberg),
201. Spanier (Köln),
202. Spelter (Köln),
203. Sponagel (Westhofen),
204. Stammberger (Passau),
205. Stauder (Bretzenheim),
206. Stegen (Hannover),
207. Stephan (Frankfurt),
208. Stetefelt (Marburg),
209. Steudel (Nürnberg),
210. Steuerwald (Offenbach),
211. Streit (Koburg),
212. A. Streckfuß (Berlin),
213. Strecker (Mainz),
214. Stumpf (Mainz),
215. Theobald (Hanau),
216. Thielmann (Kirchheimbolanden),
217. Unna (Hanau),
218. Uckermann (Marburg),
219. Vischer (Nagold),
220. Volmer (Oppenheim),
221. Volmar (Wetter),
222. Wagner (Offenbach),
223. Wegener (Neustadt a. d. H.),
224. Weltert (Idstein),
225. Westpfahl (Marburg),
226. Weidemeyer (Hamm),
227. Weyrich (Trier),
228. Wiedemann (Altenburg),
229. Wilhelmi (Frankfurt a. M.),
230. Winter (Limburg),
231. Wolf (Marburg),
232. Wulff (Düsseldorf),
233. Zengerli (Düsseldorf),
234. Zitz (Mainz).

Anlage 2

Bekanntmachungen des Zentral-Ausschusses der Demokraten Deutschlands

I.

Der Zentralausschuß der Demokraten Deutschlands an die demokratischen Vereine.

(Nr. 159 der „Berliner Zeitungshalle" vom 12. Juli 1848.)

Organisationsplan.

1. Alle Demokraten werden aufgefordert, den bestehenden Vereinen der demokratischen Partei beizutreten oder, wo solche noch nicht bestehen, mit allem Nachdruck für ihre Entstehung zu wirken.

2. Die demokratischen Vereine haben unablässig dafür Sorge zu tragen, daß

a) die Ideen der Demokratie immer weiter verbreitet werden.

b) die Forderungen der Demokratie bei allen Akten der Gesetzgebung für die einzelnen Staaten sowohl, als für das gesamte Deutschland gestellt werden.

3. Zusammenschluß der Lokalvereine zu Kreisvereinen, um eine übereinstimmende und dadurch allein wirksame Tätigkeit aller Vereine zu erzielen.

4. Die Lokalvereine eines Kreises wählen einen Kreisausschuß.

5. Der Kreisausschuß hat die Aufgabe, eine stete Verbindung einerseits unmittelbar mit den Lokalvereinen seines Kreises, andererseits mittelbar durch den Zentralausschuß mit der gesamten demokratischen Partei Deutschlands zu unterhalten.

6. Der Kreisausschuß hat seinen Sitz in demjenigen Orte seines Kreises, der sich durch seine Lage und durch die Stärke der Partei am besten dazu eignet.

7. Zu Kreishauptorten sind vorläufig nach den Beschlüssen in Frankfurt bestimmt worden:

Königsberg für Preußen (Provinz),
Berlin für Brandenburg,
Stettin für Pommern,
Breslau für Schlesien,
Wien für alle deutsch-österreichischen Länder,
Leipzig für Königreich Sachsen,
Halle für Provinz Sachsen,
Jena für Thüringen,
Bamberg für Franken,
München für Bayern ohne Rheinpfalz und Franken,
Stuttgart für Württemberg und beide Hohenzollern,
Mannheim für Baden und Rheinpfalz,
Frankfurt a. M. für sein Gebiet, Hessen und Nassau,
Köln für Rheinprovinz,
Bielefeld für Westfalen,
Braunschweig für Niedersachsen,
Hamburg für sein Gebiet und Schleswig-Holstein,
Rostock für Mecklenburg-Schwerin.

8. Monatliche Berichte der Lokalvereine an den Kreisausschuß. Sie sollen enthalten:

a) Angabe über die Zahl der Mitglieder,
b) Verzeichnis der gefaßten und ausgeführten Beschlüsse.

In allen Angelegenheiten von besonderer Dringlichkeit und Wichtigkeit für die ganze demokratische Partei berichten die Lokalvereine direkt an den Zentralausschuß.

9. Jeder Kreisausschuß erstattet nach den Berichten der Lokalvereine monatlich Bericht an den Zentralausschuß. Er soll enthalten:

statistische Übersicht der Mitglieder,
Verzeichnis aller Beschlüsse der Vereine des Kreises.

Kreisausschüsse können selbständig auf Antrag eines Lokalvereins Kreisversammlungen berufen.

10. Der Zentralausschuß verfaßt von Zeit zu Zeit einen Bericht über den Stand der ganzen demokratischen Partei Deutschlands und über deren Tätigkeit. Er übersendet diesen Bericht allen Lokalvereinen.

11. Der Zentralausschuß befördert wichtige Vorschläge und Nachrichten eines Lokalvereins oder Kreisausschusses schleunig an sämtliche Kreisausschüsse und Lokalvereine, sowie er von sich aus alle ihm zur Förderung der demokratischen Sache nötig erscheinenden Vorschläge und Anzeigen durch die Kreisausschüsse oder direkt an die Lokalvereine bringt.

12. Der Zentralausschuß beruft in dringenden Fällen den Kongreß der deutschen Demokratie.

Ein Plan zur Erhebung der notwendigen Geldmittel wird demnächst bekannt gemacht.

Berlin, 10. Juli 1848.

Fröbel, Rau, Kriege, Meyen, Hexamer.

Aufruf des Zentral-Ausschusses der Demokraten Deutschlands an das deutsche Volk.

(Nr. 163 der „Berliner Zeitungshalle" vom 16. Juli 1848.)

Mitbürger!

Wenn der große Fortschritt zweifelhaft wäre, den das deutsche Volk in den letzten Monaten gemacht hat, so würde er uns durch eine einzige Tatsache zum sicheren Bewußtsein gebracht — durch das offene Auftreten der politischen Parteien.

Die Zeit ist vorbei, wo man vor diesem Worte erschrocken ist — wo man das Bestehen politischer Parteien für gleichbedeutend hielt mit Zerrüttung und Auflösung des Staates, mit Anarchie und Bürgerkrieg. Dem Absolutismus freilich mußte er so erscheinen. Wo keiner eine Meinung haben sollte, damit die Autorität mit ungestörter Sicherheit über alle herrschen könne, da mußte die Organisation der Meinungen das herrschende System mit dem Untergange bedrohen. Wo aber einmal freie Meinungen bestehen dürfen und wirklich bestehen, da ist auch eine Verschiedenheit der Meinungen unvermeidlich, und diese Verschiedenheit, weit entfernt, dem Leben der Gesellschaft gefährlich zu sein, ist vielmehr zu dessen gedeihlicher Fortbildung unentbehrlich, denn aus ihrer Wechsel-

wirkung muß sich die Wahrheit entwickeln und das Gute gestalten.

Diese Wechselwirkung ist keine Anarchie. Sie hat wie alle Vorgänge im Reiche der Natur und des Geistes ihre notwendigen Gesetze, und nur wenn diese gewaltsam aufgehoben werden, sucht sich das gestörte Gleichgewicht der Kräfte auch gewaltsam wieder herzustellen.

Ein Hauptgesetz des politischen Lebens ist es, daß die Partei der Mehrheit im Staate herrsche, die der Minderheit aber unterdessen sich der unbeschränkten Freiheit bedienen könne, ihre Ansichten und Zwecke durch die theoretischen Mittel der Rede, der Schrift und der Vereinigung auszubreiten, bis es ihr gelingt, soviel Anhänger für sich zu gewinnen, daß sie ihrerseits zur herrschenden Mehrheit wird.

So sollen sich im Parteikampfe die geistigen Kräfte messen und auf dem Gebiete des Gedankens ausgemacht werden, was in der Wirklichkeit zu Gestaltung kommen soll. Nur wenn dieses Grundgesetz des politischen Lebens verhöhnt wird, wenn eine herrschende Partei sich weder der Entscheidung der Mehrheit im Volke unterwerfen, noch die Freiheit der theoretischen Agitation anerkennen will, nur dann geht unvermeidlich der Kampf vom geistigen auf das materielle, vom theoretischen auf das praktische Gebiet über.

Auf diese Grundsätze stützt die demokratisch-republikanische Partei Deutschlands ihr Verhalten. Sie sind die Grundsätze eben des politischen Systems, dessen Herrschaft sie erstrebt — die Grundsätze, in deren Namen sie sich vereinigt und organisiert hat. (Der Aufruf geht dann zu dem 1. Kongreß über, teilt dessen wichtigste Beschlüsse mit, wendet sich dann an die deutschen Mitbürger, um von denen, die zur demokratischen Partei gehören, kräftige Unterstützung und von denen, die zu ihren Gegnern gehören, die ungestörte Freiheit eines theoretischen Wirkens in Anspruch zu nehmen); er fährt alsdann fort:

Die Lage des Vaterlandes ist eine gefahrvolle. Ein moralisches Erdbeben schüttelt die untaugliche Ordnung einer veralteten Bildungsform zusammen. Die Schichten der Gesellschaft werden sich umkehren, wie sich einst die Schichten unserer

Gebirge umgekehrt haben, und auch jetzt wie damals wird die Gestalt der Erde eine andere werden.

Es ist wahr, die Krisis der Gegenwart ist eine Weltkrisis und andere Völker haben andere Schwierigkeiten zu überwinden. Kein Volk aber hat einen so großen Widerspruch zwischen seiner theoretischen Bildung und seinen praktischen Fähigkeiten auszugleichen wie das unsrige. Entscheidet das Maß der ersten, so ist für uns und für Europa die große Bahn des republikanischen Lebens geöffnet; entscheidet das Maß der letzteren, so werden rohere, aber frischere Kräfte aus Osten erst unsere Bildung aufsuchen und mit ihr sich verbinden müssen, ehe für unseren Weltteil die Stunde der Freiheit schlagen kann.

Die große Alternative Napoleons, nach der die Welt in unseren Tagen entweder republikanisch oder kosackisch regiert werden muß — sie wird sich durch uns, sie wird sich in Deutschland entscheiden. Wir müssen entweder groß werden, oder wir werden klein werden, sehr klein, noch kleiner als wir gewesen sind.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Nur das Volk ist einer großen Entwicklung sicher, welches sich zum Ausdruck der die Periode beherrschenden Prinzipien zu machen weiß.

Die Prinzipien der beginnenden Periode sind aber die der Demokratie, und die Demokratie ist die Republik. Mitbürger, werdet euch darüber klar! Ihr wollt frei sein? Nun, wohl, die Freiheit ist die Demokratie. Ihr wollt also die Demokratie — die Demokratie ist die Republik.

Der Fürst muß seine Unverantwortlichkeit aufgeben; er kann nur mehr als Präsident auf unbestimmte Zeit walten. Die Welt wird demokratisch-republikanisch, weil ihr nichts anderes als das mehr übrig bleibt.

Die konstitutionelle Monarchie ist nur der Übergang vom Absolutismus zur Republik, sie ist nur eine Übergangsform, die schon andere Völker durchgemacht haben. Wir brauchen sie nicht mehr, da wir in unserem Bewußtsein längst bis zur Reinheit des neuen Prinzips durchgedrungen sind.

Wir brauchen deshalb nicht das wieder zu durchleben, was andere Völker schon für uns durchlebt haben. Es wäre

ein beklagenswerter Zeit- und Kraftverlust. Es würden dadurch mehrere Revolutionen nötig. (Hinweis auf Frankreich). Die Revolutionen werden sich wiederholen, bis die Republik die einzige Staatsform der gebildeten Völker ist.

Wird die neue, die demokratische Republik alle Mängel beseitigen?

Diese Schuld ist so alt wie die menschliche Gesellschaft. Aber das Bewußtsein dieser Schuld ist der große Fortschritt der Rechts- und Freiheitsidee, den unsere Zeit gemacht hat.

Die sittliche Weltansicht macht aus dem Wohlergehen des Einzelnen eine gemeinsame Angelegenheit der Gesellschaft. Der Entwicklung der nächsten Zeit wird es überlassen bleiben, die dieser Weltansicht entsprechenden Formen zu finden und bis zu dem höchsten Grade ihrer möglichen Vollkommenheit auszubilden.

Einstweilen wird jede Periode für ihre sozialen Übelstände die Mittel der Abhilfe suchen, die in ihr möglich sind. Inzwischen darf jedoch auf die Anerkennung des Prinzips gedrungen werden und auf den ernsten und reinen Willen, ihm zu genügen, soweit irgend die Kräfte und Mittel der Periode reichen.

Und dazu ist vor allem eine freie, demokratische Staatsform erforderlich, weil diese allein in dem allgemeinen Anteil aller an der souveränen Gesetzgebung des Staates die Bedingungen und Mittel des sozialen Fortschritts enthält.

Nicht wir, sondern das ganze Volk soll die Bedingungen seines Glückes feststellen. Es will sich ebenso wenig eine innere soziale Ordnung wie eine äußere Form des Staates oktroyieren lassen.

In bezug auf die anderen Völker kennt die Demokratie nur ein Prinzip des Völkerrechts, das der freien Selbstkonstituierung aller Völker.

Die Eifersucht und das Mißtrauen unter den Nationen ist ein Erbteil der dynastisch-monarchischen Politik. Aber die Interessen fürstlicher Häuser sind nicht die Interessen der Völker. Aber daß Völker nicht mehr vererbt werden, daß ihre Herrschaft nicht mehr als ein Eigentum betrachtet werden können, das ist uns von der höchsten Wichtigkeit.

Das große Ergebnis der Kämpfe sehen wir in dem allgemeinen Bunde und der gemeinschaftlichen Organisation der freien Völker Europas, durch welche auch allein eine Lösung des sozialen Problems möglich werden kann. Deutsches Volk! Die Aussicht auf diese Kämpfe soll dich nicht schrecken! Was dich jetzt ängstet und drückt, ist nicht der Vorgeschmack der Zukunft, sondern das unselige Erbteil einer kläglichen Vergangenheit.

Täusche Dich nicht über den Wert dieser letzten, weil du in deinem Schlafe die Größe deines Elends nicht ganz gefühlt hast. Blicke nicht sehnsüchtig zurück, damit Dich nicht das Schicksal jenes Weibes der alten Sage treffe, das die Augen zurückwandte nach der dem Untergang geweihten Stadt. Deutsches Volk, blicke vorwärts! — Nicht rückwärts, sondern vorwärts liegen bessere Tage.

Berlin, den 14. Juli 1848.

Fröbel, Rau, Kriege, Meyen, Hexamer.

Anlage 3

Bekanntmachungen des Zentral-Ausschusses II.

Aufruf des Zentral-Ausschusses an das deutsche Volk.

(Nr. 182 der „Berliner Zeitungshalle“ vom 10. August 1848.)

(Dieser Aufruf stellt den Protest des Zentralausschusses gegen den Beschluß des Frankfurter Parlaments über die Einverleibung Polens dar.)

Nach dem Proteste heißt es weiter:

Die Politik der Fürsten ist gerettet. Polen ist zum 4. Male geteilt. Wir hoffen, das deutsche Volk wird noch beweisen, daß die Abstimmung der Herren in Frankfurt nicht sein Ausdruck ist. Aber träte es dennoch jenen Beschlüssen bei, nun, so erklären wir feierlich, daß wir nicht zu jener Majorität gehören. Gegen Polen wird Deutschland kein einiges sein. — — —

Gedanken eines Völkerkongresses nehmen wir freudig auf, denn auch wir wollen eine Solidarität der freien Völker und erwarten mit Sehnsucht den Tag, an welchem ihre Abgesandten die große Föderation beschließen werden. In dem Sinne mögt auch Ihr Euch mit den übrigen Slaven zu einem allgemeinen Bunde vereinigen. Erhebt Euch, wie Ihr nicht anders könnt, als Nation, aber erhebt Euch im Namen der Humanität, im Namen der Demokratie, und wir werden mit Euch sein.

Berlin, den 1. August 1848.

Fröbel, Rau, Kriege, Meyen, Hexamer.

Manifest des Zentral-Ausschusses an das deutsche Volk.

(Nr. 232 der „Berliner Zeitungshalle" vom 7. Oktober 1848.)

Bürger!

Als wir unsere Abgeordneten nach Frankfurt a. M. sandten, hatten wir ihnen zwei Aufträge gegeben, den Bundestag bis in die Wurzel zu zerstören und die Souveränität der deutschen Nation in neuen Staatsformen fest zu gestalten. Wir hielten den Kampf von wenigen Wochen und den ausgesprochenen Willen der Majorität der Nation für hinreichend, um aus dem zerstückelten Boden e i n Deutschland und ein f r e i e s zu schaffen.

Sechs Monate haben wir auf die Erfüllung unserer Aufträge gewartet. Es ist die Zeit zu prüfen, wozu unsere Abgeordneten zu Frankfurt ihre Vollmacht genutzt haben, und jetzt zu prüfen, ehe unserem Willen die Macht dazu fehlen wird. Die Zeit des Hoffens ist vorbei. Die deutsche Nationalvertretung hat gehandelt. Die Nation wird urteilen.

Statt im Namen des deutschen Volkes die Einheit Deutschlands zu dekretieren, hat sie die alte Zerrissenheit heilig gesprochen. Sie hat unterhandelt und vereinbart mit den deutschen Fürsten. An Stelle des alten Bundestages hat sie einen neuen, die Bevollmächtigten der Fürsten, gesetzt.

Sie hat die Reichsgewalt einem unverantwortlichen Fürsten überliefert und diesen förmlich von der Pflicht entbunden, die Beschlüsse, die sie im Auftrage des Volkes fassen soll, auszuführen. Sie hat sich so zu einer ohnmächtigen Marionette herabgewürdigt. Die Nationen Europas haben sie verachtet und ihren Gesandten die Anerkennung verweigert. Die unverantwortliche Reichsgewalt ist aber zur obersten Polizeigewalt geworden. Das Recht der einzelnen Stämme, sich — unbeschadet der Freiheit der ganzen Nation — ihre Verfassungsformen selbst zu wählen, wird von ihr mit Füßen getreten.

Die Reichsgewalt steht im Begriff, ein Heer zusammenzuziehen in Thüringen, um dort den frischen und friedlichen Aufschwung zur Freiheit mit brutaler Waffengewalt niederzudrücken.

Sie hat es geschehen lassen, daß preußische Truppen in Mecklenburg interveniert haben. Ein schlagfertiges Heer wird an der Iller zusammengezogen, ein anderes am Neckar, um das entrüstete Volk Süddeutschlands niederzuhalten.

Und das alles geschieht unter den Augen und mit dem Willen der deutschen Nationalversammlung! Die wir berufen hatten, die Wächterin deutscher Freiheit zu werden, hat diese Freiheit verraten.

Sie hat den schmachvollen dänischen Waffenstillstand gutgeheißen und unsere nordischen Brüder den Feinden überliefert. Sie hat den Deutschen in Limburg nicht Schutz gewährt gegen die Anmaßungen des kleinen Hollands. Sie sieht es ruhig mit an, wenn in Italien deutsche Waffen ein Volk, das wie wir nach Freiheit und Einheit ringt, zerschmettern. Die vierte Teilung Polens hat sie gutgeheißen. Sie hat das deutsche Volk im Innern mit Knechtschaft, nach außen mit Schmach beladen.

Schon reckt die Reichsgewalt ihre Hand aus nach den heiligen Grundrechten der Nation, nach der Freiheit der Rede, der Presse und der Versammlung. Und bereitwillig folgen die Regierungen der Einzelstaaten den Winken dieser Reichsgewalt, der sie die Anerkennung nicht mehr versagen, seit sie die oberste Polizeigewalt Deutschlands geworden ist. Und zu der Knechtung und Schmach gesellt die deutsche Nationalversammlung die Verarmung; sie hat keine der unzähligen Lasten und Steuern,

unter denen das Volk dahinsiecht, aufgehoben. Ihr Ohr ist taub für den Jammerton des Hungers und des Elends, sie hat das Händeringen der Verzweiflung nicht gesehen. Aber sie hat eine Armee von 900 000 Soldaten geschaffen, die das letzte Mark des Landes verzehren.

Wir protestieren daher feierlich im Namen der Volkssouveränität gegen das Fortbestehen dieser Versammlung.

Deutsche Männer aller Stämme! In neuen Urversammlungen nehmt Eure Vollmacht aus den Händen jener Abgeordneten zurück, welche Euch, das Volk, verleugnet haben. Fordert die Anordnung neuer und direkter Wahlen, damit durch diese der wahre Wille der Nation sich kundgebe, die Freiheit, die Einheit und der Wohlstand des Volkes gerettet werde und die Möglichkeit der Reform die Notwendigkeit einer neuen und blutigen Revolution abschneide.

Berlin, am 3. Oktober 1848.

Der Zentral-Ausschuß

H. Kriege, E. Meyen, A. Hexamer, G. Siegmund.

Ferner unterzeichneten diesen Aufruf noch: für den Kreisausschuß der Mark Brandenburg: Streckfuß, Herzfeld und Schönemann, dann der demokratische Klub, der Volks-Klub, der Verein für Volksrechte, im Namen des Maschinenbauarbeitervereins, bestehend aus 2800 Mitgliedern: Pinzger.

Anlage 4

Bericht des Zentral-Ausschusses an den 2. Demokraten-Kongreß,
erstattet durch H. Kriege.
(Protokoll Seite 3).

Die Zeit zwischen dem ersten und zweiten Kongreß war von großer Wichtigkeit, und es lohnt wohl, die seitdem gemachten Erfahrungen zu prüfen. Damals hofften viele auf eine gewaltsame Entscheidung, auf eine Revolution. Wir haben seitdem manche traurige Erfahrung, manche bittere Täuschung erlebt. Es ist die Pflicht des Zentral-Ausschusses, sich nun darüber auszusprechen, wie er seine Aufgaben gelöst hat. Als wir unser Amt übernahmen, wußten wir, welche schöne Hoffnungen sich daran knüpften, aber sie fühlten auch die ganze Schwere ihrer Verantwortung. Man glaubte sogar, in dem Kongreß die künftige provisorische Regierung der Republik zu sehen. Die französische Junirevolution war die erste fürchterliche Lektion für die Demokraten. Dazu kam das Vorgefühl, gelähmt zu sein, aus Mangel an Mitteln. Mit 30 Talern reisten wir von Frankfurt nach Berlin und mußten unsere Privatmittel in Anspruch nehmen [1]). Hier fanden wir statt 60 000 Mann unter den Waffen die größte Niedergeschlagenheit. Der Zeughaussturm hatte die Bürger den Demokraten abwendig gemacht. Wir fanden alles anders, als wir es uns vorgestellt hatten. Parteiungen in den Klubs, Streit und Persönlichkeiten. Die Ergänzungswahlen dauerten 14 Tage, und während dieser waren wir zur Untätigkeit gezwungen, damit ging denn alle Frische verloren, und die Provinzen hielten uns für träge [2]). Als danach die beiden Mitglieder für Berlin gewählt waren, machten wir das bekannt. Zugleich zeigten wir dem Minister unsere Ankunft und unseren Zweck, die demokratische Partei auf theoretischem Wege zu vereinigen, an, erhielten aber keine Antwort. Es war damals keine Zeit,

*) Die Anmerkungen befinden sich jeweils am Ende der einzelnen Anlagen.

an eine Revolution zu denken, auch war die Art, wie manche sie in Berlin machen zu können glaubten, durch Benutzung äußerer Umstände, sogar durch falsche Nachrichten usw. eine ungeeignete. Wir entwarfen einen Organisationsplan und schickten ihn an die Vereine, an die Führer der Partei, mit der Mahnung um Geld, wir erinnerten an die Pflicht, Kreiskongresse zusammenzuberufen, zu organisieren. In vielen Provinzen wurde das auch befolgt. Baden und Württemberg waren vorangegangen. Schlesien, Westfalen und die Mark folgten. Dann auch Sachsen, Ostpreußen und Thüringen.

Wir hielten uns verpflichtet, dem deutschen Volke zu sagen, wie wir zu den Fragen der Zeit ständen, und erließen daher eine Proklamation, die günstig gewirkt hat. Ohne die Männer, welche herrschen, den Bürger in die Bewegung zu ziehen, ist einstweilen an kein Gelingen zu denken. Auf das Proletariat ist kein Verlaß, das ideale Proletariat ist gar nicht vorhanden. Es könne sich nicht beraten und seine Interessen verfolgen, es habe seine Stellung nicht begriffen [3]). Wir richteten nun ernste Worte an andere Nationen. Zunächst an die Franzosen wegen der Juni-Ereignisse; wegen der Verwicklungen der Zeit wurde aber diese Adresse zurückgelegt. Ebenso wurden Adressen an die Italiener, an die Chartisten in England und an die Irländer gefaßt. Aber zu Carl Albert konnten wir nicht treten, eine republikanische Bewegung hätten wir benutzt, um unsere Proklamation abzuschicken, ebenso war es mit den andern. Aber an die Polen schickten wir eine Adresse, als die vierte Teilung geschah.

Wir blieben lange ohne Nachricht und ohne Geld aus der Provinz. Unsere Tätigkeit war gelähmt. Bürger, unsere Tätigkeit genügt Euch nicht, auch wir haben nicht soviel tun können, als wir gewollt. Aber es fehlte auch an allen Mitteln, bis zum Juni waren 16 Rtlr. eingegangen, davon sollte deputiert, organisiert werden, und 5 Männer sollten davon existieren. Dabei hoffte man in Süddeutschland noch immer auf Spezialrevolutionen.

In Frankfurt und Leipzig wurden zwar keine Kreiskongresse gehalten, und das Geld, was nach Frankfurt geschickt war, erhielten wir nicht. Ohne Geld und Nachricht vermochten wir nichts. Auf unser Schreiben erhielten wir keine Antwort,

wir versuchten daher auf diktatorische Weise Geld einzutreiben, indem wir eine Kopfsteuer ausschrieben.

Die Partei ist arm, aber die Masse der Köpfe konnte helfen; 1 Sgr. pro Kopf monatlich würde etwa die Summe von 1500—2000 Rtlr. monatlich eingetragen haben. Auch das hatte keinen Erfolg. Endlich erließen wir einen letzten Brief, in dem wir anzeigten, daß wir nicht auf unserm Posten bleiben, uns nicht lächerlich machen würden vor Deutschland. Das hatte denn einigen Erfolg. Die nach Frankfurt gesendeten Beiträge kamen ein, doch das konnte nicht regelmäßig sein.

Wir kamen daher auf die Idee, zu reisen.

Rau ging nach Württemberg und Baden, um dort die Vereine zu reorganisieren.

Dort fand er viel Enthusiasmus, er vertraute ihm, glaubte eine Revolution annehmen zu können, nahm die Büchse zur Hand, stand aber bald isoliert da, fiel in die Hände der Polizei und sitzt jetzt auf dem Asperg.

Wir wendeten uns nach Österreich.

Fröbel ging nach Wien [4]), um zu sehen, ob kein Anschluß an die deutsche Republik zu erwarten sei, oder ob Österreich zusammenbleiben werde. Nach dem Gange der Dinge wird es auseinanderfallen; damals aber schien uns die Idee einer Föderativ-Republik mit den slavischen Stämmen erhabener als selbst die einer deutschen Republik. Fröbel hat in Wien Verbindungen mit allen bedeutenden Persönlichkeiten der slavischen und deutschen Bewegung angeknüpft. Jetzt ist er wieder von Frankfurt dorthin geschickt. Wir erwarteten ihn hier, aber es wird ihm in diesem Augenblick unmöglich sein, Wien zu verlassen, und er wird auch dort seine Pflicht tun.

Wir versuchten es auch mit dem Norden. Ich ging dorthin und hielt in Hamburg Vorlesungen für die Zentralkasse, kassierte bei den Vereinen ein. Wie ein Handwerksbursche mußte ich mich durchschlagen. Auch durch die Presse wirkte ich für die demokratisch-soziale Republik. Während dieser Reisen versäumte der Ausschuß in Berlin nichts.

Die vielen Verfolgungen veranlaßten eine Aufforderung an die Verfolgten um Spezialberichte. Als in Baden die Vereine

aufgehoben wurden, ergingen ernste Briefe an die Minister. Ferner erging an die preuß. Abgeordneten die Mahnung, sich nicht durch Brentanos Äußerung gegen den Prinzen von Preußen beleidigt zu erklären, ebenso eine Erklärung über den Waffenstillstand. In bezug auf die Berliner Bewegung hielt der Ausschuß es für seine Pflicht, alles zu vermeiden, was die Partei schwächen konnte. Wir bemühten uns, alle Putsche zu vermeiden, und haben bei unseren Bemühungen, dem kleinen Häuflein der Anarchisten zu begegnen, Männer gefunden, die uns kräftig unterstützten. Es ist unmöglich, eine einseitige Bewegung dennoch zu führen, die Bürger müssen sich daran beteiligen [5]). Am 25. September war der einzige Tag, wo eine Revolution ausbrechen konnte, die Bangigkeit des Ministeriums Pfuel hat uns um diese Revolution gebracht.

Es war auch unser Streben, auf die Soldaten zu wirken. Wir glauben, daß es unsere Pflicht ist, soviel Blut als möglich zu schonen. Wir wollen keinen Kampf, der nur zu unseligem Blutvergießen führt. Volk und Militär müssen in die Bewegung hineingezogen werden. Unsere letzten Erfahrungen sind sehr trübe.

Die Nationalversammlung in Frankfurt hat sich als eine volks- und freiheitsfeindliche Macht gezeigt. (Bravo.) Die Zentralgewalt ist weiter nichts als eine Zentralpolizei, das zeigt das schmähliche Gesetz zum Schutze der Versammlung. Von der Zentralgewalt ist nichts zu erwarten. Wir forderten daher das Volk auf, alles zu tun, um diese Versammlung zurückzurufen und eine n e u e zu berufen, die ihren Sitz in Berlin hat, wo ein freies Volk dafür sorgt, daß die Revolution nicht begraben wird. (Bravo.) Die Ereignisse in Baden zeigen, daß die Revolution in Deutschland noch lebt, es fehlt nur an Einigung der Kräfte.

Es wird daher die Aufgabe des gegenwärtigen Kongresses sein, den Entschluß zu fassen, sich in Berlin zu zentralisieren. Das deutsche Volk muß nach Berlin als der Quelle seiner Zukunft sehen [6]). Die Organisation ist langweilig und eine saure Arbeit, es ist leichter, kurzweiliger, auf die Straßen zu gehen und einen Krawall zu machen, aber ohne Organisation wird nichts erreicht.

Die Reaktion hat sich schon zentralisiert unter dem Namen Zentralgewalt in Frankfurt. (Bravo.) Namentlich ist die Zentrali-

sation von Geld notwendig, ohne welches nichts getan werden kann. Aber wir müssen uns nicht auf andere verlassen, nicht in Berlin denken: die Wiener werden es schon ausmachen.

Die Hauptsache ist, die Republik zu halten, wenn sie erst da ist, und das kann nur durch Organisation und Zentralisation geschehen. Bürger! sorgen wir dafür, daß der Zentralausschuß die nötigen Mittel hat und nicht zur Null wird. Sorgen Sie, daß die Partei geharnischt dastehe, eine Regierung für die zukünftige Republik. Es ist gewissenlos, ohne diese Organisation eine Revolution zu machen.

Bericht über die Finanzverhältnisse,

erstattet durch Hexamer.

Mein Bericht wird klein sein wie die Einnahme.

Die Einnahme beträgt 587 Tlr. 10 Sgr. 9 Pfg.[7]).

Die Ausgabe 583 Tlr. 6 Pfg., bleibt Kassenbestand 4 Tlr., 4 Sgr. 3 Pfg.

Hierzu haben beigetragen: Rheinbayern, Baden, Franken, Westfalen, Schweiz, Sachsen, Hamburg, Rheinlande, Preußen, Rheinhessen, Darmstadt.

Anmerkungen aus der „Berliner Zeitungshalle" Nr. 250 und 251 vom 28. und 29. Oktober 1848.

1) Nur 13 Taler.

2) Wir kamen betreffs der Berliner Bewegung dahin überein, daß unsere Stellung zu Deutschland eine Teilnahme an diesen Einzelversuchen nicht gestatte. Wir hatten mehr die Kräftigung, die Zentralisation der Partei im Auge.

3) Es hat keine Einsicht in die wahre Sachlage.

4) Fröbel sandten wir nach Österreich, damit er sich in Wien überzeuge, ob der Anschluß der deutsch-österreichischen Provinzen an die allgemelne deutsche Bewegung zu erwarten sei, oder ob die österreichischen Staaten als ein Föderativ-Ganzes zusammenbleiben

würden. Letzteres schien damals noch eine erhabene Möglichkeit, heute freilich scheint das Auseinanderfallen sicherer.

5) Eine einseitige Arbeiterbewegung ohne Beistand der Bürgerwehr ist nicht möglich.

6) Organisation und Zentralisation der demokratischen Partei in Berlin sei das einzige Rettungsmittel für die Demokratie, da die Reaktion in Frankfurt a. M. sich im Reichsverweser zentralisiert habe.

7) Vom 6. Juli bis 25. Oktober.

Anlage 5

Manifest der kommunistischen Partei in Deutschland[1]).

(„Berliner Zeitungshalle“ vom 5. April 1848, Nr. 82.)

Motto: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafen erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der deutsche Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiter-Armeen, so daß das Heer in Zukunft nicht bloß verzehrt wie früher, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltungskosten betragen. Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.

6. Alle Feudallasten, alle Fronden, Abgaben, Zehnten usw., die bisher auf dem Landvolke lasteten, werden ohne irgendeine Entschädigung abgeschafft.

7. Die fürstlichen und andern feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt.

Alle diese unter 6. 7. 8. und 9. angegebenen Maßregeln werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden. Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch.

10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat. Diese Maßregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des g a n z e n Volkes zu regeln, und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilet sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen wirken zu lassen. Diese Maßregel ist schließlich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeois an die Regierung festzuschmieden.

11. Alle Transportmittel, Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten usw. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen, als die übrigen.

13. Völlige Trennung von Kirche und Staat. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.

14. Beschränkung des Erbrechts.

15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.

16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.

17. Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung.

Zusatz: Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an

der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen als den Hervorbringern alles Reichtums gebührt.

Paris, den 1. April 1848.

Das Komitee:

K. Marx, Karl Schapper, H. Bauer, F. Engels
J. Moll, W. Wolff.

Bericht der Kommission für die Lösung der sozialen Frage.

(Protokoll Seite 28.)

Die Lösung der sozialen Frage kann nicht dekretiert werden: sie kann nur die Frucht einer selbständigen, durch Mitwirkung aller Kräfte am Baume der Menschheit belebten und gestärkten Entfaltung sein und ist nur möglich durch stufenweises Fortschreiten und durch das Zusammenwirken der gesamten zivilisierten Menschheit.

Es ist aber schon heute an der Zeit, gewisse allgemeine Grundsätze als leitende für die Lösung der sozialen Frage aufzustellen.

1. Der Grund und Boden ist ein allgemeines Eigentum der Menschheit. Kein einzelner hat Eigentumsrecht an dem Boden. Der ihn bebaut, hat ein Recht auf soviel von seinen Früchten, als er für seine und der Seinigen Bedürfnisse braucht. Das übrige fällt an die Gesamtheit, da keine Menschenarbeit eine einzelne, vielmehr eine jede eine gesellschaftliche ist, d. h., da die Arbeit eines jeden einzelnen größere Resultate ergibt, weil sie durch die Arbeit der Gesamtheit unterstützt wird.

2. Das Eigentum überhaupt ist kein privatrechtliches, sondern ein gesellschaftliches, also ein staatsrechtliches Verhältnis. Das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Pro-

dukte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der vielen durch die wenigen beruht. Mit dem Sieg des Proletariats wird das Privateigentum zum Gesellschaftseigentum. Bis dahin aber ist es Aufgabe und Pflicht der revolutionären Partei, schon durch einzelne vorbereitende Maßregeln das auf Massenausbeutung beruhende Bourgeoiseigentum zu schwächen und zu verringern.

3. Alle Menschen sind vollkommen gleichberechtigt, ihre körperlichen und geistigen Bedürfnisse vollständig zu befriedigen und ihre physischen und intellektuellen Anlagen in deren ganzem Umfange zu entwickeln. Nur ein Zustand, in dem es weder materielle noch intellektuelle Privilegien und Vorrechte gibt, ist ein wirklich menschlicher.

4. Alle Menschen sind gleich verpflichtet, durch Arbeit im Bereich ihrer Anlagen und Fähigkeiten zur Vermehrung des sozialen Kapitals beizutragen. Wer nicht arbeiten will, hat kein Recht auf Befriedigung seiner Bedürfnisse: nur der Produzent kann Konsument sein. Der Müßiggang eines Einzelnen ist eine an allen andern begangene Ungerechtigkeit.

Daraus folgen die praktischen Maßnahmen und Gesetze [2]), welche die demokratische Republik sofort nach ihrem Inslebentreten erlassen muß.

Das Programm der Kommission für die Lösung der sozialen Frage auf dem zweiten Demokratenkongreß

(Protokoll Seite 29)

lautet:

1. wie 7. des Manifestes mit dem Schlußsatz: Für die Privaten gehörigen Bergwerke usw. wird eine Entschädigung in Form einer zwanzigjährigen Rente von 4 % des Kapitalwertes gezahlt.

2. wie 9. des Manifestes. Der Satz von: Alle diese — gefährden, fehlt.

3. wie 10. des Manifestes. Im letzten Satz steht anstatt „die Regierung“: „die Revolution“.

4. wie 11. des Manifestes. Der Satz „und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt" fehlt.

5. wie 14. des Manifestes.

6. wie 15. des Manifestes.

7. wie 12. des Manifestes. Am Schlusse noch „was jedoch für die nächsten 25 Jahre nach Gründung der Republik noch modifiziert werden soll."

8. wie 13. des Manifestes.

9. wie 5. des Manifestes.

10. wie 17. des Manifestes.

11. ähnlich wie 4. des Manifestes. Gleicher Arbeitszwang für alle. Keine müßigen, stehenden Heere, welche durch die allgemeine Volksbewaffnung unnütz werden. Solange aber die politische Lage von Zentral-Europa für Deutschland ein stehendes Heer noch nötig macht, muß dafür gesorgt werden, daß die Armeen zugleich Arbeiter-Armeen seien, so daß das Heer nicht bloß, wie früher, verzehrt, sondern noch mehr produziert, als seine Unterhaltungskosten betragen. Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

12. wie 16. des Manifestes; enthält auch den ganzen Zusatz vom Schlusse des Manifestes, wobei hinter „Es liegt im Interesse" noch „von ganz Deutschland, namentlich des deutschen Proletariats" eingefügt ist.

Punkt 1, 2, 3 und 8 des Manifestes sind nicht in diesem Programm aufgenommen, Punkt 6 dagegen in Hexamers Antrag in der Abendsitzung des Demokratenkongresses vom 29. Oktober (siehe Anlage 7, Seite 173.)

Anmerkungen

1) F. Mehring bezeichnet in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" (Bd. II, S. 101) dieses Manifest als „Forderungen der kommunistischen Partei", die von der neuen Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten — welche sich, von K. Marx, Fr. Engels und den übrigen Unterzeichneten gebildet, in Paris auf Einladung der provisorischen Regierung der französischen Republik niedergelassen hatte — in Deutschland verbreitet worden sind. Mehring gibt an genannter Stelle nur kurz das wichtigste aus diesem Manifest, das nicht

mit dem großen „Kommunistischen Manifest“ vom Februar 1848 zu verwechseln ist, wieder, ohne jedoch den ältesten oder einen neueren Abdruck zu nennen. Soweit uns ersichtlich, sind diese „Forderungen der kommunistischen Partei“ noch wenig bekannt und neuere Drucke nicht vorhanden, und wir wollen sie deshalb nach dem Drucke jener demokratischen „Berliner Zeitungshalle“ hier wiedergeben, zumal sie ja auch mit den Beratungen des 2. Demokratenkongresses über die Lösung der sozialen Frage unmittelbar zusammenhängen (siehe oben Seite 89.)

2) Diese „praktischen Maßnahmen und Gesetze“ bilden das sogenannte Programm der Kommission, das wir nachstehend wiedergeben, indem wir bei jedem Absatz sogleich auf den betreffenden, aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ (s. oben S. 158) entlehnten verweisen.

Anlage 6

Mitglieder des zweiten Demokratenkongresses.

Aus Berlin:

Ottensoser (Volksklub),
E. Dohm, desgl.,
Virchow (Friedr.-Wilhelmstädt. Bürgerverein),
Collmann, desgl.
Böhm, desgl.
Streber (3. großer Wahlbezirk),
Seidler (demokr. Sachsenverein),
Demme, desgl.,
Sickel, desgl.,
Rohlfs (demokr. Urwählerverein),
Saß, desgl.,
Schaßler, desgl.,
Sieberl (Sozialverein),
Corvin, desgl.,
A. Kutzner (Maschinenbauarbeiterverein),
E. Pinzger, desgl.,
Held (demokrat. Bürgerwehrver.),
Horwitz (Arbeiterverein in der Köpenicker Straße),
Janson (demokrat. Bürgerwehrverein),
Gerke (Arbeiterverein),
J. Waldeck, desgl.,
A. Friedländer, desgl.,
Haldensleben (Rheinländer- und Westfalenverein),
Vecqueray, desgl.,
Heinemann, desgl.,
A. Braß (demokr. Landwehrver.),
Metzdorf (Maschinenbauarbeiterverein),
Grün (demokrat. Verein der Königstadt),
Schweitzer, desgl.
Jarigues, desgl.,
Pietsch (demokrat. Bürgerwehrverein),
Oppenheim (demokrat. Klub),
Heilberg, desgl.,
London, desgl.,
Dr. Edler (Bürgerwehrklub),
Rosentreter, desgl.,
Voßwinckel (demokrat. Studentenverein),
Schirrmacher, desgl.,
Brandes, desgl.,
Rechenberg, desgl.,
Frauenstädt (Sozialverein),
Friedländer, desgl.,
Baader (Verein für Volksrechte),
Stein, desgl.,
May, desgl.,
Thiel, desgl.,
Weimann (Anti-Reaktionsverein),
Lene, desgl.,
Wiß; Lange.
A. Ruge (demokrat. Klub in Baldenburg).

Auswärtige:

E. Meyen (Zentral-Ausschuß),
H. Kriege, desgl.,
A. Hexamer, desgl.,
G. Siegmund, desgl.,
H. Benary (Kreisausschuß d. M. Brandenburg),
Schramm, desgl.,
Streckfuß, desgl.,
Hochstetter, desgl.,
Herzfeld, desgl.,
Schönemann, desgl.,
Schnake (westfäl. Kreisausschuß),
G. Kinkel (Bonn),
Bayrhofer (Marburg),
Asch (Landeshut),
Breinersdorf (Breslau),
St. Born (Leipzig),
Wislicenus (Halberstadt),
Ewerbeck (Paris),
Weitling (New-York),
G. Fein (Bremen),
Benfay (Cölleda),
Silberstein (Wien),
A. Schmidt (Halberstadt),
H. Heise (Kassel),
Sennin (Dresden),
B. Bucher (Trier),
Hain (Sorau),
Bracklow (Altona),
Erbe (Altenburg),
Pösche (Halle),
Müller (Crossen),
Bege (Löwenberg),
Höckner (Breslau),
Kuhnert (Liegnitz),
Löwinsohn (Danzig),
Weitze (Stossen),
Kaulfuß (Merseburg),
H. Schlegel (Vetschau),
Langematz, desgl.,
Baltzer } als Abgeordn. d. Berlin.
Herhold } Nationalversammlung.
Nees v. Esenbeck (Breslau),
Brill, desgl.,
Pinoff, desgl.,
Hoyoll, desgl.,
L. Bamberger (Mainz),
P. Fries (Neustadt a. d. H.),
Helms (Altona),
Mantey (Stettin),
Schlinke (Breslau),
Rempel (Dortmund),
Rolf (Bielefeld),
Ebbecke, desgl.,
Storkmeyer, desgl.,
Höflein (Liebenswalde),
Wolff (Calbe a. S.),
Dammer (Weißenfels),
Ludwig (Kahla),
Reuter (Gumbinnen),
Berlepsch (Erfurt),
Wagener (Naumburg),
Stockmann (Memleben),
Brutschke, desgl.,
Döhler (Brandenburg),
Anneke (Guben),
Kell (Dresden),
Koch (Breslau),
Wald (Stettin),
Lorenz (Waldenburg),
Beust (Köln),
Bernigau (Köln),
Dr. Weyll (Köln),
Peitmann (Münster),

Lehmann (Potsdam),
Dortu, desgl.,
Vierich (Schlichtingsheim),
Selbmann (Fürstenwalde),
Dr. Raber (Hagenow),
Stahlschmidt (Breslau),
Beerel (Guhrau),
Mattersdorf (Glogau),
Kern (Straubitz),
Damann, desgl.,
Wollheim (Grimmen),
Wolff (Hanau),
Kirbach (Chemnitz),
Delbrück (Breslau),
Schuster (Heilbronn),
Buchholz (Grabow i. M.),
Otto, desgl.,
Wlocka (Jena),
Hillebrand (Oberhessen),
Hedemann (Senftenberg),
Polko (Ratibor),
Leithold (Neustadt a. S.),
Oberhau (Malchow),
Wenderoth (Marburg),
Aronheim (Braunschweig),
Grassau, desgl.,
Mitschke (Langenau),
Schreck (Leipzig),
Werner, desgl.,
Hirschel, desgl.,
Oelkers, desgl.,
Jäckel (Sachsen),
Kullmann (Jena),
Engelmann (Frankenstein),
Steinhardt (Wittstock),
Sponholz ((Rostock),
Grube (Apolda),
Brausewetter (Königsberg),
Rosenberg (Demmin),
Dedekind (Lauchstädt),
Petery (Freiburg),
Benda (Potsdam),
Richter (Woldegh),
Hinrichs, desgl.,
Loehr (Worms),
Löwenstein (Stralsund),
Klopsch (Straupitz),
Kunz (Renneberg),
Uhlmann, desgl.,
Thieme, desgl.,
Lüders (Bergen a. Rh.),
Bünsau (Kiel),
Gäbeler (Guben),
Koch, desgl.,
Kirchner (Frankfurt a. O.),
Schlönke, desgl.,
Reichel, desgl.,
Pohl (Sagan),
Plath (Lüneburg),
Fischmeyer (Zeitz),
Schumacher (Schafstedt),
Kauffmann (Dresden),
Minkwitz, desgl.,
Sabart (Ratibor ,
Th. Held (Osterfeld),
J. Rösing (Breuen),
Rasche (Wittstock),
Hermes, Weber, Petermann, Lehmann, } aus Mecklenburg.
Ascher (Potsdam),
Mewes (Genthin),
Buchholz, desgl.,
Lessing (Crossen),
Franke (Mücheln i. Th.),

Reinhard, Apel, Hildebrandt, Hähndorf } desgl.,
Burkard (Nordhausen),
Gladbach (Bernau),
J. Meyer (Bielefeld),
Detering, desgl.,
Gallus (Alt-Döbern),
Sylla (Namzlau),
Müller (Holstein),
Hagen (Hamburg),
Petermann (Pillau),
Diezel, Franken,
Seybol, desgl.,
Hoppe (Gumbinnen),
Daniel (Vetzschau),
Schröder (Hannover),
Rawald (Halle),
Massaloup (Roßleben),
Dietrich (Alt-Schöneberg),
Weller (Greifswald),
Minsberg (Bunzlau),
Stinner, desgl.,
Imhof (Potsdam),
Abarbanell (Insterburg),
Dencke (Seehausen i. d. Altmark).

Beschlüsse über die Organisation.

(Protokoll Seite 15.)

§ 1. Es wird ein Zentral-Ausschuß von drei Mitgliedern ernannt.

§ 2. Den fungierenden Mitgliedern des Zentral-Ausschusses werden 2 Taler Diäten gezahlt.

§ 3. Der Zentral-Ausschuß hat seinen Sitz in Berlin, kann ihn aber erforderlichenfalls verlegen.

§ 4. Die Aufgabe des Zentral-Ausschusses ist, die demokratisch-republikanische Partei zu einigen und zu stärken, regelmäßig Berichte von den Kreisausschüssen einzufordern und alles Wichtige den Klubs auf geeignetem Wege mitzuteilen.

(Dieser Paragraph wird bis auf das noch zu beratende Wort „republikanisch“ angenommen, „da viele in den Provinzen Anstoß daran nehmen könnten“.)

§ 5. Der Zentral-Ausschuß ist berechtigt, den demokratischen Kongreß halbjährlich, in außergewöhnlicher Entwicklung zu jeder Zeit zu berufen.

§ 6. Für den Zentral-Ausschuß wird von jedem Vereine auf den Kopf 2 Pfennige für den Monat gezahlt.

(Über diesen Paragraphen kam man vor einer Unmenge von Nebenanträgen nicht zum Schluß.)

Finanzplan.

(Protokoll Seite 19.)

1. Jeder Verein sorgt für seine nötigen Geldmittel nach eigenem Belieben.

2. Zur Betreibung der Geldmittel für die demokratischen Kreisausschüsse und den Zentralausschuß Deutschlands werden von allen Seiten des Zentralausschusses allmonatlich an die Kreisausschüsse Quittungskarten zur weiteren Verteilung an die einzelnen Mitglieder ausgegeben.

3. Diese Quittungskarten sind gegen ein Entgelt von wenigstens 2 Pfennig zu kaufen.

4. Jedes Mitglied muß eine solche Karte lösen.

5. Sie gewähren Eintritt in jeden zur deutschen Demokratie gehörigen Verein, nicht aber die Mitgliedschaft.

6. Der Kreisausschuß behält $^2/_3$ dieser Einnahmen. $^1/_3$ erhält der Zentralausschuß zur Bestreitung der Ausgaben.

7. Die vom Zentral-Ausschuß ausgegebenen Karten sind jeden Monat von besonderer Farbe.

Anlage 7

Grundsätze über Verfassungsfragen.

(Protokoll Seite 21.)

1. Hat der Kongreß über eine bestimmte Staatsform zu entscheiden?

2. Der demokratische Kongreß erklärt die Verwirklichung der Volkshoheit.

3. In Erwägung, daß die materielle Wohlfahrt die Grundlage der politischen Freiheit ist, erklärt der demokratische Kongreß, daß nur in der demokratisch-sozialen Republik die Lösung der sozialen Frage möglich ist.

4. Entwurf über die Erklärung der Menschenrechte, welche von Oppenheim in 38 Paragraphen vorgelesen werden.

5. Der demokratische Kongreß beschließt, daß keine Verfassung beschlossen wird, welche nicht auf folgende unumstößliche Grundrechte basiert:

a) direkte Wahlen ohne Zensus,
b) eine einzige Volkskammer,
c) jährlich erneuerte Wahlen,
d) Zurückberufung der Volksvertreter im Falle der Nichterfüllung ihres Mandates (Volksveto).
e) unentgeltliche Abschaffung bäuerlicher Lasten,
f) Abschaffung aller Privilegien.

Erklärung der Menschenrechte. [1])

(Protokoll Seite 20.)

1. Der Zweck jedes politischen Gemeinwesens ist die Wahrung der natürlichen und unverjährbaren Rechte des Menschen und die Entwicklung aller seiner Fähigkeiten.

2. Die wichtigsten Menschenrechte sind die, für die Erhaltung seiner Existenz und seiner Freiheit zu sorgen.

3. Diese Rechte stehen allen Menschen gleichmäßig zu, wie groß auch die Verschiedenheit ihrer körperlichen und geistigen Kräfte sei. Die Gleichheit der Rechte ist von der Natur gesetzt; die Gesellschaft, weit entfernt, ihr Eintrag zu tun, wahrt sie bloß gegen den Mißbrauch der Gewalt, welcher sie untergräbt.

4. Die Freiheit ist die jedem Menschen zukommende Macht, nach seinem Gutdünken alle seine Fähigkeiten anzuwenden; sie hat zur Richtschnur die Gerechtigkeit, zur Schranke die Rechte der andern, die Natur zur Grundlage und das Gesetz zur Schutzwehr.

5. Das Recht, sich friedlich zu versammeln, das Recht, seine Meinung durch die Presse und auf jede andere Art kund zu geben, sind so notwendige Folgerungen aus dem Grundgesetz der menschlichen Freiheit, daß das Bedürfnis, sie zu verkündigen das Dasein des Despotismus oder die frische Erinnerung an denselben voraussetzt [2]).

6. Das Eigentum ist das Recht jedes Bürgers, nach seinem Belieben den ihm vom Gesetz verbürgten Anteil an Gütern zu verwenden.

7. Das Eigentumsrecht ist wie alle Rechte begrenzt durch die Verpflichtung, die Rechte anderer zu achten.

8. Es kann weder der Sicherheit, noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigentum unserer Nebenmenschen Eintrag tun.

9. Jeder Handel [3]), der dieses Prinzip verletzt, ist wesentlich unerlaubt und unsittlich.

10. Die Gesellschaft ist verpflichtet, für das Auskommen aller ihrer Mitglieder zu sorgen, sei es nun, daß sie ihnen Arbeit verschafft, oder daß sie den Arbeitsunfähigen Existenzmittel sichert.

11. Die unentbehrlichen Hilfsmittel für denjenigen, dem das nötigste fehlt, sind eine Schuld dessen, der Überfluß hat [4]). Das Gesetz hat die Art der Abtragung dieser Schuld zu bestimmen.

12) Die Bürger, deren Einkünfte nicht das zur Bestreitung ihres Unterhaltes nötige übersteigen, sind nicht verpflichtet, zu

den öffentlichen Ausgaben beizutragen; die andern müssen dieselben in gesteigertem Verhältnis, je nach dem Betrage ihres Vermögens, übernehmen (progressive Einkommensteuer) [5]).

13. Die Gesellschaft muß mit allen ihren Kräften die Fortschritte der allgemeinen Bildung zugänglich machen [6]).

14. Das Volk ist souverän; die Regierung ist sein Werk und sein Eigentum; die Beamten sind seine Diener. Das Volk kann seine Regierung beliebig ändern und seine Bevollmächtigte abberufen.

15. Das Gesetz ist der freie und feierliche Ausdruck des Volkswillens.

16. Das Gesetz muß für alle gleich sein.

17. Das Gesetz kann nur verbieten, was dem Gemeinwesen schädlich, und nur gebieten, was demselben nützt.

18. Jedes Gesetz, welches die unverjährbaren Rechte des Menschen verletzt, ist durchaus ungerecht und tyrannisch; es ist kein Gesetz.

19. In jedem freien Staate muß das Gesetz hauptsächlich die öffentliche und persönliche Freiheit gegen die Gewalt der Regierenden sicher stellen. Jede Einrichtung, welche nicht das Volk als gut und die Behörden als bestechlich voraussetzt, ist fehlerhaft.

20. Kein Teil des Volkes kann die Macht des ganzen Volkes ausüben, aber der Wunsch, den er ausspricht, muß beachtet werden als der Wunsch eines Teiles des Volkes, welcher zum allgemeinen Willen beizutragen hat. Jede Abteilung des versammelten Souveräns muß das Recht haben, ihren Willen mit vollständiger Freiheit auszusprechen; sie ist durchaus unabhängig von allen eingesetzten Behörden und befugt, ihre Beratungen selbständig zu ordnen und zu überwachen.

21. Alle Bürger sind zu allen Ämtern zulässig ohne einen anderen Unterschied als den der Tugenden und der Talente, ohne einen anderen Rechtsanspruch als das Vertrauen des Volkes.

22. Alle Bürger haben ein gleiches Recht, zur Ernennung der Bevollmächtigten des Volkes und zur Bildung der Gesetze beizutragen.

23. Damit diese Rechte nicht bloßer Schein und die Gleichheit nicht ein Trugbild seien, muß die Gesellschaft ihre Beamten besolden und dafür sorgen, daß die Bürger, die von ihrer Arbeit leben, den öffentlichen Versammlungen, wohin das Gesetz sie beruft, beiwohnen können, ohne ihre eigene oder ihrer Familie Existenz zu gefährden.

24. Jeder Bürger muß gewissenhaft der Obrigkeit und ihren Agenten gehorchen, wenn sie die Organe oder Vollzieher des Gesetzes sind.

25. Aber jede Handlung gegen die Freiheit, gegen die Sicherheit oder das Eigentum eines Menschen, die von irgend jemanden selbst im Namen des Gesetzes außer den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen und Formen begangen wird, ist willkürlich und nichtig; schon die Achtung vor dem Gesetz verbietet, sich ihr zu fügen; und wenn sie gewaltsam vollzogen werden soll, so ist es erlaubt, sie mit Gewalt zurückzuweisen.

26. Das Recht, an die Inhaber der Staatsgewalt Bittschriften zu richten, steht jedermann zu.

Diejenigen, an welche sie gerichtet sind, müssen über den Inhalt derselben erkennen, aber sie können die Ausübung dieses Rechts niemals verbieten, beschränken oder bestrafen.

27. Der Widerstand gegen die Unterdrückung folgt notwendig aus den allgemeinen Menschenrechten [7]).

28. Der ganze Gesellschaftskörper ist unterdrückt, wenn ein einziges seiner Glieder unterdrückt ist. Jedes Glied ist unterdrückt, wenn der Körper unterdrückt wird.

29. Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, so ist die Empörung das heiligste Recht und die unumgängliche Pflicht für das Volk und für alle seine Teile.

30. Wenn einem Bürger der Schutz der Gesellschaft mangelt, so tritt er in den Naturzustand zurück, selbst seine Rechte zu verteidigen.

31. In beiden Fällen ist der sogenannte „gesetzliche Widerstand" gegen die Unterdrückung nur der spitzfindigste Kunstgriff und die schlaueste Maske der Reaktion [8]).

32. Die öffentlichen Ämter sind weder als Auszeichnungen noch als Belohnungen anzusehen, sondern als Pflichten gegen den Staat.

33. Die Vergehen der Beamten [9]) müssen streng und schnell bestraft werden. Niemand kann sich für unverletzlicher ausgeben als die andern Bürger.

34. Das Volk hat das Recht, alle Handlungen seiner Bevollmächtigten zu kennen; sie müssen ihm genaue Rechenschaft ablegen und sich achtungsvoll seinem Urteil unterziehen.

35. Die Menschen aller Völker [10]) sind Brüder, und die verschiedenen Völker sollen sich gegenseitig nach Kräften unterstützen wie Bürger e i n e s Staates.

36. Wer eine Nation unterdrückt, ist ein Feind aller Nationen.

37. Diejenigen, welche ein Volk bekriegen, um die Fortschritte der Freiheit zu hemmen und die Rechte der Menschen zu vernichten, müssen überall [11]) verfolgt werden, nicht wie gewöhnliche Feinde, sondern wie Menschenmörder und rebellische Räuber.

38. Die Aristokraten, die Tyrannen [12]), wer sie auch sein mögen, sind Sklaven, welche sich gegen den Herrn der Erde, genannt Menschengeschlecht, und gegen den Gesetzgeber der Welt, genannt Natur, empört haben.

Hexamers Antrag zu den Grundsätzen über Verfassungsfragen.

(Protokoll Seite 25.)

Die Demokraten Deutschlands aufzufordern, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß keine Verfassung in Deutschland, weder eines Einzelstaates noch eines Bundesstaates vom Volke anerkannt werde, welche nicht nachfolgende unerläßliche Grundsätze freier Staatsverfassung enthalten, ohne deren Verwirklichung die deutsche Revolution nicht als geschlossen zu betrachten ist.

1. Direkte Urwahlen der Abgeordneten ohne irgendeine Beschränkung der Wahlfreiheit und Wählbarkeit durch Zensus oder Privilegien.

2. Eine einzige Volkskammer, welche Verfassungsgesetze entwirft und nur Spezialgesetze beschließt.

3. Jährlich erneute Wahlen.

4. Durch Majorität der Wähler zurückziehbare Mandate.

5. Vorlage aller Verfassungsgesetze vor die Urversammlungen des Volkes zur Annahme oder Verwerfung nach Stimmenmehrheit aller Urwahlen des Landes (Volksveto).

6. Einführung einer demokratischen Gemeindeverfassung nach den Grundsätzen des von d'Ester entworfenen und von der Linken der preußischen konstituierenden Versammlung angenommenen Entwurfs.

7. Allgemeine Volksbewaffnung.

8. Unentgeltliche Abschaffung aller Feudallasten.

9. Abschaffung aller Privilegien.

Londons Antrag als Amendement zu Hexamers Antrag.

(Protokoll Seite 25.)

Der demokratische Kongreß beschließt, allen in Deutschland tagenden konstituierenden Versammlungen die Erklärung zu übersenden, daß der demokratische Kongreß die deutsche Revolution nicht eher für geschlossen hält, als bis dem deutschen Volke folgende Grundrechte garantiert sind:

1. Preßfreiheit ohne jede Beschränkung.
2. Freies Vereinigungsrecht ohne jede Beschränkung.
3. Allgemeines direktes Wahlrecht mit Widerruf der Mandate.
4. Garantie der Bildung.
5. Garantie der Arbeit.

Anmerkungen

1) Diese „Erklärung der Menschenrechte" hat der Verfasser, H. B. Oppenheim, wie er selbst auf dem Kongresse geäußert hat (s. oben S. 88), mit geringen Abweichungen von einer „Déclaration des droits de l'homme" des Robespierre entlehnt. Über den Ursprung dieser letzteren wollen wir kurz folgendes bemerken: Als im Jahre 1793 der französische Nationalkonvent die Verfassung der neuen Republik beriet, indem er die ältere der Nationalversammlung von 1789 zugrunde legte, handelte es sich darum, ob auch die alte Fassung

der „Erklärung der Menschenrechte“ wieder in der früheren oder in einer neuen Form der Verfassungsurkunde vorangestellt werden sollte. Man beschloß das letztere; wollte also die „Déclaration des droits de l'homme“ neu formulieren. Über die neue Fassung erhob sich im Nationalkonvent jedoch ein Streit zwischen den Girondisten und den Jakobinern, und eben Robespierre trug, unter Zustimmung seiner Parteigenossen, am 24. April 1793 seine eigene Fassung von 37 Sätzen im Konvent vor, die er schon am Tage vorher im Klub der Jakobiner vorgelesen hatte. Sie ist im Gegensatz zur girondistischen Fassung radikaler, wurde aber nicht vom Konvent angenommen. Die Jakobiner hatten sie auch zur schnelleren Verbreitung und für die Agitation drucken lassen. Später, zur Zeit Ludwig Philipps und der zweiten Republik hat diese Robespierresche „Erklärung der Menschenrechte“ den französischen Sozialisten als Parteiprogramm gedient (vergl. A. Aulard: Histoire politique de la révolution française, Paris 1901, S. 290 ff). Durch die letzteren wird Oppenheim wieder auf die Robespierresche Fassung aufmerksam geworden sein, die sich in Buchez et Roux: Histoire parlementaire de la révolution française (de 1789—1815, Paris 1836), Bd. 26, S. 92 ff. findet. Oppenheim hat in seiner Erklärung 38 Absätze, also einen mehr, weil er den 4. Absatz der Robespierreschen Fassung geteilt hat.

2) Absatz 5 findet sich bei Robespierre unter Absatz 4.

3) Als Abs. 10 bei Robespierre. Bei Oppenheim fehlt die Übersetzung von toute possession hinter tout trafic.

4) Lautet bei Robespierre (Absatz 12): Les secours nécessaires à l'indigence sont une dette du riche envers les pauvres.

5) Oppenheim hat „Progressive Einkommensteuer“ eingeschaltet.

6) Lautet bei Robespierre (Absatz 14): „La société doit favoriser de tout son pouvoir les progrès de la raison publique, et mettre l'instruction à portée de tous les citoyens.“

7) Robespierre hat „est la conséquence des autres droits de l'homme“.

8) Lautet bei Robespierre: „dans l'un et l'autre cas assujettir à des formes légales la résistance à l'oppression est le dernier raffinement de la tyrannie.

9) Bei Robespierre: „les délits des mandataires du peuple“.

10) Bei Robespierre: „les hommes de tous les pays“.

11) Bei Robespierre „...doivent être poursuivis par tous...“

12) Bei Robespierre: Les rois, les aristocrates, les tyrans...“

Anlage 8

Protokolle der Nachmittags-Sitzung des 2. Demokraten-Kongresses vom 28. Oktober [1]).

(„Volksblätter“)

Schramm meint, es wäre wohl angemessen, die erlangten Resultate zu veröffentlichen; er empfinde Scham darüber, daß noch gar keine Demonstration gemacht sei. Wir müssen jedenfalls erklären, daß die deutsche Zentralgewalt uns schlecht vertritt. Er hätte gewünscht, daß eine bestimmte Aufforderung ergangen wäre, nach Wien zu gehen; da das nicht geschehen, müsse man wenigstens alles tun, was noch möglich wäre.

Hexamer beantragt, daß eine Deputation an die Versammlung der demokratischen Parteien der deutschen kon-

(„Die Reform“)

(Nr. 121 vom 2. und Nr. 122 vom 3. November.)

Lehmann hat eine morgen in Potsdam stattfindende Volksversammlung angezeigt.

Schramm zeigt eine gleiche für Berlin an, die morgen 3 Uhr stattfinden soll. Er erklärt, daß dieselbe in der Sache Wiens notwendig sei, und beklagt, daß der Zentralausschuß nicht schon eine Aufforderung erlassen habe zur Unterstützung Wiens.

Ruge teilt einen Beschluß der versammelten Linken in der Wiener Angelegenheit mit; es sei Zeit, daß auch der demokratische Kongreß die Sache zur seinigen mache, damit das Volk von Berlin und ganz Deutschland sich für Wien erkläre.

Hexamer beantragt: „Der demokratische Kongreß beschließt, sich den Bestrebungen und Beschlüssen der hier ver-

(„(Volksblätter")

stituierenden Versammlungen gesendet werde, um ihr zu erklären, die Kräfte der gesamten deutschen Demokratie ständen ihr zu Gebote.

(„Die Reform")

sammelten Mitglieder der äußersten Linken deutscher konstituierender Versammlung in betreff des Schicksals von Wien anzuschließen; er stellt dieser Versammlung die ganze Kraft der demokratischen Partei zur Disposition. Dies soll durch eine Kommission erklärt werden."

(Von hier aus gehen die beiden Protokolle für eine Weile etwas auseinander.)

Mitteilung, daß die preuß. Regierung Anstalten mache, Soldaten nach Wien zu senden. Mehrere Regimenter seien nach Küstrin beordert, mehrere andere seien schon abmarschiert.

Horwitz berichtigt das und sagt, es seien in Schlesien nur Truppenbewegungen geschehen gegen die widerspenstige Landwehr, welche sich nicht einkleiden lassen wollte.

Hoyoll spricht auch über das Benehmen der Landwehr in Schlesien.

Silberstein erneuert seinen vormittag gestellten Antrag, der Kongreß möge erklären, daß die Zentralgewalt schmachvoll gegen Wien gehandelt habe.

Engelmann beantragt, der Kongreß beschließt solange

Kunze erklärt sich gegen Beteiligung an der Volksversammlung, da man mit den Geschäften des Kongresses eilen müsse, indem die Fremden zu Hause notwendig seien.

Weitze ist für Schramms Antrag, weil die preußische Regierung bereits Soldaten nach Wien schicke.

Nachdem Pietzsch erklärt hat, daß sein Verein den Wienern schon früher seine tatkräftige Unterstützung angeboten habe, und nach einigen Erörterungen über die oben von Weitze angeführte Tatsache, beantragt

Silberstein, daß man seinen heute morgen nicht für dringlich erklärten Antrag wieder aufnehme, wonach das Verfahren der Zentralgewalt und der Nationalversammlung in der Wiener Sache für einen Verrat erklärt werden soll. Inzwischen sind mehrere Anträge eingegangen.

Jahnson zieht den seinigen zurück und Leuthold

(„Volksblätter“)

zu tagen, bis die inneren Angelegenheiten erledigt sind.

Herzfeld beantragt, der Kongreß solle beschließen, die Beschlüsse der Linken anzunehmen und darüber zu beraten.

Hexamer unterstützt den Antrag, sich den Beschlüssen anzuschließen und ihr die Kräfte der Demokratie zu Gebote zu stellen.

Ruge: Es handelt sich nicht mehr um Beschlüsse, sondern um einen Aufruf und was daraus folgt.

Schramm: Wir müssen teilnehmen an der Volksversammlung, welche morgen stattfinden soll.

Bürger! Man hat uns nicht nur hergeschickt, um bloß eine Organisation zu machen, sondern auch, um im geeigneten Moment ganz und gar die Interessen der Demokratie zu vertreten.

Handeln wir daher! Treten wir unter freiem Himmel morgen vor dem Volke auf! Wenn

(„Die Reform“)

nebst Petery, der beantragt hatte, der Kongreß solle heute solange tagen, bis über die Wiener Frage das nötige beraten worden ist, schließen sich dem Herzfeldschen an: „Der Kongreß möge heute solange zusammenbleiben, bis die Beschlüsse der Linken hier bekannt werden, damit der Kongreß über diese Beschlüsse ebenfalls Beschluß fassen könne.“

Derselbe wird ebenso wie der Schrammsche unterstützt. Das gleiche gilt von dem Antrage

Seidler: „Der Kongreß möge zu der morgenden Volksversammlung 5 Redner als Deputation zu derselben erwählen, um den Kongreß nicht aufzuheben“, und dem Hexamers.

Ruge: Es handle sich nicht mehr um Beschlüsse der Linken, sondern bloß um einen Aufruf, den man nicht abzuwarten und deshalb zusammenzubleiben brauche.

Schramm: Man möge die Sitzung um 7 Uhr wieder beginnen, dürfe aber keinesfalls die Volksversammlung versäumen; der jetzt erschlaffende Geist der Revolution müsse wieder geweckt werden; jetzt sei der Zeitpunkt dazu da.

(„Volksblätter“)

wir handeln, so handeln wir für Deutschland! Aber die Linke besteht aus Leuten, denen wir nicht unbedingt folgen können.

Ruge gegen den vorigen Redner: Es ist unrecht, uns von den Männern der Linken loszusagen. Wir sollen gewiß eine Volksversammlung berufen, aber der Erlaß der Linken muß als Grund der Debatte dienen.

Engelmann: Mitbürger! Wir hatten den Kongreß der Demokraten in Breslau und waren von der Lage Wiens sehr gerührt und hegten dafür lebhafte Teilnahme, namentlich als wir Nachrichten erhielten von bewaffnetem Zuzuge, der leider teilweise scheiterte an den besetzten Bahnen.

(„Die Reform“)

Löhr: Man sei hierher geschickt worden, nicht bloß einer Organisation halber, sondern um das Volk kennen zu lernen, und bloß morgen sei eine Volksversammlung möglich.

Leuthold: Man solle handeln, die Erhebung Berlins sei die von ganz Deutschland, sein Sieg sei der von ganz Deutschland; man müsse die Linke die Initiative ergreifen lassen, ihr Beschluß reiche aus, man müsse ihn anerkennend aufnehmen; man sage die Volksversammlung an, aber so, als habe die Linke die Initiative dazu ergriffen, ihr Aufruf sei das Programm der Volksversammlung; die Mitglieder des Kongresses müssen bloß hineintreten.

Engelmann: In dem Kongreß der schlesischen Vereine zu Breslau seien viele Stimmen laut geworden für den Zuzug nach Wien, aber auch für die Schwierigkeit eines solchen, zuletzt habe man sich an die Berliner Nationalversammlung gewendet, welche die Wiener Angelegenheit ver-

(„Volksblätter“)

Nach längeren Debatten beschloß man, sich an die Nationalversammlung zu wenden und die Besprechung der Wiener Angelegenheit zu verlangen, sie möge es ja unterlassen, Truppen gegen Wien zu schicken, aber der deutschen Sache zu helfen. Das wird diese Versammlung nicht tun, aber sie soll sich wenigstens aussprechen. Man erklärte sich, daß der Fall des Handelns gekommen wäre, sobald man Truppen an die Grenze sendete. Das ist die dort herrschende Stimmung.

Ich kann ihren Antrag, zu handeln, nur unterstützen: aber dennoch müssen die Massen nur so unterrichtet werden, daß jede unnütze Handlung vermieden wird. Ich glaube, es dürfte an uns sein, dieser Volksversammlung beizuwohnen.

Ottensoser: Ich schließe mich entschieden an Schramm an: Wenn die Linke ein Manifest erläßt, so ist das eine Initiative, auf die wir nicht einzugehen haben. Wir haben mit der Linken nichts zu tun, und auch morgen dürfen ihre Beschlüsse uns nicht als Grundlage dienen.

Asch: Es ist wahrhaftig nicht leicht, kalt vor eine Ver-

(„Die Reform“)

handeln sollte, um dadurch das Gefühl einer gemeinsamen Sache zu wecken; sie sollte die Forderung von Truppen seitens der Zentralgewalt zurückweisen, eventuell mit Truppen der deutschen Seite zu Hilfe kommen; Elsner habe aber bis jetzt noch nicht diese Petition zur Sprache bringen können; der Augenblick des Handelns werde dann gekommen sein, wenn man Truppen über die Grenze schicken wolle. Er unterstützt den Antrag, gemeinsam mit der Linken zu handeln; man müsse die Volksversammlung halten, um das Volk zu unterrichten, von jedem unnützen Putsch abzuhalten. Die Berliner Demokraten müßten sie berufen, sodann der Kongreß beitreten.

Ottensoser schließt sich Schramm an; das Manifest der Linken sei die revolutionäre Initiative, man müsse zusehen, ob sie so fortschreiten; gegen Silbersteins Antrag bemerkt er: wir wollen mit der Nationalversammlung gar nichts mehr zu tun haben.

Schramm: Man könne eine Interpellation durch die Nationalversammlung an das Ministerium mit dem Antrag auf Unterstützung der Wiener stellen, der die Majorität erlangen könne.

Asch: Der ruhigen Überlegung sei es schwer, im gegen-

(„Volksblätter“)

sammlung zu treten, welche durch enthusiastische Redner entflammt ist. Sie haben kurz vorher durch großen Beifall des Vorschlages Hexamers die Linke an die Spitze gestellt, sie sind in Jubel über ihren Beschluß ausgebrochen. Deshalb können Sie nun mit einem Male nicht selbständig einen Schritt tun, von welchem Sie noch nicht einmal wissen, ob er förderlich sein wird. Die Volksversammlung darf durchaus nicht offiziell vom Kongreß ausgehen: Sie müssen hingehen, Bürger, und reden, aber nicht die Versammlung selbst berufen.

H e x a m e r: Ich muß mich auch entschieden aussprechen gegen irgendeinen Schritt des Kongresses ohne Übereinstimmung mit der Linken. Überlegen wir die Sache möglichst ruhig, Bürger! Bedenken wir, daß wir uns recht gut an die Linke anschließen können und mit ihr die große bevorstehende Erhebung auszuführen vermögen, ohne uns das geringste zu vergeben. Der Kongreß kann auch keine Volksversammlung selbständig berufen, und er darf es um so weniger, nachdem er in der Beratung so geringe Fortschritte gemacht hat. Benutzen wir unsere kostbare Zeit und setzen wir uns schleunigst durch eine Deputation mit der Linken in Verbindung.

S t e i n: Ich muß mich entschieden gegen alle diese Anträge erklären. Seit den Tagen

(„Die Reform“)

wärtigen Moment zu sprechen; mit Hexamers Antrag solle man vorläufig die Linke an die Spitze der Bewegung stellen, etwas anderes könne man jetzt nicht tun; die demokratische Partei solle das Volk in der Versammlung aufklären und vorbereiten; aber nicht offiziell, das sei Sache der Berliner; dagegen sollen die Kongreßmitglieder mit hingehen.

H e x a m e r: Auch er könne sich nicht in den Rausch der Begeisterung stürzen, er sei gegen jeden Schritt ohne die Linken, im Volke sei ein gewisses Rechtsbewußtsein, ein Sinn für die gesetzlichen Behörden da, die Linken hätten deshalb eine größere Gewalt; man könne sich denselben bei ihren Schritten nur anschließen, aber nichts ohne sie tun. Die Volksversammlung sei nicht Beruf des Kongresses, man bedürfe der wenigen noch übrigen Stunden notwendig. Er beantragt Tagesordnung über alle gestellten Anträge außer dem seinigen.

S t e i n erklärt sich gegen alle vorliegenden Anträge. Alle Druckerschwärze, die man bis-

(„Volksblätter“)

des März haben wir unendlich viel Tinte und Druckerschwärze verschwendet, ohne der Sache etwas zu nützen. (Oho!) Wir zweifeln nicht an der Sache der Demokratie, die aber nie siegen wird durch Erklärungen gegen die Zentralgewalt. Wir wollen jetzt erklären, wir machen die Sache Wiens zu der unsrigen, während Windischgrätz die Stadt in Trümmer schießt. Was hilft eine solche Erklärung? Dazu ist keine Zeit. Wir können nur die Begebenheiten ruhig beobachten; Erklärungen helfen zu gar nichts.

Schnake: Zum ersten Male höre ich in dieser Versammlung so zum Handeln auffordern! Bedenken Sie, wenn wir Wien helfen wollen, so muß es bald geschehen! Haben Sie Einfluß, Freischärler für Wien aufzubieten, dann tun Sie es, denn das heißt handeln! An die Linke müssen wir uns schließen und Hand in Hand mit ihr gehen, aber handeln wollen wir nicht eher, als bis wir die Mittel dazu haben.

Eichler: Es liegen zwei Vorschläge uns vor, über die ich mich aussprechen will. Ich erkläre mich entschieden gegen eine Volksversammlung, weil wir uns eine lange Zeit bemüht haben, die Aufregung hervorzubringen, und weil, wenn wir jetzt nicht losschlagen können, das Volk anfangen wird, uns zu mißtrauen. Was wollen Sie dem Volke sagen, wenn Sie es mor-

(„Die Reform“)

her verbraucht, habe unsere Sache nicht einen Schritt vorwärts gebracht; eine Erklärung über das Verhalten der Zentralgewalt berührt deren Existenz nicht, ebenso helfe eine Erklärung für die Wiener nichts; jetzt sei die einzige Aufgabe der Demokratie, die Begebenheiten richtig zu beobachten, bis etwas zu tun sei.

Schnake: Zum ersten Male höre er von handeln: dies heiße aber hier bloß: Freischaren nach Wien zu schicken; der Kongreß müsse mit der Linken Hand in Hand gehen, damit er einen voreiligen Beschluß nicht bereue; man berufe eine Volksversammlung, um das Volk über seine Lage zu belehren; erst müßten die Mittel zum Handeln überlegt werden.

Eichler ist gegen die Volksversammlung, weil man sich lange genug mit Erfolg abgemüht, Aufregung im Volke hervorzurufen; man dürfe das nicht wieder tun, wenn man nicht handeln könne; rate man wieder ab, so demoralisiere man das Volk; was man das Volk lehren könne, das wisse es schon; nach der Versammlung müßten Taten geschehen; da

(„Volksblätter“)

gen zusammenberufen haben; zu welchen Handlungen wollen Sie es auffordern? Wenn wir jetzt eine Volksversammlung berufen, müssen wir danach Taten tun, was jetzt nicht möglich ist! — Ein großer Teil der hiesigen Linken hat verlangt, die Stimmung im Volke zu erhalten; was soll das aber? Unnütz das Volk aufregen, heißt: es ins Verderben führen. Wenn wir nun beschließen, wir machen die Wiener Sache zu der unsrigen, so nützt das durchaus nichts! Demonstrationen haben uns bisher nichts geholfen und werden uns auch jetzt nichts helfen! Ebenso ist es vergeblich, an die Kammer zu appellieren; aber es nützt nicht nur nichts, sondern es schadet auch. Wir wollen keine Volksversammlung jetzt haben, weil die besten Freunde des Volkes demselben nichts sagen können als: Wartet nur noch! Wir haben Sympathien für Wien, aber wir können ihm nicht helfen! Wir können nur eine Deputation an die Linke senden und ihr unsere Sympathien ausdrücken!

(„Die Reform“)

dies nicht möglich sei, so halte man auch keine Volksversammlung. Was die Linken nach ihren Worten noch tun würden, sei abzuwarten; bloße Demonstrationen habe man genug gehabt, sie hätten aber nichts genützt; der Nationalversammlung in Berlin könne man den erwähnten Vorschlag nicht machen, weil dies nicht nütze, vielmehr schade, da bei jeder solchen Demonstration unnütze Putsche entstehen. Er halte es aber der Würde der Linken für angemessen, eine Deputation hinzuschicken.

O p p e n h e i m: Ich kenne unsere Bewegung und auch die Linke und weiß, daß unter dieser die wenigsten den Straßenkampf wünschen! Meiner Ansicht nach brauchen wir keine Deputation an die Linke zu senden; es ist genug geschehen dadurch, daß wir sie eingeladen haben, und wenn sie nicht kommen, so ist das ihre Schuld. Wir brauchen sie

O p p e n h e i m will keine Deputation, da die Linke nicht in die Kongreßversammlung gekommen sei; die Deputation sei überflüssig; wollten jene, was das Volk will, so brauche man die Versicherung nicht, die man ihnen geben wolle; durch die Adresse an das Parlament setze man sich herab.

(„Volksblätter“)

übrigens nicht zu versichern, daß wir beitragen werden, ihre Beschlüsse auszuführen! Die Proteste und Erklärungen müssen ein Ende haben, und eine Volksversammlung ist jetzt durchaus nicht nötig.

Hexamer berichtigt, daß die Linke allerdings den Versammlungen des Kongresses beigewohnt habe.

Silberstein: Wenn ich Euch nur einen papiernen Vorschlag, einen Antrag zu einer Erklärung machte, so ist das Eure Schuld, Bürger! Es ist traurig genug, daß Ihr gewartet und gezögert habt bis zu dieser Zeit, wo Wien in Flammen steht! Die Demokratie hat wieder einmal bewiesen, daß sie sich immer mehr mit Worten als mit Taten abgibt! Zu Hilfe muß man Wien ziehen; sonst wird sich Wien lossagen von Euch! (Bravo!)

Engelmann greift Silberstein an und wirft ihm vor, daß er von Wien in dieser Zeit sich entfernt habe; wenn er so tatendurstig wäre, hätte er doch dableiben sollen.

(„Die Reform“)

Hexamer bemerkt zur Berichtigung, daß die Mitglieder der anwesenden Linken häufig in den Kongreßversammlungen gewesen seien.

Silberstein: Sein Antrag sei bloß ein Minimum gegewesen; nicht einmal dieses wolle man; traurig sei es, wenn erst die Flammen Wiens die Begeisterung anzünden müßten; als Armeen gegen Wien zogen, habe man gewartet, jetzt könne nicht mehr hingezogen werden. Die deutsche Demokratie habe abermals bewiesen, daß es ihr mehr um Worte als um Taten zu tun sei. Wolle man in der Volksversammlung bloß Worte machen? Komme das Volk zusammen, so müsse man ihm sagen: „Eure Zentralgewalt hat Euch verraten; Ihr müßt an die einzelnen Regierungen appellieren, daß sie Wien zu Hilfe ziehen; wenn sie das nicht wollen, so erklärt ihnen: „Wir sagen uns von Euch los!“

Engelmann weist den Vorwurf Silbersteins von der übrigen deutschen Demokratie außer Wien zurück und fragt, warum der Redner von Wien jetzt hier sei.

(„Volksblätter“)

(„Die Reform“)

Der Präsident fordert auf, man möge sich nicht in Worten ereifern.

Silberstein verteidigt sich und sagt, daß er solange in Wien gewesen ist und mitgekämpft hat, bis er eine Mission erhalten habe.

Silberstein erwidert: Er habe jede Bewegung mitgemacht, bis er im Auftrage der Legion nach Frankfurt gegangen sei, hier und in Breslau habe er das Volk zur Tat aufgefordert; der Zentral-Ausschuß habe ihn eingeladen, hier etwas in der Wiener Sache zu tun; jetzt sei ihm der Weg nach Wien abgeschnitten.

(Heftiger Ruf nach Schluß!)

Es wird der Antrag auf Schluß gestellt.

Protest dagegen.

London spricht dagegen, weil die letzten acht Redner gegen die Volksversammlung gesprochen hätten. Der Antrag auf Schluß wird mit 62 gegen 60 Stimmen verworfen.

Der Schluß mit wird 62 gegen 60 Stimmen verworfen.)

Ein inzwischen eingereichter Antrag Beust und Konsorten: „Der Kongreß beschließt, die vereinigte Linke aufzufordern, gemeinschaftlich mit dem demokratischen Kongreß morgen eine Beratung über die Maßregeln in bezug auf Wien zu halten“, findet nicht die gehörige Unterstützung.

Jonas: Die vorigen Redner haben immer gesagt, der Zeitpunkt sei nicht geeignet zum Handeln, sind uns aber den Beweis dafür schuldig geblieben. Was wollen wir denn? Wir sitzen hier tagelang, ohne etwas zu tun, und unterdes liegt Wien vielleicht schon in der Asche, und wir nennen uns einen Ausschuß von Demokraten. Freischaren müssen wir

Jonas fuhr fort: Niemand habe bewiesen, daß ein gelegenerer Zeitpunkt kommen werde, etwas auszuführen, jetzt sei er da; handle man jetzt, so handle man besonnen; man habe noch nichts getan für Wien, trotzdem es unsere Angelegenheit sei, als Angelegenheit des ganzen deutschen Vaterlandes; der Kongreß sei geeigneter, hier die Initiative

(„Volksblätter“)

organisieren und den Süddeutschen zu Hilfe ziehen.

Bracklow stellt den dringlichen Antrag, der Kongreß solle die Organisation rasch beendigen, den Zentral-Ausschuß wählen, die fremden Deputierten sollen nach Hause reisen, während die hiesigen am Werke der Organisation weiterarbeiten.

Schramm fordert wiederholt auf zur Volksversammlung.

Heise meint, der Kongreß sei nicht da, um eine Revolution zu organisieren.

(„Die Reform“)

zu ergreifen, als die Nationalversammlung; er dürfe seine Maßregeln nicht von jener abhängig machen; es sei seiner Stellung unwürdig, unter jene zu treten; gehe Wien unter, dann werde die Demokratie gelähmt, dann werde der Kampf für uns ungünstig sein; der Kongreß möge zu Freischaren auffordern.

Bracklow beantragt, der Kongreß stelle so schnell als möglich die ständige Organisation her, wähle sofort den Zentral-Ausschuß, jeder Kreis sende einen, und zwar die ältesten, nach Hause und die Rüstigen bleiben vorläufig, wohin sie jetzt gehören, in Berlin.

Schramm: Er wolle nur noch hervorheben, daß er im Auftrage der Linken gesprochen in der Sache der Volksversammlung, deshalb sei jede Anfrage unnötig; man wolle den legalen Boden nicht verlassen, auf dem sich wesentliche Maßregeln zum Schutze der deutschen Sache ergreifen lassen. Der Redner fordert zum zahlreichen Besuch der Volksversammlung auf.

Heise: Er sei Revolutionär von Hause aus: aber wer habe das Mandat zur Organisation der Revolution? Der Kongreß als solcher könne nichts Derartiges beschließen.

Asch richtet an Schramm die Frage, ob das von ihm gesagte offizielle Erklärung der Linken sei? Da Schramm abwesend ist, erklärt er: Die

(„Volksblätter“)

(„Die Reform“)

Linke habe nichts dagegen, sie sage nichts dazu, was ganz in der Ordnung sei; auch der Kongreß als solcher möge es nicht.

O t t e n s o s e r erklärt, er habe vorhin nur sagen wollen: wir unterlassen entweder die Volksversammlung oder verlangen, daß sie von uns und von der Linken veranstaltet wird, weil davon eine revolutionäre Bewegung ausgehen kann.

L o n d o n greift den Zentral-Ausschuß an und meint, derselbe habe mit dem Beginne des Kongresses auf eine Revolution vertröstet.

L o n d o n ist gegen Hexamers Antrag und für die Volksversammlung; die Linke habe nicht die Energie, die das Volk von ihr verlange, wenigstens habe man keine Garantie dafür; die Verbindung mit ihr werde den Kongreß hemmen, sein Platz sei ein anderer; das Volk dränge sich zu ihm, weil es glaube, daß seine Mitglieder sich als Volksführer bewähren würden, man scheue sich, den Namen des demokratischen Kongresses zu einer Volksversammlung herzugeben; deshalb wünsche er die letztere.

Auf einen dem Zentralausschuß gemachten Vorwurf entgegnet

H e x a m e r berichtigt das als eine Unwahrheit.

H e x a m e r: Niemand aus dem Zentral-Ausschuß habe das Volk auf dem demokratischen Kongreß für eine Revolution vertröstet, und

M e y e n verteidigt ebenfalls den Zentral-Ausschuß.

M e y e n erklärt, diese Sache gehöre gar nicht hierher; man habe die neuliche Spaltung zwischen Arbeitern und Bürgern zu einem Putsch benutzen wollen, nur dieses habe man zu verhindern versucht; übrigens

(„Volksblätter“)

(„Die Reform“)

könne schon der Kongreß noch eine andere Bedeutung gewinnen und werde es.

Hexamers Äußerung erklärt London später für unwahr.

Plötzlich wird folgender Protest verlesen: Wir Unterzeichneten erklären hiermit, daß wir sofort den Kongreß verlassen, falls in der heut angenommenen Weise die Redefreiheit ferner unterdrückt wird. Döhler, Asch, Hoyoll, Wiß, Hexamer, Breinersdorf, Stahlschmidt.

A s c h und Konsorten geben hierbei einen Protest gegen die Unterdrückung der Redefreiheit zu Protokoll.

R a w a l d stimmt für die Volksversammlung, da man direkt zum Berliner Volk sprechen müsse.

L ö w i n s o h n: Es ist eine heilige Pflicht des demokratischen Kongresses, das Volk in einer Versammlung aufmerksam zu machen auf den Stand der Dinge, damit es nicht von dem Fluche des „Zu spät“ betroffen werde.

L ö w i n s o h n wundert sich über die stundenlange Debatte; es sei Pflicht der Demokraten in Berlin, das Volk aufmerksam zu machen, ehe es zu spät sei; den Wienern jetzt Hilfe bringen wol en, sei Träumerei; man könne nur die Ereignisse abwarten und dann handeln; man möge besonnen, man möge auf dem Platz sein, wenn der Augenblick gekommen ist, aber ihn nicht suchen; es sei genug getan, daß man sich vor dem Volke bis zur Entscheidung der Sache in Wien permanent erkläre; dann werde man den Erwartungen der Völker entsprechen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und zur Abstimmung geschritten. Der Antrag auf unbedingte Tagesordnung wird verworfen, ebenso Hexamers Antrag auf teilweise Tagesordnung.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und zur Abstimmung geschritten, Der Antrag auf unbedingte Tagesordnung wird verworfen, ebenso der Antrag Hexamers auf teilweise Tagesordnung.

(„Volksblätter“)

Ottensoser meint, die Geschäftsordnung schreibe vor, daß die Nachmittagssitzung von 3—8 Uhr dauere, da es bereits $^3/_4$ 9 Uhr sei, so hätten sich viele Mitglieder entfernt, weshalb er darauf antrüge, nicht abzustimmen.

Hain entgegnet, ein Mann des Volkes müsse nicht von Geschäftsordnung sprechen.

London verlangt, daß die Mehrheit auch in dieser Frage entscheide, und erklärt gegen Hoyoll, die Meinungsfreiheit sei nicht von ihm und seiner Partei recht beleuchtet worden.

Hoyoll erklärt, man habe zuerst an dem Orte, wo London sitze, gelärmt, und reicht den Vorwurf zurück, als sei von seiner Partei die Redefreiheit unterdrückt worden; es habe sich allerdings eine bestimmte Koterie gebildet. (Wegen dieses Ausdrucks wird Hoyoll vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.)

Oppenheim fordert auf, jetzt keine Abstimmung vorzunehmen.

Heise will in jedem Falle mit abstimmen, aber aus praktischen Gründen fortgehen.

Leuthold: Sein Antrag liege noch vor; man könne nicht eher auseinandergehen, bis beschlossen sei; was morgen früh nicht geschehen könne.

Hain erklärt, was der Kongreß beschließt, müsse gelten.

(„Die Reform“)

Beim Bracklowschen Antrage beantragt der Unterzeichnete Namensaufruf.

Ottensoser meint, die Geschäftsordnung schreibe vor, daß die Nachmittagssitzung von 3—8 Uhr dauere; da es bereits $^3/_4$9 Uhr sei, so hätten sich bereits viele Mitglieder entfernt, und trägt darauf an, nicht abzustimmen.

Hain entgegnet, ein Mann des Volkes spreche nicht von Geschäftsordnung.

London verlangt, daß die Mehrheit auch in dieser Frage entscheide, und erklärt gegen Hoyoll, die Meinungsfreiheit sei nicht von ihm und seiner Partei recht beleuchtet worden.

Hoyoll erklärt, man habe zuerst an dem Orte, wo London sitze, gelärmt, und reicht den Vorwurf zurück, als sei von seiner Partei die Redefreiheit unterdrückt worden; es habe sich allerdings eine bestimmte Koterie gebildet.

Wegen dieses Ausdrucks wird Hoyoll vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Oppenheim fordert auf, jetzt keine Abstimmung vorzunehmen.

Heise will in jedem Falle mit abstimmen, aber aus praktischen Gründen fortgehen.

Leuthold: Sein Antrag liege noch vor, man könne nicht eher auseinandergehen, bis beschlossen sei; was morgen früh nicht geschehen könne.

Hain erklärt, was der Kongreß beschließt, müsse gelten.

(„Volksblätter")

Breinersdorf: Die Versammlung sei gewiß jederzeit beschlußfähig, aber es sei nicht immer praktisch, dieses Recht anzuwenden. Was könnten die Deputierten bei ihrer Lage ihren Beschlüssen für Folge geben?

Hexamer unterstützt den Antrag auf Schluß der Sitzung, weil die Versammlung zu sehr erregt sei, leider mache sich eine Parteiwut hier geltend; warum wolle man diese Beschlüsse nicht bis morgen lassen — beschließe dann die Versammlung, — so sei man permanent.

Eine dem Präsidenten gemachte Zumutung, kraft seiner Gewalt zu schließen, weist derselbe durch das Bemerken zurück, daß ihm dieses Recht nur bei mutmaßlicher Übereinstimmung der Versammlung zustehe.

Hain will die Permanenzangelegenheit bis morgen vertagt wissen, da man über dieselbe noch nicht gesprochen habe.

Pietsch macht den Vermittlungsvorschlag, heute über die Volksversammlung und morgen über die Permanenz zu entscheiden.

Als die Debatte zur Präjudikalfrage geschlossen ist, verlangt Thieme namentliche Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Sitzung. Derselbe wird mit 62 gegen 48 Stimmen beschlossen und der Schluß der Sitzung mit 65

(„Die Reform")

Breinersdorf: Die Versammlung sei gewiß jederzeit beschlußfähig, aber es sei nicht immer praktisch, dieses Recht anzuwenden. Was könnten die Deputierten bei ihrer Lage ihren Beschlüssen für Folge geben?

Hexamer unterstütztden Antrag auf Schluß der Sitzung, weil die Versammlung zu sehr dezimiert sei, leider mache sich eine Parteiwut hier geltend; warum wolle man diese Beschlüsse nicht bis morgen lassen; beschließe dann die Versammlung, so sei man permanent.

Eine dem Präsidenten gemachte Zumutung, kraft seiner Gewalt zu schließen, weist derselbe durch das Bemerken zurück, daß ihm dieses Recht nur bei mutmaßlicher Übereinstimmung der Versammlung zustehe.

Hain will die Permanenzangelegenheit bis morgen vertagt wissen, da man über dieselbe noch nicht gesprochen.

Pietsch macht den Vermittlungsvorschlag, heute über die Volksversammlung und morgen über die Permanenz zu entscheiden.

Als die Debatte zur Präjudikalfrage geschlossen ist, verlangt Thieme namentlicheAbstimmung über den Antrag auf Schluß der Sitzung. Derselbe wird mit 62 gegen 48 Stimmen beschlossen und der Schluß der Sitzung mit 65 Stimmen ver-

(„Volksblätter“)

Stimmen verneint, mit 62 bejaht; 120 Mitglieder fehlen.

Wegen einer Aufforderung Oppenheims, die Majorität ihrem Schicksale zu überlassen, ruft der Präsident denselben zur Ordnung.

Voßwinkel fordert zum Schluß der Sitzung auf, und der obige Antrag Pietsch, von Jonas wieder aufgenommen, findet Annahme.

Schnake[2]) zieht zunächst den letzten, sodann auch den ersten Teil seines Antrages in betreff der Linken zurück. Hierauf wird der Schrammsche Antrag mit 67 gegen 49 Stimmen angenommen und sodann nach einem von Hoyoll zu Protokoll gegebenen Protest gegen diesen Beschluß, nach einer Aufforderung zum möglichst baldigen Zusammentritt der Zwölferkommission die Sitzung um 9½ Uhr geschlossen.

(„Die Reform“)

neint, mit 62 bejaht; 120 Mitglieder fehlen.

Wegen einer Aufforderung Oppenheims, die Majorität ihrem Schicksale zu überlassen, ruft der Präsident denselben zur Ordnung.

Voßwinkel fordert zum Schluß der Sitzung auf, und der obige Antrag Pietsch, von Jonas wieder aufgenommen, findet Annahme.

Schnake[2]) zieht zunächst den letzten, sodann auch den ersten Teil seines Antrages in betreff der Linken zurück.

Hierauf wird der Schrammsche Antrag mit 67 gegen 49 Stimmen angenommen und sodann nach einem von Hoyoll zu Protokoll gegebenen Protest gegen diesen Beschluß, nach einer Aufforderung zum möglichst baldigen Zusammentritt der Zwölferkommission die Sitzung um 9½ Uhr geschlossen.

Anmerkungen

1) In ihrem ersten Teile stimmen die Protokolle nicht ganz überein, während sie im letzten Teile fast gleich lauten. Wenn man sie aber zusammenhält, so bemerkt man, daß Ruge und Schramm eine eigentümliche Rolle bei diesen Ereignissen gespielt haben müssen. Ungenauigkeiten — Schramms Antrag ist gar nicht formuliert worden, und Schnake hat keinen Antrag gestellt (s. S. 191); es ist sicher der Antrag Hexamer gemeint (s. S. 176) — kann man sich nur durch die verworrenen Zustände auf dem Kongreß erklären. Eine exakte Wiedergabe des Ganges der Verhandlungen war bei dem ungezügelten Auftreten dieser Demokraten nicht möglich.

2) Der Antrag ist von Hexamer gestellt worden. S. S. 176. Wahrscheinlich Druckfehler in beiden Protokollen.

Inhalt

Seite

Einleitung 1
Die Quellen 4
I. Versuche einer Organisierung der demokratischen Partei im Sommer 1848 23
II. Frankfurt und Berlin im September 1848 30
III. Die Berliner Oktober-Ereignisse bis zum Zusammentritt der beiden Demokratenversammlungen
a) Berufung der beiden Versammlungen 42
b) Ereignisse bis zu ihrem Zusammentritt 52
IV. Das Gegenparlament 69
V. Der zweite Demokratenkongreß und seine Beziehungen zum Gegenparlament
a) Überblick über die Beratungen des zweiten Demokratenkongresses 84
b) Das Gegenparlament und der zweite Demokratenkongreß 95
VI. Der 31. Oktober 110
Schlußbemerkung 134
Anlage 1: Einladungschreiben des Marburger demokratischen Vereins zum 1. Demokratenkongreß 135
Beschlüsse des ersten Kongresses der deutschen Republikaner zu Frankfurt a. M. (14.—17. Juni 1848) 135
Verzeichnis der Mitglieder des ersten Demokratenkongresses 137
Anlage 2: Bekanntmachungen des Zentral-Ausschusses der Demokraten Deutschlands I 141
Organisationsplan 141
Aufruf vom 14. Juli 1848 143

Anlage 3: Bekanntmachung des Zentral-Ausschusses II . . 148
Aufruf an das deutsche Volk (gegen die Einverleibung Polens) vom 1. August 1848 148
Manifest vom 3. Oktober 1848 149
Anlage 4: Bericht des Zentral-Ausschusses an den 2. Demokratenkongreß, erstattet durch H. Kriege 152
Bericht über die Finanzverhältnisse, erstattet durch Hexamer. 156
Anlage 5: Manifest der kommunistischen Partei in Deutschland vom 1. April 1848 158
Bericht und Programm der Kommission des 2. Demokratenkongresses für die Lösung der sozialen Frage 160
Anlage 6: Verzeichnis der Mitglieder des 2. Demokratenkongresses 164
Beschlüsse über die Organisation 167
Finanzplan 168
Anlage 7: Grundsätze über Verfassungsfragen 169
Erklärung der Menschenrechte 169
Hexamers Antrag zu den Grundsätzen über Verfassungsfragen 173
Londons Antrag als Amendement zu Hexamers Antrag 174
Anlage 8: Protokolle der Nachmittags-Sitzung des zweiten Demokratenkongresses vom 28. Oktober 1848 aus den „Volksblättern und aus der „Reform“. 176

Diese Abhandlung ist auf Anregung meines verehrten Lehrers, des Herrn Prof. Dr. Fr. Meinecke (Freiburg im Breisgau), entstanden. Für seine überaus mannigfachen Anweisungen und liebevolle Teilnahme möchte ich ihm nochmals an dieser Stelle meinen tiefgefühlten Dank aussprechen.

Auch Herrn Dr. A. Buchholtz, Bibliothekar der Stadt Berlin sei hier gleichfalls gedankt. Mit seiner Erlaubnis konnte ich die Friedländer-Sammlung der Berliner Stadtbibliothek während einer Zeit benutzen, in der diese für den allgemeinen Verkehr noch geschlossen war.

Lebenslauf

Gustav C. C. Lüders, evangelisch-lutherisch, wurde am 7. November 1884 in Hamburg als Sohn des dortigen Kaufmanns G. C. M. Lüders und seiner Ehefrau geb. Kruse geboren, besuchte vom 6. — 15. Lebensjahre die dortige Stiftungsschule von 1815 und darnach die Oberrealschule vor dem Holstentore, die er Michaelis 1903 mit dem Reifezeugnis verließ, studierte zunächst in Dresden Tiefbaukunde, dann aber, vom Winter 1904 ab, Geschichte und germanische Philologie in München (3 Sem.), Kiel (1 Sem.), Berlin (2 Sem.), und Freiburg im Breisgau (2 Sem.).

Druckfehlerberichtigung

Auf S. 64, Z. 5 v. o. muß es heißen: anderen
„ „ 107, „ 14 „ „ „ „ „ Euren Regierungen

A. E. Fischer, Hofl., Buchdruckerei mit Setzmaschinenbetrieb, Gera-R.